

**258/KOMM XXIV. GP**

---

# Kommuniké

## des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

### Untersuchungsausschussprotokoll der 41. Sitzung vom 10. Juli 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

**PROTOKOLL**  
**Untersuchungsausschuss**  
**zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**  
**41. Sitzung / öffentlicher Teil**  
**vom 10. Juli 2012**  
**Gesamtdauer der Sitzung:**  
**10.08 Uhr – 18.19 Uhr**

Wien, 2012 07 10

**Dipl.-Ing. Gerhard Deimek**  
Schriftführer

**Dr. Gabriela Moser**  
Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH  
Parlament

# Untersuchungsausschuss

zur

**Klärung von Korruptionsvorwürfen**



## **Protokoll**

*(verfasst vom Stenographenbüro)*

### **41. Sitzung/ öffentlicher Teil**

**Dienstag, 10. Juli 2012**

Gesamtdauer der 41. Sitzung  
10.08 Uhr – 18.19 Uhr

**Lokal VI**

## **Auskunftspersonen**

(41. Sitzung; Dienstag, 10. Juli 2012)

<b>Dr. Peter HOCHEGGER</b>	<b>4</b>
<b>Mag. (FH) Stefan KRENN</b>	<b>37</b>
<b>Dr. Peter ERLACHER</b>	<b>78</b>
<b>Mag. Karl-Heinz GRASSER</b>	<b>101</b>

## Beginn der Sitzung: 10.08 Uhr

**Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet** – um 10.08 Uhr – die 41. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen, begrüßt alle Anwesenden und schlägt vor, aufgrund der Situation der Ladungen der Auskunftspersonen den Beginn der morgigen Sitzung für 11 Uhr festzusetzen. – Darüber besteht **Einvernehmen**.

Die Obfrau ersucht darum, dass dann, wenn neue Dokumente, die **nicht** Bestandteil des Aktenmaterials sind, vorgelegt und den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden, sowohl der Verfahrensanwalt als auch sie je ein Exemplar dieser Ad-hoc-Beweismittel zur Verfügung gestellt bekommen – und kündigt an, dass ein Beschluss darüber herbeizuführen sein werde, dass Dokumente, die nicht Aktenbestandteil sind, die aber vorgehalten werden, dann auch als Beweismittel zugelassen und zu einem Bestandteil des Aktenmaterials werden, damit man auf diese bei der Verfassung des Endberichtes zurückgreifen könne.

Die Obfrau teilt mit, dass der RSb-Brief der Oberstaatsanwaltschaft Linz – sie werde diese dann verteilen lassen – eingetroffen sei, bei dem es sich um die Vernehmungsprotokolle von Herrn Kopal handle, die der Ausschuss auf Initiative von Herrn Abgeordnetem Maier angefordert habe.

Sodann ersucht die Obfrau darum, die **erste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

10.11

**Auskunftsperson Dr. Peter Hohegger**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Dr. Peter Hohegger** als **Auskunftsperson**.

Ich darf die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam machen, dass Fernseh-, sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Hohegger, ich danke für Ihr Erscheinen! Es ist ja jetzt schon, glaube ich, das vierte Mal, dass Sie hier sind.

Vor Ihrer Anhörung möchte ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Peter Hohegger**. Ihre Personaldaten liegen sowohl der Parlamentsdirektion als auch mir vor.

Herr Dr. Hohegger, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

\*\*\*\*\*

Herr Dr. Hohegger, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, dem Ausschuss zum Thema **Glücksspiel** Ihre Sicht der Dinge darzulegen? (*Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Petzner das Wort.*)

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich finde es wunderbar, dass gerade das BZÖ bei der Causa **Glücksspiel** mit der Befragung beginnen kann. Wir freuen uns auf diese zwei Ausschusstage!

Herr Hohegger! Wir haben hier verschiedene Zeugenaussagen, unter anderem jene vom Herrn Franz Wohlfahrt, der berichtet, dass im Frühsommer 2006 Herr Meischberger über Sie den Kontakt zwischen Novomatic und der Telekom Austria hergestellt habe und man dann gemeinsam ein Projekt verfolgt habe, nämlich – ich formuliere es einmal so –, in das „Glücksspiel“ einzusteigen, und dass es in diesem Zusammenhang dann auch Aufträge an die Firma Hohegger seitens der Telekom beziehungsweise seitens der Novomatic gegeben habe.

Was können Sie über dieses Auftragsverhältnis zwischen Ihrer Firma und der Novomatic, beziehungsweise der Telekom im Zusammenhang mit dem „Glücksspiel“ angeben? Wann hat dieses Auftragsverhältnis begonnen? Und welche konkreten Leistungen haben Sie in diesem Zusammenhang für die Novomatic beziehungsweise für die Telekom Austria erbracht?

**Dr. Peter Hohegger:** Den Beginn der Zusammenarbeit habe ich in Erinnerung, dass er etwas früher war, nicht im Frühsommer 2006, sondern ... (Abg. **Petzner:** 2005!) Okay, dann passt es! – Beide Firmen, Novomatic und Telekom Austria, waren meine Kunden, und es ist nichts Ungewöhnliches, wenn man Synergiepotenziale von Kunden zu nutzen versucht.

Die Telekom Austria war damals dabei, eine Fernsehplattform „aonTV“ aufzusetzen, und Ziel war es, einfach attraktive Inhalte zu haben, um Besucher auf diese Fernsehplattform zu bringen. Und da ist die Idee entstanden, auch **Spiele** in Form einer **Internet-Gaming-Plattform** anzubieten. Novomatic war mein Kunde, Telekom war mein Kunde, und dann ist einmal die Idee mit Herrn Wohlfahrt diskutiert worden, und es hat ihm gefallen. Dann ist es auch mit der Telekom Austria diskutiert worden, mit dem zuständigen Marketing-Leiter, mit Herrn Tweraser, und dem hat das auch gefallen. Und dann ist es im Vorstand besprochen worden.

Die Voraussetzung, so etwas machen zu können, war ja, dass auch eine entsprechende gesetzliche Rahmenbedingung da ist. Ich gehe davon aus, dass dieses Anliegen der Vorstand der Telekom Austria, Herr Fischer, an den Finanzminister herangetragen hat, dass die Telekom Austria so etwas vorhat.

Meiner Erinnerung nach wurde damals der Telekom Austria mitgeteilt, dass die Argumente, die vorgebracht wurden, zuerst geprüft werden. Und das Finanzministerium hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Einige Monate später ist dann von dieser Arbeitsgruppe an die Telekom Austria grünes Licht gekommen, und dann haben die beiden Firmen, Novomatic und Telekom Austria, eine Projektgruppe aufgesetzt, die sich in regelmäßigen Abständen bei mir im Büro getroffen hat, wo die Zeitpläne und die Aufgaben definiert wurden.

Es war natürlich auch wichtig, die entsprechenden Argumente an die Regierungsparteien und auch an die Opposition heranzutragen, und da hat es eine klare Aufgabenteilung gegeben, und in Abständen – das waren 14 Tage oder drei Wochen – hat es dann Meetings gegeben, wo jeweils jeder der Projektgruppen berichtet hat, wie weit das Projekt fortgeschritten ist, was noch zu tun ist.

Alle waren guter Dinge, man ist davon ausgegangen, dass das in der Regierung entsprechend ermöglicht wird, bis dann plötzlich die Information kam: nein! Dann war das Projekt zu Ende.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Zäumen wir das Pferd von hinten auf: Wann ist von wem die Information gekommen, dass die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzung zur Umsetzung dieses Projektes zwischen Novomatic und Telekom, nämlich die Einräumung der entsprechenden Möglichkeiten auf Basis einer Novelle des Glücksspielgesetzes, doch nicht erfolgt? Und wie ist das begründet worden?

**Dr. Peter Hohegger:** Es waren eigentlich alle überrascht, weil man fix davon ausgegangen ist, dass das ermöglicht wird. Ich kann mich nicht mehr erinnern, was dann letztendlich die Begründung war. Es hat einfach nicht funktioniert. Damals war, glaube ich, noch sozusagen der Ansatz: Na ja, in dieser Legislaturperiode geht es nicht mehr, da man muss warten!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Aus Ihrer Erinnerung heraus: Hatten Sie da Wahrnehmungen, ob das an der Regierungspartei **ÖVP** oder an der damaligen Regierungspartei **BZÖ** gescheitert ist?

Es geht ja aus den Akten hervor, bis zum Schluss war die Änderung eigentlich fix – und **plötzlich** gibt es in der Nacht vom 12. Juli auf 13. Juli 2006 einen Schwenk.

Können Sie dazu Angaben machen, wo der politische Schwenk erfolgt ist: bei der Volkspartei beim BZÖ oder bei beiden?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe damals überhaupt keine Wahrnehmung dazu gehabt. Jetzt gibt es natürlich Diskussionen, aber was da dahintersteht, das will ich nicht beurteilen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben gesagt, man hat dann die Arbeit aufgenommen, Gespräche geführt.

Bei welchen Parteien und Personen ist man da konkret vorstellig geworden, und was alles haben diese Lobbyingmaßnahmen umfasst?

**Dr. Peter Hochegger:** Es wurden Argumente aufbereitet, warum so ein Projekt gut ist für die Telekom Austria, warum es auch für den Staat gut ist: weil es höhere Steuereinnahmen gibt. Also die Argumente wurden alle schon im Vorfeld aufbereitet. Und dann gab es natürlich einige Projektschritte, die zu setzen waren. Novomatic und Telekom Austria haben eine gemeinsame Firma gegründet. Die Projektgruppe hat sich immer bei mir im Büro getroffen, also dort haben sich die auch über diese Rahmenbedingungen ausgetauscht. Und so gab es halt viele Dinge zu tun.

Wer für wen verantwortlich war, da hat es auch eine klare Aufgabenteilung gegeben: Herr Fischer und Herr Wohlfahrt haben es damals übernommen, die große Oppositionspartei zu informieren und dort sozusagen eine Zustimmung oder keine Ablehnung zu bekommen. Beide, Fischer wie auch Wohlfahrt, haben signalisiert: Ja, von der SPÖ gibt es keine Widerstände! – Also das war einmal abgedeckt.

Was die Regierungsparteien ÖVP und BZÖ anlangt hat, habe ich ein Team von Mitarbeitern gehabt, die einfach die Informationen aufbereitet, immer wieder weitergespielt und in der Arbeitsgruppe berichtet haben.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wer ist konkret **wann** an **welche Personen** in den beiden Regierungsparteien herangetreten?

**Dr. Peter Hochegger:** Das weiß ich heute nicht mehr.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir haben ja da viele Unterlagen, so zum Beispiel auch von Herrn Stefan Krenn, der da immer wieder auch Papiere und Jour fixes-Berichte verfasst und der da eine sehr, sehr große Rolle spielt. Da gibt es einen Passus drinnen, der ist ganz interessant. Sie haben das vorher schon angesprochen. Da gibt es ein Jour fixe-Papier vom 12. September 2006. Das heißt, das ist geschrieben worden, nachdem das in der Nationalratssitzung am 13. Juli 2006 gescheitert ist.

Da ist einmal spannend, dass dort angeführt wird, und zwar unter dem Betreff „Next steps: Lobbyingphase 2“, wie man weitertun soll, dass das Zwischenziel sei, eine Willenserklärung im Regierungsprogramm festzuschreiben – da reden wir schon von der Regierung Gusenbauer –, dass man als neuen Verbündeten den Generalanwalt Dr. Konrad habe, weil Konrad der Auffassung sei, das Monopol sei nicht mehr zeitgemäß. Konrad unterscheidet sich übrigens da von Herrn Rothensteiner. Und dann geht es da dahin – ich zitiere –:

Stoßrichtungen: Einbindung der Grünen; Einbindung der SPÖ, hier gibt es bereits eine Zusage –

und das wird Herrn Maier jetzt nicht freuen, der ja als Konsumentenschützer ein aufrechter Kämpfer gegen das Glücksspiel ist –

seitens Dr. Gusenbauer an Dr. Wohlfahrt; Einbindung der Freiheitlichen, HC-Strache; Weiterbetreuung von ÖVP und BZÖ. – Zitatende.

Was können Sie angeben zu dieser Zusicherung der Änderung durch den damaligen Bundeskanzler Gusenbauer, und wie ist man dann in Sachen „Einbindung“ der anderen Parteien weiter vorgegangen auf Basis dieses Berichts im September 2006?

**Dr. Peter Hochegger:** Dazu kann ich nichts sagen, denn diese Gespräche wurden ja von Herrn Wohlfahrt oder auch von Herrn Fischer geführt, und es war ja für uns nicht wichtig, die Details zu kennen. Wesentlich war, dass sie gesagt haben: Dort stehen die Ampeln auf Grün!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir können das so zusammenfassen: Man hat Gespräche mit allen Parteien in diesem Zusammenhang geführt. Diese wurden geführt von verschiedenen Personen, teilweise Wohlfahrt und Fischer persönlich, teilweise von Mitarbeitern von Ihnen oder auch anderen, aber man hat bei allen Parteien Gespräche geführt. (*Dr. Hochegger: Richtig!*) – Also Gespräche mit allen Parlamentsparteien. Das ist schon einmal wichtig.

Was ich spannend finde: Sie haben gesagt, es gab grünes Licht seitens der SPÖ für diese Änderung des Glücksspielgesetzes.

Haben Sie eine Information ...?

**Dr. Peter Hochegger:** Ob es das wirklich gab, weiß ich nicht, aber so haben es Herr Wohlfahrt und auch Herr Fischer signalisiert.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Genau, das wollte ich gerade sagen. Also die haben Ihnen dezidiert gesagt: Seitens der SPÖ gibt es grünes Licht? (*Dr. Hochegger: Ja!*) – Ist auch interessant, weil die SPÖ in der Öffentlichkeit eine ganz andere Position vertreten hat.

Haben Sie Wahrnehmungen über das Lobbying der Gegenseite?

Es gibt da in den Unterlagen sogar ein Dokument, dass offensichtlich das Lobbyingpapier der Casinos Austria der Hochegger-Gruppe zugespielt wurde.

Haben Sie Informationen über die Lobbyingtätigkeiten der Gegenseite, das heißt der Casinos, an wen die herangetreten sind und wie es letztlich – und das ist ja der entscheidende Punkt und die entscheidende Frage in den nächsten zwei Tagen – den Casinos Austria gelungen ist, in letzter Sekunde, de facto über **Nacht**, wie das Herr Wallner damals stolz in den Medien verkündet hat, diese bereits praktisch fixierte Änderung umzudrehen und umzuwerfen?

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen, welche Maßnahmen da seitens der Gegenseite getroffen wurden? Sie werden das ja im Nachhinein analysiert haben: Warum ist man gescheitert, und was muss man tun, damit das im zweiten Anlauf mit der neuen Regierung unter Gusenbauer klappt?

Die Zusicherung von Gusenbauer hat man ja bereits offensichtlich in der Tasche gehabt. Zumindest geht das aus diesem Hochegger-Bericht hervor.

**Dr. Peter Hochegger:** Es war natürlich immer klar, dass so ein Unterfangen, wenn man einem Monopolisten sozusagen etwas wegnehmen will, kein leichtes ist. Klar war auch, dass die Casinos AG in beiden Großparteien ihre Unterstützer hat. Daher war es von Anfang an klar, man muss das so dezent aufsetzen, dass die Unterstützer in ÖVP und SPÖ davon keinen Wind bekommen. Ich glaube, dass die Arbeitsgruppe auch so entsprechend kommuniziert hat. Es waren nicht allzu viele Politiker der beiden Großparteien eingebunden.

Wie es dann letztendlich dazu gekommen ist und mit welchen Maßnahmen die Casinos AG die Geschichte umgedreht hat, das weiß ich nicht.



**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Schlussfrage für die erste Runde: Sie haben gesagt, die Casinos waren Monopolist. Das ist richtig. Und richtig ist auch, dass es ja auch in der ÖVP da verschiedene Positionen gab. Man darf ja nicht vergessen, dass Raiffeisen wesentliche Anteile an den Casinos hält und Raiffeisen nicht unbedingt wenig Einfluss hat innerhalb der Österreichischen Volkspartei. Daher hat man auch nur **gewisse Personen** eingebunden.

Die entscheidende Frage daher ist: **Von wem** ist dann die Information in letzter Sekunde, nämlich erst in der Nacht davor, an die Casinos gegangen, dass diese Änderung vorgesehen ist? Haben Sie irgendwie einmal nachgeforscht, was da passiert ist? Können Sie dazu irgendwelche Angaben machen?

**Dr. Peter Hochegger:** Für mich war das damals – so wie für alle anderen auch – eine Überraschung, aber ich habe mir nicht die Mühe gemacht, da nachzuforschen.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Mag. Johann Maier:** Herr Hochegger, einen schönen guten Morgen! (*Dr. Hochegger: Schönen guten Morgen!*) – Ich hatte ja bereits die Gelegenheit, Sie im April zum Glücksspielbereich befragen zu können; es gab hier von Ihnen Antworten. Und wir haben auch die Möglichkeit gehabt, Herrn Krenn dazu zu befragen.

Herr Kollege Petzner hat in einem Punkt recht, aber nur in einem Punkt: Herr Krenn spielt da eine wesentliche Rolle.

Nun meine erste Frage: Hat Sie Herr Krenn eigentlich schon geklagt? Er hat bei uns hier im Untersuchungsausschuss angekündigt, dass er Sie klagen wird, weil Sie in der Öffentlichkeit falsche und irreführende Aussagen getätigt hätten.

**Dr. Peter Hochegger:** Was den Herrn Krenn gestört hat: Ich habe in einem „Kronen Zeitung“-Interview gesagt: Wenn es Argumente in Richtung ÖVP zu spielen gab, dann habe ich das über den Herrn Krenn gemacht.

Herr Krenn hat das in die falsche Kehle gekriegt. Er ist auch unter Druck gekommen. Aber es ist ja auch nichts Anrühiges, denn es ist ganz normal, wenn ein Mitarbeiter einer Agentur, wenn es Argumente sozusagen zu verteilen gibt, das macht.

Und ich glaube, Herr Krenn sieht das heute auch schon etwas anders.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Herr Krenn hat Sie also noch nicht geklagt?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich bin noch nicht vor Gericht erschienen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Stefan Krenn war bei Ihnen angestellt, bei Hochegger/Com. Welche konkrete Aufgabe hatte er? War er Leiter der Public Affairs-Gruppe: ja oder nein?

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Krenn ist eingestiegen als **Junior Consultant** und hat sehr schnell Karriere gemacht, weil er ein unheimlich fähiger Bursch ist. Und wenn man Fähigkeiten in einem Unternehmen hat, dann setzt man sie auch ein. Entsprechend seiner Fähigkeiten wurde Herr Krenn auch eingesetzt. Bei seinem Abgang hat man ihm ja auch ein Dienstzeugnis ausgestellt, und da steht drinnen, dass er Leiter seiner Public Affairs-Gruppe war.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Als Leiter dieser Public Affairs-Gruppe hat er natürlich selbständig einen Schriftverkehr geführt. Wurde Ihnen dieser Schriftverkehr zur Kenntnis gebracht? (*Dr. Hochegger: Von ihm?*) – Ja.

**Dr. Peter Hochegger:** Natürlich hat mir Herr Krenn den Schriftverkehr zur Kenntnis gebracht, oder er hat mich in groben Zügen unterrichtet. Ich muss aber sagen, ich habe sehr hohes Vertrauen in ihn gehabt, weil er die Dinge, die er gemacht hat, gut, schnell und richtig gemacht hat.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ist Ihnen bekannt ein E-Mail von Herrn Krenn vom 5. Juli 2006, das er an Schieszler/Novomatic gerichtet hat, in dem er von einer Vorbesprechung vor dem Finanzausschuss, der am 5. Juli stattgefunden hat, berichtet und mehr oder weniger darauf hinweist, dass es zu **keiner Änderung** des Glücksspielgesetzes kommt?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich gehe davon aus, dass er mir das auch zur Kenntnis gebracht hat, aber ich kann mich jetzt nicht mehr daran erinnern.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Aus diesem Schreiben ergibt sich – wir werden Krenn dazu befragen –, dass es keine Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei für eine Änderung des Glücksspielgesetzes gegeben hat. Und Krenn schreibt da drinnen, dass nach der Wahl Gespräche mit der SPÖ geführt werden sollen.

Ist Ihnen davon etwas bekannt? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Kollege Petzner hat einen Zeitraum geschildert, der für den Versuch des Kaufs der Änderung des Glücksspielgesetzes im Grunde genommen unwesentlich ist. Er hat zitiert eine angebliche Zusage von Alfred Gusenbauer vom September 2006.

Ich weise nur darauf hin, dass die Nationalratswahl am 1. Oktober 2006 stattgefunden hat und Alfred Gusenbauer zu dem Zeitpunkt nicht Bundeskanzler war, sondern Bundeskanzler wurde er erst mit 11. Jänner 2007. Ich möchte auch darauf hinweisen – da so getan wird, es gäbe eine Zusage –, dass auch das Regierungsübereinkommen von ÖVP und SPÖ **keine** derartige Festlegung getroffen hat.

Es geht um die Zeit 2005 bis Juli 2006, und wir können diesem Schreiben von Stefan Krenn entnehmen, dass bereits am 5. Juli BZÖ und ÖVP das Kapitel Änderung des Glücksspielgesetzes als **erledigt** betrachtet haben.

Sie waren engagiert 2005, 2006, haben den Maßnahmenplan Novomatic entwickelt, und ich würde Ihnen gerne einen Zeitrahmen vorlegen und Sie fragen, ob Ihnen dieser bekannt ist.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

**Dr. Peter Hochegger:** Von wem ist der?

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Dieser Zeitplan ist von Ihnen, **Pilotprojekt aon-Entertainment**, beschreibt von Jänner bis Juli 2006 die geplanten Maßnahmen.

**Dr. Peter Hochegger:** Das widerspricht ja dem nicht, was ich vorher gesagt habe. Man hat eine Projektgruppe gehabt, man hat sozusagen die einzelnen Projektschritte definiert.

Was ist jetzt die konkrete Frage zu dem?

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Die konkrete Frage von mir ist, mit wem Sie diesen Ablauf von Jänner bis Juli 2006 besprochen haben, insbesondere – das kann man der Unterlage entnehmen – Juni 2006: erste Lesung Nationalrat, Einbringung Antrag Juli, Finanzausschuss Beschlussfassung, Nationalrat Beschlussfassung.

Mit wem haben Sie das abgesprochen?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich gehe davon aus, dass das in der Projektgruppe abgesprochen wurde, und die Projektgruppe war paritätisch besetzt von Novomatic und Telekom Austria.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wissen Sie, wer diesen Abänderungsantrag, der uns vorliegt, diesen Abänderungsantrag zum Initiativantrag, eigentlich geschrieben hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe dazu keine Erinnerung. Aber es kann durchaus sein, dass der Text von uns verfasst wurde. Ich will das nicht ausschließen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Darauf wollte ich hinweisen, denn es ergibt sich aus den Unterlagen, dass nicht nur eine **parlamentarische Anfrage** formuliert wurde, sondern dass auch der **Abänderungsantrag** bei Ihnen im Haus formuliert wurde, nachdem es hier auch ein Schreiben vom Herrn Krenn gibt, der diesen Abänderungsantrag dem damaligen Klubobmann Scheibner übermittelte.

Meine Frage: Ist dieser Abänderungsantrag mit Novomatic und mit Telekom gemeinsam erarbeitet worden – oder kam dieser Abänderungsantrag nur von Ihnen?

**Dr. Peter Hochegger:** Der ist natürlich sicher mit den beiden Firmen sozusagen besprochen und erarbeitet worden, denn um die beiden ist es ja letztendlich gegangen; die waren die Auftraggeber.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Nach den uns vorliegenden Rechnungen zahlte die Novomatic für dieses Pilotprojekt aon-Entertainment insgesamt 586 875,83 € und die Telekom AG insgesamt 698 040. Meischberger wiederum kassierte von der Valora Solutions GmbH 465 000 € für Beratungstätigkeiten für die Austrian Gaming Industries.

Das ist ein erklecklicher Betrag, wenn man sich vor Augen hält, dass 1,8 Millionen € bewegt wurden, um eine Änderung des Glücksspielgesetzes zu erreichen.

Meine konkrete Frage: Warum haben Sie Meischberger von der Valora Solutions GmbH 465 000 € bezahlt?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe dem Herrn Meischberger keine 465 000 € bezahlt. Die hat er sich selbst bezahlt, denn er war ja der Geschäftsführer der Valora Solutions; ich war dort ein Dreivierteljahr lang ein Drittelgesellschafter.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Waren Sie zu dem Zeitpunkt ein Drittelgesellschafter?

**Dr. Peter Hochegger:** Hängt vom Rechnungsdatum ab. Aber ich gehe davon aus.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wissen Sie, welche Leistungen Meischberger tatsächlich damals erbracht hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Meischberger hatte eine längere Geschichte mit der Novomatic, und ich habe die Novomatic durch Herrn Meischberger im Jahr 2005 – oder war es ein Jahr davor? – als Kunden bekommen. Das heißt, Herr Meischberger hatte durchaus dort ein Vertrauensverhältnis, und er war sicher einer der Masterminds in diesem Projekt.

Wofür Herr Meischberger das Geld bekommen hat, das muss man die Novomatic fragen. Ich kann mich erinnern, das war im Jahr 2006, da hat mich Herr Wohlfahrt angesprochen und hat gefragt, ob es möglich ist, 200 000 € für Herrn Meischberger über die Firma Hochegger abzurechnen. Ich habe damals gesagt: Ja, ist kein Problem! Und dann – ich glaube, im Jahr 2007 – hat mich Herr Meischberger gefragt, ob ich das schon abgerechnet habe. Habe ich gesagt: Nein, weil er hat mir nichts gesagt. Und ich

habe Herrn Meischberger dann aber auch gleich mitgeteilt, dass ich es nicht mehr als sinnvoll erachte, das über die Firma Hohegger abzurechnen, sondern er soll es über eine seiner Firmen abrechnen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Sie haben dieses Konzept für Novomatic erstellt, professionell gut aufbereitet, und da findet sich der Punkt:

Einladung ausgewählter Stakeholder ins Ausland.

Ich zitiere weiter: Konzeption und Durchführung eines großen Events in einem ADMIRAL-Casino in der Schweiz oder in Berlin. Exklusive Gestaltung des gesamten Events: Privatjet, Top-Entscheidungssträger mit Ehepartnern. – Zitatende.

Wissen Sie, wie viele Einladungen es an ausgewählte Stakeholder von Novomatic gegeben hat?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich weiß es nicht. Ich weiß auch nicht, ob das umgesetzt wurde. Da müsste man den Herrn Wohlfahrt fragen. Bei solchen Papieren ist es immer wieder nichts Ungewöhnliches, dass solche Vorschläge konzipiert werden. Ich habe das nicht in Erinnerung.

Zu Ihrer Bemerkung, dass das viel Geld gekostet hat. Ich glaube, beiden Unternehmen – Novomatic und Telekom Austria – ist es da um ein Projekt gegangen. Der Telekom Austria ist es darum gegangen, für AonTV eine zusätzliche Attraktion zu bekommen. Und man war durchaus der Ansicht, dass, wenn man eben Glücksspiele anbietet, das eine Menge von zusätzlichen Besuchern bringt. Und für die Novomatic war es ein Riesenvorteil, mit einem Unternehmen, an dem der Staat beteiligt ist, so ein gemeinsames Projekt zu machen. Das war ja auch sozusagen ein wesentlicher Imagetransfer, der dadurch geschehen ist.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ist Ihnen noch ein Memo vom 8. März 2006 in Erinnerung? Da gab es eine Besprechung, an der Dr. Franz Wohlfahrt, Dr. Reichmann für Novomatic, von Hohegger.Com Stefan Krenn und Monika Racek teilgenommen haben. Da ging es um Kontrollen von Glücksspielapparaten in Niederösterreich, nämlich die Beschlagnahme von 33 Automaten durch Beamte. In dem Memo ist die Frage enthalten, ob diese Geräte manipuliert werden können.

Ich zitiere:

Anmerkung: Eine Umprogrammierung, ein Turning dieser Automaten ist sehr wohl möglich. – Zitatende.

War Ihnen das bekannt?

**Dr. Peter Hohegger:** Mir sagt dieses Memo überhaupt nichts. Da geht es wahrscheinlich um ein Projekt der Novomatic; hat nichts zu tun mit dem Projekt Telekom und Novomatic. Und: In diese Tagesarbeit mit Kunden habe ich mich überhaupt nicht involviert.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte die Schlussfrage!

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Abschließend noch einmal die Frage – ich habe Sie Ihnen bereits einmal als betroffener Abgeordneter gestellt –: War Ihnen bewusst, dass bei diesen Besprechungen zwischen Telekom und Novomatic auch beschlossen wurde, ein Personen-Dossier von Gegnern des kleinen Glücksspiels anzulegen, nämlich Landesrätin Christa Kranzl, ihrer Mitarbeiterin Eleonore Wolf, Dr. Peter Erlacher, Mag. Wilfried Lehner, dem Leiter der Finanzpolizei, dem Nationalratsabgeordneten Dietmar Hoscher und über meine Person? War Ihnen das bekannt, haben Sie das unterstützt?

Und die Frage dazu: Können Sie ausschließen, dass dabei auch Detektive gegenüber frei gewählten Abgeordneten eingesetzt wurden?

**Dr. Peter Hohegger:** Also ich für mich kann ausschließen, dass Detektive eingesetzt wurden. Ich meine, das ist ja völlig absurd. – Erstens.

Zweitens: Es ist ganz normal in argumentativen Auseinandersetzungen, sich die Positionen der Menschen anzuschauen, die **für** oder **gegen** eine Sache sind. Daher sehe ich in diesen Analysen nichts Bösesartiges.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir sind ja sicherlich einer Meinung, das Ziel dieser ganzen Sache war eine Änderung des Glücksspielgesetzes. – Ist das richtig?

**Dr. Peter Hohegger:** Richtig, denn sonst wäre es ja nicht gegangen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was sollte da im Glücksspielgesetz geändert werden? Was sollte dadurch ermöglicht werden?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe mich um diese einzelnen Details nicht gekümmert, denn in unserer Arbeitsgruppe gab es genug Fachleute, die sich damit auseinandergesetzt haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich sage Ihnen jetzt kurz, worum es mir in diesem ersten Punkt geht. Diese ganze Geschichte, dass es um die Ermöglichung von Internet-Wetten gegangen ist, ist ein einziger großer Schwindel. Darum ist es nie gegangen, sondern es ist um die Änderung des **§ 12a des Glücksspielgesetzes** gegangen, weil die Firma Novomatic eine österreichweite Konzession für Glücksspielautomaten – um die es die ganze Zeit beim kleinen Glücksspiel geht – haben wollte. – Wussten Sie das?

**Dr. Peter Hohegger:** Das war mir nicht bewusst, und es war sozusagen nicht Inhalt des Projektes zwischen Telekom Austria und Novomatic. Wenn Novomatic eine Hidden Agenda gehabt hat, dann hat sie das vor mir sicher verborgen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ein ganz entscheidender Punkt ist, dass – und das ist beweisbar, das werde ich jetzt mit Ihnen durchgehen – die Firma Novomatic bewusst den Partner **Telekom**, den **Finanzausschuss** des Parlaments und alle **anderen Beteiligten** getäuscht hat über das, was wirklich beabsichtigt war.

Dazu gibt es ein Papier Ihrer Arbeitsgruppe. Das lege ich Ihnen jetzt vor, das wollen wir gemeinsam durchgehen.

*(Der Auskunftsperson werden Schriftstück vorgelegt.)*

Projektkurzbeschreibung: Das stammt von Ende 2005, da geht es bereits um die gemeinsame Firma zwischen Telekom und Novomatic. Da wird beschrieben – ich zitiere –:

Hauptbedrohung: Mobilisierung von Gegnern durch Leo Wallner. Alle Interventionsströme der Gegner werden möglicherweise über Generaldirektor Sundt – also dem Generaldirektor der Telekom – gebündelt werden. – Zitatende.

Und das Entscheidende – ich zitiere –:

Strategie: Die neue Firma ist der Schuhlöffel, um dann in den Schuh der Konzession zu schlüpfen. – Zitatende.

Wissen Sie, um welche Konzession es gegangen ist? Bei Internet-Wetten geht es nämlich nicht um Konzessionen.

**Dr. Peter Hochegger:** Diese Frage wird Ihnen vielleicht Herr Krenn heute beantworten können, denn er hat ja auch für die Novomatic gearbeitet.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Dr. Hochegger, es ist watscheneinfach: In etlichen Bundesländern war damals das kleine Glücksspiel verboten, in anderen war es erlaubt. Sie hatten nur **eine** österreichweite Konzession für kleines Glücksspiel. Das waren die VLTs, die Video-Lotterie-Terminals der Lotterien. Das war eine eigene Konzession nach § 12a Glücksspielgesetz. Und Ziel dieses Gesetzesvorschlages und dieser ganzen Initiative war es, ein Gesetz zu bekommen, in dem drinnen steht, es darf eine zweite Konzession vergeben werden. Und diese zweite Konzession wäre die Novomatic-Konzession gewesen, damit man ohne Zustimmung der Länder und gegen den Willen der Länder österreichweit kleines Glücksspiel machen kann.

Und dann steht Folgendes im Papier Ihrer Arbeitsgruppe – ich zitiere –:

Die Gründung und Inbetriebnahme der Company –

da geht es um Aon, um diese gemeinsame Firma von Telekom und Novomatic –

soll ruhig und leise vor sich gehen, damit das am Telekom Austria-Vorstand und an den Gegnern völlig vorbeigeht. – Zitatende.

Was heißt das?

**Dr. Peter Hochegger:** Wo steht das?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Entschuldigung! Wenn Sie bitte auf der zweiten Seite schauen. Ich habe Ihnen die Stelle nicht gezeigt. Unter „Strategie“. Da steht zuerst:

Die neue Firma ist der Schuhlöffel, um dann in den Schuh der Konzession zu schlüpfen. – Zitatende.

Der zweite Satz lautet:

Die Gründung und Inbetriebnahme der Company soll ruhig und leise vor sich gehen, damit das am Telekom Austria-Vorstand und an den Gegnern völlig vorbeigeht. – Zitatende.

Was heißt das?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich kann das leider nicht beurteilen, was das heißt. Das macht auch für mich keinen Sinn, denn es ist überall die TA angeführt und was zu tun ist. Man müsste den Verfasser dieses Papiers befragen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Den befragen wir ohnehin. – Ich sage Ihnen nur, wir haben uns das angeschaut. Es ist inzwischen klar, worum es geht. Das werden wir mit dem Herrn Krenn noch genauer besprechen. Das ist aber ein wichtiger Einstiegspunkt. Novomatic holt sich die Telekom als Partner mithilfe von Ihnen, Ihren Mitarbeitern und dem Herrn Meischberger – die Rolle des Finanzministers klären wir noch –, täuscht die Telekom über das Ziel und missbraucht die Telekom, um an eine zweite Konzession für ein österreichweites Automatenglücksspiel heranzukommen. Das ist der Einstieg zur ganzen Geschichte.

Wir werden bei den Gesetzesvorschlägen noch sehen, dass dann im Weiteren auch das Parlament durch die Firma Novomatic und durch eine relativ **ahnungslose** Telekom Austria getäuscht wird.

Bei Hohegger.Com müssen wir noch draufkommen, wie viel die Beteiligten gewusst haben, ob sie das bewusst unterstützt haben – oder ob auch sie getäuscht wurden.

Ich mache jetzt einen großen Sprung. Ich frage Sie nur noch zur Vorgeschichte etwas. Da hat es Ende 2005 eine Besprechung beim Finanzminister gegeben. An dieser Besprechung – das schildert der ehemalige Telekom-Vorstand Fischer, auch hier im Ausschuss, so – soll Herr Wohlfahrt von Novomatic teilgenommen haben.

Hat jemand von Ihrem Unternehmen an dieser Besprechung teilgenommen?

**Dr. Peter Hohegger:** Also ich habe nicht daran teilgenommen, und ich glaube auch nicht, dass der Herr Krenn daran teilgenommen hat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich frage Sie das nur der Vollständigkeit halber, damit wir das wirklich ordentlich in der Chronologie haben.

Dann gibt es die Arbeitsgruppe. War es auch Aufgabe der Arbeitsgruppe – dieser „Projektgruppe“, wie Sie es nennen –, einen Gesetzesvorschlag zu erarbeiten?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich kann mich jetzt im Detail nicht erinnern, ob die Arbeitsgruppe das gemacht hat, aber das ist auf jeden Fall in dem „Milieu“ entstanden. Ob das dann von der Novomatic gekommen ist und an uns gespielt wurde, oder wie das Ganze funktioniert hat, da habe ich natürlich heute keine Ahnung mehr.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wissen Sie, warum der Finanzminister, von dem ja damit offiziell die Initiative ausgegangen ist, keine Regierungsvorlage geplant hat? (*Dr. Hohegger: Nein!*) – Zu dem werden wir noch kommen – ein weiterer entscheidender Punkt –, weil um jeden Preis ein Begutachtungsverfahren vermieden werden sollte.

Gesetzlich gibt es zwei Möglichkeiten, wie ein Gesetz entsteht: durch eine Regierungsvorlage, Minister, Ministerrat – oder durch einen Initiativantrag hier im Haus durch Abgeordnete. Es gibt aber in diesem Fall offensichtlich einen dritten Weg.

*(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)*

Brief von Herrn Krenn an Klubobmann Herbert Scheibner, Freiheitlicher Parlamentsklub-BZÖ – Krenn hat das völlig richtig adressiert –, 3. Juli 2006:

Sehr geehrter Herr Klubobmann! Wie mit Herrn Meischberger besprochen, darf ich Ihnen anbei den Gesetzesänderungsvorschlag zur Novellierung des Glücksspielgesetzes übersenden. Mit besten Grüßen, Stefan Krenn. – Zitatende.

Das ist ein seltsamer Gesetzgebungsprozess. Haben Sie davon gewusst, dass in der Novomatic-Telekom-Arbeitsgruppe, die bei Ihnen zuhause war, von Hohegger ein Gesetzesvorschlag erarbeitet und dann Klubobmann Scheibner übersandt wird, zwei Tage vor der Sitzung des Finanzausschusses?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe gewusst, dass Herr Krenn mit Herrn Scheibner in Kommunikation ist. Herr Scheibner hat auch engen Kontakt mit Herrn Meischberger gehabt; über diese Schienen ist das gelaufen.

Ich muss Ihnen aber ehrlich sagen, ich habe mich in diese Details einfach nicht involviert, weil ich felsenfest davon überzeugt war, was die machen, das wird zum Ziel führen. Und den Eindruck haben sie auch immer vermittelt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Den haben sie ja auch zu Recht vermittelt. Ein paar Jahre später hat es ja zum Ziel geführt, aber dann ist noch wesentlich mehr Geld geflossen. Da geht es dann um die **Valora Solutions**; aber das ist ein anderes Kapitel, das machen wir ein bisschen später.

Jetzt geht es darum, nicht das BZÖ und die ÖVP entwerfen ein Gesetz, sondern der Gesetzesvorschlag wird vom Herrn Krenn von Hochegger.Com dem Klubobmann Scheibner übermittelt. Also kann der Gesetzesvorschlag nicht vom BZÖ kommen, ich nehme an, auch nicht aus der ÖVP.

Daher: Woher ist dieser Gesetzesvorschlag gekommen?

Es gibt nämlich einen einzigen kompetenten Menschen in diesem Bereich, der auch einen Kommentar zum Glücksspielgesetz geschrieben hat, das ist ein gewisser Herr Wohlfahrt von Novomatic.

Haben Sie irgendein Wissen darüber, dass dieser Gesetzesvorschlag von Herrn Wohlfahrt von Novomatic erarbeitet worden ist?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich kann es jetzt nicht sagen, ob es so war, aber es würde Sinn machen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es macht sehr viel Sinn und ich gehe auch davon aus, dass das die Lösung dieser Geschichte ist.

Ich empfangen gerade einen strengen Blick von Seiten des Vorsitzes, kündige gleich an, ich brauche noch mindestens zwei, vielleicht auch drei Runden, aber ich beende die Befragung jetzt einmal für diese Runde.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Ich komme natürlich den Wünschen des Kollegen Pilz gerne nach, immer wieder, es ist eine große Freude. Ich habe nur ein bisschen eine unterschiedliche Einschätzung zu Ihnen. Ich glaube nicht an die weitverbreitete, großausgebrochene Naivität, dass das weder die Telekom durchschaut hat, noch dass das ganze Parlament das nicht durchschaut hätte. Ganz so schätze ich das nicht ein, weil so komplex die Angelegenheit dann doch auch wieder nicht ist, sondern da waren offenbar andere Motive entscheidend.

Ich möchte aber ganz gerne etwas herausarbeiten, Herr Hochegger, weil Sie auf mich ein wenig den Eindruck machen, als hätten Sie mit dieser ganzen Geschichte sehr wenig zu tun gehabt, daher hätte mich interessiert ...

**Dr. Peter Hochegger:** Also ich will mich da jetzt nicht drücken.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Nein, ich meine das auch gar nicht bösartig, sondern die Frage geht eher in die Richtung, dass mich interessiert hätte, da das ja offenbar sehr stark auch ein Meischberger-Projekt war, wie denn das Arbeitsverhältnis zwischen Ihnen und Meischberger in diesem Zusammenhang war.

Waren Sie tatsächlich nur am Rande involviert und sind ab und zu informiert worden, oder war da mehr?

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Meischberger war eine zentrale Figur in diesem ganzen Projekt. Meine Aufgabe war ja, wie ich am Beginn schon ausgeführt habe, ich habe das befürwortet, habe das auch der Telekom vorgeschlagen und war dann bei den Strategiesitzungen und bei den Projektsitzungen fast immer dabei, aber die Detailarbeit habe ich denen überlassen, die das einfach gut gemacht haben. Das war der Herr Meischberger und das war der Herr Krenn mit seiner Arbeitsgruppe. Und natürlich hat es auch Leute in der Telekom und in der Novomatic gegeben, die daran gearbeitet haben.

**Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP):** Wer war wirklich der Head des Projekts bei Ihnen, wer war wirklich verantwortlich?



**Dr. Peter Hohegger:** Das waren zwei Personen, das waren der Herr Meischberger und der Herr Krenn.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Wer war der Ansprechpartner bei der Telekom für dieses Projekt, gab es da konkret eine Person?

**Dr. Peter Hohegger:** Auf Vorstandsebene war es der Herr Fischer, und der Projektleiter, der die Details gemacht hat, war Herr Tweraser.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Sind Ihnen jetzt über diese Master-Pläne und Projektbeschreibungen, die es zu der Thematik gibt, sonstige schriftliche Aufträge bekannt?

Sie sagen in Ihrer Beschuldigteneinvernahme vom 3. 11. 2009, dass Sie dieses Projekt gemeinsam mit Meischberger betrieben haben, er, nämlich Meischberger, habe die Überzeugungsarbeit in Richtung BZÖ und BMF gemacht, er habe mit den Politikern gesprochen und ihnen Gutachten vorgelegt.

Ist das so dezidiert schriftlich festgehalten worden, wer welche Aufgabe übernimmt?

**Dr. Peter Hohegger:** Das war die erste Einvernahme zu dieser Sache. Ich habe das einfach aus meinem Gedächtnis heraus rekonstruiert. Tatsache war, dass Herr Meischberger da eine zentrale Figur war. Er hat ja auch mit dem Herrn Scheibner – und das hat er immer wieder artikuliert – Gespräche geführt und in Richtung ÖVP natürlich nicht.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Können Sie eine Einschätzung abgeben, woran das Projekt letztlich Ihrer Meinung nach gescheitert ist?

**Dr. Peter Hohegger:** Damals war es für mich eine Überraschung, wie es für alle in der Gruppe eine Überraschung war.

Heute gibt es natürlich Spekulationen und ich nehme an, es ist die Aufgabe des Ausschusses, herauszufinden, warum das so war.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Das ist richtig, deshalb befrage ich Sie dazu.

**Dr. Peter Hohegger:** Ich hatte damals überhaupt keine Wahrnehmungen.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Haben Sie eine Einschätzung?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich bin kein naiver Mensch und mir ist klar, dass sich niemand etwas wegnehmen lässt, schon gar nicht die Casino AG, und dass die natürlich auch alle ihre Hebel in Bewegung gesetzt haben, das zu verhindern. Das ist ganz normal.

Wie sie es gemacht haben, das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Also interpretiere ich Sie richtig, dass es da offenbar eine – von wem immer, denn es kommt ja relativ häufig vor, dass unterschiedlichste Interessengruppen an Parlamentarier und an das Parlament herantreten mit fertigen Gesetzesvorschlägen oder mit Vorschlägen für Initiativanträge ... Es ist ja per se noch nicht unanständig, wenn sich Bürger zusammenfinden und sagen: Wir hätten da einen Vorschlag! – Die Frage ist ja immer, mit welchen Begleiterscheinungen läuft so etwas ab und gibt man dem nach oder gibt man dem nicht nach. Das ist ja diese entscheidende Frage, und da hat die Naivität eben auch ein gewisses Ende, glaube ich.

Daher noch einmal die Frage: Haben Sie den Eindruck, dass die Casinos Austria hier über das übliche Maß hinaus aktiv geworden sind, um etwas zu verhindern – oder haben Sie diesen Eindruck nicht?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich hatte diesbezüglich damals überhaupt keine Wahrnehmung. Aber am Ende des Tages war es für mich auch nichts Ungewöhnliches, denn die Casinos Austria hat einen leitenden Mitarbeiter, der auch ein Abgeordneter ist, die Casinos Austria hat Partner und Gesellschafter, die im ÖVP-Lager gut verankert sind. Also es ist ja ganz logisch, dass die auch sehr, sehr gute Zugänge haben und ihre Interessen durchsetzen können.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Also ein normaler Vorgang aus Ihrer Sicht?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe damals nichts Abnormales gesehen.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Uns liegt ein „Masterplan Novomatic“ vom Oktober 2005 vor. Haben Sie Wahrnehmungen darüber, wer die Vorgaben für diesen Masterplan geliefert hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich nehme an, den haben wir verfasst, oder? (*Abg. Amon: Ja!*) – Das ist sicher in Abstimmung mit Herrn Wohlfahrt geschehen.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Und auf Ihrer Seite, wer war da involviert?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich gehe einmal davon aus, dass das der Herr Stefan Krenn mit seinem Team war, denn er war der Betreuer der Novomatic.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Sie sind vorhin vom Kollegen Maier schon dazu befragt worden – da gibt es ja ein paar delikate Dinge in diesem Masterplan.

Haben Sie Wahrnehmungen darüber oder am Ende gecheckt – da Sie letztendlich doch irgendwie auch mitverantwortlich waren für die Umsetzung solcher Pläne –, was denn von diesen Überlegungen durchgeführt wurde und was nicht? Gibt es da Aufzeichnungen in Ihrem Unternehmen dazu, die uns nicht vorliegen?

**Dr. Peter Hochegger:** Wenn es Aufzeichnungen gibt, dann hat sie immer der Projektverantwortliche gemacht, denn das war ja auch seine Aufgabe; um diese Dinge habe ich mich nicht gekümmert. Wichtig war, dass die Abstimmung mit dem Kunden gut funktioniert hat und dass das, was mit den Kunden abgestimmt war, auch durchgeführt wurde.

Zu den „delikatene Dingen“: Ich habe nichts Ungewöhnliches darin gesehen, dass man sich einfach die Argumente der Gegner anschaut. Das muss man ja genau wissen – macht ja die Casino AG auch nicht anders. Also das ist ein normaler Vorgang.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Ich habe weniger sozusagen diese Bereiche gemeint – ich sehe das auch nicht ganz so kritisch wie der Kollege Maier, denn die Dinge, die da aufgelistet sind, kann man relativ leicht googlen, muss man sagen; wenn es nicht über dieses Maß hinausgeht, wie der Kollege Maier ja angedeutet hat, Sie haben aber gesagt, Detektive sind nicht eingesetzt worden; das wäre natürlich schon delikate, wäre das passiert –, sondern ich habe eher gemeint, diese überlegten Einladungen Learjets irgendwohin. Das haben wir in anderen Bereichen auch schon erlebt; das geht natürlich doch über das übliche Maß hinaus, würde ich sagen.

Gab es da so etwas wie Checklisten in Ihrem Unternehmen: wurde durchgeführt/wurde nicht durchgeführt; haben wir gemacht/haben wir nicht gemacht?

**Dr. Peter Hochegger:** Natürlich muss es Dokumentationen geben, wenn so ein Projekt umgesetzt worden wäre, dann muss es auch Informationen darüber geben, wenn wir involviert waren, wenn wir die Leute eingeladen hätten und, und, und.

Nur: So eine Sache geht ja ordentlich ins Geld. Das kann ja nur ein Unternehmen selbst bestimmen, denn die hätten das ja bezahlen müssen.

Aber ich habe nicht in Erinnerung, dass so etwas stattgefunden hat.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Frau Vorsitzender! Herr Dr. Hochegger! Vorab würde uns einmal interessieren, ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Sie sollten sich nicht irren beim Geschlecht des Vorsitzes. (*Abg. Ing. Höbart: Entschuldigung, bitte?*) – Sie sagen immer: „Frau Vorsitzender“.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Das, glaube ich, können Sie uns oder mir überlassen, wie ich das Ganze bezeichne.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Nein, das steht in der Geschäftsordnung.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Gut, ist in Ordnung. – Herr Dr. Hochegger! Die fragenden Personen im Vorfeld haben ja schon einige Dinge hinterfragt: wie es zu dem Auftrag kam, in welcher Konstellation da sozusagen der Kreislauf stattgefunden hat.

Was mich interessiert, ist: Nach welchen Kriterien haben Sie eigentlich Ihre Projektmannschaft – um das jetzt einmal so zu formulieren – zusammengestellt? Was waren da so – Sie waren ja doch der Geschäftsführer, der Eigentümer – Ihre Hauptkriterien speziell in diesem Projekt?

**Dr. Peter Hochegger:** Na ja, das hat sich teilweise von selbst ergeben. Der Herr Meischberger war ja ein Miterfinder, damit war er automatisch in der Projektgruppe drinnen.

Und in unserer damaligen Public-Affairs-Abteilung hat es den Herrn Krenn gegeben und auch die Frau Racek. Die Frau Racek hat einen juristischen Hintergrund, also war sie damit qualifiziert. Und der Herr Krenn war auch deswegen qualifiziert, weil er die parlamentarischen Mechanismen kannte. Er war ja, glaube ich, für drei Abgeordnete als Mitarbeiter sozusagen tätig und deswegen war er für mich qualifiziert für dieses Projekt.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Also kann man das so zusammenfassen, dass Sie natürlich sehr wohl diejenigen oder auch solche Mitarbeiter auf der einen Seite engagiert, aber auch eingesetzt haben, die parlamentarische Entscheidungsprozesse oder Entscheidungsfindungsprozesse darstellen konnten, wie eben das „Werk“ – auf gut Wienerisch – funktioniert? (*Dr. Hochegger: Richtig, ja!*)

In diesem Zusammenhang wurde vorhin ja auch schon von diesen zwei Schreiben gesprochen, die in Ihren Unterlagen gefunden wurden: das eine Schreiben an Willi Molterer, Herbert Scheibner, Günter Stummvoll und Peter Westenthaler – also ich fasse einmal zusammen: das waren damals ja eben doch durchaus entscheidungsrelevante Herrschaften in der damaligen ÖV/BZÖ-Regierung – und das zweite Schreiben, das an den Bundesparteiobmann Alfred Gusenbauer erging.

Wissen Sie noch die genauen Hintergründe, warum man damals diese Schreiben aufgesetzt hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Wer hat denn die unterschrieben? (*Abg. Ing. Höbart: Bitte?*) – Wer hat denn die Schreiben unterschrieben?

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Das waren Entwürfe, und zwar – ich möchte nur beginnen, zu zitieren; es würde jetzt zu lange dauern, sie vorzulesen –:

Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Wir möchten uns auf diese Weise für Ihre aktive Unterstützung, eine notwendige Novellierung des österreichischen Glücksspielgesetzes in Angriff zu nehmen, sehr herzlich bedanken.

Und dann wird eben durchargumentiert, warum das sinnvoll ist.

Zum einen: Können Sie sich daran erinnern, wer dieses Schreiben formuliert hat? Sind diese Schreiben jemals hinausgegangen?

**Dr. Peter Hochegger:** An das kann ich mich nicht mehr erinnern. Hinausgegangen sind sie sicher nicht, denn sonst hätten sie ja eine Unterschrift drauf.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Okay. – Es wurden weitere Unterlagen gefunden, und zwar solche, wo das sogenannte Lobbying-Paket definiert wurde. Ich würde das als Konzept bezeichnen. Also Lobbying-Paket: Timeline – also die Zeitleiste –, Vorgangsweise, Masterplan, Argumentarien.

Also, wie gesagt, so ein Konzept, wie Sie hier offensichtlich versucht haben, für dieses Konsortium des niederösterreichischen Glücksspielanbieters und der Telekom Austria diese Änderung des Glücksspielgesetzes herbeizuführen. Sie haben unter anderem den legislativen Weg beschrieben, also Einbringung eines Initiativantrages durch ÖVP/BZÖ, und dann auch das Budget in der Höhe von 250 000 €.

Sagen Sie, wie haben Sie das Budget kalkuliert? War das so um den Daumen? 250 000 € ist doch viel Geld! Wie haben Sie das kalkuliert und was wollten Sie mit diesem Budget tun?

**Dr. Peter Hochegger:** Es hat immer Kalkulationsrichtlinien gegeben bei den Mitarbeitern, die eben Budgets erstellt haben. Ich habe jetzt das Konzept nicht vor mir, ich kann mich auch nicht mehr daran erinnern und ich weiß auch nicht, nach welchen Gesichtspunkten das kalkuliert wurde. Es ist also schwierig, darauf zu antworten. – Wenn der Herr Krenn das Konzept erstellt hat, dann wird er vielleicht die Frage beantworten können.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Okay, wir werden sie dem Herrn Mag. Krenn stellen.

Es wird auch von einem Abschiedsgeschenk von Heinz Sundt gesprochen. Haben Sie da irgendwelche Ideen, was damit gemeint war? (*Dr. Hochegger: Nein, keine Ahnung!*)

Ebenfalls in diesem Papier findet man als weiteres Ziel: Absicherung gegen Interventionen der Casinos Austria AG auf politischer Ebene.

Das Ganze manifestiert sich dann nochmals, indem zum Schluss, bei den Maßnahmen, beispielsweise „Gegner“ zitiert wurden, also offensichtlich Gegner der angepeilten Glücksspielgesetz-Novelle, nämlich zum einen der Finanzausschuss. Und da findet sich auch der Abgeordnete Hoscher. – Ich präzisiere: Das ist Nationalratsabgeordneter Mag. Dietmar Hoscher, der damals auch bereits Mitglied im Managementteam bei der Casinos Austria AG war.

Hat Herr Mag. Hoscher Ihrer Wahrnehmung nach oder Ihres Wissens schon damals die Casinos-Austria-Interessen massiv vertreten, auch im Finanzausschuss im Parlament?

Was können Sie uns zur Person Mag. Hoscher erzählen?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich kann zum Herrn Hoscher gar nichts sagen. Ich habe das auch im Detail nicht verfolgt, aber ich gehe davon aus, dass sich erstens einmal die

Novomatic sehr damit auseinandergesetzt hat und dass dieses Wissen und diese Erfahrung der Novomatic auch dem Herrn Krenn sozusagen übermittelt wurden.

Mich haben diese Details nicht interessiert. Für mich war Herr Hoscher klar ein Mann der Casino AG – und wie er das und was er genau gemacht hat, das war für mich nicht wichtig, zu wissen.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Ich nehme schon an, dass Sie als Eigentümer und Geschäftsführer, ich sage einmal, zumindest aus der Vogelperspektive betrachtet versuchen, die Dinge in die richtige Richtung zu lenken.

In diesem Zusammenhang interessiert mich die Antwort auf folgende Frage: Es existiert ja zumindest diese Vorlage in Richtung des damaligen SPÖ-Bundesparteivorsitzenden und späteren Bundeskanzlers – ein paar Monate später – Gusenbauer, aber wer hat denn in Richtung des sozialdemokratischen Lagers lobbyiert oder versucht, eben diese Gesetzesinitiative zu argumentieren, um es positiv zu formulieren?

**Dr. Peter Hochegger:** Die Kommunikation ins sozialdemokratische Lager war Chefsache; es war eine Angelegenheit von Herrn Wohlfahrt und es war eine Angelegenheit von Herrn Fischer.

Ich hatte ja damals bei mir im Team auch den **Heinz Lederer** und habe durchaus die Frage gestellt, ob man ihn dafür einsetzen soll, und da kam ganz klar von beiden – von Wohlfahrt und von Fischer –: Das haben wir selbst im Griff!

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Okay, also Heinz Lederer hat **nicht** in dieser Angelegenheit lobbyiert oder die Initiative ergriffen.

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe nicht mit Heinz Lederer darüber gesprochen.

Ob Herr Fischer mit ihm darüber gesprochen hat, weiß ich nicht.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Sagen Sie, Sie sind das vorhin sowieso schon gefragt worden, aber in Ihren Unterlagen, in Ihren Geschäftsunterlagen betreffend Angebot auch zur Novomatic hin ist auch mehrfach ein Erfolgshonorar drinnen. Also für ein Unternehmen, das sich damit beschäftigt, sozusagen Initiativen zu ergreifen und gewisse Interessen zu vertreten, um gewisse Gesetzesinitiativen umzusetzen, ist es ja auch – wie in diesem Fall – gang und gäbe gewesen, eben ein Erfolgshonorar festzusetzen.

Es wurde dieser Abänderungsantrag in dieser ominösen Sitzung des Finanzausschusses niemals eingebracht. Sie wurden das vorhin schon gefragt, aber vielleicht wiederholen Sie das Ganze nochmals.

Warum sind Ihnen, um das so zu bringen, die Felle davongeschwommen? Warum wurde diese Initiative dann letztendlich nie umgesetzt und welche Gegenmaßnahmen haben Sie da ergriffen? Was sind Ihre Wahrnehmungen dazu?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe das ja vorhin schon gesagt. Es hat keiner in der Projektgruppe damit gerechnet, dass die Entscheidung so ausgehen wird, und es war für alle eine Überraschung. Ich habe vorhin auch schon erwähnt, dass man sich darauf verständigt hat, dass man bei der nächsten Regierung einen neuen Anlauf startet.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Okay, also auch für Sie sehr überraschend?

**Dr. Peter Hochegger:** Ja, aber ich glaube, mit fortschreitender Zeit ist dann das Interesse an diesem Projekt bei der Telekom Austria eingeschlafen.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Und bei der Casinos Austria AG gestiegen.

Ich habe das schon vorher zu erfragen versucht – abschließende Frage –: Ist es auch aus Ihrer – ja, man kann schon fast sagen: jahrzehntelangen – Geschäftspraxis oder aus Ihrer Erfahrung daraus üblich, dass ein Interessenvertretungsunternehmen, Lobbying-Unternehmen auch wirklich Gesetzesanträge, -initiativen selbst formuliert?

Wie können Sie uns das beschreiben?

**Dr. Peter Hochegger:** Das ist für mich nichts Unübliches und ich habe das in meiner Geschäftspraxis schon mehrmals gemacht.

Also wenn ich zurückverweisen darf auf die Jahre 1992/93: Da habe ich zusammen mit 20 Experten unter der Leitung von Professor Call ein fixfertiges Gesetz für Miet-, Eigentums- und Genossenschaftsrecht formulieren lassen, und das Ganze ist im Rahmen eines Symposiums mit der Politik diskutiert worden, weil man das Gefühl hatte, dass nichts weitergeht. Das hat sehr wohl geholfen, dass dann Bewegung ins Spiel gekommen ist. – Also das sind eigentlich normale, zulässige Instrumente.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir legen Ihnen ein Schriftstück vor.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Das ist dieser Masterplan, der von Hochegger|COM im Oktober 2005 gemacht wurde. Da gibt es einen Punkt „Änderungsvorschläge im Glücksspielgesetz“: Ein „fertige ausformulierter Gesetzestext und ausführliche Erläuterungen“ sind zu erstellen. Und dann steht hier:

„Persönliche Gespräche: In dieser ersten Lobbying-Phase sind konkret persönliche Gespräche mit folgenden Stakeholdern zu koordinieren:

„Grasser ... Lopatka ... Stummvoll ... Ikrath ... Erwin Pröll ... Jörg Haider“.

Können Sie uns auf Basis dieses Dokumentes angeben, ob diese persönlichen Gespräche mit diesen genannten Personen stattgefunden haben – und wenn ja, wann und von wem wurden diese geführt und mit welchem Ergebnis?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich kann dazu überhaupt nichts sagen, denn wenn die Gespräche stattgefunden haben, war ich nicht dabei, noch habe ich sie vorbereitet und initiiert. Ich würde einmal sagen, das war eine Auflistung sozusagen in Konzeptform. Ich bin sicher, dass dann mit einigen ein Gespräch geführt worden ist, zum Beispiel mit Herrn Lopatka – also das habe ich auch immer wieder mitbekommen, dass der da involviert war –, aber bei den anderen weiß ich es nicht. Da müsste man heute den Herrn Krenn fragen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Welche Wahrnehmungen haben Sie bezüglich des Herrn Lopatka, der war ja damals Generalsekretär der ÖVP?

**Dr. Peter Hochegger:** Meine Wahrnehmung war nur, dass Herr Krenn zu ihm einen guten Draht gehabt hat, zumal er ja für ihn als parlamentarischer Mitarbeiter gearbeitet hat.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das heißt, dass der Herr Krenn Gespräche mit dem Herrn Lopatka geführt hat? *(Dr. Hochegger: Richtig!)* – Und der Herr Krenn hat Sie über diese Gespräche informiert?

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Krenn hat in der Gruppe informiert, was er gemacht hat, mit wem er Gespräche geführt hat. Also das war ja kein Geheimnis und das zu wissen, war ja wichtig für alle.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Worüber hat Herr Krenn da informiert in Bezug auf das Gespräch mit dem Herrn Generalsekretär Lopatka damals?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich kann mich an die Details nicht erinnern und möchte es so zusammenfassen: Bei allem, was sozusagen bis zum High Noon hingegangen ist, habe ich immer das Gefühl gehabt, es wird funktionieren, es ist sozusagen alles unter Kontrolle. Und das Gefühl wurde mir auch immer vermittelt, und deswegen war es für mich ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Fassen wir das zusammen, wenn Sie da nicht weiter in die ... – Sie sind davon ausgegangen, es gibt die Zusicherung der Kanzlerpartei ÖVP, dass das so gemacht wird?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich bin davon ausgegangen, dass es die Zusicherung der Regierungsparteien gibt, denn es wurden ja immer wieder enge Abstimmungsgespräche – so wurde mir das kommuniziert und so habe ich das mitgekriegt – mit Herrn Scheibner geführt. Also es war schon die Kommunikation mit den beiden Regierungsparteien.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Also man ist davon ausgegangen, die Koalition ÖVP-BZÖ ist an Bord. Auch bei der SPÖ – auf Basis Ihrer Informationen – ist man davon ausgegangen – noch einmal: Gespräch Wohlfahrt und Fischer –, die SPÖ ist an Bord.

Welchen Kenntnisstand hat man in Sachen FPÖ gehabt, wobei es damals ja ein gemeinsamer Klub war? Das muss man ja auch noch sagen. Haben Sie Kenntnis ...?

**Dr. Peter Hochegger:** In diese Feinheiten habe ich mich nicht involviert. Ich habe mich darauf verlassen, dass Herr Meischberger das alles gut im Griff hat.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Na ja, ich will nur wissen, wie damals die Ausgangslage war. – Und welche Rückmeldungen hat man vonseiten der grünen Fraktion gehabt oder wovon ist man da ausgegangen?

**Dr. Peter Hochegger:** In der Kommunikation war es ja so: Beide Personen, Krenn sowie Meischberger, haben den direkten Draht zu Wohlfahrt gehabt, und es kann schon durchaus sein, dass sich die auch zwischendurch ausgetauscht haben. Die wesentlichen Dinge sind aber alle in der Projektgruppe besprochen worden.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Aber entscheidend ist schon, dass man davon ausgegangen ist, dass es die Zusicherung zumindest eben von ÖVP, BZÖ, FPÖ und SPÖ gibt. – Darauf werden wir dann später noch einmal zurückkommen. Da gibt es einen Jour-fixe-Bericht vom 12. September 2006, in dem wird geschrieben, dass es die Zusicherung gegeben habe – ich zitiere –:

Sowohl der Ausschussvorsitzende Stummvoll als auch das Ausschussmitglied Ikrath sprachen sich dafür aus, das österreichische Glücksspielmonopol zugunsten eines zusätzlichen Anbieters aufzulockern.

Und dann wird analysiert, warum das schiefgegangen ist, und dann wird geschrieben:

Tatsächlich aber war dies –

also, dass er dann doch nicht eingebracht wurde –

die Folge von massiven Interventionen seitens Friedrich Sticklers und Leo Wallners, die erst am Tag zuvor von diesem Vorhaben Kenntnis erlangten und alle Hebel in Bewegung setzten, um diesen Abänderungsantrag zu verhindern.

Was ja dann auch gelungen ist.

Das heißt, die Hohegger-Gruppe, Hohegger.Com, berichtet selbst an die Novomatic, dass man weiß, dass es da massive Interventionen gegeben hat. Also muss es irgendeinen Kenntnisstand innerhalb der Hohegger-Gruppe gegeben haben zu diesen massiven Interventionen von Stickler und Wallner und dem, dass sie alle Hebel in Bewegung gesetzt haben.

Was können Sie zu diesen Interventionen angeben? Da müssen Sie irgendetwas wissen, weil das steht ja in einem Papier drinnen, das von Ihrer Unternehmung verfasst wurde.

**Dr. Peter Hohegger:** Ich möchte jetzt noch einmal wiederholen: Ich persönlich kann mich nicht erinnern, dass ich mit einem einzigen Politiker zu diesem Thema ein Gespräch geführt hätte. Das war die Aufgabe von meinen Mitarbeitern oder von Herrn Meischberger oder von Novomatic und von der Telekom. Daher ist es für mich auch heute, nach sechs Jahren, schwer, zu sagen, wann wer was wo wie gesagt hat.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Dann werden wir das halt den Herrn Krenn fragen müssen.

Eine Frage habe ich noch: In diesem Maßnahmenkatalog ist dann etwas ganz Interessantes drinnen, was zu tun ist – ich zitiere –:

Modul 2: Aufbau einer Themenkarriere; Friedrich Stickler wird in der Öffentlichkeit immer unbeliebter und unsympathischer; Infragestellen der Managementqualitäten von Wallner und Stickler; Entkräften falscher Argumente.

Und dann ist da als eigener Punkt angeführt – Zitat –:

Story lancieren: Stickler soll Scheibner, Westenthaler Wahlkampfspenden in Form von Inseraten versprochen haben – zwischen Klammern: (Parteienförderung) – als Dank, Belohnung. – Zitatende.

Das war in einem Zeitraum, wo diesbezügliche Vorwürfe in den Medien noch nicht bekannt waren.

Ist es also korrekt, dass seitens der Hohegger-Gruppe als Dirty-Campaigning-Maßnahme eine Story gegen das BZÖ lanciert wurde, wie das in diesem Dokument vorgeschlagen wird? Denn genau so ist es dann auch gekommen.

**Dr. Peter Hohegger:** Ich kann mich an das heute nicht erinnern (*Abg. Petzner: Das steht aber so drinnen!*) –, wenn es so steht, dann ist es auch so. Ich habe aber dazu keine Erinnerung mehr.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das ist komisch, dass der Chef in der Causa so wenig wissen will.

**Dr. Peter Hohegger:** Es gibt Projekte, wo ich sehr viel weiß und viel erzählen kann, aber bei diesem Projekt habe ich mich einfach in die Details nicht involviert, weil sie mich auch nicht so interessiert haben.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Faktum ist – ich fasse es noch einmal zusammen; das war es ohnehin schon für diese Runde, die Zeit ist eh schon aus –: Es taucht in einem Hohegger-Papier auf, dass man Dirty-Campaigning-Maßnahmen gegen das BZÖ setzen soll, und genau so ist es auch gekommen, und das ist schon auch ein interessanter Aspekt, der nicht unberücksichtigt bleiben kann.



\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Herr Hohegger, ich möchte Ihnen vorlegen lassen den Beratungsvertrag zwischen Austrian Gaming Industries GmbH und der Valora Solutions Projektbegleitung GmbH.

*(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)*

Wissen Sie, wann dieser Vertrag abgeschlossen worden ist?

*(Die Auskunftsperson blättert in den ihr vorgelegten Schriftstücken.)*

**Dr. Peter Hohegger:** Da steht 20.10.2010, kann das sein?

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Nein, das kann es nicht sein!

**Dr. Peter Hohegger:** Ach so, das ist dann vielleicht etwas anderes. Interrevision. – Eine Stellungnahme ist das, da ist ...

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Es gibt ja eine Stellungnahme zu diesem Beratungsvertrag von der Interrevision, und ich zitiere daraus:

Als Beginn des Beratungsvertrages wurde der 1.1.2007 festgesetzt. Er wurde auf unbestimmte Dauer abgeschlossen. Die Valora GmbH wurde am 12.1.2007 im Firmenbuch eingetragen. Als jeweils selbständig vertretungsbefugte Geschäftsführer wurden Herr Dr. Peter Hohegger sowie Herr Walter Meischberger im Firmenbuch eingetragen.

Sie haben bei meiner ersten Befragung die Auffassung vertreten, dass nur Herr Meischberger Geschäftsführer gewesen sei.

**Dr. Peter Hohegger:** Konnte ich mich nicht erinnern.

Wann bin ich denn als Geschäftsführer ausgeschieden?

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Als Geschäftsführer waren Sie bis 15.11.2008. Aufgrund des Erkenntnis des Bundes...

**Dr. Peter Hohegger:** Ja, okay. Aber die Trennung hat für mich de facto im Oktober 2007 stattgefunden, da haben wir vereinbart, dass ich aus der Firma ausscheide. Ich habe mich dann auch ...

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Das möchte ich gar nicht wissen.  
*(Dr. Hohegger: Okay!)*

Mich interessiert: Welche Beratungsleistungen haben Sie damals – nachdem dem Bericht zufolge der gesamte administrative Bereich in Ihrem Bereich gelegen ist, so die Stellungnahme zum Beratungsvertrag – für Ihren Vertragspartner **Austrian Gaming Industries** erbracht?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich persönlich habe keine Beratungsleistungen erbracht im Bereich der Valora Solutions; das kann nur von Herrn Meischberger sein.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Sie wissen natürlich, dass vom 24.3.2007, also kurz nach Beginn dieses Beratungsvertrages, bis zum 15.11.2008 der ehemalige Finanzminister Grasser Gesellschafter der Valora Solutions war.

**Dr. Peter Hohegger:** Weiß ich, ja.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wissen Sie, welche Leistungen Herr Finanzminister Grasser als Gesellschafter für diesen Vertragspartner erbracht hat?

**Dr. Peter Hohegger:** Weiß ich nicht.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Meischberger über die **ZehnVierzig** genau in diesem Zeitraum, in dem **Grasser** Gesellschafter der Valora Solutions war, Rechnungen gestellt hat.

War Grasser in irgendeiner Form auch finanziell an dieser Gesellschaft beteiligt? Gab es da jährlich Ausschüttungen oder nicht?

**Dr. Peter Hohegger:** Bei der Valora Solutions? (*Abg. Mag. Maier: Ja!*) – Keine Ahnung. Ich habe nie Ausschüttungen bekommen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Gut. Da werden wir den Herrn Grasser heute Nachmittag fragen.

Was mich noch interessieren würde: Sie haben, nachdem Meischberger den Kontakt zwischen Ihnen und der Novomatic AG hergestellt hat, eine Rahmenvereinbarung geschlossen und aufgrund dieser Rahmenvereinbarung nach den uns vorliegenden Rechnungen insgesamt 466 875,83 € erhalten.

Frage: Warum wurde dieser Vertrag mit der **Hohegger Financial Relations GmbH** abgeschlossen – und nicht mit Hohegger.Com, die ja dann die Leistungen erbracht hat?

**Dr. Peter Hohegger:** Die Hohegger Financials? Wann war das?

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Das ist der Vertrag, der im Jahr 2005 mit der Novomatic AG abgeschlossen wurde.

**Dr. Peter Hohegger:** Da müssten Sie Herrn Trummer fragen und Herrn Stempel.

Es ist richtig, ich kann mich erinnern, es hat die Gespräche in der Financials gegeben. Jetzt muss man dazusagen, dass die Novomatic oder Admiral schon Jahre davor von Herrn Stempel betreut wurden und es immer wieder sozusagen kapitalrechtliche Themen gegeben hat. Aber warum wir das intern so entschieden haben, kann ich heute nicht mehr sagen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Es gibt Werkverträge zwischen der Telekom Austria und Hohegger.Com. Was bei zwei Werkverträgen zumindest auffällt, ist die Tatsache der Datierung.

Herr Hohegger, es gibt den Werkvertrag vom November 2006, das ist die Werkvertragsnummer 4200316292 vom November 2006, Liefertermin/Tag: 31.8.2006, Leistungszeitraum – und jetzt kommt's! –: Jänner bis August 2006. Da ist jeder irritiert.

Meine Frage: Wie kann ein Werkvertrag im **November 2006** abgeschlossen werden, obwohl die Leistung im Zeitraum **Jänner bis August 2006** erbracht wurde?

**Dr. Peter Hohegger:** Da muss man die Telekom Austria fragen, warum die das so gemacht haben.

Für mich war immer wesentlich: Man hat sich auf eine Aufgabenstellung geeinigt, man hat sich auf ein Honorar geeinigt, und es ist manchmal vorgekommen, dass die Aufträge dazu erst viel später gekommen sind.

Warum das von der Telekom so gemacht wurde, kann ich nicht beurteilen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Man kann Ihren Unterlagen, die Sie erarbeitet haben, also diesem Masterplan, ja sehr viel entnehmen. Es wird mehrfach von dem **vorformulierten Gesetzesantrag** gesprochen, oder der legislative Weg: Einbringung eines Initiativantrages durch ÖVP, BZÖ.

Was mich noch interessiert, ist die gemeinsame Entwicklung von **aonTV-Content** und **Gaming-Umsetzung**.

Herr Hochegger, ich entnehme hier, dass in der ersten Phase die Telekom Austria 51 Prozent, die Novomatic 26 Prozent, dann – ein dritter Partner – Medium, gedacht ist an ein Printmedium, 10 Prozent und andere 13 Prozent besitzen sollen. Sprecher in Phase 1: Telekom Austria als Vertreter nach außen.

Dann die Phase 2: Telekom Austria 51 Prozent, Novomatic 39 Prozent, Medium 10 Prozent.

Company in Phase 3: Novomatic 60 Prozent, Telekom Austria 26 Prozent, Medium 14 Prozent.

Können Sie uns erklären, warum da durch die Telekom Austria ein Rückzug auf Raten erfolgt, obwohl Ihrer Unterlage zu entnehmen ist, dass dieses Wettprojekt ja gerade mit dem guten Namen **Telekom Austria** verbunden sein sollte? Wie kam es zu dieser Festlegung?

**Dr. Peter Hochegger:** Die Frage muss man der Telekom Austria stellen, denn wenn das so skizziert wurde, dann haben sich die dabei auch etwas gedacht. Aber ich habe heute keine Erinnerung mehr, warum das so war.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich möchte jetzt mit Ihnen einmal diese Grasser-Geschichte durchgehen.

Die Leistung, die Herr Mag. Grasser für Novomatic erbracht hat, werden wir mit anderen Personen besprechen.

Ist es richtig – nur noch einmal zur Sicherheit, denn es gilt ja die alte Regel: Wo Meischberger draufsteht, ist Grasser drinnen! –, dass Herr Meischberger Ihnen vorgeschlagen hat, diese ganze Geschichte für Novomatic zu machen?

**Dr. Peter Hochegger:** Es ist durchaus richtig, dass die Idee von ihm gekommen ist. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) Und ich habe mit ihm auch ein Gespräch geführt, da hat er mir den Herrn Graf vorgestellt, und dann ist das Ganze besprochen worden. Das war die Voraussetzung, dass das bei der Novomatic ein Wunsch ist und dass man das anstrebt, und ich bin dann mit diesem Vorschlag an die Telekom herangetreten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja. Und *ein* wichtiger Punkt ist, das ergibt sich nämlich aus einer Aussage einer völlig anderen Person: Hat Herr Meischberger in diesem Zusammenhang gesagt, er könne in irgendeiner Form dafür sorgen, dass der Finanzminister dabei sei oder dass man das mit ihm klären könne?

**Dr. Peter Hochegger:** Das hat er in meiner Gegenwart nicht gesagt.

Klar war auch, dass es mit der Telekom Austria sozusagen als Lokomotive oder nur so möglich ist, der Politik das schmackhaft zu machen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Erklären Sie mir einen Punkt, der sonst nicht verständlich ist: Da gibt es relativ geschwind ein Treffen, also Ende 2005, ein halbes Jahr vor diesem entscheidenden Juli 2006: Grasser, Wohlfahrt, Fischer von Telekom. Finanzminister Grasser ist der Eigentümerversorger über die Nationalbank von etwa einem Drittel der Anteile an den Casinos, die Casinos werden nicht informiert, es werden auch nicht ähnliche Gespräche über eine Änderung des Glücksspielgesetzes mit den Casinos, also dem Unternehmen, wo der Finanzminister Eigentümerversorger ist, geführt, und der Finanzminister lässt sogar über seinen Generalsekretär seinen Beamten untersagen, die Casinos überhaupt nur zu informieren. Grasser tritt also als Novomatic-Mann auf.

In der Zeit – das ist ähnlich wie bei Gorbach –, in der der Finanzminister so tut, als wäre er ein Finanzminister der Republik Österreich, kriegt er offiziell nichts. Im Jänner 2007 ist der Finanzminister plötzlich nicht mehr Finanzminister, sondern Privatmann – nicht einmal ÖVP-Bundesparteiobermann! –, und ein paar Tage später, nämlich am 12. Jänner 2007, wird die Firma **Valora Solutions Projektentwicklung GmbH** ins Firmenbuch eingetragen. Kurz danach, am 24.3.2007, wird Herr Mag. Grasser als dritter Gesellschafter ins Firmenbuch eingetragen. Warum? Wozu haben Sie Herrn Grasser als Geschäftsführer gebraucht?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich glaube, Geschäftsführer war er nicht, er war **Gesellschafter**.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Entschuldigung, Sie haben vollkommen recht: Als **dritter Gesellschafter**, ja. – Wozu?

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Meischberger hat mir den Vorschlag gemacht. Er hat gesagt, Grasser orientiert sich, wird nicht mehr in der Regierung sein, es wäre klug, sich sozusagen sein Kontaktnetzwerk zu sichern, machen wir doch mit ihm eine gemeinsame Firma. – Das war sicher eine der größten Dummheiten, die ich in meinem Leben gemacht habe. – Und ich habe damals ein Ja dazu gesagt.

Damals war es ja so – das habe ich schon oft ausgesagt –: Grasser geht nach London zu irgendeiner Investmentbank, und man kann dann sein zusätzliches Kontaktpotenzial sehr gut in einer Firma bündeln.

Das war sozusagen für mich das Argument, warum ich zugestimmt habe, da eine gemeinsame Firma aufzusetzen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** In London hätte er den Herrn Ulmer getroffen, das wäre vielleicht wieder etwas anderes geworden; aber Grasser ist in Wien geblieben.

Sagen Sie: Warum war das „eine der größten Dummheiten“ Ihres Lebens? Erklären Sie uns das!

**Dr. Peter Hochegger:** Es hat sich ja herausgestellt, dass wenig in der Firma gemacht wurde. Jeder ist davon ausgegangen, dass Grasser andere Geschäfte und Aufträge bringt, und in Wirklichkeit ist – aus meiner Sicht – **nichts** geschehen. Das Ganze hat sozusagen dem ursprünglichen Zweck nach, nämlich dass Herr Grasser zusätzliche Kontakte einbringt, nicht funktioniert. Herr Grasser ist in Österreich geblieben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sagen Sie, bei den Valora Solutions: Von welchen Firmen haben die eigentlich – ich rede jetzt nicht über ganz kleine Beiträge – ihr Geld bekommen?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich habe gemeinsam mit Herrn Meischberger zugestimmt, dass ein Honoraranteil von der Centrobank dann nicht mehr über meine eigentliche Firma Valora abgerechnet wurde, sondern über die Valora Solutions, um das zu finanzieren. Das habe ich auch schon ausgesagt. Das ist mir in Erinnerung.

Das mit der Novomatic weiß ich auch. Dann die kleineren Beiträge, die Sie erwähnt haben, und andere sind mir nicht in Erinnerung.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dann frage ich Sie ein bisschen anders: Ist es richtig, dass größere Beiträge – ich werde sie Ihnen dann auch vorhalten –, ausschließlich von zwei Firmen gekommen sind, nämlich von der **Valora AG** und von der **Austrian Gaming Industries**? Ist das richtig?

**Dr. Peter Hochegger:** Bei der Austrian Gaming Industries weiß ich von dem einen Betrag, den 200 000 € – das habe ich heute schon erwähnt –, wo Herr Wohlfahrt mich

ersucht hat, das über Hochegger abzurechnen. Ich habe gesagt, Herr Meischberger soll es über die Valora Solutions abrechnen. Und natürlich hat es von der Valora Zuschüsse gegeben, den einen habe ich schon erwähnt, das war die Centrobank, und dann hat es auch eine Vereinbarung gegeben, dass eine Mitarbeiterin, die ich ursprünglich in der Valora anstellen wollte, Frau Christine Kilzer, dann in der Solutions war, und die Kosten sind dann verrechnet worden. **Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Bleiben wir bei der Sekretärin. Das war Frau Christine Kilzer. Ist das richtig? (*Dr. Hochegger: Ja!*) – Für wen hat Frau Kilzer die ganze Zeit gearbeitet?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich nehme an, für Herrn Meischberger und Herrn Grasser.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Vergessen Sie Herrn Meischberger. Das geht aus den Akten vollkommen klar hervor: Frau Kilzer hat de facto fast ausschließlich für Herrn Mag. Grasser gearbeitet.

Das Spannende ist nämlich: Das ist genau das Gleiche wie bei der Gorbach-Geschichte – sie kommen ja immer zu denselben Konstruktionen –: Der Ex-Minister, der dienstbar war, wird irgendwo „geparkt“, kriegt eine Sekretärin finanziert, kriegt ein Büro finanziert und kriegt vielleicht selbst für seine nicht nachvollziehbare Tätigkeit auch noch ein Honorar. Das werden wir ja noch überprüfen.

Zu den Austrian Gaming Industries: Wer steckt hinter Austrian Gaming Industries?

**Dr. Peter Hochegger:** Das weiß ich nicht. Ich habe mir das Gesellschafterverzeichnis nicht angeschaut. Für mich war der Gesprächspartner Herr Wohlfahrt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Richtig, das gehört zu Novomatic. Sie haben mit Herrn Wohlfahrt besprochen, auch im Zusammenhang mit Valora Solutions. Und da gibt es die Zahlungen:

September 2007 von Austrian Gaming Industries, also Novomatic: 120 000 €.

Dezember 2007 von Novomatic, also AGI, wieder 120 000 €.

Mai 2008 von AGI Novomatic: wieder 120 000 €.

Dezember 2008: wieder 120 000 €.

Februar 2009: wieder 120 000 €.

Herr Dr. Hochegger, das sind insgesamt **600 000 €** für ein Büro, das, soweit wir das nachvollziehen können, fast ausschließlich von Herrn Mag. Grasser genutzt worden ist, für eine Sekretärin, die fast ausschließlich Herrn Mag. Grasser zur Verfügung gestanden ist, und für keinerlei feststellbare Leistungen dieser Firma, wie Sie selbst richtig gesagt haben.

Wer hat denn das Ganze dann kassiert?, denn zum Schluss war das nicht mehr da. Wer hat denn das ganze Geld kassiert, die 600 000 € von Novomatic? Wer hat denn da eine späte Belohnung bekommen?

**Dr. Peter Hochegger:** Also diese Frage kann nur Herr Meischberger beantworten. Ich kann Ihnen sagen: Ich habe keine Ahnung davon. Im Oktober 2007 haben wir uns de facto getrennt, natürlich nicht formal. Das ist auch durch die Medien gegangen. Und Herr Meischberger hat mich auch nicht eingeweiht, dass er alle diese Rechnungen an die Novomatic stellt. Mir war bewusst, dass er 200 000 € in Rechnung stellt; aber von allem anderen habe ich keine Kenntnis

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, es ist ein großer Teil des Geldes – da haben Sie schon recht – weitergegangen. Das ist ein Zahlungsstrom an **ZehnVierzig** von Meischberger, aber es ist etliches in der Firma verblieben und es sind seine Sekretärin und die Infrastruktur eben nicht für Herrn Meischberger finanziert worden,

denn er hat seine Infrastruktur ja in der Agentur **ZehnVierzig** gehabt und auch genützt. Er war ja nie in dem Büro.

In diesem Büro hat sich, meiner begründeten Annahme nach, eine einzige Person regelmäßig aufgehalten, und das waren weder Sie noch Herr Meischberger, sondern unsere heutige letzte Auskunftsperson Mag. Grasser.

Sagen Sie: Was haben Sie mit Herrn Wohlfahrt in diesem Zusammenhang über die Geldflüsse an die Valora Solutions besprochen? Warum hat er etwas gezahlt? Welche Leistung ist für die Novomatic da erbracht worden?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe mit Herrn Wohlfahrt über die Valora Solutions und über Zahlungen seines Konzerns nie gesprochen. *(Abg. Dr. Pilz: Gut, okay!)*

Das Einzige, was mir Herr Wohlfahrt gesagt hat, er hat mich ersucht – das war noch im Jahr 2006 –, er hat mit Herrn Meischberger vereinbart, dass er 200 000 € in Rechnung stellt, ob das durch die Firma Hohegger stattfinden könnte.

Und ich habe Herrn Meischberger darum ersucht – weil das hat ja einigen meiner Mitarbeitern immer wieder aufgestoßen –, er soll das direkt über die Valora Solutions verrechnen. Von **der** Zahlung hatte ich Kenntnis, von allen anderen keine Ahnung.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber nur – damit sind wir mit dem Punkt dann eh schon fertig – was war die Leistung der Valora Solutions für Novomatic?

**Dr. Peter Hohegger:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten. Herr Meischberger und Novomatic haben ja eine lange Geschichte. Die arbeiten ja schon – ich weiß nicht – sehr, sehr lange zusammen. Vielleicht hat er diese Zusammenarbeit fortgeführt. Ich weiß auch nicht, was er für sie gemacht hat, ob er etwas für sie gemacht hat. Das heißt, das müsste man Herrn Wohlfahrt und Herrn Meischberger fragen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das werden wir auch tun.

Sagen Sie: Von wem ist der Vorschlag gekommen, dort als Sekretärin Frau Kilzer zu beschäftigen?

**Dr. Peter Hohegger:** Der ist sicher nicht von Herrn Grasser gekommen und auch nicht von Herrn Gorbach, sondern der ist, glaube ich, von einer Bekannten gekommen. Das ist von Frau Schindler. Sie hat mir Frau Kilzer einmal vorgestellt, und ich habe Mitarbeiter gesucht. Ich wollte sie auch in der Valora engagieren, nur hat sich da wieder Widerstand geregt, und dann habe ich sie sozusagen in die Valora Solutions abgeschoben.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Hohegger, ich habe nur zwei kurze Fragen an Sie. Uns liegt ein Schreiben der OStA Linz vor in Bezug auf Herrn Kobal. Ich entnehme diesem Schreiben, dass es in der Anfangsphase beim BZÖ sehr viele Gespräche über die Finanzierung des Wahlkampfes gegeben hat. Und es gibt dann eine konkrete Darstellung des Herrn Kobal, und zwar:

„Zur Verwendung der Zahlung der Österreichische Lotterien GmbH kann ich mich erinnern, dass ich mit Arno ECCHER besprochen habe, dass das Geld nunmehr da sei und für die Begleichung von Wahlkampfrechnungen verwendet werde.“

So quasi: Die Lösung ist jetzt endlich da; es funktioniert.

Haben Sie in diesem Zusammenhang Wahrnehmungen?

**Dr. Peter Hohegger:** Um was geht es da, bitte? Das habe ich jetzt nicht verstanden.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Es geht darum, dass es eine Studie gegeben hat, die abgearbeitet wurde, und daraus resultierend gab es Zahlungen der Lotterengesellschaft. Ist es in diesem ...

**Dr. Peter Hochegger:** Ist es diese bekannte Studie, die durch die Medien geht, diese sechs- oder acht- oder neunseitige?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das ist die Studie der Casinos Austria. Haben Sie in diesem Zusammenhang Kenntnisse, Wahrnehmungen, Erfahrungen?

**Dr. Peter Hochegger:** Ja, ich habe es in den Medien wahrgenommen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Keine persönlichen Wahrnehmungen (*Dr. Hochegger: Nein!*) außer medialen Wahrnehmungen?

Ein weiterer interessanter Aspekt in diesem Zusammenhang ist, Herr Kobal sagt:

„Ich kann mich nur erinnern, dass Ing. WESTENTHALER später, etwa im November 2006, mich fragte, ob ich die Studie des Kurt Lukasek noch habe bzw. ob ich diese beschaffen könne. Ich fragte bei Kurt Lukasek nach und dieser übermittelte das Schriftstück per E-Mail. Ich gab es dann an Herrn Ing. WESTENTHALER weiter. Von Kurt Lukasek erfuhr ich später, dass die Studie an die Novomatic AG gegangen sei. Kurt Lukasek vermutete, dass die Novomatic AG“ –

und das ist jetzt der Punkt und die Frage an Sie –

„nochmals dafür bezahlt habe.“

Stimmt es, dass es in diesem Zusammenhang zwei Zahlungen gegeben hat?

**Dr. Peter Hochegger:** Also da verstehe ich jetzt nicht ganz, was da die Frage ist. Eine Studie?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Es hat eine Studie gegeben, die bezahlt worden ist.

**Dr. Peter Hochegger:** Und wer hat die Studie erstellt?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Und die erstellte Studie, die an die Novomatic gegangen ist, soll bezahlt worden sein. Und die Aussage des Herrn Lukasek – die Herr Kobal wiedergegeben hat – deutet darauf hin, dass es eine zweite Zahlung gegeben hat.

Haben Sie in diesem Zusammenhang Wahrnehmungen?

**Dr. Peter Hochegger:** Ich verstehe jetzt die Frage nicht. Habe ich, haben wir eine Studie erstellt – oder?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das ist in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehbar.

**Dr. Peter Hochegger:** Ich kann dazu überhaupt nichts sagen. Das ist für mich sehr nebulos. Sie sprechen von einer Studie, die zweimal verrechnet worden ist.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Korrekt. Es gibt ...Herr Kobal ...

**Dr. Peter Hochegger:** Von welcher Studie?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Kobal deutet in dieser Aussage an, dass es eine Studie gegeben hat, die zweimal verrechnet wurde, und zwar an die Novomatic AG. Haben Sie davon Information oder Kenntnis? Das heißt, ein und dieselbe Studie zweimal verrechnen, ist an und für sich unüblich. Und eine markante Andeutung.

**Dr. Peter Hochegger:** Aber welche Studie?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das ist aus dieser Aussage nicht ersichtlich.

**Dr. Peter Hochegger:** Ich kann dazu überhaupt nichts sagen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Danke, keine weiteren Fragen.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Ich möchte jetzt einmal die Lobbying-Aktivität von der Chronologie her durchgehen.

Meischberger kommt und sagt: Da gibt es eine langjährige, wie Sie wissen, Bekanntschaft/Interessengemeinschaft/berufliche Beziehung zwischen Meischberger, Wohlfahrt, Novomatic, ein Vertrauensverhältnis. Und es soll eine Gesetzesänderung gemacht werden, um das Glücksspielmonopol in irgendeiner Form zu liberalisieren beziehungsweise das **elektronische Glücksspiel** für Novomatic mit Telekom, die sich davon auch etwas erwartet haben. Dass es da eine Gesetzesänderung gibt, das ist die Idee von Meischberger.

Darauffin entfalten Sie für Ihre beiden Kunden, die Sie hatten, auch Lobbying-Aktivitäten. Ein Team wird zusammengesetzt. Es wird geschaut, wo die Stärken, wo die Schwächen sind. Es werden Anfragen konzipiert. Es werden Gesetzesänderungstexte konzipiert, an Klubs weitergeleitet. Es gibt Besprechungen, die einerseits von Ihnen beziehungsweise Ihren Mitarbeitern geführt werden, aber auch, wenn sie auf einer gewissen Ebene sind, von Wohlfahrt oder Fischer für Ihre Kunden, dass die sagen, mit Spitzenpolitikern rede ich selber; wird wahrscheinlich auch von Ihnen so beraten worden sein.

Es werden auch gemeinsame Gegner ausgemacht, die das torpedieren könnten. Rudolf Fischer hat bei seiner Aussage hier gesagt, es war höchst daran gelegen, dass die Casinos Austria von diesem ganzen Vorhaben keinen Wind bekommen oder nicht rechtzeitig bekommen, also irgendwann, wenn man das Steuer halt nicht mehr herumreißen kann. Das nährt ja den Verdacht.

Und Sie haben gesagt, Sie haben ja auch Experten für sich ins Team genommen, die diese parlamentarische Erfahrung gehabt haben, wo es Begutachtungsfristen gibt, wo es keine Begutachtungsfristen gibt. Regierungsvorlage, wenn sie aus dem Parlament kommt, ohne Begutachtungsfrist. Also dieses ganze Instrumentarium ist einmal ausgenützt worden, um das möglichst lange unter der Decke zu haben, also den Deckel einmal lange darauf zu haben.

Dann gibt es eben diese – es nähert sich immer zum Schluss, dass man sagt, man macht diesen Initiativantrag des Parlaments, wo es eigentlich nicht wirklich um etwas Besonderes gegangen ist; man sagt im Jargon dazu „Trägerrakete“. Und dann, man weiß das ja aus Erfahrung, wird im Finanzausschuss völlig überraschend ein kleiner Abänderungsantrag herausgezogen, und da steckt dann eigentlich das drinnen, was man haben möchte.

Jetzt gibt es da natürlich einige Personen, auch schon in diesem Themenpapier ausgemacht, die Gegner dort sein können. Da ist, wie Kollege Höbart zitiert hat, schon der Abgeordnete **Hoscher** von der SPÖ, der sitzt im Finanzausschuss. Wenn der schon rechtzeitig eingebunden ist und selbst Manager bei den Casinos ist, dann weiß man ja gleich, was die Casinos erfahren.

Es gibt zum Beispiel auch den Herrn **Erlacher** im Finanzministerium, wo dann auf einmal drinnen steht in einer Aussage, die er als Zeuge macht, er ist einige Tage vor



oder nach dem Finanzausschuss zu Generalsekretär Dr. Peter Quantschnigg gerufen worden –

„... und der hat mir den Entwurf eines Abänderungsantrages übergeben, von dem er mir gesagt hat, dass er diesen aus dem Parlament hat. Dieser sei für die zweite Lesung im Plenum des Nationalrates vorgesehen“.

Wirklich ganz zum Schluss erst kommt dann das, was man möchte. Taktisch schon richtig gemacht.

Ich zitiere weiter Erlacher:

„Wesentlicher Inhalt war die Schaffung einer weiteren Konzession ...“

Also eine zweite Glücksspielkonzession neben den Casinos. Das ist wirklich etwas, da prallen die einen oder anderen Interessen ziemlich heftig aneinander.

Zitat: „Er war sehr überrascht, dass es sich dabei nicht nur um Ausspielungen im Internet handelt, sondern auch um Ausspielungen mit sogenannten Videolotterienterminals handelt. Diese sind für Spieler so ähnlich wie Automaten, unterscheiden sich aber technisch ...“

Da sind dann einige Fragen. Und jetzt sagt dann dieser Dr. Erlacher:

Dr. Quantschnigg „hat mich nach den Auswirkungen gefragt“ – Und Erlacher sagt, das sollte man doch zur Begutachtung auch an die Casinos schicken. Und Quantschnigg sagt: Nein, davon ist überhaupt keine Rede; das ist geheim zu behandeln; da darf einmal überhaupt nichts hinaus!

Herr Erlacher – er hat zwischenzeitig auch einen Kommentar zum Glücksspielgesetz geschrieben – ist mittlerweile karenzierter Beamter und arbeitet für die Casinos Austria.

Also offensichtlich ist es in diesem Widerstreit in Österreich schon so, dass man es wahrscheinlich nicht ganz geheim halten wird. Und Sie in Ihrer Lobbying-Tätigkeit sind sehr erfolgreich unterwegs und haben das alles schon auf Schiene, von Meischberger, vielleicht auch Grasser, was auch immer – und dann auf einmal ist Ende der Fahnenstange; es kommt nicht zu diesen Gesetzesbeschlüssen. Es werden dann nur die höflichen Schreiben konzipiert: Danke für die Mitarbeit!, und: Wir werden es vielleicht beim nächsten Mal durchbringen.

Der Herr Fischer hat gesagt, wir wollten und wir mussten ein Zeitfenster nützen, weil sonst wird es wahrscheinlich überhaupt nicht mehr gehen. Und es geschieht dann wirklich überhaupt nicht mehr. Die Casinos haben noch rechtzeitig erfahren, dass da etwas im Gang ist. Und genau zu diesem Zeitpunkt gibt es dann auch den Auftrag für eine Studie an die Werbeagentur des BZÖ. BZÖ-Obmann Westenthaler hat das eingefädelt und ausgemacht. Und dann werden 300 000 € an die orange Werbeagentur bezahlt. Und auf einmal steht das Werk. Das heißt, Lobbying-Maßnahme ist beendet, das BZÖ schert aus diesem Konzept, aus dieser Vorwärtsstrategie in Richtung Änderung aus und es kommt nicht zur Änderung.

Da drängt sich natürlich schon der Verdacht auf, dass diese 300 000 € dazu da waren, um einen politischen Meinungsschwenk ... (*Abg. Petzner: Frage! Oder halten Sie ein Referat?*) – Frau Vorsitzende, was höre ich da von meinem linken Ohr? Gibt es da irgendwelche Probleme?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Herr Abgeordneter Petzner, Sie können sich gerne zur Geschäftsordnung melden, aber jetzt stellt Herr Abgeordneter Rosenkranz die Fragen. Seine Zeit ist zwar schon erschöpft, aber wir warten alle auf seine Frage.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Ich kann Sie, aber auch den Kollegen Petzner von dieser unendlichen Spannung erlösen.

Wenn ich Ihnen diese Schilderung jetzt so gebe: Drängt sich da bei Ihnen der Verdacht auf, dass beim BZÖ dieser Meinungsumschwung tatsächlich auch **erkauft** sein kann?

**Dr. Peter Hochegger:** Es gibt natürlich immer wieder Spekulationen in die eine oder andere Richtung. Mir ist das damals natürlich nicht aufgefallen. Es hat auch die Information nicht gegeben.

Es liegt jetzt am Untersuchungsausschuss, das zu prüfen, ob es so war oder auch nicht.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Zusatzfrage: Aber von Ihrer Information her war an sich alles auf Schiene, inklusive der Zustimmung des BZÖ – und die ist auf einmal entzogen gewesen?

**Dr. Peter Hochegger:** Es hat immer die klare Information gegeben, dass das BZÖ **auf Kurs ist**. Der Ansprechpartner dort – der Name ist ja heute auch schon mehrmals erwähnt worden – war der Herr Scheibner. Und es gab keine gegenteilige Information. Es war das dann daher für alle eine Überraschung.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir drehen uns im Kreis. Das haben wir eh schon geklärt. Herr Hochegger hat hier angegeben, dass es die Zusicherung der Zustimmung und grünes Licht gegeben hat seitens der ÖVP, des FPÖ-BZÖ-Parlamentsklubs und auch der SPÖ. Also wenn Sie die Frage jetzt stellen, Herr Rosenkranz, dann müssen Sie diese für Ihre eigene Partei und für die SPÖ auch stellen.

Ich habe nämlich den Verdacht, dass das irgendwie erkauft wurde, denn wenn die SPÖ grünes Licht gibt, kann ich auch die Frage stellen: Was war die Gegenleistung für die SPÖ? Wenn die FPÖ grünes Licht gibt, kann ich die Frage stellen: Was war die Gegenleistung für die FPÖ? Und wenn die ÖVP auch grünes Licht gibt, kann ich auch an die ÖVP die Frage stellen: Was war die Gegenleistung?

Aber ich habe nur folgende Schlussfrage, Herr Hochegger, abschließend zu Ihren Aussagen hier. Sie haben immer wieder auf Herrn Krenn verwiesen und Ihre Rolle da eher kleingeredet.

**Dr. Peter Hochegger:** Ich möchte nicht meine Rolle kleinreden, sondern natürlich trage ich als Unternehmer und als Geschäftsführer die Verantwortung. Nur: In meiner Firma sind sehr, sehr viele Aufträge abgewickelt worden, und ich habe mich nicht in alle Aufträge bis in jedes Detail involviert.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben bei meinen Befragungen gesagt, Sie haben sich um andere Projekte mehr gekümmert als um dieses, und Sie haben sehr häufig auf Fragen geantwortet: Da müssen Sie den Wohlfahrt fragen, das müssen Sie den Krenn fragen, das müssen Sie den Krenn fragen, das müssen Sie den Krenn fragen!

Gut, was sagt dazu der Herr Krenn? – Nur damit wir wissen, was uns da jetzt wieder erwartet. – Der Herr Krenn sagt in seiner Zeugenvernehmung vom Jänner 2012 betreffend Ihre Person und auch Ihre Angaben dort, dass man das alles den Herrn Hochegger fragen soll.

Und Sie haben in Ihrer Vernehmung vom 29.11.2011 gesagt:

Federführend waren vonseiten der Agentur Hochegger Herr Stefan Krenn und Andreas Schneider involviert.

Und der Herr Krenn sagt darauf: Die Aussagen des Peter Hochegger, die mich betreffen, stimmen insofern, als ich den Kunden Novomatic als auch das Projekt AON-Entertainment mitbetreut habe. Meiner Wahrnehmung nach war aber Peter Hochegger selbst federführend. – Zitatende.

**Dr. Peter Hochegger:** Herr Petzner! Die Sache ist ja ganz einfach. Sie haben alle Schriftstücke, die zwischen Agentur hin- und hergegangen sind ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie sagen, Sie wissen nichts und schieben alles auf den Krenn. Darf ich einmal meine Frage stellen?

**Dr. Peter Hochegger:** , und Sie sehen, wer sie verfasst hat, wer was hineingeschrieben hat ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Darf ich meine Frage stellen? (*Dr. Hochegger: Ja, okay!*) – Sie haben jetzt mehrfach angegeben, dass man das alles den Herrn Krenn fragen muss und dass Sie sich um andere Projekte mehr gekümmert haben und teilweise keine Erinnerung haben.

Der Herr Krenn sagt aber, Sie, Herr Hochegger, waren selbst federführend bei diesem Projekt tätig. Wer war jetzt wirklich federführend für die Novomatic tätig: Sie selbst, wie der Herr Krenn sagt – oder der Herr Krenn, wie Sie sagen?

**Dr. Peter Hochegger:** Die Sache ist ganz einfach: Als Unternehmer und als Geschäftsführung habe ich immer die **Letztverantwortung**. Ich bin auch bei den Projektsitzungen dabei gewesen, und für mich war wichtig, zu sehen, dass das Ganze klar auf Kurs ist und dass der Erfolg vor der Tür steht – und dieser Eindruck wurde mir immer vermittelt. In die Details habe ich mich daher auch nicht involviert, weil ich immer das Gefühl hatte, alles läuft erfolgreich.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke schön: Damit kommen wir zur Zusatzfragerunde. – Herr Abgeordneter Hornek, bitte.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Hochegger, der Herr Kobal gibt bei seiner Einvernahme bei der OStA Linz an – als er befragt wird über Wahrnehmungen zu einem allfälligen Zusammenhang der Zahlungen mit einer ...

**Dr. Peter Hochegger:** Jetzt habe ich eine Frage: Wer ist der **Herr Kobal**?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Der Herr Kobal ist ein enger Mitarbeiter – oder ehemaliger Mitarbeiter; das kann ich nicht wiedergeben, aufgrund der Unterlagen zum damaligen Zeitpunkt – des Herrn Westenthaler und daher ein enger Vertrauter mit den Vorgängen in diesem Zusammenhang.

Herr Kobal sagt im Zuge seiner Einvernahme bei der OStA in Linz auf die Frage, ob er Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Zahlungen und beabsichtigten Änderungen des Glücksspielgesetzes gemacht habe:

„Ing. WESTENTHALER war zum damaligen Zeitpunkt Parteivorsitzender, nicht aber Klubobmann. Er hätte somit die Abgeordneten des Parlamentsklubs nicht beeinflussen können. Ein solcher Einfluss wäre dem Klubobmann Mag. Herbert Scheibner und dem damaligen Klubdirektor Günther Barnet zugekommen.

Ich nach meinem Gefühl schließe es eher aus, dass Ing. WESTENTHALER bei der Vereinbarung dieser Zahlung die federführende Kraft gewesen ist, weil ich das als sein persönlicher Referent mitbekommen hätte, schließlich war ich rund um die Uhr“ an seiner Seite.

Und Herr Kobal weiter: „Ich bin mir sicher, dass das andere, namentlich Mag. Scheibner und Günther Barnet, ausgeheckt haben.“ (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Ist auch Ihr Eindruck, dass Herr Westenthaler quasi eine Randerscheinung und Randfigur in diesem Zusammenhang mit einer möglichen Veränderung des Glücksspielgesetzes war, so wie es der Herr Kobal anführt, anders als der Herr Scheibner beziehungsweise der Herr Barnet?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe den Namen **Westenthaler** im Zuge dieser Geschichte nicht irgendwo wahrgenommen, will aber nicht ausschließen, dass irgendwer mit ihm gesprochen hat. Aber in der Gruppe, wenn über Politiker gesprochen wurde, ist sein Name nie gefallen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, es ist weder der Name Westenthaler noch Scheibner ...

**Dr. Peter Hohegger:** Nein, Scheibner – das habe ich ja schon mehrmals gesagt – ist immer wieder genannt worden.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Da der Herr Kollege Petzner da so um Präzision ringt und gerne mit Worten herumwirft: Welche Wahrnehmung haben Sie in Bezug darauf, dass mit der Frau Abgeordneten Rosenkranz und dem Herrn Abgeordneten Reinhard Bösch Gespräche geführt wurden? Welche Parteien waren Ihres Wissens nach bei dieser Reform des Glücksspielgesetzes aktiv dafür, und welche Partei ist dann zum Schluss ausgeschert? Das können ja mehrere sein.

Welche klaren Wahrnehmungen haben Sie dazu?

**Dr. Peter Hohegger:** Das habe ich einfach nicht mehr in Erinnerung. Das ist jetzt – wie lange? – sechs Jahre her; diese politische Landschaft, wer dann wofür war, das weiß ich heute nicht mehr.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Nur zum Nachdenken: Haben **Sie** mit Frau Rosenkranz oder mit dem Herrn Bösch aus dem BZÖ-Klub, in dem diese beiden Freiheitlichen noch drinnen waren, gesprochen?

**Dr. Peter Hohegger:** Ich habe mit der Frau Rosenkranz und mit dem Herrn Bösch nicht gesprochen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Gut, das ist einmal das eine.

Und bezüglich Konsens, der von Ihnen lobbyingmäßig bearbeitet wurde: Von allen Parteien, welche Partei ist zum Schluss von diesem Gesamtprojekt Veränderung abgesprungen?

**Dr. Peter Hohegger:** Was ich so in Erinnerung habe, war es das BZÖ.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Eine kurze Frage noch, Herr Hohegger, zur **Valora Solutions**: Bis 2008 gab es drei Gesellschafter, dann gab es Streit.

Frage: Warum sind Sie und Grasser als Gesellschafter der Valora Solutions ausgeschieden?

**Dr. Peter Hochegger:** Für mich hat die Trennung im Jahr 2007 stattgefunden, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Herr Grasser hat begonnen, mir bei einer meiner Firmen Konkurrenz zu machen, nämlich bei Energieprojekten. Ich habe das auch ausgesagt.

Wir haben mit Herrn Grasser sozusagen die Möglichkeit entwickelt, einen Fonds zur Finanzierung von Windparkprojekten aufzusetzen. Der Vertrag war unterschriftsreif – und plötzlich war Herr Grasser von der Bildfläche verschwunden und ist bei **Meinl** aufgetaucht. Da war für mich sozusagen klar, da gibt es keine gemeinsame Interessenlage mehr, und ich habe mich entschlossen, aus der Firma auszuscheiden, habe das dem Herrn Meischberger auch mitgeteilt – und das ist 2007 dann auch mehrmals durch die Medien gegangen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Was hat Herr Grasser für seinen Ausstieg kassiert?

**Dr. Peter Hochegger:** Keine Ahnung.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der Auskunftsperson **Dr. Peter Hochegger** und verabschiedet diese.

12.06

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** ersucht nun darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

12.07

### **Auskunftsperson Mag. (FH) Stefan Krenn**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Mag. (FH) Stefan Krenn** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Krenn, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. (FH) Stefan Krenn**. Die weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Mag. Krenn, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Wollen Sie vor Eingang in die Befragung von der Möglichkeit Gebrauch machen, in Form einer maximal zehnmütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge darzulegen. (*Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt als erster Fragestellerin Abg. Lapp das Wort.*)

\*\*\*\*\*

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Guten Tag, Herr Mag. Krenn! Ich möchte heute mit dem Protokoll vom 11. April, als Sie das letzte Mal bei uns im Ausschuss waren, beginnen. Damals haben Sie Auskunft gegeben, dass Sie gegen Herrn Dr. Hochegger rechtlich vorgegangen sind. – Stimmt das?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Das stimmt, ja.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Herr Dr. Hochegger war vorhin bei uns und hat gesagt, ihm sei dazu nichts bekannt.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Dann sollte er seinen Anwalt fragen; es gibt bereits einen Termin für eine erste Tagsatzung von einer Richterin – also insofern ist es so.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Sie haben am 11. April auch angegeben, dass Sie **nicht** Leiter der Public-Affairs-Abteilung waren.

Uns liegt jetzt ein Schriftstück vor, wo Sie als **Head of Public Affairs** einen Brief an Herrn Scheibner geschrieben haben.

Wie erklären Sie sich diese seltsame Aussage, die ja eigentlich eine **Lüge** ist?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Frau Abgeordnete, ich kenne dieses Schriftstück nicht. Ich wäre dankbar, wenn Sie mir das zeigen könnten.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt; diese liest darin.)*

Frau Abgeordnete, offenbar ist das ein Brief; ob ich den wirklich weggeschickt habe, kann ich jetzt nicht mehr sagen, weil ich es nicht weiß. Ich kann es mir nur so erklären – es ist ja auch ein Anglizismus –, dass man dem sozusagen Gewicht verleihen wollte und deswegen diese Funktionsbezeichnung gewählt wurde.

Fakt ist – auch das habe ich in der von Ihnen zitierten Auskunft beim letzten Mal gesagt –: Ich war nicht Leiter, denn dazu – sehr geehrte Frau Abgeordnete, das werden Sie wissen – ist es üblich, eine Vertragsänderung zu bekommen, vor allem wenn hier unterstellt wird, dass man Personalverantwortung, Budgetverantwortung, Kundenverantwortung hat. Das war nicht der Fall. Ich habe meinen Dienstvertrag auch mitgebracht, also insofern ist das eine Mutmaßung, die leider nicht stimmt.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Wir haben vorhin auch Herrn Dr. Hohegger dazu befragt, und er hat gesagt, dass Sie natürlich der **Head of Public Affairs** waren und dass das in Ihrem Dienstzeugnis ausgewiesen wurde. Da Sie jetzt sagen, Sie haben Ihre Arbeitsplatzbeschreibung mit – vielleicht haben Sie auch das Dienstzeugnis mit und können auf dieses verweisen.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Das habe ich nicht mit, Frau Abgeordnete. Ich war auch nicht darauf vorbereitet, dass ich meine sämtlichen Unterlagen mitbringen soll.

Faktum ist – und das wird sich leicht klären lassen –: Ich war nicht Leiter. Leiter war Herr Trummer – vorher waren es andere Personen – und letztlich der Herr Hohegger als Eigentümer und Chef dieser Firma sozusagen.

Ich hatte keine Leitungsverantwortung, sondern ich war Mitglied in diesem Team.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Sie stellen sich jetzt so dar, als wären Sie damals – unter Anführungszeichen – der „Laufbursche“ des Teams gewesen. Es liegen uns aber Protokolle von Abstimmungsmeetings vor, in denen darauf verwiesen wird, dass parlamentarische Anfragen, die dann Klaus Wittauer gestellt hat, vorzubereiten sind – und Sie haben am 11. April bei uns auch gesagt, dass Sie nie eine parlamentarische Anfrage vorbereitet oder geschrieben haben.

Das sind für mich jetzt drei Punkte, wo ich mich frage, wo da die Wahrheit liegt, weil ich das Gefühl habe, dass Sie sich vielleicht durch die Hintertür davonstehlen wollen; deswegen nochmals meine Frage, ob Sie Ihre Aussage aufrechterhalten, dass Sie nie eine parlamentarische Anfrage vorbereitet oder geschrieben haben.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Frau Abgeordnete, ich wüsste nicht, wovor ich mich durch eine „Hintertür davonstehlen“ sollte!

Ich wiederhole es gerne noch einmal: Nach meiner Erinnerung habe ich keine parlamentarische Anfrage geschrieben. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Dass man recherchiert hat, ob es Anfragen gibt, **das**, glaube ich, habe ich das letzte Mal gesagt; es kann durchaus sein, dass man möglicherweise überlegt, welche Themen gut wären und so weiter. Aber dass ich persönlich eine parlamentarische Anfrage geschrieben hätte, da kann ich hier sozusagen im vollen Bewusstsein sagen: **sicher nicht**.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ihre Darstellung finde ich sehr erstaunlich, weil Sie aufgrund unserer Aktenlage als sehr zentrale Person in dieser Angelegenheit Liberalisierung des Glücksspielmonopols auftreten und auch Dr. Hohegger vorhin gesagt hat, dass Sie hauptverantwortlich waren – und nicht, wie Sie es jetzt darstellen versuchen, dass Sie da eher nur Hilfstätigkeiten ausgeführt haben.

Wir legen Ihnen ein Mail vor, das Sie Herrn Gernot Schieszler am 5. Juli 2006 geschrieben haben – unter dem Titel:

Sehr geehrtes Gaming-Team.

Es geht darum, dass es eine Vorbesprechung von ÖVP, BZÖ, FPÖ zum Finanzausschuss gegeben hat, wo Sie sozusagen protokolliert haben, welche Dinge da besprochen worden sind.

Erste Frage: Wie konnten Sie diese Schilderungen machen, die Sie in diesem Mail darstellen? – Dass Sie das Mail geschrieben haben, ist, glaube ich, unbestritten.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Offenbar habe ich das geschrieben; ja, Frau Abgeordnete, da haben Sie recht.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Vorhin haben Sie gesagt, Sie wissen nicht mehr, ob Sie ein Mail geschrieben haben. Was können Sie zu diesem Mail sagen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nein, ich habe gesagt, wenn dieses E-Mail echt ist – wenn ich mich richtig entsinne, bei der vorigen Einvernahme –, dann werde ich es wohl geschrieben haben, Frau Abgeordnete. Offenbar habe ich das geschrieben – wie Sie richtig zitieren und ich das lese – an zwei Vorstände. Ich glaube, auch dazu habe ich das letzte Mal schon gesagt – und das werden Sie aus Ihrer Erfahrung mit Mitarbeitern selber wissen –, dass man an zwei Vorstände als **Junior Consulter** oder **Consulter** sicher nicht aus eigenem Antrieb ein E-Mail schreibt. Das heißt konkret – um das zu präzisieren –: Ich hatte sicher den Auftrag, dieses E-Mail zu verfassen und an diese beiden Herren zu schicken. – Erster Punkt.

Zweiter Punkt – auch das habe ich, glaube ich, das letzte Mal schon gesagt –: Woher ich diese Informationen habe, die da in dem E-Mail sozusagen zusammengefasst sind, kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich es nicht weiß. Ich kann nur darüber spekulieren, und logisch wäre, dass die Informationen, die ich offenbar in diesem E-Mail zusammengefasst habe, in der Sphäre des Hauses Hohegger vorhanden waren, entweder in der Person meiner Vorgesetzten – Geschäftsführung, Eigentümer – oder im Projektteam, in der Projektgruppe, wo mehrere Personen, die Sie alle schon kennen, auch Bestandteil waren. Ich hatte den Auftrag, das zu schreiben; ich habe es geschrieben und habe es pflichtgemäß abgesendet.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Dieses Mail geht über eine Seite, wo sehr minutiös die unterschiedlichen Diskussionspunkte vonseiten der Beteiligten vorkommen und wo eben zitiert wird:

Finanzausschussmitglied Abgeordneter Ikrath meldete sich daraufhin zu Wort und unterstrich die Argumente von Dr. Stummvoll. Für ihn sei es überdies entscheidend, dass die derzeitige Situation in keinster Weise der ursprünglichen Intention des Gesetzgebers entspreche.

Weiter unten heißt es:

Stummvoll meinte daraufhin, dass auch er dafür sei, man sollte das gleich nach der Wahl angehen, weil das auch dem Fiskus viel Geld bringe.

Auf die Frage, warum das vor der Wahl nicht mehr möglich sei, meinte Stummvoll, dass man keinen Vier-Parteien-Antrag zustande gebracht habe, da die SPÖ nicht mitging und daher einige Bundesländer massive Bedenken hätten, dass eine Umsetzung vor der Wahl zu einem Wahlkampfthema werden könnte. – Zitatende.

Sie wissen nicht mehr, woher Sie diese Informationen haben, habe ich Sie da vorher richtig verstanden in der Beantwortung der Anfrage? (*Mag. (FH) Krenn: Korrekt!*)



Diese Amnesie verstehe ich nicht, weil da ja ganz genau dargestellt wurde, wie die Diskussion und die Argumentation auf Regierungsseite damals abgetauscht wurde. Deshalb stellt sich die Frage, woher Sie diese Information bekommen haben.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich verstehe Ihre Frage schon, Frau Abgeordnete. Ich kann Ihnen nur leider keine andere Antwort geben, als ich das schon gemacht habe.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Dass Sie nicht wissen, woher das gekommen ist? (*Mag. (FH) Krenn: Genau!*)

Sie haben ein seitenlanges Mail geschrieben, ohne zu wissen, woher Sie Informationen bekommen haben?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Zum damaligen Zeitpunkt werde ich wohl gewusst haben, wer mir das gegeben hat.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Also Sie haben die Informationen von jemandem bekommen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Davon gehe ich aus. Da ich sie selber nicht originiert habe – sozusagen der Urheber dieser Information bin –, sondern nur weitergeleitet habe – sozusagen ein Bote bin –, muss mir jemand diese Information gegeben haben; völlig richtig.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das heißt, Sie schließen aus, dass Sie bei Fraktionsvorbesprechungen des Finanzausschusses, bei einzelnen Fraktionen dabei gewesen sind?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Also ich könnte mich wirklich nicht erinnern, dass ich dort dabei war, und ich glaube, dass es auch nicht möglich ist, als externe Parlamentsfigur sozusagen dort teilzunehmen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich würde das jetzt gar nicht als „externe Parlamentsfigur“ beschreiben (*Mag. (FH) Krenn: Aber als „nicht mehr aktive“!*), aber ich denke – entschuldigen Sie, dass ich zu Ende spreche –, Sie haben sicherlich solche Informationsquellen gehabt aufgrund Ihrer vorherigen parlamentarischen Mitarbeitertätigkeit bei den Abgeordneten, dass Sie – ich weiß nicht – jemanden angerufen oder einen Abgeordneten selbst gefragt haben oder in der Vorbesprechung selbst dabei gewesen sind, denn wenn Sie hier den Ablauf von Diskussionen festschreiben können, dann müssen Sie schon sehr nahe dran sein.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Frau Abgeordnete, es ehrt mich, dass Sie mir das zugestehen. Ich selbst hätte mich damals nicht so gesehen, dass ich so ein Kontakt-Netzwerk habe, solche Informationen zu generieren. Offenbar waren diese Personen oder war diese Person, von der ich das habe, sehr gut informiert. Sie hat mir das möglicherweise schriftlich oder diktiert oder wie auch immer – und ich habe das dann verfasst und zusammengefasst beziehungsweise strukturiert und weitergeleitet.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Von welcher Person haben Sie das bekommen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Frau Abgeordnete, noch einmal: Das weiß ich leider nicht mehr.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das heißt, es kann ein Abgeordneter vonseiten der ÖVP gewesen sein?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Frau Abgeordnete, noch einmal – ich habe es, glaube ich, schon ausführlich beantwortet –: Das kann ich eher ausschließen. Ich glaube, dass diese Information im Umfeld der Firma Hohegger, sprich in der Projektgruppe,

vorhanden war, mir der Auftrag erteilt wurde, das schön zu formulieren, diese Informationen, die mir übergeben wurden, und zu versenden. Und das habe ich auftrags- und pflichtgemäß gemacht.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Das heißt, es ist nicht vonseiten eines ÖVP-Abgeordneten, vonseiten eines Klubsekretärs gekommen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Das kann ich mir nicht vorstellen, Frau Abgeordnete!

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Und vonseiten des Teams, das es damals gegeben hat? Da sind die Namen ... – Sie vermuten – weil Sie sich ja heute an nichts mehr erinnern können, das damals auch geschrieben haben, ohne dass Sie sich heute daran erinnern können –, Sie vermuten eine Person aus dem damaligen „Gaming-Team“ sozusagen? (*Stefan Krenn: Genau!*) – Also Herr Dr. Hohegger, nehmen Sie an?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Kann durchaus sein, ja.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Dr. Franz Wohlfahrt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** War auch dabei in diesem Projektteam, ja.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Mag. Gernot Schieszler?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Auch er war in diesem Projektteam dabei.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Sie glauben, all diese Personen, die wir bis jetzt aufgezählt haben, könnten so minutiös aus einer Vorbesprechung einer politischen Partei im Parlament zu einer Ausschusssitzung ...?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Abgesehen davon, dass wesentlich mehr Personen diesem Projektteam angehört haben, haben die sicher alle ein sehr gutes Kontakt-Netzwerk gehabt. Und woher die wiederum ihre Informationen haben, kann ich nicht beurteilen.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Wie haben Sie dann recherchiert, dass die Informationen, die Sie bekommen haben, korrekt waren? Ich denke, in solch einem Netzwerk, wo man Informationen zugetragen bekommt, ist es ja ähnlich wie bei Journalisten auch immer sehr wichtig, dass man Checks und Gegenchecks macht. Also wie haben Sie diesen Gegencheck gemacht, dass die Informationen, die Sie hier niedergeschrieben haben, korrekt waren?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Dieser Gegencheck, Frau Abgeordnete, hat, nehme ich an, nicht stattgefunden. Ich weiß auch nicht, ob das, was hier steht auf diesen eineinhalb Seiten, tatsächlich so war? Das kann man möglicherweise rekapitulieren. Wenn man eine Sitzungsunterlage von damals hat, dann wissen wir, ob diese Information korrekt war oder nicht.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich möchte nur zusammenfassen, weil ich es kaum glauben kann: Sie haben Mails geschrieben, von Leuten Informationen bekommen, die Sie nicht gekannt haben, und Sie wissen auch nicht, ob die Informationen richtig waren oder nicht.

Das heißt, meine Conclusio wäre, dass Sie eigentlich ein Mitarbeiter bei Hohegger.Com waren, der sehr viel auf Phantasie aufgebaut hat. Das kann ich mir aber nicht denken.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Frau Abgeordnete, vielleicht grundsätzlich: Die Aufgabe eines Consultants in einer PR-Agentur ist, eine Informationsdrehzscheibe zu sein zwischen Agentur und Kunden. Die Adressaten dieses E-Mails waren die Kunden, ein Vertreter der Telekom Austria und ein Vertreter der Novomatic.

Genau diese Rolle habe ich erfüllt, und das war meine Arbeit, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Wie meinen Sie: Die Betreuung der Kunden war Ihre Aufgabe!?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Auch das war Teil einer Aufgabe, wie das, glaube ich, international in der Beratungsbranche üblich ist.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Und diese Betreuung der Kunden hat darin gegipfelt, dass Sie Informationen von Leuten – von wem, wissen Sie nicht mehr – zusammengefasst und geschrieben haben?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Das ist Ihre Interpretation, dass das darin gegipfelt hat, Frau Abgeordnete. Offenbar war es auch Teil meiner Arbeit, solche Informationen per E-Mail weiterzuleiten.

**Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ):** Ich habe fürs Erste keine weiteren Fragen und muss sagen, ich bin sehr verblüfft.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie sind ja auf Ihre Wahrheitspflicht aufmerksam gemacht worden, und ich sage Ihnen gleich noch etwas dazu: Sie mögen es auffassen, wie Sie wollen – ich habe jetzt genau zugehört bei Ihren Antworten auf die Fragen von Kollegin Lapp –, aber ich werde mich mit Sicherheit nicht pflanzen lassen und Ihnen auch sehr detailliert aufzeigen, warum.

Es gibt nämlich wesentlich mehr Dokumente, und es gibt in diesem Fall auch Ihre Festplatte. Da haben Sie oder andere Mitarbeiter irgendwie nicht aufgepasst, jedenfalls steht uns Ihre Festplatte zur Verfügung. Und das gehen wir jetzt gemeinsam durch.

Noch einmal zu diesem Mail vom 5. Juli 2006 an Gernot Schieszler und Franz Wohlfahrt, Letztstand aon-Entertainment, das Frau Kollegin Lapp zitiert hat:

Sehr geehrtes „Gaming-Team“,

anbei darf ich Ihnen aufgrund des heutigen Finanzausschusses einen kurzen Status quo zum Stand unserer Bestrebungen bezüglich einer zusätzlichen Konzession geben.

In der heutigen ÖVP-BZÖ-FPÖ-Vorbesprechung zum Finanzausschuss, die von 8.30 Uhr bis 10 Uhr stattgefunden hat, wurde auch das Thema Glücksspiel thematisiert. – Zitatende.

Jetzt sage ich Ihnen einmal eines: Sie schicken das Mail um 14.13 Uhr ab – bis 10 Uhr hat diese Sitzung gedauert! Ich gehe davon aus, aus sehr guten Gründen, dass Sie persönlich daran teilgenommen haben, und darauf werden wir noch einige Male zurückkommen, Sie sollten Ihre Erinnerung ein bisschen strapazieren. Es hat dazwischen mit Sicherheit keine Sitzung bei Hohegger stattgefunden, Sie können es auch von niemandem von Hohegger erfahren haben, denn Sie informieren ja Mitglieder dieser Projektgruppe.

*(Die Auskunftsperson spricht kurz mit Verfahrensanwalt Dr. Hoffmann.)*

Hören Sie mir zu, wenn ich Sie etwas frage! Wenn Sie dazwischen eine Besprechung mit dem Verfahrensanwalt brauchen, dann weisen Sie mich einfach darauf hin, aber wir können das nicht alles gleichzeitig machen. Ist ja kein Problem.

Soweit fürs Erste. Das geht sich alles nicht aus.

Das heißt, die erste Rechtfertigung, Sie hätten das von jemandem aus der Projektgruppe Hohegger erfahren, ist schlicht und einfach faktisch nicht

aufrechtzuerhalten, weil Sie genau die wesentlichen Mitglieder diese Projektgruppe informieren und Sie nicht von ihnen informiert werden.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte als **Meinung** kennzeichnen! Wir hatten das auch vorhin schon. „Meischberger drauf, Grasser drin“ – das ist Ihre Meinung.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, Frau Vorsitzende, das ist ein Faktum. Wenn er die Mitglieder der Projektgruppe über diese Sitzung informiert, dann kann er ja nicht von ihnen die Information haben. Das ist ja wohl ein **Faktum**. Das ist nicht meine Meinung, sondern durch dieses E-Mail dokumentiert.

Man kann nicht, wenn man jemandem Geld gibt, 1 000 € gibt, dann sagen: Ich habe von dem zum fraglichen Zeitpunkt 1 000 € erhalten! – Das ist kontrafaktisch und deswegen auch nicht meine Meinung, sondern schlicht und einfach falsch und der Versuch, hier etwas zu Protokoll zu geben, das **nicht** der Wahrheit entsprechen kann.

Versuchen wir uns Schritt für Schritt der Wahrheit zu nähern, nämlich meiner Meinung nach Ihrer Teilnahme genau an dieser Sitzung! (*Mag. (FH) Krenn: Darf ich hier antworten, Herr Abgeordneter?*) – Nein, ich habe Ihnen noch keine Frage gestellt.

Jetzt haben wir einmal das ausgeschlossen, also diese Geschichte ist einmal weg.

Jetzt ist da Herr Mag. Krenn, der um 14.13 Uhr die Mitglieder der Projektgruppe detailliert über diese Sitzung informiert.

Und jetzt stelle ich Ihnen einmal die erste Frage: Woher wussten Sie, dass das eine ÖVP-BZÖ-FPÖ-Vorbesprechung war? Das ist ja nicht ganz üblich, normalerweise gibt es immer nur Klub-Vorbesprechungen.

Woher wussten Sie das? (*Mag. (FH) Krenn: Ist das jetzt eine Frage, auf die ich antworten darf?*) – Ja. Ich kann immer „Fragezeichen“ dazusagen, wenn es Ihnen hilft. Ja, es ist eine Frage. (*Mag. (FH) Krenn: Nein, ich würde nur gerne wissen, nachdem Sie mich so scharf ...!*) Wenn es mit „Woher wussten Sie“ beginnt, dann ist das eine Frage. (*Mag. (FH) Krenn: Gut! Ich bin mir nicht sicher, ob ich antworten darf, nachdem Sie mich vorher so schroff zurechtgewiesen haben!*) – Jetzt dürfen Sie.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich nehme an, diese Bezeichnung resultiert daraus, dass es damals – wie Sie als politischer Amtsträger wahrscheinlich besser wissen als ich – eine Änderung in der FPÖ gegeben hat. Das BZÖ ging daraus hervor, und, wie ich jetzt weiß, die haben firmiert unter dem freiheitlichen Klub. Ich gehe davon aus, dass das der Grund ist, warum das so da steht: ÖVP-BZÖ-FPÖ. – Eine Unschärfe, wenn Sie so wollen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Eine Unschärfe! – Ist es richtig, dass es etwas schärfer wäre, wenn ÖVP-BZÖ-Vorbesprechung hier stehen würde?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich nehme an, dass es eine Vorbesprechung der Regierungsparteien war, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Der Regierungsparteien. Von 8.30 Uhr bis 10 Uhr wurde das Thema **Glücksspiel** thematisiert.

Dann schreiben Sie:

Ausschuss-Vorsitzender Stummvoll berichtete, dass eine massive Diskussion aufgekommen sei, das österreichische Glücksspielmonopol zugunsten eines zusätzlichen Anbieters aufzulockern. – Zitatende.

Dann schildern Sie ganz im Detail, was Stummvoll dort gesagt hat.

Woher haben Sie das gewusst, bereits direkt, ganz kurz, nachdem diese Besprechung ÖVP-BZÖ stattgefunden hat? Woher haben Sie das gewusst?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, zwischen 10 Uhr und 14 Uhr muss ich diese Information offenbar generiert haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, die Information, davon gehe ich aus – und das ist für mich die einzig plausible Erklärung –, diese Information haben Sie nicht generiert zwischen 10 und 14 Uhr, sondern zwischen 8.30 Uhr und 10 Uhr, indem Sie meiner Meinung nach an der Sitzung teilgenommen haben.

Wissen Sie, warum ich das glaube? – Es gibt ein detailliertes Protokoll auf Ihrer Festplatte, das offensichtlich von Ihnen angelegt worden ist:

Vorbesprechung Finanzausschuss, 5.7., 8.30 Uhr bis 10 Uhr.

Stummvoll: Diskussion aufgekommen, das Monopol aufzulockern, um illegales Glücksspiel zurückzudrängen,

4 000 unkontrollierbare Anbieter und weil sich Monopol als ineffizient erwiesen hat und weil das Monopol langfristig durch EU nicht halten wird.

Ich halte das aus diesen Gründen für sinnvoll und unterstütze diese Bestrebungen. (...)

Ikraht: Möchte das unterstreichen. Es entspricht nicht der Intention des Gesetzgebers. –

Er möchte, dass das so schnell wie möglich angegangen wird. –

Derzeit führt es völlig am Ziel vorbei, es gibt nur Gründe dafür.

Stummvoll: Ja, auch ich bin dafür. Man sollte das gleich nach der Wahl angehen, weil das auch dem Fiskus viel Geld bringt. Ich halte das für sehr sinnvoll.

Warum vor der Wahl nicht mehr? – Weil es keinen Vier-Parteien-Antrag gibt, weil SPÖ nicht mitgeht, und von den Bundesländern kam große Befürchtung, dass das sonst Wahlkampfthema wäre. – Zitatende.

Das ist eine wörtliche Mitschrift aus der Sitzung, auf Ihrer Festplatte gefunden, nirgendwo verteilt, findet sich nur auf Ihrer Festplatte. Das ist die Basisinformation.

Auf Basis welcher Informationen haben Sie diese Mitschrift aus der Sitzung angefertigt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ob das eine wörtliche Mitschrift ist, weiß ich nicht. (*Abg. Dr. Pilz: Das ist eine Mitschrift aus der Sitzung!*) – Ich weiß es nicht. Wissen Sie das? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Okay.

Faktum ist: Ich nehme an, das ist jene Grundlage für das E-Mail. Das heißt, diese Grundlage habe ich offenbar in den Computer hineingetippt, weil ich genau diese Information, diese halbe Seite, erhalten habe, und daraus habe ich offenbar ein eineinhalbseitiges E-Mail formuliert. Das scheint mir sehr plausibel zu sein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist überhaupt nicht plausibel! Das ist eine Mitschrift aus dieser Sitzung, und es gibt kein Mail dazu, es gibt keine Information von außen, überhaupt nichts. Es gibt nur das Protokoll des Herrn Stefan Krenn auf seiner eigenen Festplatte über diese Sitzung, **eine Mitschrift aus dieser Sitzung**, eine Mitschrift, die Herr Mag. Krenn aus dieser Sitzung aufgenommen und – das ist das Einzige, das Sie richtig sagen – zur Basis seines E-Mails gemacht hat. – Das hätten wir jetzt dazu.

Aber wo kommt das BZÖ da vor? Dort steht nichts von einem BZÖ drin. Woher wissen Sie, dass das BZÖ teilgenommen hat?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, noch einmal: Ich kann es Ihnen aus heutiger Sicht nicht sagen. Mich würde nur interessieren, wenn ich kurz fragen darf, gibt es nicht ... (*Abg. Dr. Pilz: Nein, ich beantworte keine Fragen! Wir drehen das jetzt nicht um!*) – Nein, nein, gar nicht, aber es müsste doch von der damaligen Sitzung eine Teilnehmerliste geben, dann würde das leicht objektivierbar sein, ob ich dort war. Ich war nicht dort.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, Herr Mag. Krenn, da werde ich einen ganz anderen Vorschlag machen, aber nicht Ihnen, und ich werde es auch nicht mit Ihnen diskutieren. (*Mag. (FH) Krenn: Das war nur ein Vorschlag!*)

Es ist ganz wichtig, da haben Sie vollkommen recht, dass wir als Auskunftspersonen Teilnehmer dieser Sitzung laden, zumindest Herrn Abgeordneten Stummvoll und Herrn Abgeordneten Scheibner. Ich werde die Anträge entweder in der heutigen oder morgigen Sitzung noch einbringen. Sie haben vollkommen recht, ohne sie ist das nicht zu klären. Es ist ganz wichtig, dass wir sie auch befragen, ob da ein Novomatic-Hochegger-Mann in der Sitzung der Parlamentsklubs gegessen ist. Das ist ein ganz entscheidender Punkt.

Ich möchte als Abgeordneter gerne wissen, wie Gesetze in diesem Haus zustande kommen, ob das Herr Abgeordneter Scheibner macht oder der Novomatic-Abgeordnete Krenn. Das ist zumindest auf Basis der Bundesverfassung ein nach wie vor nicht unwesentlicher Unterschied.

Kommen wir zum 3. Juli! – Das geht dann schon noch in vielen Details weiter. Das haben Sie auch sehr schön zusammengefasst in Ihrer wörtlichen Mitschrift während der Sitzung, und dann kommt das Ganze in dem Mail.

Sie schreiben auch noch – in Bezug darauf, dass man der Novomatic eigentlich das Gesetz liefern soll –:

Diese Ausführungen wurden von den anwesenden Abgeordneten und Experten ohne Widersprüche goutiert. – Zitatende.

**Ohne Widersprüche!** – Bleiben Sie dabei, dass das so in dieser Sitzung war?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, was in dieser Sitzung war, weiß ich nicht, weil ich nicht dort war.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie können jetzt mit Sicherheit sagen, dass Sie nicht dort waren? Sie haben gesagt: weil Sie nicht dort waren. – Bleibt das bei Protokoll: weil Sie nicht dort waren?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich kann mich nicht erinnern, Herr Abgeordneter, dass ich bei so einer Sitzung war, und ich glaube auch nicht – noch einmal! –, dass das überhaupt möglich ist.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich möchte von Ihnen eine klare Antwort darauf haben: Können Sie ausschließen, dass Sie an dieser Sitzung teilgenommen haben?

Ich möchte das genau bei Protokoll haben, weil ich die Voraussetzungen dafür haben möchte, mir möglicherweise, wenn es dann zu anderen Aussagen kommt, eine Sachverhaltsdarstellung dazu vorzubehalten.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich könnte mich nicht erinnern, Herr Abgeordneter, jemals an so einer Sitzung teilgenommen zu haben. Das ist meine Antwort, Herr Abgeordneter!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe Sie gefragt, ob Sie das **ausschließen** können, dass Sie an dieser Sitzung teilgenommen haben.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich kann mich nicht daran erinnern, daher kann ich es weder ausschließen noch sonst etwas. Aber nach meiner Erinnerung war ich sicher nicht bei so einer Sitzung.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay.

Ich würde jetzt zu einem weiteren Thema kommen, zu einem eigenen, aber das mache ich besser in der nächsten Runde. – Danke.

\*\*\*\*\*

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Mag. Krenn! Herr Hochegger hat in seiner Beschuldigteneinvernahme vom 3. November 2009 ausgeführt, dass er dieses Projekt, also dieses gemeinsame Projekt Telekom Austria mit der Novomatic gemeinsam mit Meischberger betrieben hat, Meischberger aber die Überzeugungsarbeit in Richtung BZÖ und BMF gemacht hat.

Jetzt hätte ich von Ihnen ganz gerne gewusst, ob Sie wissen, mit welchen Personen er da geredet hat, wie das gelaufen ist. Gab es da Treffen in der Firma, oder wie wurde hier in Richtung BZÖ und BMF lobbyiert?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Frau Abgeordnete, das weiß ich wirklich nicht, wie das gelaufen ist. Offenbar hat es hier Gespräche gegeben. Das haben ja sozusagen, glaube ich, diese Herren, die Sie zitieren, auch gesagt, auch Vorstände. Da war ich nicht dabei. Wie das konkret gelaufen ist, kann ich nicht sagen, weil ich es nicht weiß.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Um das Ganze jetzt ein bisserl abzukühlen nach der Befragung durch Herrn Kollegen Pilz, können Sie uns vielleicht einmal schildern, was Sie überhaupt für dieses Projekt getan haben. Es gibt da auch unterschiedliche Auffassungen von Ihnen und von Herrn Dr. Hochegger. Der eine sagt, Sie waren Projektleiter und Sie haben da alles eigenverantwortlich gemacht, und Sie sagen, das stimmt nicht.

Vielleicht sagen Sie uns einmal konkret, was in diesem Projekt Ihre Aufgabe auf! Was haben Sie gemacht, was war Ihre Aufgabe?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Sehr gerne.

Ich habe sehr viel gemacht, Frau Abgeordnete, weil es neben vielen anderen ein sehr großes Projekt war. Vielleicht darf ich gleich sozusagen vorweg ein bisserl entgegenen: Es ist, wenn man sich ein bisserl in der Agenturbranche auskennt, völlig unplausibel, dass ich ein Projektleiter gewesen wäre. Ich war zu dem Zeitpunkt erst – ich weiß nicht – ein halbes, dreiviertel Jahr in der Agentur und war vorher in keiner Agentur.

Außerdem war ich damals 26 Jahre alt, Frau Abgeordnete, und es ist klar, wenn es um so viel Geld und um so ein großes Projekt geht, ist das Chefsache. Auch das habe ich, glaube ich, schon ausgesagt.

Ich habe, und das konnte ich sehr wohl, weil ich dieses Projekt nachvollziehen konnte und die Zielsetzung dieses Projektes verstanden habe, massiv recherchiert, Argumentationsketten aufbereitet, fiskalpolitische Elemente, ordnungspolitische Elemente, verglichen: Was will man auf europäischer Ebene, warum gibt es ein drohendes Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich, wie schaut der Mitbewerb aus, wie schaut es mit der Sportförderung aus, welche Argumente braucht man, um hier sachlich überzeugen zu können?, und so weiter.

Da gibt es auch zahlreiche Konzepte, glaube ich, die Sie wahrscheinlich haben werden.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Mit welchen Personen haben Sie in diesem Zusammenhang zu tun gehabt? Mit wem in der Telekom beispielsweise?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Das waren die Mitglieder der Projektgruppe, die regelmäßig getagt haben, in Sitzungen, soweit ich mich erinnern kann meistens oder hauptsächlich in der Firma Hohegger am Standort. Das waren sozusagen Personen von der Telekom, Vorstände ...

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wer war das konkret?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nach meiner Erinnerung waren das Herr Fischer, Herr Schieszler, Mitarbeiter, die gewechselt haben, vom Marketing, vom Controlling und andere. Das waren von der Novomatic der Vorstand Wohlfahrt und fallweise auch Mitarbeiter, ich glaube, der Kommunikationsverantwortliche war manchmal dabei. Und das war natürlich Herr Hohegger, das waren Leute von der Hohegger-Firma, von Hohegger Financials zum Beispiel, das waren Meischberger, unter anderem auch ich und andere Mitarbeiter von Hohegger.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Was ist da so gesprochen worden in diesen Projektteams? Wurde da beispielsweise auch darüber gesprochen: Wer überzeugt welche Fraktion im Parlament?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nach meiner Erinnerung wurde dort in erster Linie besprochen: Was sind sachliche Argumente, wie müssen wir diese Konzepte machen? Es war dann auch unsere Aufgabe auf Mitarbeiterebene, das zu tun. Ich gehe davon aus, dass sich die Vorstände und die Geschäftsführung von Hohegger untereinander sehr wohl auch mit dem Herrn Meischberger abgestimmt haben und dass wir das nicht mitbekommen haben. Was möglicherweise der Fall sein kann – um das zu präzisieren und da offen zu sein –, ist, dass wir überlegt haben – klar –: Stakeholder, also welche Personen gibt es in diesem Projekt, die wichtig sind? Das kann schon sein, dass man die auch festgelegt hat oder darüber diskutiert hat: Wen braucht man? Mit wem muss man denn sprechen? – Aber wer mit wem spricht, dass das dort festgelegt wurde, kann ich nach meiner Wahrnehmung nicht sagen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Waren Sie grundsätzlich für den Kunden Novomatic zuständig, oder waren Sie nur für dieses **Projekt** zuständig?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Für diesen Kunden Novomatic war ich im Projektteam – neben anderen Kunden, die ich das letzte Mal aufgezählt habe. Das war eines von vier, fünf Projekten, die ich hauptsächlich betreut habe.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das heißt, Sie waren im Projektteam für die Firma Novomatic, und Sie waren im Projektteam für dieses Online-Gaming? (*Stefan Krenn: Genau!*) – Es gibt es einen Masterplan Novomatic. – Sagt Ihnen das etwas?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Das wird das Großkonzept, also eines der Hauptkonzepte sein.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wer hat dieses Konzept erstellt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Wir Mitarbeiter mit den Inputs sozusagen von Hohegger, Meischberger. Also mit den Inputs der Personen und mit dem, was da besprochen wurde, haben wir Mitarbeiter diese Konzepte erstellt.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wie sind diese einzelnen Personen-Dossiers, wie beispielsweise jenes über den Herrn Abgeordneten Maier, zustande gekommen? Was hat man da gemacht? Wie hat man diese Dossiers zusammengestellt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich nehme an – das letzte Mal haben Sie mich das ohnedies schon gefragt –, dass man recherchiert hat, um eine gute Grundlage für mögliche



Gespräche mit diesen Personen zu haben. Ich nehme an – ich habe diese Konzepte nicht mehr; ich weiß nicht, ob Sie sie haben; es wäre auch für mich interessant, zu wissen, was da genau drinnen ist –, dass man die Lebensläufe recherchiert hat und vor allem wie diese Person zu dem Thema Glücksspiel steht, ob es dazu Äußerungen beispielsweise in Pressekonferenzen, in Reden im Nationalrat, in APA-OTS-Aussendungen und Diskussionen gibt; dass man also eine Recherche gemacht hat, zumindest mit dem, was öffentlich zugänglich ist, zur Frage: Wie steht eine Person zu einem Thema?, um eine fundierte Grundlage zu haben, um mit so einer Person ein überzeugendes Gespräch zu führen und mit sachlichen Argumenten überzeugen zu können.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Aber da steht jetzt nichts drinnen, was nicht jeder, der Interesse an dieser Person hätte, im Internet recherchieren könnte, beispielsweise mittels Google?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Das glaube ich, ja, denn das war die Grundlage – öffentlich zugänglichen Materialien wie Parlamentshomepage, OTS, Stenographische Protokolle und so weiter –, um das zu machen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das heißt, es gab am 5. Juli 2006 diese Finanzausschusssitzung, und so wie man sich das vorgestellt hat, ist es nicht gekommen, denn das BZÖ hat dann nicht mehr zugestimmt. (*Abg. Petzner: Das ist eine Mutmaßung!*) – Das ist jetzt einmal meine Feststellung. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Petzner.*) – Jetzt bin ich am Wort, Herr Abgeordneter Petzner.

Wie war dann die Reaktion in diesem Projektteam? – Denn man hat sich ja eigentlich vorher schon gedacht, es könnte gut gehen, es könnte so kommen, wie man sich das vorgestellt hat; es hat sehr gut ausgesehen, da gibt es Zitate wie: die Patrone sei aus dem Lauf, und Sonstiges. – Wie war dann die Reaktion, als man gemerkt hat, das geht vor der Wahl nicht, da gibt es noch Überzeugungsarbeit zu leisten? Wie war die Reaktion?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Soweit ich mich erinnern kann, war natürlich sozusagen Trauerstimmung, weil dieses Projekt an diesem Punkt gescheitert ist. Ich glaube, es gab damals – aber ich kann es nicht mehr konkret sagen – zumindest diesen Ausblick, dass die Thematik sehr wohl verstanden wird, und die Aussicht darauf, dass das in der nächsten GP, also Legislaturperiode, sehr wohl angegangen wird. Und insofern hat man gesagt, okay, man hat da eine vorbereitende Arbeit gemacht, Wissens- und Willensbildung betrieben, und in der nächsten GP versucht man es halt wieder.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wissen Sie von einer Studie, die von einem Referenten oder von einem Mitarbeiter des Herrn Ing. Westenthaler, der ja damals Bundesobmann des BZÖ war, oder wahrscheinlich designierter Spitzenkandidat und designierter Bundesobmann – er war ja nicht im Parlament und im Parlamentsklub (*Zwischenruf des Abg. Petzner*) –, erstellt wurde? Es war der Herr Lukasek, der dann im Auftrag des Herrn Westenthaler eine neunseitige Studie über Online-Gaming und so weiter erstellt hat. Für diese Studie wurden ja dann von der Orange Werbeagentur, die ja hundertprozentig im Eigentum des BZÖ gestanden ist, 250 000 € plus 20 Prozent Umsatzsteuer den Casinos Austria verrechnet.

Wussten Sie von dieser Studie? (*Stefan Krenn: Nein!*) Wusste die Hohegger.Com, das Projektteam, dass es diese Studie gab und dass möglicherweise deshalb das BZÖ diese Entscheidung getroffen hat, doch beim Monopol zu bleiben?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich wusste es nicht, Frau Abgeordnete. Ich habe das jetzt gelesen, was man eben in den letzten Tagen so lesen konnte. Ob es sonst wer gewusst hat, weiß ich nicht. Ich jedenfalls nicht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Es ist so, dass der Herr Ing. Westenthaler nicht nur den Herrn Lukasek als Mitarbeiter hatte, sondern auch einen persönlichen Mitarbeiter, einen Herrn Kobal, der bei der Oberstaatsanwaltschaft Linz ausgesagt hat – die Aussage, diese Einvernahme liegt uns jetzt vor –, dass ... (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) – Herr Kollege Petzner, ich weiß nicht, was Sie da für eine Nervosität an den Tag legen. Ich werde überhaupt nichts vorlesen, ich werde daraus zitieren und werde überhaupt nichts vorlesen.

Der Herr Kobal sagt da, dass aus seiner Sicht die Orange Werbeagentur dazu diene, dem BZÖ einen Vorsteuerabzug zu geben, und dass das Geld von der Orange Werbeagentur an das BZÖ geflossen wäre. Er sagt in dieser Aussage dann aber auch noch etwas Bemerkenswertes, nämlich dass zu einem späteren Zeitpunkt, im Jahr 2008, der Herr Westenthaler wissen wollte, ob es diese Studie von Herrn Lukasek, diese neunseitige Studie, die man sich damals teuer um 250 000 € netto abkaufen ließ, noch gibt, und meint, dass diese Studie noch einmal seitens der Novomatic bezahlt worden wäre, oder zumindest, dass da eine Anstrengung unternommen worden wäre, dass die Studie noch einmal der Novomatic verkauft worden wäre. – Haben Sie darüber eine Wahrnehmung?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nein, dazu habe ich keine Wahrnehmung, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wann sind Sie bei der Hohegger.Com ausgeschieden?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Im Jahre 2007; im Mai 2007 ungefähr.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und was ist mit dem Kunden Novomatic geschehen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Der ist zum Teil dort geblieben, und ein bisschen später haben auch wir, also meine neue Firma, einen kleinen Auftrag von diesem Unternehmen bekommen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und auch in diesem Zusammenhang ... (*Obfrau Dr. Moser: Sie greifen dann jetzt vor auf die zweite Fragerunde?*) – Ja, ich greife kurz vor. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) – Ich lese nichts vor, Herr Petzner. Ich weiß nicht, Ihre Aufregung und Ihre Nervosität heute, die kommen mir schon sehr komisch vor. (*Abg. Petzner: ... Ich bin überhaupt nicht nervös! ...*)

Ich möchte von Ihnen ganz genau wissen, da Sie dann für die Novomatic tätig waren – vorher schon und dann, wie Sie eine eigene Firma hatten, die Red Carpet, meines Wissens, und die Novomatic bei Ihnen wieder Kunde war –, ob Sie darüber Bescheid wissen, ob es seitens des BZÖ noch einmal Bestrebungen gab, diese Studie der Novomatic zu verkaufen.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Dazu habe ich keine Wahrnehmung, Frau Abgeordnete. Das weiß ich nicht.

\*\*\*\*\*

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Höbart.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Danke, Frau Vorsitzende. (*Obfrau Dr. Moser: Die Grammatik ist perfekt!*)

Was ich jetzt einmal feststellen muss, bevor ich dann zu den Fragen komme: Uns kommt das ein bisschen wie ein Katz-und-Maus-Spiel vor. Der Herr Hohegger vor Ihnen hat sich hierher gesetzt, hat gesagt, er wusste über Detailfragen überhaupt nicht

Bescheid. Bei Ihnen – Frau Kollegin Lapp hat das schon richtig analysiert – kriegt man manchmal den Eindruck, als seien Sie ein lapidarer Laufbursche gewesen.

*(Obfrau-Stellvertreterin **Tamandl** übernimmt den Vorsitz.)*

Wie so oft liegt vermutlich die Wahrheit in der Mitte. Es kann mir der Herr Hochegger genauso wenig erklären, dass er von nichts Bescheid wusste, wie Sie uns das erklären können. Denn ich halte nochmals fest: Es gibt ja genügend Fakten, die darstellen, dass Sie eben nicht nur ein Laufbursche waren – das soll jetzt nicht abwertend klingen – oder irgendeine Nummer in diesem Rad, sondern dass Sie da durchaus eine entscheidungsrelevante Funktion hatten. Auch wenn Sie jetzt **Head of Public Affairs** nur so als **simple Titelbezeichnung** bezeichnen, so glaube ich Ihnen das nicht.

Wenn hier am 3. Juli 2006 ein Schreiben – Sie haben das vorhin ohnedies schon vorgehalten bekommen – an einen Herrn Klubobmann ergeht, in dem Fall an den Klubobmann Scheibner des Parlamentsklubs des BZÖ, worin es heißt – ich möchte es nochmals zitieren –: Wie mit Herrn Meischberger besprochen, darf ich Ihnen anbei den Gesetzänderungsvorschlag zur Novellierung des Glücksspielgesetzes sowie einen kurzen Status quo und einige Medienberichte zum Thema übersenden –, und Sie das unterschreiben, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie das schlichtweg in Eigenregie machen, sondern dass Sie hier durchaus eine größere Nummer waren, als Sie das vielleicht hier zugeben wollen.

Was sagen Sie zu diesen Vorhalten von mir? Versuchen Sie bitte nochmals, Ihre Funktion hier zu beschreiben, und versuchen Sie, meine Mutmaßungen hier zu entkräften.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Danke, Herr Abgeordneter, ich werde es versuchen. Schauen Sie, ich war dort **Consulter** und habe aus meiner Sicht ein „klassisches“ Spektrum einer Tätigkeit gemacht, das sozusagen üblich ist für einen Berater. Dazu hat auch gehört, auftragsgemäß Informationen an Kunden weiterzuleiten oder eben Aufträge auszuführen. Ich gebe Ihnen schon recht – und ich freue mich auch, denn es würde mich beschämen, wäre ich tatsächlich sozusagen nur ein Laufbursche –, ich glaube, dass hier sehr viel hochqualitative, intellektuelle Arbeit geleistet wurde, die man auch nur kann mit einem gewissen Verständnis für diese Materie, mit einer gewissen Vorbildung, mit einer gewissen Auffassungsgabe. Insofern stimme ich Ihnen zu, dass ich nicht nur ein Laufbursche war.

Zu dem von Ihnen konkret angesprochenen Schreiben kann ich auch nur sagen, so wie es für mich anmutet: Offenbar habe ich den Auftrag erhalten, das wegzuschicken, denn wie Sie richtig vermuten, schickt ein Mitarbeiter nicht einfach etwas an einen Herrn Klubobmann, sondern ich hatte einen Auftrag dazu, nehme ich an, das zu tun. Da auch dort steht, ... – Wie steht das mit dem Herrn Meischberger? Ich kenne das Schreiben nicht. Vielleicht können Sie mir noch einmal vorlesen, was dort drinnen steht. *(Abg. Ing. Höbart: Ja, gerne! Sollen wir das vorlegen, als zweite Version? – Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)* – Danke.

Ja, ich gehe davon aus, dass ich davor mit dem Herrn Meischberger gesprochen habe, mit dem ich öfter – da er im Projektteam war – gesprochen hatte, und den Auftrag erhalten habe, einen – wie es dort steht – Vorschlag und Konzept und Medienberichte, also eine Menge an Material, an den Herrn Klubobmann zu übersenden. Ich gehe aber nicht davon aus, Herr Abgeordneter, dass ich das mit dem Herrn Klubobmann vereinbart habe, das aus Eigeninitiative gemacht habe oder sonst irgendwas Koordinatives beigetragen habe, sondern es war mein Job, Ausführungen Folge zu leisten, und hier auch wiederum Bote zu sein.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Wer waren in diesem Zusammenhang Ihre direkten Ansprechpartner? – Wenn Sie jetzt sagen, als Head of Public Affairs können Sie nicht eigenmächtig handeln, dann glaube ich Ihnen das sofort. Mit wem haben Sie sich regelmäßig abgestimmt? Wir wissen, es hat diese Projekt-Jours-fixes gegeben, diese Abstimmungsmeetings. Aber wenn Sie so ein Schreiben loslassen – sage ich jetzt einmal salopp –, mit wem haben Sie sich da in der Regel akkordiert?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Schauen Sie, es kann nur – wirklich, das ist kein Schmä, ich meine, das ist sechs Jahre her, und ich habe in der Zwischenzeit viele Schreiben geschrieben –, es kann nur sozusagen eine von den mir vorgesetzten Persönlichkeiten gewesen sein, die in der Lage sind, aufgrund ihrer sozusagen Reputation und ihres Kontaktnetzwerkes, mit einem Klubobmann so etwas zu vereinbaren. Es kann sein, dass das der Herr Hochegger war, es kann sein, dass es der Herr Meischberger war, es kann sein, dass das jemand von der Geschäftsführung war – auf jeden Fall eine mir gegenüber höhergestellte Persönlichkeit, die gesagt hat, schick das dem Herrn Klubobmann.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Es gibt doch zwei Vorlagen, zwei Schreiben, die offensichtlich auch in der Agentur Hochegger entstanden sind. Das eine ist ein Schreiben, das an die Klubobmänner respektive honorige Persönlichkeiten der damaligen Regierung gerichtet war, das zweite ist ein Schreiben an die SPÖ-Bundespartei, nämlich gleich an den damaligen Bundesparteibmann, den Dr. Alfred Gusenbauer, mit einem sehr ähnlichen Inhalt, wo eben versucht wird, zu argumentieren, warum eine Novellierung des Glücksspielgesetzes Sinn macht, also in diesem Responsible-Gaming-, in diesem Internet-Gaming-Bereich.

Wissen Sie von diesen Schreiben? Haben Sie die mitentwickelt? – Ich kann sie Ihnen natürlich gerne vorlegen. Es ist sechs Jahre her, aber ich sage einmal, entscheidende Schritte wird man sicherlich noch abrufen können.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Konkret kann ich mich nicht daran erinnern. Es wäre aber durchaus möglich, wenn es dort um Inhalte geht, dass ich an diesen inhaltlichen Argumentationsketten mitgeschrieben habe, denn das war auch Teil meines Jobs.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Was waren Ihre persönlichen Eindrücke, und zwar, wenn wir uns jetzt einmal die damaligen Fraktionen in Erinnerung rufen: Es gab die Regierung ÖVP-BZÖ, die FPÖ nur mit zwei Abgeordneten und keinem Fraktionsstatus, es gab die Grünen, und es gab die SPÖ. Wie haben Sie das damals eingeschätzt? Also man hat natürlich sehr starke Bemühungen in Richtung Regierung gesetzt – ganz klar –, um noch vor den Nationalratswahlen 2006 diese Sache durchzuputschen, aber es wurden offensichtlich auch Schritte Richtung Sozialdemokratie gesetzt. Ich möchte auch erinnern an das sogenannte Die-Grünen-Einkochen – darüber haben wir ja beim ersten Block, beim Telekom-Block, auch gelesen.

Wie haben Sie das damals gesehen? Wer hat auch Richtung Sozialdemokratie lobbyiert oder versucht, die Interessen zu vertreten? Ihre Einschätzung von damals hätte ich gerne gehört.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Schauen Sie, meine Einschätzung ist, dass das ein sehr schwieriges Projekt war, nach der ersten Analyse, was das Ziel ist und wie sozusagen die derzeitige Lage in der Republik bezüglich Glücksspielgesetzgebung und Glücksspielthematik ist, weil wir halt in Österreich sozusagen eine Glücksspielmonopolverwaltungsbehörde haben, die das nur an einen Konzessionär, beziehungsweise zwei, weitergibt. Insofern war mir persönlich zumindest klar, dass das sehr, sehr schwierig sein wird und man hier nur mit guten, sachlichen Argumenten – wie zum Beispiel Erhöhung der Steuereinnahmen, Arbeitsplatzsicherung,

Standortsicherung, ordnungspolitische Elemente, wie zum Beispiel Erhöhung Spielerschutz, oder eine Erhöhung der Sportförderung – argumentieren kann und man dafür sozusagen eine Mehrheit finden muss, eine politische.

Unsere Aufgabe war es, das argumentativ vorzubereiten und solche Argumente aufzubereiten, mit denen dann – und so habe es ich zumindest verstanden – die Vertreter der Unternehmen selbst, weil die auch sozusagen eine Reputation und ein Gewicht haben und nicht **irgendjemand** sind, an die Politik herantreten und versuchen, dort diese Argumente zu platzieren.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Es gibt hier auch ein Manuskript, sozusagen eine Analyse, ein kleines Konzept, wie eben dieses Projekt angegangen werden soll. Es stehen hier so Dinge wie Budget – es wurden ungefähr 250 000 € kalkuliert. Da habe ich den Herrn Hohegger schon gefragt, wie diese Kalkulation zustande kam, was damit passierte. Vielleicht können Sie uns darüber Auskunft erteilen. – Frage eins.

Frage zwei: Es werden hier auch sogenannte **Gegner** manifestiert, wobei es da offensichtlich den Abgeordneten Hoscher damals schon im Casinos Austria Konzern gab – jetziger Vorstandsdirektor –, es hat sich Raiffeisen damals als Gegner für Sie herauskristallisiert, der Landeshauptmann Pröll, auch Konrad steht hier. – Können Sie uns hierzu etwas sagen? Ich meine, Sie haben gerade gemeint, dieses Projekt sei sehr kompliziert gewesen, aber wenn man als Gegner eben beispielsweise den Abgeordneten Hoscher, den Raiffeisen-Konzern und Landeshauptmann Pröll identifiziert, dann muss man sich doch konkret Gedanken gemacht haben. Was waren die damaligen Hintergründe, wie Sie diese Gegner ausfindig machen konnten?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Na klar, das ist ja Teil sozusagen einer Analyse- und Rechercharbeit: zu analysieren. Der Ausdruck „Gegner“ ist halt ein sehr salopp formulierter, denn es geht hier einfach darum, dass das Personen sind, die anderer Meinung sind, was ja jedem zusteht. Und wenn man sich die Eigentümerstruktur sozusagen der Unternehmen, die hier als Monopol tätig sind, anschaut, dann kommt man auch sehr schnell zu Allianzen. Und das haben wir offenbar hier aufzuzeigen versucht. Und dazu gehören auch die von Ihnen genannten Personen und Konzerne.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Und was sagen Sie zum Budget von 250 000 €?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ich war für ein Budget nicht zuständig. Die Zahlen hat der Hohegger oder die Geschäftsführung festgelegt. Es war, mit Verlaub, nicht unsere Sache als Mitarbeiter, festzulegen, wie viel man für irgendetwas verlangt.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** In der Vereinbarung zwischen Hohegger.Com mit diesem Konsortium, respektive mit Novomatic, gab es auch ein Erfolgshonorar. Also falls das Glücksspielgesetz dahin gehend geändert wird, dass sozusagen dieses zweite Konsortium am österreichischen Glücksspielmarkt mitpartizipieren kann, dann wäre ein Erfolgshonorar fällig gewesen.

So, jetzt weiß man bereits medial, und es wurde auch heute schon oftmals zitiert, von dieser ominösen – das maße ich mir jetzt an – lachhaften Studie – neun Seiten, die damalige Werbeagentur des BZÖ –, wo man ja gleich auf der Titelseite von „Glückspiel“ spricht – also offensichtlich von einem Laien verfasst.

Haben Sie davon irgendwie Kenntnis genommen, oder erst im Nachhinein? Wenn ja, oder wenn das Ganze ruchbar war, dass da etwas im Entstehen ist, nämlich dass der zweite Regierungspartner aufgrund von Liquiditätsproblemen, oder was auch immer, zu Geld kommen will und muss, haben Sie da Gegenschritte gesetzt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, zum damaligen Zeitpunkt wusste ich es natürlich überhaupt nicht. Ich habe jetzt – so wie jeder – Zeitung gelesen und davon Kenntnis erlangt. Damals ist es einfach so gewesen, dass es sozusagen darauf hinausgelaufen ist, noch vor Ablauf der Legislaturperiode einen Versuch zu starten, um zu sehen, ob eine gesetzliche Änderung möglich ist.

Das ist „gescheitert“, es war in dieser Periode nicht mehr möglich, was uns nicht sehr fröhlich gestimmt hat, aber damit war es für mich aus. Man hat dann eben gehofft, das mitzunehmen und einen neuen Auftrag – zumindest hätte ich es so gesehen – für die Zukunft zu lukrieren.

**Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ):** Also war es für Sie – und auch für Ihr damaliges Unternehmen – völlig überraschend, dass es zu diesem Gesinnungswechsel der damaligen zweiten Regierungsfraktion kam?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Naja, überraschend war es für mich persönlich nicht, denn für mich war nicht klar, dass das so passieren wird, wie sich das der Kunde und Hohegger wünschten. Meiner Meinung nach war immer klar, dass das sehr heikel ist und dass es eine Vielzahl von möglichen Faktoren gibt, die so etwas behindern können – für mich persönlich gesprochen.

Ob sich andere Personen schon sehr sicher waren, kann ich nicht sagen. Aber auch von den Feedbacks her, die wir in diesen Projektgruppen erhalten haben – von Vorständen, von Meischberger, von Hohegger – war uns – und auch dem Kunden gegenüber – das durchaus immer so mitgeteilt worden, dass das sehr positiv sei und die Argumente aufgegriffen werden. Insofern hat aus meiner Sicht zwar eine Chance bestanden, aber es war für mich noch lange nicht klar, dass das auch passieren wird.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Zur Frage Ihrer Wertigkeit: Uns liegt ein Schreiben vom 21. Juni 2006 vor, adressiert an – Zitat: Sehr geehrter Herr Bündnisobmann –, in dem es um verschiedene Punkte geht, zum Beispiel – Zitat: Drittens: notwendige Adaptierung des Glücksspielgesetzes –, dann in der letzten Zeile – Zitat: Für jegliche Rückfragen und ergänzende Informationen stehe ich jederzeit sehr gerne zur Verfügung – dann steht eine 0664-Telefonnummer dabei, und dann – Zitat: Mit besten Grüßen, Stefan Krenn – Zitatende.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Meine Fragen: Ist das Ihre Telefonnummer? An welchen Bündnisobmann haben Sie das, wie mit Herrn Meischberger besprochen, geschickt? Was ist der tiefe Hintergrund dafür, dass Sie Ihre Nummer angeben, sodass auch ein Herr Bündnisobmann Sie direkt anrufen kann?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ich nehme an, dass das quasi das idente Pendant zu dem Schreiben an den Herrn Klubobmann, das Sie mir vorher gezeigt haben, ist. Offenbar wurde hier diese Argumentationskette an mehrere politische Klubobleute oder -obmänner versendet. Wiederum steht hier, wie Sie vorgelesen haben – Zitat: wie mit Herrn Meischberger besprochen.

Da kann ich nur sagen: Jawohl, ich werde den Auftrag bekommen haben – mit dem Hinweis, der Meischberger hat das avisiert – schick das an den Herrn Bündnisobmann!

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Wer ist der Herr Bündnisobmann?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Wer auch immer damals eben der Bündnisobmann war.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Von wem? Vom Bauernbündnis? Oder was ist das für ein Bündnis?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Einen Bündnisobmann gibt es meiner Ansicht nach nur beim BZÖ.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Können Sie sich daran erinnern, ob Sie persönlich in der – ich betone: medienöffentlichen und frei zugänglichen – Sitzung des Finanzausschusses – zu der jeder hingehen kann, er braucht sich nur beim Parlament eine Akkreditierung, also eine Eingangskarte, holen und die Sicherheitshürden überwinden, was nicht so schwer ist – anwesend waren?

Sie wissen das ja als ehemaliger parlamentarischer Mitarbeiter eines Parlamentariers.

Waren Sie in dieser – öffentlichen – Sitzung des Finanzausschusses am 5. Juli 2006 persönlich als Zuhörer anwesend?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Meiner Erinnerung nach nicht, Herr Abgeordneter!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich komme nun zu diesem Mail vom 5. Juli 2006, das der Kollege Pilz vorhin angesprochen hat.

Wissen Sie, was ich mich da frage: Wenn man sich darauf verständigt, dass man das Thema nach der Wahl angeht – Zitat –: Stummvoll meinte daraufhin, dass auch er dafür sei, man sollte das gleich nach der Wahl angehen, weil es auch dem Fiskus viel Geld bringt. – Und dann steht hier – Zitat –: Diese Ausführungen wurden von den anwesenden Abgeordneten und Experten ohne Widersprüche goutiert. – Zitatende.

Dann kommt das Fazit, dass man erfolgreich gewesen sei und man daher die Regierung beim Wort nehmen möge und schnellstmöglich nach der Wahl versuchen solle, das Vorhaben umzusetzen. Und das Ganze war bereits am 5. Juli 2006, am Tag der Sitzung des Finanzausschusses.

Jetzt frage ich mich: Wenn am Tag der Sitzung des Finanzausschusses bereits klar war – und das geht aus diesem Mail hervor –, dass es mit der Änderung nichts wird, warum gab es dann in den folgenden Tagen trotzdem heftige Aktivitäten und Bemühungen, diese Änderung durchzusetzen, bis in die Nacht vom 12. auf den 13. Juli 2006 hinein – Stichwort damalige Nationalratssitzung?

Können Sie diesen Widerspruch irgendwie aufklären? Wurde von anderer Seite doch noch versucht, diese Änderung auf anderen Wegen herbeizuführen, nachdem aus diesem Mail hervorgeht – bereits am 5. Juli –, dass sich die Mitglieder des Finanzausschusses darauf verständigt haben, es nicht zu machen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ist das das gleiche E-Mail, das mir vorhin schon ... (Abg. **Petzner**: ... der Kollege Pilz vorgehalten hat, ja!)

Das war der Wissensstand, der mir offenbar mitgeteilt wurde, den ich verschriftlicht habe – daher wahrscheinlich auch die Formulierungen, weil es in Erzählform ist. Was dann am von Ihnen genannten 12. Juli – ich habe mir das Datum gerade aufgeschrieben –, also bei der Nationalratssitzung, passiert ist, weiß ich nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe Ihnen die entscheidenden Passagen vorgelesen, Sie haben das Mail auch selbst bereits fünf Mal vorgelegt bekommen.

Ist es korrekt, wenn man das Mail so zusammenfasst, dass am 5. Juli 2006 festgestanden ist: nach der Wahl – das ist nämlich das Fazit dieses Mails. Würden Sie das bestätigen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich kann es wirklich nur mehr interpretieren. Ich habe es ohnehin vorhin schon gehabt, Sie brauchen mir es nicht mehr vorzulegen. Ich kann es nur so interpretieren, wie es dort steht, weil ich es nicht mehr weiß.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Würden Sie es gleich interpretieren wie ich, wenn Sie diese Zeilen lesen? Sie brauchen ja nur diese Zeilen lesen. Das ist so eine einfache Frage!

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich traue es mich jetzt nicht zu sagen, weil ich es nicht vor mir liegen habe, Herr Abgeordneter!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ja, dann legen wir es Ihnen vor. Ich meine, das ist ja kindisch!

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt. – Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.)*

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Danke, dass Sie mir das gezeigt haben, ich wollte nur nichts Falsches sagen. Das ist aus meiner – heutigen – Sicht so zu verstehen, ja.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Unabhängig davon, wer es nun verfasst hat, kommt man, wenn man es liest – woher auch immer die Informationen sind –, zum Schluss, dass am 5. Juli für Stummvoll, Ikrath, BZÖ, ÖVP, FPÖ – das heißt: die damalige Regierung, die ja entscheidend war – klar war, man macht es nicht, man macht es nach der Wahl.

Ist das so richtig zusammengefasst, auf Basis dieses Schreibens – woher auch immer das kommt? – Genau, das ist korrekt.

Intern steht also bei Hohegger, von wo das Mail rausgeht und von wo es an den Herrn Schieszler von der Telekom – Projektpartner 1 – und an den Herrn Wohlfahrt, Novomatic – Projektpartner 2 – geschickt wird, fest: Letztstand, es wird nix, wir gehen das nach der Wahl an.

Das war an diesem 5. Juli. Jetzt frage ich mich, ob – und wenn ja, von welcher Seite – es nach diesem 5. Juli dann doch noch Bestrebungen gegeben hat, diese Novelle durchzudrücken, obwohl bereits intern festgestanden ist – an diesem 5. Juli –, dass das nichts werden kann, weil sich die Parlamentsklubs von ÖVP, BZÖ und FPÖ dagegen ausgesprochen haben beziehungsweise sich dafür ausgesprochen haben, das nach der Wahl anzugehen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich weiß es nicht, Herr Abgeordneter. Ich nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie persönlich Wahrnehmungen dazu – im Rahmen Ihrer Tätigkeit für die Hohegger-Gruppe –, dass es nach diesem 5. Juli 2006, an dem ja auch diese Sitzung des Finanzausschusses stattgefunden hat – Berichterstatterin war damals übrigens laut dem Protokoll, das wir hier durchgelesen haben, die Frau Kollegin Tamand; vielleicht haben Sie dazu auch Wahrnehmungen, Frau Kollegin –, also in den Tagen vom 5. Juli bis zum 12. Juli 2006, trotzdem weitere Versuche durch Hohegger-Mitarbeiter gegeben hat, diese Änderung doch noch zu erreichen, oder hat man dann mit diesem Tag die Aktivitäten fürs Erste eingestellt? Nämlich die Aktivitäten in die Richtung, noch vor der Wahl eine Änderung herbeizuführen, eingestellt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ich selbst habe solche Unternehmungen sicher nicht unternommen. Ob andere das getan haben, weiß ich nicht.



### **Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung**

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich möchte nur darauf hinweisen, dass das ein unvollständiger und deshalb auch falscher Vorhalt ist, weil dokumentiert ist – und ich werde das dann später genauer vorbringen –, dass am 12.7. bis spät am Abend – nämlich bis 20.20 Uhr –, also am Tag vor dem letzten Plenum vor den Nationalratswahlen, im Klub des BZÖ noch an ebendiesem Abänderungsantrag gearbeitet worden ist.

Bis spät in die Nacht des 12. Juli! Ich ersuche Kollegen Petzner – auch wenn es keine Freude macht –, diesen vollständigen Vorhalt zu machen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das ist ein Missbrauch der Geschäftsordnung!

Ich habe jetzt nur über dieses Mail diskutiert, über dieses Mail! Und aus diesem Mail, das Sie auch vorgelegt haben, geht hervor, dass man – und ich habe die Passagen auch vorgelesen – offensichtlich am 5. Juli Hochegger-intern an die Telekom und an die Novomatic das Ergebnis wie folgt zusammenfasst. Und das habe ich, glaube ich, richtig wiedergegeben.

Die Auskunftsperson hat auch bestätigt, dass ich das so richtig interpretiert habe, dass man keine Änderung schafft – ich habe dann das alles vorgelesen, warum das vor der Wahl nicht mehr möglich ist und dass man das nach der Wahl angehen wird.

Dann habe ich auf Basis dieses Mails Herrn Krenn gefragt, ob er dazu Wahrnehmungen hat, dass es trotzdem nach diesem 5. Juli weitere Versuche gegeben hat.

Und jetzt frage ich Sie, Herr Pilz: Was ist da jetzt der falsche Vorhalt gewesen?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte, wir machen jetzt keine Debatte zwischen zwei Abgeordneten!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Entschuldigung! Herr Pilz wirft mir da irgendetwas vor!

Es ist unzulässig, wenn mir ein falscher Vorhalt vorgehalten wird und dieser Vorwurf unzutreffend ist! Dann müssen Sie das als Vorsitzende klarstellen, bitte! Nur, diese Klarstellung verlange ich jetzt!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Darum haben Sie jetzt diese Klarstellung getroffen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich verlange sie von Ihnen!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich habe ja die Dokumente nicht! Entschuldigen Sie, ich kann keine Ferndiagnose anstellen, noch dazu mit am Kopf stehenden Buchstaben! Ich sehe ja nicht in Ihre Unterlagen hinein.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut, dann beantrage ich, die Sitzung zu unterbrechen, um das mit Ihnen zu klären.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir können das sehr gerne anschließend machen. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt die erste Runde mit Ihrer Befragung abschließen. Wenn dann das Bedürfnis auf Unterbrechung besteht, gerne. Aber ich lasse jetzt nicht zu, dass zwei Abgeordnete geschäftsordnungsmäßig in einen Diskurs verfallen.

Sie können jetzt entweder die Fragerunde fortsetzen, oder ich unterbreche sofort.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich will das jetzt gleich ausdiskutiert haben!

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Also, ob wir jetzt unterbrechen oder später, ich glaube, ich kann mit beiden Dingen leben.

Ich wollte nur sagen: Wissen Sie, Herr Kollege Pilz, wenn Sie immer hinausgehen und dann wieder hereinkommen, können Sie manche Dinge, die schon vorher gefallen sind, nicht hören.

Herr Kollege Rosenkranz hat vorhin bei seiner Befragung nämlich gesagt, dass am 12. Juli bis in die Nacht verhandelt worden ist. Das heißt, das ist schon gefallen. Und Herr Kollege Petzner hat auf den Widerspruch hingewiesen.

Wie gesagt: Vielleicht können wir uns darauf verständigen, dass immer die, die in der jeweiligen Runde die Auskunftsperson befragen, auch immer im Saal bleiben, damit jeder hört, was der andere sagt.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser unterbricht** die medienöffentliche Sitzung zum Zwecke einer Fraktionsführerbesprechung.

13.14

\*\*\*\*\*

(Die **medienöffentliche Sitzung** wird um 13.14 Uhr **unterbrochen** und um 13.18 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

13.18

**Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt** die Sitzung medienöffentlich **wieder auf**, sagt, dass der Vorhalt des Abg. Petzner korrekt gewesen sei, erinnert daran, dass es um das E-Mail vom 5. Juli 2006 gehe – und erteilt Abg. Petzner das Wort als Fragesteller.

### **Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Mag. (FH) Stefan Krenn**

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich setze mit der Befragung fort und darf nur ergänzen, dass wir gemeinsam zu dem Schluss gekommen sind, dass mein Vorhalt zulässig und völlig korrekt war und der Vorwurf des Herrn Pilz **nicht** zulässig gewesen ist.

Wir haben jetzt dieses Mail vom 5. Juli, in dem offensichtlich gemeldet wird: Wir machen das nach der Wahl. Die Frage, die sich jetzt stellt, ist: Wer hat dann trotzdem versucht, nach diesem 5. Juli und nach dem Finanzausschuss – und das ist ja der zentrale Punkt – in Hinblick auf die Nationalratssitzung am 13. Juli in letzter Sekunde doch noch einen Abänderungsantrag durchzusetzen, damit es doch noch passiert?

Dazu zitiere ich jetzt aus einer Zeugenvernehmung des Herrn Stummvoll, der sagt – Zitat –:

Ungefähr zwei bis drei Tage nach der damaligen Sitzung im Finanzausschuss wurde vom Kabinett des Finanzministers an den Parlamentsklub der ÖVP ein Abänderungsantrag zum bisherigen Initiativantrag zur Änderung des Glücksspielgesetzes übermittelt.

In diesem konkreten Fall handelt es sich um keinen kleinen Antrag, sondern um einen weitreichenden Eingriff in das Glücksspielgesetz. Es ging um die Ermöglichung einer Lizenz für Internet-Wetten. Das heißt, genau das, was am 5. Juli offensichtlich nicht funktioniert hat, berichtet dann Stummvoll selber als Vorsitzender des Finanzausschusses. Zwei bis drei Tage später gibt es einen neuerlichen Anlauf seitens des Kabinetts des Finanzministers, das an den Parlamentsklub plötzlich einen

Abänderungsantrag übermittelt, der genau diese Änderung beinhaltet, die offensichtlich am 5. Juli – zumindest auf Basis dieses Mails – einmal nicht funktioniert hat.

Stummvoll sagt hier dann auch, dass er den Eindruck gehabt habe, dass das Kabinett des Finanzministeriums uns, den ÖVP-Klub, überrumpeln wollte mit diesem Gesetzentwurf. Dementsprechend wäre es wohl auch unklug gewesen, diesen Entwurf schon einige Wochen vorher mit uns zu besprechen.

Jetzt frage ich Sie, ob Sie als Mitarbeiter der Hohegger-Gruppe dazu Wahrnehmungen haben, warum es offensichtlich nach dem Finanzausschuss – zumindest ist das die Aussage des Stummvoll – einen neuerlichen Anlauf seitens des Kabinetts des Finanzministers gegeben hat. Haben Sie dazu Informationen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nein, Herr Abgeordneter, dazu habe ich keine Wahrnehmungen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** War Ihnen vorher bekannt, dass es nach diesem 5. Juli weitere Versuche gegeben hat, die Änderung doch noch durchzusetzen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Mir persönlich nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das ist Ihnen heute zum ersten Mal bekannt geworden?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich habe jetzt aufmerksam zugehört, soweit ich Ihnen folgen konnte. Nach meiner Erinnerung wusste ich das nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Da gibt es lauter Jour-fixe-Berichte von der Firma Hohegger, was man alles tun muss. Aber offensichtlich ist da auf anderer Ebene etwas ganz anderes gelaufen. Frage dazu: Haben Sie jemals im Zusammenhang mit der Änderung der Glücksspiel-Novelle mit dem damaligen Generalsekretär Reinhold Lopatka ein Gespräch geführt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich könnte mich nicht erinnern, dass ich mit dem damaligen Generalsekretär jemals über dieses Thema gesprochen hätte.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Hohegger hat auf unser Befragen hin zu einem Dokument, in dem mehrere Namen drinstehen – persönliche Gespräche mit Grasser, Lopatka, Stummvoll, Ikrath, Pröll, Haider –, auf die Frage, welche Gespräche er bestätigen kann, gesagt:

Er kann sich nicht genau erinnern, er kann sich nur an eines erinnern: dass Herr Stefan Krenn mit Herrn Lopatka diesbezüglich ganz sicher gesprochen hat, weil Herr Krenn auch ehemaliger Mitarbeiter des Herrn Lopatka war.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ich habe Sie schon 1 Minute überziehen lassen; nur zur Information.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Entschuldigung, die Frage muss ich fertig machen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ja, die Frage noch.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Herr Hohegger sagt also, Sie haben in dieser Causa – er hat hier unter Wahrheitspflicht ausgesagt – mit dem Herrn damaligen Generalsekretär Lopatka gesprochen. – Was stimmt jetzt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich nehme an, Herr Hohegger vermutet das aufgrund der Tatsache, dass ich einmal sein Mitarbeiter war. Ich könnte mich nicht erinnern, jemals mit ihm über so etwas gesprochen zu haben.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Schlussfrage: Haben Sie jemals selber mit irgendjemand, mit irgendeiner politischen Partei, mit irgendwelchen Politikern, mit Ausschussmitgliedern in diese Causa persönlich Gespräche geführt? Oder waren Sie nur der E-Mail-Verfasser?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ich war Mitglied in diesen Projektgruppen und habe sehr viel dafür gearbeitet. Ich kann mich – um auf Ihre Frage präzise zu antworten – nicht erinnern, jemals mit einem Politiker über das gesprochen zu haben.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Am 5. Juli war Finanzausschuss, es kam zu keinem Abänderungsantrag.

Meine Frage dazu ist: Hat es nach dem 5. Juli eine Sitzung Ihrer Arbeitsgruppe gegeben? Oder hat es Kontakte von Hohegger.Com mit dem Finanzministerium, konkret mit dem Kabinett des Herrn Finanzministers, gegeben?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Also ganz ehrlich: Ob eine Sitzung stattgefunden hat, kann ich heute nicht mehr sagen. Vielleicht haben Sie die Unterlagen und Protokolle: Vielleicht gibt es eine. Ich könnte das jetzt nicht sagen.

Ob sozusagen seitens des Hohegger mit dem Finanzministerium, weiß ich auch nicht, weil das eben eine Ebene war, dieser Kontakt zum Finanzministerium, der nicht bei mir gelegen ist.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Sie schließen es für sich aus, nach dem 5. Juli Kontakt mit Beamten des Finanzministeriums gehabt zu haben?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nein, ich habe keinen Kontakt gehabt.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Das wollte ich nur wissen, fürs Protokoll.

Herr Krenn, Sie haben bereits dargelegt, was Ihre Aufgabe beim Masterplan Novomatic war. Können Sie das vielleicht noch einmal konkretisieren: Was haben Sie damals gemacht? Und wer hat daran mitgearbeitet?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Sozusagen neben den Köpfen diese Projektgruppe hat es eben uns Mitarbeiter gegeben, die das tatsächlich zu Papier gebracht haben, recherchiert haben und diese Konzepte erstellt haben. Und dann immer wieder vorgelegt, das war ja ein ...

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wer war für die Endfassung verantwortlich?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Na, der Abnehmer, sozusagen der Kunde beziehungsweise der Herr Hohegger. Erst wenn der gesagt hat, jetzt passt es, hat man das Konzept hergegeben.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich lege Ihnen ein Deckblatt vor, Masterplan Novomatic, und ersuche Sie, die Namen vorzulesen, die hier oben stehen.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, das ist kein Deckblatt, sondern das ist die letzte Seite. An das kann ich mich erinnern. Und da stehen oben, hinten als Rückfragehinweis sozusagen, Hohegger und Krenn.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Weiter? Was steht genau oben? Bitte ...

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Hohegger.Com, www.hohegger.com, Dr. Hohegger Kommunikationsberatungs GmbH, Dr. Peter Hohegger, Mag. Stefan L. Krenn, Telefonnummer von Hohegger und Adresse.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Meine Frage: Warum stehen **Sie** da oben?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Wahrscheinlich, weil ich mich selber hinaufgeschrieben habe, Herr Abgeordneter, weil ich stolz war, dass ich dieses Konzept mit verfasst habe. Um dem Kunden zu zeigen ...

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Entspricht das mehr oder weniger der Leitungsfunktion, die Sie bei Hohegger.Com gehabt haben?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nein, Herr Abgeordneter! Das entspricht dem, dass man als Consultant, der maßgeblich an einem Konzept mitarbeitet, auch gerne beim Kunden seinen Namen lässt, um da sozusagen auch eine gewisse Wertschätzung zu erfahren.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Waren Sie der ranghöchste Mitarbeiter?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nein, war ich sicher nicht. Was meinen Sie mit „der ranghöchste Mitarbeiter“?

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Es ist irgendwie irritierend, weil andere Namen nicht aufscheinen, Namen von Mitarbeitern von Hohegger.Com, die ebenfalls mitgearbeitet haben, sodass anzunehmen ist, dass nicht nur einerseits der Chef oben steht, nämlich Peter Hohegger, sondern auch der verantwortliche Mitarbeiter für das Projekt. Und Peter Hohegger hat Sie ja auch heute bei der Befragung wieder als Verantwortlichen der Public-Affairs-Gruppe bezeichnet.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, wie glaubwürdig das ist, jemandem, der neu dazukommt, 26 Jahre alt ist, tatsächlich so ein – und ich glaube, dass das für die Firma Hohegger ein sehr wichtiges, weil budgetär hohes Projekt war –, jemandem das zu übertragen, der hier relativ neu ist, überlasse ich Ihnen, das zu beurteilen.

Faktum ist, wahrscheinlich ist das nur eine Interpretation – von der ich aber ziemlich sicher bin, dass sie zutreffend ist –, dass ich selber hier oben stehen wollte, um einfach auch einem Kunden gegenüber zu zeigen, dass ich etwas gearbeitet habe und dass ich hier mit dabei bin.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Diesem Masterplan Novomatic kann man ja sehr interessante Formulierungen entnehmen. Ich zitiere:

Die in der Öffentlichkeit bereits etablierten Botschafter werden dabei in Richtung der politischen Entscheider kommunizieren, Feinde rechtzeitig neutralisieren und den parlamentarischen Prozess beschleunigen.

Herr Krenn, was haben Sie verstanden unter „Feinde rechtzeitig neutralisieren“?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ich kann es nur so interpretieren, dass das ein „klassischer“ PR-Sprech ist, wie er eben üblich ist in einer gewissen Branche, um hier sozusagen zu überspitzen. Nur so kann ich es interpretieren.

Wenn Sie mich tatsächlich fragen, was ich glaube, was das übersetzt bedeutet, glaube ich, dass es bedeutet, auch Personen und Unternehmen zu identifizieren, die nicht dieser Auffassung sind, und zu überlegen: Wie kann man die überzeugen?

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Wir wissen ja, dass ein Personen-Dossier über Politiker und Beamte angelegt wurde. Dieses Dossier kennen wir.

Meine konkrete Frage dazu – Sie haben bereits ausgeführt, wie das Dossier erarbeitet worden ist –: Gab es weitere Maßnahmen? Wurden auch Detektive eingesetzt

gegenüber diesem Kreis von Personen, die dem kleinen Glücksspiel kritisch/ablehnend gegenübergestanden sind?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Dazu habe ich keine Wahrnehmung, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Können Sie das ausschließen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Wenn ich es nicht weiß? – Ich habe keinen beauftragt! Ich wüsste auch nicht, dass es einen Detektiv gegeben hätte. Darum sage ich, ich habe dazu keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Danke. – Ich konnte Sie ja bereits bei Ihrer ersten Anwesenheit hier im Untersuchungsausschuss dazu befragen, und ich habe Ihnen schon damals einige konkrete Frage unter Hinweis auf ein Abstimmungs-Meeting gestellt.

Meine Frage: Halten Sie Ihre Aussage, die Sie am 11. April 2012 getroffen haben, vollinhaltlich aufrecht?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich weiß nicht, welche Aussage ich da getroffen habe, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich habe Sie befragt und habe Ihnen aus diesem Abstimmungsprotokoll vorgehalten:

„Parlamentarische Anfragen vorbereiten. Verantwortlich: Stefan.“

Ihre Antwort:

„Ich habe nie eine parlamentarische Anfrage vorbereitet oder geschrieben.“

Dann Maier:

„Wie beurteilen Sie dann diese Mitschrift von diesem Abstimmungs-Meeting am 18. April 2006, zu dem es folgende Anwesenheitsliste gibt:

Stefan Krenn, Andreas Schneider, Christine Lackner, Monika Racek, Eva Bossenberg ...

Da steht unter Aon Entertainment:

Dossier Wallner gemeinsam mit Andreas Krenn: erledigt. Erste Teilrechnungen stellen: erledigt. Parlamentarischen Detailfahrplan überarbeiten: erledigt. Parlamentarische Anfragen vorbereiten: Stefan.“

Meine Frage: Wer war dieser Stefan? Waren das Sie, oder gab es noch einen unbekannteren Stefan, der ebenfalls in dieser Abstimmungsgruppe mitgearbeitet hat?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, das ist ein Protokoll. Ich kann nur interpretieren, was damit wirklich gemeint ist. Ich sage es Ihnen noch einmal, so gut ich das kann, um Ihre Frage zu beantworten: Nach meiner Erinnerung habe ich nie eine Anfrage geschrieben oder vorbereitet.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich lege Ihnen nun diese parlamentarische Anfrage vor, die vom ehemaligen BZÖ-Abgeordneten Wittauer eingebracht wurde, und frage Sie nochmals konkret: Haben Sie an der Erstellung dieser parlamentarischen Anfrage mitgearbeitet? War Ihnen diese parlamentarische Anfrage bekannt oder nicht?

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ich weiß es nicht! Mir sagt das jetzt nichts.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Mir geht es nur darum, aufzuklären, wie es dazu kommen kann, dass parlamentarische Anfragen von Privaten formuliert werden, und sich dann ein BZÖ-Abgeordneter hergibt, um eine derartige Anfrage auch einzubringen.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Wirklich: Mir sagt diese Anfrage nichts! Herr Abgeordneter, es tut mir leid.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Sie wurden heute schon mehrfach befragt zu diesen Schreiben, die in diesen Unterlagen Masterplan Novomatic enthalten sind. Hier gibt es das Schreiben an den „sehr geehrten Klubobmann“ Herbert Scheibner, „Freiheitlicher Parlamentsklub – BZÖ“. Ich zitiere:

„Wie mit Herrn Meischberger besprochen, darf ich Ihnen anbei den Gesetzesänderungsvorschlag zur Novellierung des Glücksspielgesetzes sowie einen kurzen Status Quo und einige Medienberichte zum Thema übersenden. Mit besten Grüßen, Mag. Stefan L. Krenn, Head of Public Affairs.“

Meine Frage: Von wem haben Sie diesen Gesetzesänderungsvorschlag?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ich kann es Ihnen wirklich nicht konkret sagen! Ich werde ihn wohl bekommen haben, anzunehmen, von meinen Vorgesetzten oder vom Herrn – ist nur eine Interpretation, das ist Spekulation. Aber irgendjemand muss ihn mir gegeben haben, Herr Abgeordneter.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Die Fragezeit ist zu Ende. Ein Vorgriff ...

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Eine Frage noch: Haben Sie diesen Gesetzesänderungsvorschlag von der Firma Novomatic erhalten?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Noch einmal: Ich kann Ihnen nicht sagen, von wo ich das bekommen habe. Für mich wäre naheliegend, dass ich es von meinen Vorgesetzten oder vom Herrn Meischberger bekommen habe. Aber ich weiß es nicht.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Bevor ich zur nächsten für mich wichtigen Geschichte komme, bleiben wir noch ganz kurz an dem Abend des 12. Juli 2006 im BZÖ-Klub, also dem Abend vor dem letzten Plenum vor den Nationalratswahlen 2006. Da haben wir:

„Dateiname: ... 2. LesungGlueckspielG\_1.doc“

„Titel: ABÄNDERUNGSANTRAG“

„Autor: Karin Kartak“,

offensichtlich eine Mitarbeiterin des BZÖ-Klubs,

„Erstelldatum: 12.07.2006 17:51:00“.

Dann wird es vom Fachreferenten Dr. Gerald Siebeneicher im BZÖ-Klub um 20.20 Uhr ein letztes Mal abgespeichert. Zwischen 17.51 Uhr und 20.20 Uhr kommt es laut dieser Datei zu **sieben Änderungen**. Es ist also am letzten Abend im BZÖ-Parlamentsklub intensiv an diesem Abänderungsantrag gearbeitet worden.

Gleichzeitig ist – was wir zum Teil schon herausgearbeitet haben – dieser, sagen wir einmal, Überfall mit dem Abänderungsantrag aus dem Finanzministerium ans Parlament gelaufen. Das Einzige, was jetzt noch zu klären ist, ist, ob diese beiden Vorgänge ein und derselbe Vorgang sind: ob der Versuch, über den Finanzminister die Novomatic-Interessen doch noch unter einer ÖVP-BZÖ-Regierung im allerletzten

Moment durchzubringen, nicht ohnehin über den BZÖ-Klub und über die BZÖ-Klubmitarbeiter gelaufen ist. Denn sonst – da hat der Kollege Petzner vollkommen recht – ergibt diese nächtliche Tätigkeit an dem Abänderungsantrag im BZÖ-Klub ja nicht wirklich einen Sinn. – So, das ist der Punkt. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Nein, Kollege Petzner, ich vermute ja etwas ganz anderes: Ich glaube, dass das BZÖ im Juli 2006 nicht nur pleite war, sondern von zwei Seiten gekauft worden ist und führende Politiker des BZÖ nicht mehr gewusst haben, von wem die Partei gerade gekauft ist. Ich glaube, da hat es eine wirklich große Verwirrung gegeben. Es fällt natürlich Nicht-BZÖ-Politikern schwer, sich in eine derart schwierige Situation hineinzusetzen – jetzt ganz ohne Mitgefühl.

Das ist die eine Geschichte, und dazu brauchen wir natürlich Klärungen. Diese Klärungen heißen: die Auskunftspersonen aus dem BZÖ-Klub – ohne den Dr. Siebeneicher wird sich das nicht klären lassen – und selbstverständlich die zuständigen Politiker, der Abgeordnete Scheibner und der damals nicht Abgeordnete Westenthaler. Wir werden das beantragen und auch in diesem Ausschuss zur Abstimmung bringen, weil das anders nicht klärbar ist. Ich hoffe, dass – vielleicht mit Ausnahme des BZÖ, aber vielleicht auch inklusive BZÖ – alle Interesse haben, dass wir diesen Punkt wirklich aufklären.

Jetzt kommen wir noch einmal zum 3. Juli. Kollege Maier hat Sie schon sehr detailliert zu diesem bekannten Mail an Herbert Scheibner befragt: „Mit besten Grüßen, Mag. Stefan Krenn.“ Sie streiten das ja gar nicht ab. Also:

„Sehr geehrter Herr Klubobmann!

Wie mit Herrn Meischberger besprochen, darf ich Ihnen anbei den Gesetzesänderungsvorschlag zur Novellierung des Glücksspielgesetzes ... übersenden.“

Wichtig ist aber die zweite Seite – was da mitgesendet wird, was Sie mitgesendet haben:

„Status Quo zur Neuordnung des Glücksspielgesetzes“.

Das lege ich Ihnen jetzt vor, weil es sich hier meiner Meinung nach um eine gezielte und vorsätzliche Täuschung des Parlaments handelt. Das möchte ich mit Ihnen Punkt für Punkt durchgehen, denn ich halte Sie durchaus für sachlich in der Lage, das mit mir gemeinsam zu klären.

(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Nehmen wir den Punkt I, das ist die Begründung:

„I. Zahlreiche unabhängige Studien bestätigen die Notwendigkeit eines weiteren Anbieters im Segment Online-Gaming“.

Was heißt das? Heißt das, dass es hier um Internet-Glücksspiel gegangen ist? Ist das richtig? (*Stefan Krenn: Ja!*) – Ist es **ausschließlich** um Internet-Glücksspiel gegangen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Aus meiner Erinnerung ging es um eine zusätzliche Konzession für sogenannte elektronische Lotterien, was vor allem den Bereich Online-Gaming betrifft.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Mag. Krenn, wissen Sie, dass das eine mit dem anderen überhaupt nichts zu tun hat?

Jetzt gehen wir es aber wirklich genau durch! Im § 12a des Glücksspielgesetzes sind die sogenannten Video Lotterie Terminals – VLT geregelt. Ist das richtig?



**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich nehme an, wenn Sie es sagen, dass es so ist, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Unter dem Titel „Elektronische Lotterien“, Sie haben das vollkommen richtig gesagt. Ist das online? Ist das Internet-Gaming?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** So wie ich es verstehe: ja. Weil es ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist mit Sicherheit **nicht** Internet-Gaming! Das ist schlicht und einfach kleines Glücksspiel und nichts anderes. Das ist Automatenglücksspiel und nichts anderes. Ich kenne das wirklich alles sehr genau.

Jetzt werde ich Ihnen das vorlesen, in den ganzen Projektgruppenberichten von Ihnen; ich nehme nur einen her, das zieht sich durch. Das Spannende ist nämlich: Je früher Ihre Projektgruppe einen Plan schreibt, desto offener wird über den Novomatic-Plan „Wir wollen überall in Österreich Automaten aufstellen können“ berichtet. Und je später es wird, desto mehr wird das versteckt hinter Internet-Gaming, Online-Wetten und so weiter. Das ist eine große und ganz gut geplante Irreführung, die zumindest beim Finanzausschuss und bei der Telekom Austria erfolgreich war. Nehmen wir jetzt nur ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte die Frage! Die Zeit ist schon überschritten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nehmen wir jetzt aus dem Oktober 2005 – es liegt Ihnen vor –: Hohegger|COM, Masterplan für Novomatic AG. Wenn Sie hier Seite 22 aufschlagen – ich glaube, das ist Ihnen so vorgelegt worden (*Mag. Krenn: Ja!*) –:

„Masterplan Novomatic AG

Änderungsvorschläge im Glücksspielgesetz: Fertig ausformulierter Gesetzestext und ausführliche Erläuterungen, die vor allem auch den fiskalischen und ordnungspolitischen Nutzen der Gesetzesänderung ...“,

und jetzt kommt der entscheidende Punkt,

„... ‚Ermöglichen von Videolotterieterminals mit limitiertem Einsatz‘ dokumentieren.“

Was sind „Videolotterieterminals mit limitiertem Einsatz“?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nach meinem Wissen sind Videolotterieterminals Glücksspielautomaten, die zentralseitig vernetzt sind.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Richtig! Und da sind wir jetzt beim Punkt: Das hat nichts mit Internetwetten zu tun – gar nichts! –, das sind Glücksspielautomaten, die zentral vernetzt sind. Das sind diese Automaten mit dem ganzen Gemüsekorb drauf, mit dem Würfel und allem Möglichen, wie sie von Novomatic aufgestellt werden, und Novomatic hat ein Problem gehabt. Was war zum damaligen Zeitpunkt das Problem von Novomatic?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Dass man keine Konzession hatte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Richtig!

Ist das richtig, dass sie diese Automaten in ein paar Bundesländern nicht aufstellen durften?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen. Es war damals relativ klar geregelt, wo es das sogenannte kleine Glücksspiel geben darf und wo nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber die entscheidende Frage lautet:

Warum wird in den ganzen Informationen an das Parlament, an die Telekom Austria von Ihnen und von Hohegger.com immer so informiert, als ginge es nicht um das

„Kleine Glücksspiel“, sondern um Internet-Wetten? Die Telekom Austria AG hat bis zum Schluss, zum Teil bis heute geglaubt, dass es um Internet-Wetten geht.

Warum sind sie irreführt worden?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich kann Ihnen nur meine Meinung dazu sagen, Herr Abgeordneter. Ich glaube, dass das ein ursprüngliches Konzept aus 2005 für die Novomatic war – aber das ist nur so, wie ich es verstehe, Herr Abgeordneter –, dass man das aufgrund der Fähigkeiten und Möglichkeiten, die die Telekom Austria mit einer großen Internet-Plattform bieten konnte, dann nach 2005 gemeinsam mit der Telekom anbieten will.

Ich gebe Ihnen Recht, diese Konzession hätte wahrscheinlich auch das beinhaltet, aber eben auch das Online-Gambling, sprich Glücksspiele im Internet, und das war aus meiner Sicht das Ziel, das Novomatic und Telekom gemeinsam erreichen wollten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Warum haben Sie den Herrn Klubobmann Scheibner und andere Politiker nicht offen darüber informiert, dass es um das „Kleine Glücksspiel“ geht? Warum sind sie bis zum Schluss nicht darüber informiert worden? Sie haben bis zum Schluss keine Ahnung davon gehabt.

Ich habe damals mit dem Abgeordneten Stummvoll gesprochen, und auch später, als wir versucht haben, das aufzuarbeiten. Ich habe damals den Abgeordneten Stummvoll gefragt: Warum habt ihr nichts dagegen getan, das ist ja alles das „Kleine Glücksspiel“, das sind Internet-Wetten? – Die waren viele Jahre danach noch überzeugt, es geht um Internet-Wetten und nicht um das „Kleine Glücksspiel“.

Warum haben Sie zugelassen und sich letzten Endes daran beteiligt, dass die Telekom Austria **und** die Abgeordneten des Finanzausschusses falsch informiert und in die Irre geführt worden sind? Warum?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** So wie ich dieses Projekt verstanden habe, Herr Abgeordneter, und das meine ich ernst, ging es darum – und das war für mich nachvollziehbar, weil eben die Telekom eine der größten Internetplattformen hatte und Novomatic den Content bereitstellen konnte –, hier in den Bereich Online-Glücksspiel vorzudringen. Und das war eben nicht möglich, solange es nur eine Konzession gibt. Davon war ich damals überzeugt und deswegen habe ich das auftragsgemäß weitergeleitet.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich halte Ihnen die Projektkurzbeschreibung Ihrer Arbeitsgruppe Hohegger vor, sie stammt offensichtlich aus dem Jahr 2005.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

„Strategie: Die neue Firma“ – das ist AON – „ist der Schuhlöffel, um dann in den Schuh der Konzession zu schlüpfen.“

Und dann der entscheidende Punkt: „Die Gründung und in Betriebnahme der Company soll ‚ruhig und leise‘ vor sich gehen, damit das am TA-Vorstand und an den Gegnern völlig vorbeigeht.“

Warum sollte die Tatsache, dass das eigentlich „Kleines Glücksspiel“ ist, am Vorstand der Telekom Austria vorbeigehen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, ich habe keine Ahnung. Für mich klingt das von der Formulierung her, das ist zwar intern, aber das kann ich Ihnen ruhig sagen – und das soll jetzt kein Anschütten sein, damit Sie es mir nicht vorhalten –, nach dem Herrn Hohegger selbst, der mit solchen Metaphern gearbeitet hat. Für mich schaut das so aus, dass er uns das gesagt hat und wir das protokolliert haben. Aber ich kann dazu inhaltlich nichts sagen, weil ich es nicht weiß.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es geht mir ja jetzt noch nicht darum, ob Sie der Täter oder der Mitwisser dieser Täuschung sind, sondern es geht mir einmal darum, diese Täuschung festzustellen. Es ist ja keine Kleinigkeit, wenn die Mitglieder des Finanzausschusses und der Partner Telekom von der Firma Novomatic mit Hilfe von Hohegger getäuscht werden und das „Kleine Glücksspiel“ hinter dem Rücken der Abgeordneten für die Firma Novomatic eingeführt werden soll.

\*\*\*\*\*

*(Abg. Dr. Pilz ersucht um zusätzliche Redezeit, da er noch Fragen zur Entstehung des Gesetzesvorschlages habe. Es wird vereinbart, darüber nach Beendigung der Fragerunde abzustimmen.)*

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Herr Mag. Krenn, ich schließe an das an, was der Kollege Pilz aufgezeigt hat. Diese Betriebsamkeit, die nicht erst nach der Sitzung des Finanzausschusses aufgekommen ist, wo für Sie als Lobbying-Unternehmen auf einmal klar gewesen ist, dass Sie damit gescheitert sind – obwohl es ja dann weitergegangen ist – die lässt sich nachvollziehen.

Sie haben gesagt, es ist natürlich immer schade für ein Lobbying-Unternehmen, wenn dieser Auftrag nicht positiv aufgeht. Da macht sich Niedergeschlagenheit oder Misserfolg breit, wie auch immer.

Wie war denn das eigentlich mit dem Erfolgshonorar? Wem wäre dieses Erfolgshonorar zugestanden? Hätten Sie persönlich auch etwas davon gehabt, oder nur das Unternehmen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich habe diese Vereinbarung nicht im Kopf, weil Zahlen nicht unsere Sache waren. Üblicherweise gehört das natürlich der Firma und dort den Eigentümern.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Hohegger und Meischberger sind diejenigen, die unmittelbar mit ihren Firmen von einem Erfolgshonorar betroffen sind. Das ist natürlich bemerkenswert. Jetzt scheitert diese Initiative im Finanzausschuss, und wer da unter Umständen ein Problem hat oder sagt, da geht mir jetzt etwas durch die Lappen, das gibt es kein Erfolgshonorar, das ist jetzt der Herr Meischberger. Der hat auf einmal ein Interesse.

Was passiert dann in diesen nächsten Tagen? Da gibt es dann auf einmal einen Abänderungsantrag. Und da zitiere ich zuerst einmal aus der Zeugeneinvernehmung des Abgeordneten Stummvoll, der sagt:

Ungefähr zwei, drei Tage nach der damaligen Sitzung des Finanzausschusses am 5. Juli 2006 wurde vom Kabinett des Finanzministers an den Parlamentsklub der ÖVP ein Abänderungsantrag zum bisherigen Initiativantrag – und so weiter – übermittelt. Dieser umfasst eine Lizenz für das Online-Glücksspiel. Nachdem das zirka zwei bis drei Tage vor der Plenarsitzung am 13. Juli war, sprach ich mich dagegen aus, weil dies eine weitreichende Änderung gewesen wäre und dies ohne Begutachtung passiert wäre.

Stummvoll sagt dann weiter, es steht unten im Protokoll:

Es ist allerdings so, dass ich den Eindruck gehabt habe, dass das Kabinett des BMF uns –

den ÖVP-Klub –

übrumpeln wollte mit dem Gesetzesentwurf. – Zitatende.

Das heißt, da gibt es einen, der Interesse hat, dass er mit einem Erfolg Geld verdient, das ist der Herr Meischberger. Und nachdem auf parlamentarischer Ebene mit Ihrem Lobbying alles abgeblasen ist, kommt jetzt auf einmal diese Abänderung aus dem Ministerium selbst direkt an die Klubs ÖVP und offensichtlich auch BZÖ. Denn da sagt, es ist schon zitiert worden, die Frau Kartak:

Wenn mir der Antrag –

Ordnungsnummer sowieso –

vorgehalten wird, so kann ich dazu sagen, diesen Antrag kenne ich in dieser Fassung nicht. Ich habe einen Antrag gemäß den Anweisungen des Dr. Siebeneicher geschrieben, gemäß Ordnungsnummer 2, den ich in Kopie vorlege. Diesen Antrag habe ich auftragsgemäß sodann per E-Mail am 12. Juli 2006 um 17.09 Uhr an den genannten Dr. Siebeneicher zugemailt. – Zitatende.

Dann sagt der Herr Dr. Siebeneicher in seiner Einvernahme:

Ich habe im Zuge einer Nationalratssitzung von diesem Abänderungsantrag erstmals Kenntnis erlangt. – Zitatende.

„Im Zuge einer Nationalratssitzung“ ist natürlich eine etwas unscharfe Formulierung. Bedeutet „im Zuge einer Nationalratssitzung“ die Sitzung selber, dass es dort auf den Tisch kommt, oder sind damit auch bereits Vorbereitungen einer Nationalratssitzung eingeschlossen? Das ist eine gewisse Unschärfe, daher kann ich nicht sagen, was da gemeint ist. Ich würde eher sagen, dass ich „im Zuge einer Nationalratssitzung“ schon in der Sitzung sitze und die Präsidentin schon geklingelt hat. Das kommt dann „im Zuge dieser Sitzung“ auf den Tisch und hat mit der Vorbereitung nichts zu tun. Meine Meinung ist, dass der Dr. Siebeneicher gemeint hat: erst **bei** der Sitzung. Das widerspricht allerdings dem, was die Sekretärin gesagt hat.

Nachdem Ihre Lobbying-Aktivitäten im Finanzausschuss gescheitert sind, hat es daher auf einmal noch ganz rasche, massive Versuche aus dem Kabinett des Finanzministers gegeben, doch noch eine zusätzliche Lizenz für das Online-Glücksspiel – sogar noch am Tag vor einer Sitzung – in die letzte Sitzung vor der Sommerpause hineinzubringen. Jetzt lautet meine Frage:

Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu? Denn ich kann es mir nur so vorstellen, dass da offensichtlich jemand bis zum Schluss mit Lobbying-Maßnahmen um sein Erfolgshonorar kämpft.

Haben Sie selbst oder Sie mit Ihrem Lobbying-Team in diesen Tagen zwischen 5. Juli und 13. Juli noch in irgendeiner Form damit zu tun gehabt, dass dort etwas – im positiven Sinn für Ihre Tätigkeit – auf die Reihe kommt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nein, Herr Abgeordneter. Ich höre das das erste Mal. Ich habe versucht zu folgen, soweit das für mich möglich ist. Ich habe dazu keine Wahrnehmung, weil ich es nicht weiß und kenne.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Am 5. Juli war mit der Ausschuss-Sitzung für das Hohegger.com-Team klar: Leider hat es nicht funktioniert. Wir berichten unseren Auftraggebern, dass sich das in dieser Gesetzgebungsperiode nicht mehr ausgehen wird. Wir versuchen es ein bisschen später. Und während sie das so resignativ sagen, gibt es parallel dazu massive, aktenmäßig dokumentierte – der Kollege Pilz hat es zitiert, Kollege Petzner hat es zitiert, ich habe jetzt auch noch

ergänzende Aussagen dazu zitiert – Interventionen aus dem Finanzministerium, aus dem Kabinett Grasser selbst.

Und da liegt natürlich der Verdacht nahe, dass da unter Umständen der Lobbyist Meischberger, der ja dieses Projekt betreut hat, noch massiv auf das Kabinett Grasser, auf Grasser eingewirkt hat, um das noch zu einem guten Ende zu führen. Was ist letztlich die Erklärung dafür? Ein Erfolgshonorar kann ja nur jemand bekommen, der tatsächlich vertraglich dazu in der Lage ist. Wir haben von Ihnen gehört, dass es für Sie keine einzige Bonifikation gegeben hätte. Das heißt, es muss in der Chefetage geblieben sein.

Dann ist letztlich natürlich auch eines für ein Verhalten des BZÖ klar: Wenn ein Herr Westenthaler vor der Entscheidung steht: Was ist mir lieber, Casino Austria-Geld für die Werbeagentur des BZÖ oder ein Erfolgshonorar für Herrn Meischberger?, dann wird er sich wahrscheinlich für die Variante der 300 000 € von den Casinos entschieden haben, denn der Herr Meischberger wird ihm vermutlich herzlich gleichgültig gewesen sein.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir kommen jetzt zu einem entscheidenden Punkt in diesem Ausschuss und auch dorthin, wo ich eigentlich hin wollte. Angefangen hat das Ganze mit einem Vorwurf des Herrn Kollegen Pilz, der sich als unzutreffend herausgestellt hat, und auf Basis dieses E-Mails kommen wir jetzt genau zu dem entscheidenden Punkt:

Was ist zwischen diesem 5. Juli und dem 12. beziehungsweise 13. Juli passiert? Wenn hier – und ich lege Ihnen dann gleich auch ein Dokument dazu vor – der Herr Kollege Pilz sagt – und das ist korrekt –, dass am Abend des 12. Juli seitens des BZÖ-Klubs noch am Antrag gearbeitet wurde, dann lautet die Frage:

Woher kam dieser Antrag? Kam der aus dem ÖVP-Klub, kam der aus dem Finanzministerium oder kam der aus dem BZÖ-Klub? Hat ihn der Scheibner vielleicht weitergeleitet?

Ganz sicher kommt er nicht aus dem BZÖ-Klub, sonst hätte der BZÖ-Klub am Abend dieses 12. Juli nicht in letzter Sekunde noch seine Änderungswünsche eingearbeitet. Das heißt, da muss irgendetwas passiert sein! Und ich sage Ihnen, was passiert ist, Herr Kollege Pilz, weil wir haben ja im Unterschied zu Ihnen auch die Möglichkeit, manche Leute persönlich zu fragen. Es ist Folgendes passiert:

Für das BZÖ – und daher auch die Hektik an diesem Abend des 12. Juli 2006 – war klar, die Änderung des Glücksspielgesetzes kommt doch, weil das BZÖ hat sich ja auch – und dazu gibt es zahlreiche Medienartikel – immer dafür ausgesprochen. Und am Morgen des 13. Juli ist dann der Herr Klubobmann Molterer gekommen und hat gesagt: Nein, doch nicht, wir halten das intern nicht aus, wir schaffen das nicht, wir haben so einen massiven Druck in den eigenen Reihen.

Und da wird zu klären sein, was da innerhalb der Österreichische Volkspartei passiert ist! Denn am Ende des Tages wird herauskommen, dass die ÖVP aufgrund massiver Interventionen seitens des Raiffeisensektors und vielleicht auch anderer Zuwendungen einen Rückzieher gemacht hat, und nicht das BZÖ.

Herr Krenn, ich mache Ihnen dazu einen Vorhalt.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Da gibt es Unterlagen, die das eindeutig dokumentieren, und zwar diese Jour Fixe-Unterlagen, unter anderem vom 12. September 2006, wo diese Ereignisse genau geschildert werden:

„Hochegger/Com. 1. Rückblick. Was passierte in der Lobbyingphase 1? (...) Nach einer umfassenden Vorbereitung und zahlreichen Lobbyinggesprächen sollte schließlich bei der letzten Nationalratssitzung vor der Sommerpause, am Donnerstag den 13. Juli 2006, ein Abänderungsantrag (...) eingebracht werden, der die Intention verfolgte, die Erteilung einer zusätzlichen Konzession für Elektronische Lotterien zu ermöglichen.“

Herr Krenn, da wird etwas anderes geschrieben, als das, was Sie hier behaupten. Da wird geschrieben: „nach einer umfassender Vorbereitung und zahlreichen Lobbyinggesprächen“, Anlauf bei der letzten Nationalratssitzung. – Also irgendetwas müsst Ihr dann da doch nach diesem 05. Juli noch gemacht haben?

Dann wird in diesem Jour Fixe-Bericht geschrieben, warum das gescheitert ist, warum es dann doch nicht eingebracht wurde:

„Dieser Antrag wurde mit der offiziellen Begründung“ – und diese offizielle Begründung ist jetzt die offizielle Begründung der Österreichischen Volkspartei – „, dass ein ‚Schnellschuss‘ und schlechte Optik vermieden werden sollte, schließlich (...) von der Tagesordnung genommen und nicht eingebracht.“

Und dann kommt die Wahrheit, dann wird hier geschrieben:

„Tatsächlich aber war dies die Folge von massiven Interventionen seitens Friedrich Stickler und Leo Wallner, die erst am Tag zuvor von diesem Vorhaben Kenntnis erlangten und alle Hebel in Bewegung setzten, um diesen Abänderungsantrag zu verhindern.“

In diesem Zeitraum gibt es auch zahlreiche Medienberichte. Unter anderem berichtet der ORF, Armin Wolf in der „ZiB 2“, von massiven Interventionen, und Herr Wolf nennt dort auch eine Partei: Bei der ÖVP wurde es in letzter Sekunde zurückgezogen. – Und das schreiben auch andere Medien. Wir werden diese Medienberichte heute noch alle vorlegen.

Jetzt frage ich Sie noch einmal etwas, Herr Krenn. In einem Dokument Ihres Arbeitgebers steht, dass man sehr wohl noch versucht hat, das auf Basis zahlreicher Lobbying-Gespräche und umfassender Vorbereitung in der Sitzung am 13. Juli zu schaffen.

Erste Frage: Was waren das für zahlreiche Lobbying-Gespräche? Was war das für eine umfassende Vorbereitung in Richtung Nationalratssitzung 13. Juli, wie es hier angeführt wird? Ich kann es Ihnen auch gerne vorlegen.

Und zweiter Punkt: Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu? Ich wiederhole, das ist ein Papier Ihrer Firma, Ihres Projektteams, bei dem Sie dabei waren, in dem geschrieben wird, dass es in der Folge von massiven Interventionen von Stickler und Wallner dann doch nicht zur Änderung gekommen ist.

Welche Interventionen waren das, und bei wem haben in welcher Form der Herr Stickler und der Herr Wallner interveniert? Sie müssen ja dazu irgendwelche Wahrnehmungen haben, weil das ist ja hier schwarz auf weiß niedergeschrieben?

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)** (zur Geschäftsbehandlung): Das, was der Abgeordnete Petzner jetzt vorgehalten hat, schafft meiner Meinung nach eine neue Situation. Nichts davon findet sich in den Akten.

Das ist das erste Mal ein Eingeständnis, dass es am Abend des 12. Juli ein Einvernehmen zwischen BZÖ und ÖVP gegeben hat, diesen Abänderungsantrag des Finanzministers trotz allem doch noch am 13. Juli einzubringen. Und vollkommen neu, und das findet sich nirgendwo in den Akten, ist die Erklärung, dass der ÖVP-Klubobmann Molterer das dann am nächsten Tag, am Plenartag, am 13. Juli 2006 in der Früh verhindert habe.

Da dies eine vollkommen neue Situation ist und weil es darüber keine Akten gibt – nur die Erklärung vom Abgeordneten Petzner – ersuche ich um eine kurze Sitzungsunterbrechung, damit wir besprechen, wie wir das klären können – durch Anforderung von Unterlagen, die offensichtlich im BZÖ-Klub, vielleicht auch im ÖVP-Klub vorliegen oder durch Ladung geeigneter Auskunftspersonen aus beiden Klubs. Daher ersuche ich um eine kurze Sitzungsunterbrechung.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wenn das im Konsens mit den anderen Fraktionen ist, können wir eine Sitzungsunterbrechung durchführen.

Ich schlage allerdings vor, erst die Antwort auf die die Fragestellung Vorgeschichte, Vorbereitungen und Wahrnehmungen zu dem in Bezug auf die Interventionen zitierten Papier abzuwarten.

\*\*\*\*\*

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Herr Abgeordneter, Sie verzeihen, das ist eine ganze Menge, das Sie mir da vorgehalten haben. Ich habe keine Detailerinnerung dazu. Ich kann Ihnen wirklich nicht sagen, was an welchem Tag wie passiert ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir zeigen Ihnen das Dokument einmal.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Das ist ein Dokument, da gibt es unzählige Jour Fixe-Berichte. Das ist Ihr Projektteam, Sie haben gesagt, dass Sie da mitgearbeitet haben.

Haben Sie an diesem Dokument mitgearbeitet und was sagen zum Inhalt dieses Dokuments?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nein, ich verstehe es, es ist nur ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Es geht um Ihre Wahrnehmungen! Lesen Sie es einmal in Ruhe.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Offenbar wurde diese Information dann niedergeschrieben. Aber woher sie kommt, weiß ich nicht? Habe ich das geschrieben?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie an diesem Papier mitgearbeitet oder nicht?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich weiß es nicht, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das ist ein Papier der Hohegger-Gruppe. Ist das korrekt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ja, aber ich habe nicht jedes Papier der Hohegger-Gruppe gemacht, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Noch einmal – ich habe Ihnen die entscheidenden Passagen ja vorgelesen –: Haben Sie Wahrnehmungen zu dem, was dort berichtet wird – massive Interventionen von Stickler, Wallner?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Persönlich habe ich keine Wahrnehmung dazu.

Wenn Sie mich nach meiner Meinung fragen: Ich gehe davon aus, dass es Widerstand gegeben haben wird seitens des Konzessionärs, wobei die bestens vernetzt waren, das ist ja logisch. Aber persönlich habe ich keine Wahrnehmung dazu.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Eine Sitzungsunterbrechung ist gewünscht. Ich **unterbreche** deshalb kurz die Sitzung.

\*\*\*\*\*

(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 14 Uhr unterbrochen und um 14.06 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

14.06

**Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt** die unterbrochene Sitzung **medienöffentlich wieder auf** und teilt, bevor sie Abgeordnetem Dr. Pilz für seine Zusatzfrage das Wort erteilt, mit, dass seine Fragezeit erschöpft sei, dass aber mehrheitlich – ohne Zustimmung des BZÖ – angeregt wurde, ihm noch 3 Minuten Fragezeit einzuräumen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich möchte noch ein paar ergänzende Fragen zu dieser Gesetzesgeschichte stellen. Wie kommt der Gesetzesvorschlag ins Parlament?

Vorher möchte ich Sie aber nur zu einem kurzen Punkt fragen. Wir haben ein Dokument: Jour fixe 18. September 2006, Strategien und Maßnahmen für die Lobbyingphase 2, und da schreiben Sie beziehungsweise da steht:

Story lancieren, Stickler soll Scheibner, Westenthaler Wahlkampfspende in Form von Inseraten versprochen haben (Parteienförderung), als Dank Belohnung. – Zitatende.

Was ist der sachliche Hintergrund dieser Passage? So etwas erfindet man nicht völlig frei, sondern es muss einen sachlichen Hintergrund geben.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich gehe davon aus, dass irgendjemand hier diesen sachlichen Hintergrund eingebracht hat, aber ich habe diesen sachlichen Hintergrund sicher nicht gehabt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich sage Ihnen, worum es mir da geht. Ich glaube nicht, dass Sie zusammen gesessen sind und sich gedacht haben, na, erfinden wir irgendetwas über Stickler und Westenthaler; sondern es muss zu diesem Zeitpunkt, also am 16. September 2006, bei Hohegger.com Informationen gegeben haben, dass das Duo Scheibner-Westenthaler eine Wahlkampfspende von Herrn Stickler erhalten hat.

Der Grund, warum ich das frage, ist ganz einfach. Im Nachhinein wissen wir, dass genau das passiert ist, dass 300 000 € von den Lotterien, nämlich von Herrn Stickler an Westenthaler, „Orange“ und BZÖ geflossen sind. Das heißt, das hat sich alles bewahrheitet.

Die einzige Frage, die mich in diesem Zusammenhang interessiert, ist: Woher haben Leute aus der Projektgruppe bei Hohegger.com das im September 2006 gewusst, und was war darüber bekannt?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ehrlich jetzt: Ich habe es nicht gewusst. Ich wusste auch das, was Sie jetzt sagen, was man in den Zeitungen liest, nicht. Ich hatte diese Information sicher nicht und konnte die auch nicht haben.



**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Waren Sie bei dieser Sitzung dabei, beim Jour fixe am 16. September 2006?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ist möglich. Ich weiß es nicht, ist möglich, ja. Ach so, nein, ich bin erst 2007 ... – Ist möglich, ja. Damals war ich noch bei Hohegger, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich gehe davon aus beziehungsweise entnimmt man den ganzen Unterlagen, dass **Sie** der zentrale Zuständige waren, sagen wir, der Sachbearbeiter; also müssen Sie wohl dabei gewesen sein.

Jedenfalls war der Firma Hohegger.Com bereits im September bekannt, dass es hier eine Wahlkampfspende von Stickler an Scheibner und Westenthaler gegeben hat.

Das andere ist diese Gesetzes-Sache. Noch einmal aus diesem Brief vom 3. Juli 2006:

Sehr geehrter Herr Klubobmann! Wie mit Herrn Meischberger besprochen, darf ich Ihnen anbei den Gesetzesänderungsvorschlag zur Novellierung des Glückspielgesetzes übersenden. – Zitatende.

Was für ein Gesetzesänderungsvorschlag war das?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Im Detail weiß ich es nicht. Ich nehme an, das wird etwas gewesen sein ... Ich weiß nicht, ob das der Abänderungsantrag war oder etwas anderes, ich kann es Ihnen nicht sagen. Es wird ein Dokument ... Ich weiß nicht, ob Sie es nicht ohnehin vorliegend haben, dann wissen wir es.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Auf Ihrer Festplatte findet sich der Gesetzesänderungsvorschlag. Ich lege Ihnen jetzt diesen Gesetzesänderungsvorschlag vor.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Können Sie sich an diesen Gesetzesänderungsvorschlag erinnern?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich kann mich nicht erinnern, Herr Abgeordneter. Außerdem würde ich gerne endlich einmal wissen, wenn hier ständig von meiner Festplatte ... Wann wurde das Dokument ... Das muss ja alles nachvollziehbar sein, Herr Abgeordneter! Es muss ja nachvollziehbar sein, wann Dokumente erstellt worden sind. Ist es wirklich meine Festplatte? Hat jemand Zugriff auf meine Festplatte gehabt? Ist es nachweislich von mir erstellt worden? Diese ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Mag. Krenn, es bleibt Ihnen unbenommen, auf den Ihnen gesetzlich zustehenden Wegen eine Klärung zu versuchen.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ja, das werde ich auch tun!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Der Untersuchungsausschuss ist nicht dazu da, um für Sie irgendwelche private Klärungen vorzunehmen.

Das ist Ihnen also nicht bekannt? Ich halte Ihnen konkret vor: Es handelt sich um den Gesetzesänderungsvorschlag, der beginnt mit:

Um dem Bundesminister für Finanzen eine gesetzliche Grundlage für die Erteilung einer weiteren Konzession zur Durchführung von elektronischen Lotterien gemäß § 12a Glückspielgesetz zu schaffen (...), ist eine Änderung von Bestimmungen des Glückspielgesetzes notwendig. Folgende Gesetzesnovellierung wird vorgeschlagen. – Zitatende.

Es heißt also ganz klar und eindeutig auf Ihrer Festplatte:

weitere Konzession zur Durchführung von elektronischen Lotterien (...). – Zitatende.

Dann kommt genau die Gesetzesbestimmung, und soweit wir das nachvollziehen können, ist damit der Weg klar: Das geht auf diesem Weg ins Parlament, nämlich in den BZÖ-Klub – ich halte es für möglich, dass das auf ähnlichem Weg in den ÖVP-Klub gegangen ist, aber darüber liegen uns keine Dokumente vor –, und dann wird in den Klubs noch daran gearbeitet.

Aber die entscheidende Frage ist nicht: Wie ist das in die Klubs gekommen?, sondern: Von wem ist dieser Gesetzesänderungsvorschlag zu Hohegger.com gekommen? Das möchte ich Sie fragen.

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich bin kein Jurist, Herr Abgeordneter. Ich weiß nicht, ob Sie mir das attestieren, aber ich traue mir nicht zu, einen Gesetzesänderungsvorschlag zu schreiben (*Abg. Dr. Pilz: Das glaube ich auch!*) und habe das auch nicht gemacht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sagen Sie: Wer in dieser Projektgruppe Glückspielgesetz, der Sie angehört haben, war Jurist?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Es wird wahrscheinlich auch externe Juristen gegeben haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, ich habe Sie gefragt, wer *in der Gruppe* Jurist war. Ich kann Ihnen ein Rechtsanwaltsverzeichnis geben, es gibt viele externe Juristen; aber ich möchte wissen, wer in dieser *Gruppe* Jurist war!

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Von uns war niemand Jurist, zumindest weiß ich es nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** War Dr. Wohlfahrt in dieser Gruppe?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Der ist Jurist, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Er ist Jurist, der Herr Dr. Wohlfahrt. Ist Ihnen bekannt, dass Herr Dr. Wohlfahrt einen Kommentar zum Glückspielgesetz verfasst hat?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ist möglich, ja. Jetzt, wo Sie es sagen, klingt es plausibel.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist dieser Entwurf von Dr. Wohlfahrt gekommen?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Das weiß ich nicht, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie ausschließen, dass er von ihm gekommen ist?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Wenn ich es nicht weiß, Herr Abgeordneter ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie ausschließen, dass er aus dem Finanzministerium gekommen ist?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Ich weiß es wirklich nicht. Darum wundert es mich, dass es auf meiner – meiner? – Festplatte ist. Und wenn es dort ist und es wirklich meine Festplatte ist, dann hat es mir jemand gegeben und ich habe es abgespeichert, Herr Abgeordneter. Nur, wo es herkommt, weiß ich nicht. Ich habe es sicher nicht geschrieben, und das ist es.

\*\*\*\*\*

(*Obfrau Dr. Moser weist Abg. Dr. Pilz darauf hin, dass die ihm gewährten 3 Minuten verstrichen sind. – Abg. Dr. Pilz verweist auf das Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates und möchte weiter „fragen, so lange wie ich will“. – Abg. Tamandl ruft Abg. Pilz auf, die vereinbarte Fragezeit einzuhalten.*)

\*\*\*\*\*

**Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung**

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich möchte einfach an diesem Punkt, weil es, glaube ich, ganz gut passt, zur Geschäftsordnung Folgendes festhalten:

Erstens ist allen Mitgliedern des Ausschusses bekannt, dass für uns ein einziges Gesetz hier maßgebend ist, nämlich das Geschäftsordnungsgesetz des Nationalrates mit dem freien und unbeschränkten Rederecht der Abgeordneten in den Ausschüssen.

Zweitens versuchen wir alle gemeinsam uns an vereinbarte Redezeiten zu halten, und im Großen und Ganzen funktioniert das auch. (*Abg. Hornek: Nicht alle, das ist unrichtig!*)

Drittens sind wir heute, und morgen wird es wahrscheinlich noch ein bisschen intensiver, an einem heiklen Punkt dieses Beweisthemas angelangt. Wir bekommen ständig Hinweise – Molterer, Lukasek und so weiter –, dass hier einiges noch aufzuklären ist; und zwei Fraktionen, die ÖVP und das BZÖ, verweisen dauernd auf die Zeit, meiner persönlichen Meinung nach, um die gut laufende und gut funktionierende und erfolgreiche Aufklärung des Beweisthemas Glücksspiel in diesem Ausschuss zu behindern.

Dazu wird die Ladung ganz entscheidender Auskunftspersonen blockiert. Der bereits geladene Herr Lukasek soll nicht mehr geladen werden, der Abgeordnete Westenthaler darf nicht geladen werden, wahrscheinlich darf der Ex-Abgeordnete Molterer nicht geladen werden, nicht einmal der Herr Meischberger darf mehr geladen werden. Es soll abgedreht werden, und das Instrument dazu ist: Jessas na, wir haben keine Zeit, wir haben ja vereinbart, dass wir jetzt geschwind Schluss machen!

Ich garantiere Ihnen eines: Ich werde, soweit es möglich ist, immer wieder Vereinbarungen schließen und mich auch so gut wie möglich daran halten, und das hat bis jetzt gut funktioniert. Aber abdrehen, die Aufklärung abdrehen, wie das vonseiten der ÖVP und des BZÖ beim Glücksspiel jetzt versucht wird, damit werde ich nicht einverstanden sein, und das werde ich auch mit Sicherheit nicht akzeptieren!

Wenn es hier eine schwarz-orange Vertuschungsachse gibt, dann sollen die Abgeordneten dieser beiden Parteien dafür selbst die Verantwortung übernehmen, aber sich nicht auf Zeitvereinbarungen ausreden!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Mehrere Punkte. Wir haben nicht umsonst unsere Skepsis. Wir haben dagegen gestimmt, weil Kollege Pilz sich nie an Vereinbarungen hält. Das Problem, das ich sehe, ist folgendes: Das Problem liegt nicht an der Zeit von uns im Ausschuss. Wir haben lang Zeit. Aber wir haben Mitteilung von Auskunftspersonen, konkret eben von Herrn Mag. Grasser, der eine Zusage gegeben hat, und zwar nur bis 18.30 Uhr. Das heißt, wir müssen irgendwie schon auf den Zeitplan schauen, uns hier auf den wesentlichen Befragungsinhalt konzentrieren und keine Vorlesungen halten.

Was ich ebenfalls sagen möchte, was wir sicher auch diskutieren müssen – ich möchte das hier im Rahmen einer Geschäftsordnungsmeldung zum Thema machen, damit das auch im Stenographischen Protokoll ist: Mir ist gerade von meinem Mitarbeiter, dem Pressesprecher Lepuschitz, ein Interview des Kollegen Pilz vorgelegt worden. Es ist ein Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ beziehungsweise mit deren Online-Portal. Ich möchte diese Wortwahl im Ausschuss thematisiert haben. Zitat:

„Und ich bin dafür, dass die Republik – dann, wenn es zum Verkauf steht – das Schloss von Mensdorff-Pouilly in Luising billig erwirbt“

– und jetzt kommt's" –

„und daraus eine Sonderstraf- und Resozialisierungsanstalt für diese ganzen Politiker macht.“

Ich möchte schon festhalten, dass die Begrifflichkeiten „Sonderstraf- und Resozialisierungsanstalt“ Begriffe sind, die historisch schwer belastet sind, und ich halte solche Aussagen auch – dieses Interview ist erst vor wenigen Minuten online gegangen – für absolut unzulässig! Wir werden uns sicher auch in einer eigenen Fraktionsführersitzung über solche Aussagen unterhalten müssen, denn das geht wirklich zu weit.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ja, das ist auch wieder ein Problem der Zeit. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Es ist kein Problem der Zeit! Ich sehe ein anderes Problem!*)

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Nachdem wir uns ja schon einmal zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet haben und wir uns an sich an die Regel halten, das es dazu nur eine Wortmeldung pro Fraktion geben darf, würde ich ersuchen, dass wir die Geschäftsordnungsdebatte fortsetzen, denn das Interview, das der Kollege Pilz hier gegeben hat, ist derart unerhört, dass das, glaube ich, schon einer weiteren Erörterung bedarf.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Es ist jetzt die Frage, ob Sie die Erörterung durch eine Sitzungsunterbrechung ermöglichen wollen oder ob Sie sie in einer gesonderten Form durchführen wollen.

Und außerdem, wenn jetzt nicht wieder zurückgekehrt wird zur Befragung – es ist ja noch die ÖVP-Fraktion bei der Zusatzfragerunde dran –, dann unterbreche ich einfach wieder die Sitzung, denn in diesem Stil kann es nicht weitergehen. Wir müssen wieder auf einen Konsensweg kommen, und dafür ist das einzige Mittel die Besprechung.

**Abgeordneter Werner Amon (ÖVP):** Nachdem wir jetzt auf einen Konsensweg kommen sollten, brauchen wir, glaube ich, diese Besprechung.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ja, gut, dann unterbreche ich wieder die Sitzung.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

\*\*\*\*\*

(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 14.22 Uhr **unterbrochen** und um 14.24 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

### **Fortsetzung der Befragung der Auskunftsperson Mag. (H) Stefan Krenn**

14.24

**Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt** die unterbrochene Sitzung **medienöffentlich wieder auf** und erteilt Abg. Tamandl für eine Zusatzfrage das Wort.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte jetzt noch festhalten: Nachdem der Herr Kollege Petzner dargestellt hat, dass das BZÖ ja eh dann bereit gewesen wäre, dem zuzustimmen, frage ich mich schon – ich weiß nicht, ob der Herr Mag. Krenn das beantworten kann –, wofür dann die „Lotterien“ dem BZÖ diese 300 000 € bezahlt haben. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Daher glaube ich, Herr Kollege Petzner, dass Sie uns das nur weismachen wollen, denn wenn man sich nämlich eine diesbezügliche Zeitungsmeldung im „Kurier“ vom 14. Juli 2006 ansieht, dann kann man dort lesen, dass damals Klubobmann Molterer gemeint hat, diese Änderung sei sinnvoll, sei aber eigentlich nicht für eine Nacht-und-Nebel-Aktion gedacht. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. **Petzner.***) – Ich weiß es.

Ich frage Sie, Herr Mag. Krenn – und Sie haben uns ja erklärt, wie das in der Lobbying-Branche und so weiter abläuft –: Wie sehen Sie das, wenn das alles so gewesen wäre, wie und das hier jetzt dargestellt wird als „Das wäre eh noch machbar gewesen mit dem BZÖ“?

Wozu dann die Studie und wozu dann das Geld an eine zu 100 Prozent im Eigentum des BZÖ stehende Werbeagentur, wenn das alles so gewesen wäre? Können Sie sich das erklären?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Frau Abgeordnete, ich bitte um Verzeihung. Ich habe dazu keine Wahrnehmung. Ich wusste nicht, dass es das gegeben hat, ob es das gegeben hat. Ich kann dazu nichts sagen, weil ich es nicht weiß. Wissen Sie, was ich meine? (*Abg. **Tamandl:** Ja! Für mich stellt sich ...!*)

Meine persönliche Meinung kann ich Ihnen dazu sagen, aber auch das, glaube ich, ist nicht relevant für den Ausschuss hier.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Für mich stellt sich das als persönliche Saubermacheraktion des BZÖ dar, und ich muss sagen, ich finde es wirklich zutiefst erschütternd, dass man sagt, das alles sei so super und korrekt gewesen, wenn eindeutig Geld an die zu 100 Prozent im Eigentum des BZÖ stehende Werbeagentur in dieser Sache geflossen ist.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe nur noch eine Frage an den Herrn Krenn: Waren Sie jemals für die Casinos tätig? (*Stefan **Krenn:** Nein!*) – Eben! Also, ich verstehe die Frage der Frau Kollegin Tamandl nicht, was der Herr Krenn da antworten soll.

Faktum ist – ich gebe Ihnen vollkommen recht, Frau Tamandl, und das ist ja auch der entscheidende Punkt –, dass, und das wird sich noch herausstellen, die Änderung der Glücksspielnovelle überhaupt nichts mit den 300 000 zu tun hat, weil das BZÖ bis zum Schluss für die Änderung war und Scheibner auch dann am 13. Juli in einer Medienstellungnahme sagte, dass das BZÖ weiterhin für die Änderung ist und dass das BZÖ es nach der Wahl geändert haben will.

Und **genau das** ist dieser Widerspruch: Warum sollen die Casinos 300 000 an das BZÖ zahlen, wo das BZÖ bis in der Früh des 13. Juli für die Änderung ist und, als es dann aufgrund des Vetos der ÖVP nicht kommt, am gleichen Tag noch erklärt: Wir sind weiterhin dafür, und wir werden das nach der Wahl sofort angehen! – Die entsprechenden Zitate des Klubobmannes Scheibner haben wir hier.

**Genau dieser** Punkt ist entscheidend, denn damit fällt auch das ganze Konstrukt zusammen, das Sie hier in unsere Richtung zu konstruieren versucht haben, Frau Kollegin Tamandl!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke schön. Das war zwar keine Frage, aber es ist ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe eine Frage gestellt und dann zusammengefasst. Ich habe den Herrn Krenn gefragt: Waren Sie jemals für die Casinos tätig? – Frau Moser, hören Sie zu, bitte!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ihre Zusammenfassungen sind **so lang**.

Herr Mag. Krenn, bitte die Antwort auf die Frage: Waren Sie jemals für die Casinos tätig?

**Mag. (FH) Stefan Krenn:** Nein.

\*\*\*\*\*

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** dankt der **Auskunftsperson Mag. Krenn**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

14.28

14.29

### **Auskunftsperson Dr. Peter Erlacher**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Dr. Peter Erlacher** als **Auskunftsperson**.

Ich darf die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam machen, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein

Herr Dr. Erlacher, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung möchte ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Peter Erlacher**. Ihre weiteren Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Herr Dr. Erlacher, Sie sind **öffentlich Bediensteter**. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme **nicht** auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von Ihrer Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt, und Ihre Dienstbehörde hat **keine** Mitteilung gemacht, dass Sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussage für **erforderlich** hält.

Herr Dr. Erlacher, auf die **Aussageverweigerungsgründe** nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

\*\*\*\*\*

Herr Dr. Erlacher, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Ihrer Befragung Ihre Sicht der Dinge in Form einer 10-minütigen Erzählung dem Ausschuss darzulegen? (*Die Auskunftsperson bejaht dies. – Die Obfrau erteilt Dr. Erlacher das Wort.*)

\*\*\*\*\*

**Auskunftsperson Dr. Peter Erlacher:** Frau Vorsitzende! Hoher Ausschuss! Es war so: Im **Juli 2006**, in dem Zeitraum, um den es da geht, war ich **Abteilungsleiter** im **Finanzministerium**; meine Abteilung war zuständig für Legistik, Bankwesen, Pensionskassen und dergleichen, aber auch für das Glücksspielmonopol des Bundes.

Es war im Juli 2006 eine Novellierung des Glücksspielgesetzes in parlamentarischer Behandlung. Ich kann mich an diese im Detail nicht mehr erinnern, ich weiß nur, dass sie völlig unkontroversiell und unspektakulär war. Rund um den Finanzausschuss – ich kann nicht mehr ganz genau sagen, ob vor oder nach dem Finanzausschuss, ich

würde aber eher sagen, **nach** der Sitzung des Finanzausschusses – wurde ich zu Generalsekretär Peter Quantschnigg gerufen.

Generalsekretär Peter Quantschnigg war der höchste Beamte des Finanzministeriums. Er hatte einen Entwurf eines Abänderungsantrags auf dem Tisch liegen und hat gesagt: Du, ich habe da einen Abänderungsantrag aus dem Parlament zum Glücksspielgesetz, was sagst du da dazu?

Bei diesem Abänderungsantrag, der Ihnen ja, wie ich annehme, bekannt ist, ist es darum gegangen, durch die Schaffung einer Konzession für elektronische Lotterien im Lotterienbereich vom System des Lotterien-Alleinkonzessionärs abzugehen und für elektronische Lotterien eine zusätzliche Konzession zu ermöglichen, dem Bundesminister für Finanzen.

Ich habe dann dem Peter Quantschnigg erklärt, was elektronische Lotterien sind. Und zwar unterteilt sich das in zwei Teile: Auf der einen Seite handelt es sich dabei um **Online-Gaming**, also Einstieg über den PC, über den Laptop, über ein Smartphone und Registrierung und spielen auf einer **Internet-Plattform**. Und auf der anderen Seite sind von elektronischen Lotterien auch umfasst sogenannte VLTs, Video-Lotterie-Terminals. Das sind zentralseitig gesteuerte, öffentlich zugängliche Einstiege in ein über Internet gesteuertes System von Spielen.

Das muss man sich ungefähr so vorstellen, dass das für den Spieler und in der Wirkung auf dem Markt praktisch identisch ist mit Glücksspielautomaten, obwohl es technisch etwas anderes ist. Heute, muss man sagen, verschwinden aufgrund der technischen Entwicklung diese Unterschiede. Die heutigen Spiele, auch auf Automaten, sind alle Server-based.

Es war offensichtlich die erste Überraschung für Peter Quantschnigg, dass elektronische Lotterien nicht nur Spiele auf der Online-Plattform sind, sondern auch VLTs; das wusste er nicht.

Daraufhin hat er mich gefragt, was denn das für Auswirkungen hätte. Daraufhin habe ich gesagt: Na ja, das hätte natürlich ganz erhebliche Auswirkungen, denn derjenige, der diese Konzession bekommt – wenn es nicht limitiert wird, zum Beispiel im Konzessionsbescheid oder sonst irgendwie –, kann österreichweit VLTs out-rollen, was die Konkurrenz auf dem Markt sehr verstärken würde, und außerdem würde das unser sorgsam gepflegtes Argumentarium, warum das Glücksspielmonopol verfassungskonform und europarechtskonform ist, weil nicht die Konkurrenz anheizend und dergleichen, doch sehr stark gefährden.

Ich habe ihm dann aber auch wahrheitsgemäß gesagt: Ich kann aber nicht in letzter Konsequenz abschätzen, was das eigentlich bedeutet, fragen wir doch die, die es betrifft, fragen wir in erster Linie die Österreichischen Lotterien, denn das ist ja ein Bestandteil der Lotterien-Konzession, allenfalls auch die Casinos Austria!

Da hat Quantschnigg dann gesagt: Nein, das darf ich auf keinen Fall tun, das ist nicht erwünscht, dieser Abänderungsantrag soll in zweiter Lesung im Plenum eingebracht werden, und da soll es vorher keine Möglichkeiten zu Stellungnahmen geben!

Das war außerordentlich ungewöhnlich. Also ich habe ungefähr 15 Jahre im BMF Legistik gemacht, es war eine gute Übung, dass die Betroffenen immer die Möglichkeit hatten, Stellung zu nehmen. Was dann mit der Stellungnahme passiert, ob sie berücksichtigt wird oder nicht, ist eine andere Frage. Aber nein, das war nicht so, Quantschnigg hat gesagt: Es wird Besprechungen geben!

Dann gab es im Haus Besprechungen mit der zuständigen Dame aus dem Kabinett des Herrn Bundesministers, mit Frau Mag. Billinger, und auch mit Frau Mag. Gierlinger,



die eigentlich nicht zuständig war, auch aus einer anderen Sektion war, aber da hat dann Peter Quantschnigg gemeint, ja, das soll so sein.

Da habe ich dann all diese Einwände vorgebracht, dass wir das doch vielleicht einem Begutachtungsverfahren unterziehen sollten, dass das letztlich eine sehr große Veränderung ist. Das war alles unerwünscht. Also gut. Der Spuck hat aber nur relativ kurz gedauert, denn nach ein paar Tagen ist die Sache ruchbar geworden. Es hat Medienberichte gegeben.

Dann wurde der Abänderungsantrag **nicht** eingebracht.

Das ist eigentlich im Großen und Ganzen meine zentrale Wahrnehmung zu dem, warum Sie hier sind, wegen dieses Abänderungsantrages.

\*\*\*\*\*

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** erteilt als erstem Fragesteller Abg. Pilz das Wort.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist eine sehr spannende Geschichte. Nur kurze Vorfrage: Sie waren der zuständige Beamte fürs Glücksspielgesetz?

**Dr. Peter Erlacher:** Ja, ich war der zuständige Abteilungsleiter.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat es jemals in dieser Zeit 2005/2006 vom Finanzminister oder vom Generalsekretär an Ihre Abteilung einen Auftrag gegeben, eine Novelle zum Glücksspielgesetz zu erarbeiten?

**Dr. Peter Erlacher:** Keine – keine mit einem Liberalisierungsauftrag, keine dieses Inhaltes.

Es hat ständig irgendwelche Novellierungen gegeben – aber **nicht** so eine, wo man sagt, wir brechen das System des Alleinkonzessionärs auf. **So** einen Auftrag hat es **nie** gegeben!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** War das für Sie eine Überraschung, dass Sie der Generalsekretär plötzlich mit diesem Abänderungsantrag konfrontiert hat?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, überraschend war für mich weniger, dass es Proponenten gibt, die so einen Abänderungsantrag gerne hätten. Überraschend war die Haltung des **Hauses**, weil das Finanzministerium – der Minister, der Generalsekretär, das Kabinett – ja bisher überhaupt nie irgendwelche Initiativen in diese Richtung übernommen hat.

Dass es Proponenten auf dem Markt gibt, die das gerne hätten, das für mich nicht sehr überraschend, das ist klar.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** In wessen Interesse war dieser Abänderungsantrag?

**Dr. Peter Erlacher:** Ich weiß nicht, wer ihn geschrieben hat, das hat man mir nicht gesagt. Medienberichten war zu entnehmen, es hätte eine Konstellation geben sollen zwischen Novomatic und Telekom. Das erscheint mir insofern sehr logisch zu sein, als die Novomatic ein technologisch sehr hochstehendes Unternehmen ist und sicherlich für diese VLTs die Technologie und die Kapazität hat und auch damals schon gehabt hätte.

Das Online-Gaming, wo die Novomatic nicht auf dem Markt tätig war, könnte ich mir vorstellen, dass das für einen Telekom-Provider von Interesse ist.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** War das eine eigene Initiative vom Generalsekretär Quantschnigg oder hat er das im Auftrag des Ministers getan?

**Dr. Peter Erlacher:** Generalsekretär Quantschnigg war der höchste Beamte des Hauses. Viele hier werden ihn vielleicht noch kennen. Wir können ihn leider nicht mehr fragen. Aus meiner Wahrnehmung war das ein extrem loyaler und korrekter Beamter; er hätte das nie aus Eigenem gemacht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also müssen wir davon ausgehen, dass er das im Auftrag des Ministers gemacht hat?

**Dr. Peter Erlacher:** Davon gehe ich aus. Aber es hat mir nie jemand gesagt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben auch nicht gefragt?

**Dr. Peter Erlacher:** Irgendwann hört man zu fragen auf.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Zu dem kommen wir dann noch. Da sind wir beide in einer ähnlichen Situation.

Jetzt wird Ihnen dieser Abänderungsantrag vom Dr. Quantschnigg vorgelegt und dazugesagt, das kommt aus dem Parlament.

Hat es irgendeinen genaueren Hinweis auf den Entstehungsort im Parlament gegeben?

**Dr. Peter Erlacher:** Soweit mir das erinnerlich ist, war jener Abänderungsantrag, den mir Peter Quantschnigg übergeben hat, als ich ihn das erste Mal in meinem Leben zu Gesicht bekam, noch nicht mit Namen von einbringenden Abgeordneten versehen.

In weiterer Folge, in den nächsten paar Tagen, die der ganze Spuk dann gedauert hat, ist dann auch eine Version mit Namen aufgetaucht, aber ich persönlich habe nie eine unterschriebene Version gesehen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie das terminmäßig möglichst genau eingrenzen, wann dieses Gespräch mit Quantschnigg stattgefunden hat?

**Dr. Peter Erlacher:** Es war rund um den Finanzausschuss, ich würde meinen, es war unmittelbar nach dem Finanzausschuss, aber ich kann sechs Jahre später nicht ausschließen, dass es vielleicht auch einen Tag vor dem Finanzausschuss war. Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Der entscheidende Punkt ist nämlich der: Das, was ich an Abänderungsantragstexten kenne, die sich ja dann im Parlament zum Teil weiterentwickelt haben, geht zurück auf einen Entwurf, der von offensichtlich Novomatic über Hohegger/Com an den Klubobmann Scheibner im BZÖ und möglicherweise auch, aber das ist nicht nachvollziehbar, an den Klub der ÖVP geschickt worden ist. Deswegen habe ich meine Zweifel an der parlamentarischen Quelle dieses Abänderungsantrages.

Mindestens genauso wichtig ist jetzt ein Punkt. Jetzt haben Sie es selbst wiederholt, Sie haben dem Dr. Quantschnigg erklärt, da geht es ja eigentlich um Glücksspielautomaten. Dem war das neu. Telekom hat das auch nicht gewusst. Die zuständigen Abgeordneten haben das auch nicht gewusst. Die Einzigen, die es gewusst haben, waren offensichtlich die Firma Novomatic und ein, zwei Leute bei Hohegger.

Und jetzt kommen wir zu dem entscheidenden Punkt: Sie schlagen offensichtlich vor, einmal die Casinos Austria und die Lotterien zu informieren.

**Dr. Peter Erlacher:** Um eine Expertise über mögliche Auswirkungen zu bitten. Herr Quantschnigg hat mich gefragt, wie die Auswirkungen sind, und ich habe gesagt, ich bin nicht am Markt tätig.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und das ist ein entscheidender Punkt: Was hat Dr. Quantschnigg darauf genau gesagt?

**Dr. Peter Erlacher:** Er hat mir das verboten. Er hat gesagt, wir reden mit niemandem über den Abänderungsantrag. Du redest mit niemandem außerhalb des Hauses über den Abänderungsantrag. Völlig unüblich, aber okay. Ich habe meine Bedenken geäußert; denen ist er nicht gefolgt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat Dr. Quantschnigg Ihnen also explizit verboten, die Casinos Austria AG und die Lotterien zu informieren?

**Dr. Peter Erlacher:** Er hat mir überhaupt verboten, nach außen hin in Kontakt zu treten, aber besonders die beiden Glücksspielkonzessionäre sollten nicht informiert werden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das sollte also vor ihnen geheim gehalten werden. Das passt auch zur ganzen Vorgangsweise. Das fügt sich ganz gut ins Bild.

Frage: Hat es jemals die Überlegung gegeben, da ein Begutachtungsverfahren durchzuführen?

**Dr. Peter Erlacher:** Nein. Dieser Vorschlag wurde dann von Quantschnigg selbst ... – Er hat gesagt, das ist nicht erwünscht. Zwei, drei Besprechungen haben dann stattgefunden, eben auch mit dieser Frau Mag. Billinger. Das wurde abgelehnt. Offiziell war die Begründung die, dass man gesagt hat, das geht sich in der Legislaturperiode nicht mehr aus.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist es richtig, dass Sie auch schwere inhaltliche Bedenken gegen diesen Abänderungsantrag hatten?

**Dr. Peter Erlacher:** Ja, weil einerseits keine Begrenzungen drinnen gestanden sind ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Inwiefern Begrenzungen?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, wo diese Automaten sein sollen, ob es Abstandsregelungen zu anderen Glücksspielangeboten geben soll, ob es eine zahlenmäßige Begrenzung geben soll. Da ist gar nichts drinnen gestanden.

Es ist schon richtig, dass die Österreichischen Lotterien als Lotterienalleinkonzessionär das ja auch als Bestandteil in ihrer Konzession hatten, diese Videolotterieterminals. Nur das ist bei einem Alleinkonzessionär halt etwas anderes, als wenn mehrere Marktteilnehmer sind. Das war zumindest meine Meinung, und die habe ich geäußert.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißt also: Wäre der Abänderungsantrag so durchgegangen, dann hätte Novomatic die Konzession für eine unbeschränkte Anzahl von Glücksspielautomaten, vergleichbar, nicht technisch, aber von der Auswirkung her, mit dem Kleinen Glücksspiel, in ganz Österreich gehabt?

**Dr. Peter Erlacher:** Ja, es sei denn, man hätte Einschränkungen in der Konzession vorgenommen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, natürlich, das wäre dann der nächste Schritt gewesen.

**Dr. Peter Erlacher:** Aber das Gesetz hat keine Einschränkung vorgeschrieben. Der Entwurf hat keine Einschränkung vorgeschrieben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Auf gesetzlicher Basis wäre das ein Freibrief gewesen, und diesen Freibrief hätte es geben sollen – ohne Informieren der Casinos und der Lotterien, ohne eine wirkliche Sachinformation der Mitglieder des Finanzausschusses – die haben ja das Gleiche geglaubt wie Dr. Quantschnigg, die haben ja auch keine Ahnung gehabt –, ohne Sachinformation der Telekom und offensichtlich auf Geheiß des Finanzministers.

Na ja, das ist ja immerhin schon etwas. – Habe ich das halbwegs präzise zusammengefasst?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, Sie ziehen eine Schlussfolgerung. Ich kann nur eine **Aussage** machen. Sie ziehen die Schlussfolgerung.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay. Und jetzt lege ich Ihnen drei Varianten dieses Abänderungsantrages vor.

Können Sie sich das kurz einmal anschauen und dazu sagen, ob Sie etwas davon wiedererkennen?

*(Der Auskunftsperson werden mehrere Schriftstücke vorgelegt.)*

Wir haben da einen eben ohne Namen, ohne Abgeordnete. Das ist der, der sich auch auf der Festplatte vom Herrn Krenn von Hohegger/Com findet. Und dann haben wir zwei Varianten von Abänderungsanträgen der Abgeordneten Stummvoll und Neudeck, wovon einer kürzer und der andere länger ist, der enthält auch den Passus über die Sportförderung.

**Dr. Peter Erlacher:** Ich habe mir, als ich das Finanzministerium verlassen habe, ich bin kareziert, keine Unterlagen mitgenommen. Aber meiner Erinnerung nach ist dieser kurze Abänderungsantrag, der, der noch keine Namen enthält, der, den mir Peter Quantschnigg gezeigt hat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist nämlich deswegen wichtig, weil das der von der Festplatte vom Mag. Krenn von Hohegger/Com ist und sich nirgends im Parlament in dieser Form wiederfindet. Das heißt, das ist ein weiterer Hinweis darauf, dass Herr Dr. Quantschnigg über Grasser oder direkt das nicht aus dem Parlament, sondern von Hohegger/Com, das heißt von Novomatic, bekommen hat.

Das heißt, der Autor dieses Gesetzentwurfs ist mit großer Wahrscheinlichkeit in diesem Bereich zu suchen. Das ist jetzt eine Schlussfolgerung von mir.

**Dr. Peter Erlacher:** Nur, um es zu präzisieren, weil nach sechs Jahren ist es ja nicht so ganz einfach. Ich kann auch nicht ausschließen, dass ich diesen zweiten, diese als **ON2** bezeichnete Variante gesehen habe, dass nur oben die Abgeordneten ausgelackt waren. Ich kann mich an das einfach ... – Aber es waren auf dem, den ich gesehen habe, meiner Erinnerung nach keine Namen von Abgeordneten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Zwischen diesen beiden ist sachlich kein Unterschied. Da wäre dann nur eine Ergänzungsfrage: Können Sie sich daran erinnern, ob dieser ausführliche Passus über die Sportförderung drinnen war oder nicht?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, in den wenigen Tagen, in denen das diskutiert wurde, war die Sportförderung auf einmal ein Thema. Daran kann ich mich erinnern.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber die ist erst nachher dazugekommen?

**Dr. Peter Erlacher:** Die war in der ersten Variante nicht drinnen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay. Dann war es die Geschichte von der Krenn-Festplatte. Dann ist das, für mich zumindest, im Großen und Ganzen klar.

Ich möchte abschließend noch kommen zu einem Mail von Dr. Peter Erlacher am 10 Juni 2011, also schon im laufenden Verfahren, an den Herrn Eckerstorfer vom Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung. Da geht es um diesen 300 000 €-Auftrag von den Lotterien an die Werbeagentur **Orange** und damit in den Eigentumsbereich des BZÖ.

Was haben Sie dazu für Wahrnehmungen? Sie haben ja dann offensichtlich versucht, sich im neuen Unternehmen – Sie sind ja seit 29. Dezember 2006 bei der Casinos Austria AG angestellt – das anzuschauen.

**Dr. Peter Erlacher:** Es ist so, dass ich von der Genesis dazu keine eigene Wahrnehmung habe, weil in dem Zeitraum, wo dieser Auftrag erteilt wurde und wo das dann eben abgerechnet wurde, war ich ja noch nicht in dem Unternehmen. Ich bin ja dann erst zum Jahreswechsel 2006/2007 hingekommen. Ich bin überhaupt auf das nur aufmerksam geworden, weil mich, ich glaube, der Herr Eckerstorfer, den Sie da gerade genannt haben, von der Kriminalpolizei angerufen und gefragt hat, ob ich da eine Aussage machen kann. Und dann habe ich ihm dieses Mail geschrieben, das Sie da offensichtlich vor sich haben: Ja, natürlich komme ich zu einer Aussage, wenn er das wünscht. Es wird nur nicht sehr sinnvoll sein, weil ich zum damaligen Zeitpunkt noch nicht im Unternehmen war. Also ich nehme an, dieses Mail haben Sie vor sich.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie sich in irgendeiner Hinsicht über diesen Auftrag kundig gemacht? Haben Sie da irgendwelche Nachforschungen im Unternehmen angestellt?

**Dr. Peter Erlacher:** Nein, ich habe keine Nachforschungen angestellt. Ich kenne wohl die Rechnung und ich weiß, dass das bezahlt wurde, aber ich habe keine Nachforschungen angestellt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie sonst irgendwelche Wahrnehmungen zu diesem Vorgang?

**Dr. Peter Erlacher:** Nein, ich bin für Responsible Gaming nicht zuständig. Ich habe keine Wahrnehmungen. Ich habe nur überprüft in meiner Funktion, weil man mich darum gebeten hat, als Rechtsbereichsleiter, ob das von der Geschäftsordnung des Vorstandes in diesem Volumen gedeckt war oder ob man da einen Aufsichtsratsbeschluss gebraucht hätte. Die Überprüfung hat ergeben, für diese Auftragshöhe braucht man keinen Aufsichtsratsbeschluss. Das kann der Vorstand, der Gesamtvorstand machen. Und die Rechnung ist ja auch ordnungsgemäß abgezeichnet. Also von diesen Formalkriterien her ist das in Ordnung.

Was der Inhalt des Auftrages war und welche Leistungen wirklich erbracht wurden, weiß ich nicht. Ich erlaube mir nur, darauf hinzuweisen, auf der Rechnung steht ja nicht nur „Gutachten“ drauf, da steht „Beratungsleistungen“ drauf. Ich weiß nur nicht, ob und welche erbracht wurden. Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben vollkommen recht, da steht auch: Beratungen ab April 2006. Und das möchten wir uns noch gerne anschauen, was das BZÖ den Lotterien und Casinos über verantwortungsvolles Spielen ab dem April 2006 beigebracht hat. Aber da werden wir andere Personen dazu fragen.

**Dr. Peter Erlacher:** Also offensichtlich ist es so, dass Generaldirektor Wallner da am ehesten Auskunft erteilen kann.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das können wir morgen befragen.

Ich habe jetzt keine weiteren Fragen. – Danke.

\*\*\*\*\*

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Dr. Erlacher, Sie haben vorher auf die Befragung vom Herrn Abgeordneten Pilz, wenn ich es richtig verstanden habe, gemeint, dass man nicht gewusst hätte oder dass beispielsweise Quantschnigg nicht gewusst hätte, dass es sich hierbei nicht ausschließlich um Online-Glücksspiel gehandelt hat.

Sind Sie da auch der Meinung, was die Telekom Austria betrifft?

**Dr. Peter Erlacher:** Das kann ich nicht sagen, weil ich mit der Telekom Austria und auch der Firma Novomatic in dieser Causa keinerlei Kontakt hatte.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich möchte jetzt schon, dass das auch im Stenographischen Protokoll steht, weil der Herr Abgeordnete Pilz immer so tut, als hätte niemand gewusst, dass es sich hier auch um das Kleine Glücksspiel handelt.

Es gibt hier ein Memo von einer Besprechung mit der Telekom Austria vom 25.10.2005, wo die Teilnehmer Fischer und Schieszler waren und im Verteiler auch Franz Wohlfahrt und Stefan Tweraser stehen, wo hervorgeht, dass sehr wohl die Telekom Bescheid gewusst hat, dass es sich einerseits um Internetwetten, aber andererseits auch um den Betrieb von terrestrischen VLT-Areas oder -Arcades in Österreich handelte. Ich glaube schon, dass man das auch einmal sagen muss, weil der Herr Abgeordnete Pilz hier immer versucht, alles zu pauschalisieren, obwohl das eben nur seine Meinung sein kann.

Jetzt haben Sie sich als Experte dargestellt, und ich glaube, das sind Sie zweifellos. Sie wissen ja, dass es eben diese Studie gab. Abgeordneter Pilz hat Sie darauf angesprochen, was die Meldung an das Bundesamt für Korruption betrifft. Die Orange Werbeagentur, die zu 100 Prozent dem BZÖ gehört hat, hat für diese Studie eine Honorarnote über 250 000 plus Umsatzsteuer an die Casinos Austria gestellt.

Haben Sie diese Studie jemals gesehen? (*Dr. Erlacher: Nein!*) – Diese Studie umfasst neun Seiten. Und schon am Deckblatt dieser Studie sieht man ... (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) – Herr Kollege Petzner ist heute so nervös, wenn man das BZÖ anspricht.

Hätten Sie, wenn Sie diese Studie gesehen hätten, herausfinden können, ob es sich um eine Studie handelt, die ein Experte verfasst hat, oder hätten Sie sofort herausfinden können, dass diese Studie von einem Laien gemacht wurde, dass das quasi nur Erkenntnisse sind, die aus dem Internet geschwind zusammenkopiert sind? Hätten Sie das als Experte sehen können?

**Dr. Peter Erlacher:** Das kann ich sehr schwer beantworten, weil ich die Studie nie gesehen habe. Ich weiß es nicht. Wenn ich sie sehe, könnte ich das vielleicht beurteilen, ja.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Experten und Gutachter haben sich diese Studie sehr wohl angesehen und herausgefunden, dass dieses Stundenhonorar 30 Mal höher ist als von jemandem, der Experte ist und an so einer Studie tätig ist.

Sie haben gesagt, nach dem Finanzausschuss hat Dr. Quantschnigg Sie zu sich geholt.

**Dr. Peter Erlacher:** Rund um den Finanzausschuss; wahrscheinlich nach dem Finanzausschuss.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Am 5. Juli gab es auch ein Mail von einem Mitarbeiter von der Firma Hohegger, in dem über die einzelnen Positionen von

Abgeordneten der ÖVP zu diesem Abänderungsantrag berichtet wird, wo man eigentlich davon ausgehen kann, dass dieser Abänderungsantrag gestorben ist, dass das vor der Wahl sicherlich nicht mehr machbar ist, weil es ganz einfach viel zu schnell geht und man sich das nicht zumuten möchte.

Haben Sie Wahrnehmungen darüber, dass es trotzdem bis zur Nationalratssitzung am 12. Juli noch Verhandlungen gab und die Initiative zu diesen Verhandlungen vom BMF ausging?

**Dr. Peter Erlacher:** Ich selbst war ja quasi angewiesen, **nicht** in Erscheinung zu treten, und habe daher nur an Gesprächen teilgenommen, die im BMF selbst stattgefunden haben und wo ausschließlich Leute des BMF anwesend waren.

Ob das Kabinett oder Dr. Quantschnigg oder sonst jemand des BMF in dieser Zeit mit jemandem außerhalb des BMF Gespräche geführt hat, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich habe aber keine Hinweise dahin gehend, dass es so ist. Aber es kann sein. Ich weiß es nicht.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Aber Sie haben keine Wahrnehmung darüber? (*Dr. Erlacher: Nein, keine!*) – Sie selbst waren zwar nicht dabei, aber Sie könnten ja Wahrnehmungen darüber haben, dass sich da im Hintergrund noch sehr viele Verhandlungen abgespielt haben bis zur zweiten Lesung im Plenum am 12. Juli.

**Dr. Peter Erlacher:** Ich habe keine derartigen Wahrnehmungen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Okay. In dieser Runde habe ich keine Fragen mehr.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Unter Umständen können wir es auch mit einer Runde bewenden lassen, nachdem schon sehr viel von Ihrem Part hier befragt wurde.

Ich konfrontiere Sie jetzt mit einem Zitat aus einer Zeugenaussage des Herrn Günter Stummvoll, Abgeordneter zum Nationalrat und damals Vorsitzender des Finanzausschusses. Stummvoll sagt in seiner Aussage Folgendes:

Ungefähr zwei bis drei Tage nach der damaligen Sitzung des Finanzausschusses am 5.7.2006 –

zeitraummäßig deckt sich das mit Ihrer Einschätzung, wo Sie zu Generalsekretär Quantschnigg gerufen wurden –

wurde vom Kabinett des Finanzministers an den Parlamentsklub der ÖVP ein Abänderungsantrag zum bisherigen Initiativantrag zur Änderung des Glücksspielgesetzes übermittelt. Dieser umfasste eine Lizenz für das Online-Glücksspiel.

Nachdem dies zirka zwei bis drei Tage vor der Plenarsitzung am 13.7.2006 war, sprach ich mich dagegen aus, weil dies eine zu weitreichende Änderung gewesen wäre, um diese ohne Begutachtung zu beschließen.

Weiter unten sagt Stummvoll in dieser Aussage:

Es ist allerdings so, dass ich den Eindruck gehabt habe, dass das Kabinett des BMF uns, den ÖVP-Klub, überrumpeln wollte mit diesem Gesetzentwurf. Dementsprechend wäre es wohl auch unklug gewesen, diesen Entwurf schon einige Wochen vorher mit uns zu besprechen. – Zitatende.

Da schildert das der Herr Abgeordnete Stummvoll so, dass dieser Abänderungsvorschlag aus dem Finanzministerium gekommen ist. Sie haben jetzt gemeint, Sektionschef Quantschnigg habe Ihnen in der Besprechung gesagt, das ist ein Antrag, der wäre aus dem Parlament gekommen.

**Dr. Peter Erlacher:** Dr. Quantschnigg hat zu mir gesagt, er hat ihn aus dem Parlament.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Was aber nicht heißt, dass dieser Vorschlag, der dann im Finanzministerium ist, vom Finanzministerium nicht wieder an die Klubs hätte gehen können. Schließt sich ja nicht aus.

**Dr. Peter Erlacher:** Das kann ich natürlich nicht ausschließen. Ich kann nur ausschließen, dass dies von der Fachebene geschehen ist.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Sie haben ja aufgrund der Vorbefragungen schon Ihre Bedenken geäußert, was diese Novelle mit sich gebracht hätte – Systemänderung und Ähnliches. Sie haben auch schon geschildert, dass Sie Herr Dr. Quantschnigg zum Stillschweigen verpflichtet hat. Trotzdem ist es aber irgendwie in Richtung der Medien beziehungsweise der Casinos Austria gelangt.

Sie waren einmal im Rahmen Ihrer Beamten-tätigkeit Staatskommissär für die Casinos Austria?

**Dr. Peter Erlacher:** Ich war Staatskommissär der Österreichischen Lotterien und Staatskommissär-Stellvertreter der Casinos Austria.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Und jetzt sind Sie als karezierter Beamter im Bereich der Casinos Austria selbst tätig.

Ich darf Ihnen etwas vorlegen lassen, auch den anderen Fraktionen, weil das nicht aus dem Akt heraus ist, und zwar geht es um einen „FORMAT“-Artikel vom 17. Juli 2009. Ich bitte darum, Ihnen und auch den anderen Fraktionen diesen zur Verfügung zu stellen.

*(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)*

Das ist ein Artikel mit der Überschrift „Düsterer Geheimplan: Mit welchen Mitteln Casinos Austria ihr Monopol halten wollen“. Es sind einige tödliche Szenarien aufgelistet. Auf der zweiten Seite über dem letzten Absatz ist eine Überschrift „Hartes Lobbying‘ bei Misserfolg“.

Der Text lautet:

„Für den Fall des Misserfolges sind die Casag-Manager gut vorbereitet. Sollte etwa Konkurrent Novomatic bei der Automaten-salon-Lizenz zum Zug kommen – wovon auszugehen ist –, wird festgestellt: ‚Hartes Lobbying einsetzen: Vorwurf an Betreiber, die selbst Automaten herstellen, dass sie die Auszahlungsrate manipulieren.‘ Das ‚Lobbying-Argumentarium (...), mit dem flexibel auf die Anforderungen des Finanzministeriums reagiert werden kann‘, wurde inhaltlich von den beiden Casag-Managern Peter Erlacher und Markus Eder ausgearbeitet. Deren Stoßrichtung: ‚Eine gezielte Beeinflussung der Interessentensuche beim Finanzministerium.‘ Pikantes Detail: Erlacher war früher als Topbeamter im Finanzministerium tätig – sein Zuständigkeitsbereich: Glücksspiel.“

Ist es richtig, dass Sie im Sinne dieses Artikels die Lobbyingmaßnahmen in Richtung Finanzministerium bearbeitet haben? Es sind Zitate drinnen.



**Dr. Peter Erlacher:** Ich bin für Lobbying nicht zuständig. Papiere zur Vorbereitung auf die Konzessionsvergabe gibt es sehr wohl. Es wäre ja auch grob fahrlässig, wenn es diese im Unternehmen nicht gäbe. Das ist logisch.

Das, was hier zitiert wird, da müsste ich mir das Papier anschauen, von dem da die Rede ist, das übrigens auf seltsame Art und Weise in die Öffentlichkeit gelangt ist. Das ist ein internes Papier. Ich müsste mir anschauen, ob die Zitate, so wie sie hier stehen, richtig sind. Ich kann das auswendig nicht sagen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Es hat ein Papier in Richtung Novomatic gegeben. Das macht eigentlich jedes vernünftige Unternehmen, es schaut sich die Konkurrenten an.

**Dr. Peter Erlacher:** Ja, es gibt ein Papier, es gibt ein Konvolut, wo Vorbereitungsszenarien für die Konzessionsvergabe erörtert werden, wie man sich vorbereitet, eine Stärken-Schwächen-Analyse und so weiter. Dieses Konvolut ... Das war übrigens der Entwurf eines Konvolutes, der noch gar nicht freigegeben war. Der ist an die Öffentlichkeit gelangt, ich weiß nicht wie. Ob diese hier beschriebenen Worte so drinnen vorkommen, das müsste ich nachschauen. Darauf bin ich nicht vorbereitet, weil ich ja an sich nicht der Meinung bin – das ist im Jahr 2011 –, dass das Teil meiner Zeugenladung ist.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Der Artikel ist aus dem Jahr 2009. Mir geht es in dem Zusammenhang nämlich um etwas anderes. Sie sind im Jahr 2006 Beamter im Finanzministerium gewesen, sind durch diese Tätigkeit mit den Casinos in rechtlicher Hinsicht – Sie haben auch einen Kommentar zum Glücksspielgesetz verfasst – in der Materie drinnen und wechseln dann kurz, nachdem diese Situation mit diesem Abänderungsantrag war, relativ kurz nachher, zu den Casinos. Das ist Ihnen alles unbenommen.

Sie haben es schon erwähnt, es gibt seltsame Weisen, wie dann interne Dinge an einen Konkurrenten oder an die Medien kommen, so wie dieses Papier aus dem Jahr 2009, diese Vorstudie, dieser Vorentwurf, nicht einmal abgesegnet. Da erhebt sich natürlich die Frage: Das Lobbying-Team rund um Hochegger, das Novomatic und Telekom betreut hat, war absolut darauf erpicht, dass die Casinos ja nichts davon erfahren, was da geköchelt wird. Das werden Sie wahrscheinlich verstehen?

**Dr. Peter Erlacher:** Das war offenbar der Plan. Ja.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Mit Ihrem späteren beruflichen Werdegang würde ich Sie einmal als **Sympathisant** der Casinos Austria einschätzen. Das ist eine persönliche Einschätzung. Ich weiß nicht, ob mich das nicht täuscht.

**Dr. Peter Erlacher:** Das täuscht insoweit, dass ich bis Ende des Jahres 2006 Beamter des Finanzministeriums war. Dort habe ich meine Pflicht erfüllt, dann habe ich meine Profession gewechselt und jetzt erfülle ich die Aufgaben, die ich jetzt in meiner Funktion habe. Das ist einfach so: Wenn man die Tätigkeit verändert, verändert sich auch das Aufgabenfeld.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Sie haben aber trotzdem vor dieser Liberalisierung, vor dieser Aufweichung zugunsten Novomatic im Ministerium gewarnt?

**Dr. Peter Erlacher:** Ich habe vor allem angeregt, dass man entsprechende Expertisen der Betroffenen einholen und dass man eine so weitreichende Sache nicht ohne ein Begutachtungsverfahren und eine entsprechende Vorbereitung machen soll. Die politische Entscheidung als solche, ob es zu einer Liberalisierung im Bereich des Glücksspiels kommen soll oder nicht, war als Beamter nicht meine Zuständigkeit. Die politische Entscheidung muss die Politik treffen. Ich habe beraten in dem Sinne, dass

man das vielleicht nicht in so einem Schnellschuss machen sollte. Letztlich hat mich ja der Peter Quantschnigg gefragt, was ich davon halte. Das habe ich ihm halt gesagt.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Diese Probleme waren in erster Linie technischer Natur, um welche Spielerkreise und so weiter es dabei gehen wird.

**Dr. Peter Erlacher:** Ja. Auch um die Auswirkungen auf die Arbeitsplätze bei den bestehenden Konzessionären. Das alles hätte man vielleicht analysieren können. Es geht ja hier nicht um eine kleine Geschichte, aber das war nicht erwünscht.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Haben Sie auch Angst gehabt, dass unter Umständen die Republik Österreich einnahmenseitig in irgendeiner Form Schaden nehmen könnte?

**Dr. Peter Erlacher:** Das wäre auch etwas gewesen, was man in einer solchen Analyse hätte untersuchen sollen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Daher waren Sie gegen einen solchen Schnellschuss innerhalb von wenigen Tagen?

**Dr. Peter Erlacher:** Ich habe dazu geraten, das nicht in so einem Schnellschussverfahren zu machen.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie irgendwelche Vorbesprechungen über Ihre Zeugenaussage hier im heutigen Untersuchungsausschuss gehabt? (*Dr. Erlacher: Vorbesprechungen?*) – Ja, innerhalb der Casinos zum Beispiel.

**Dr. Peter Erlacher:** Ich habe diese Sache nicht vorbesprochen, was ich sagen werde. Ich habe nur ganz allgemein, wenn man mich gefragt hat, Ratschläge in meiner Funktion als Leiter des Rechtsbereiches gegeben, wie man sich als Zeuge verhalten sollte.

Ich habe meine Aussage nicht vorbesprochen, da ich der Meinung bin, dass das, was ich aussage, aus dem Jahr 2006, aus meiner früheren Funktion ist, und an und für sich der Amtsverschwiegenheit unterliegt, aber die Amtsverschwiegenheit hier und jetzt nicht zählt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben sich auch mit keinem Ausschussmitglied vorher über Ihre Aussage heute unterhalten? (*Dr. Erlacher: Nein!*) – Auch nicht mit dem Herrn Hoscher zum Beispiel, der ein gewisses Naheverhältnis zur SPÖ hat?

**Dr. Peter Erlacher:** Das ist der zuständige Rechtsvorstand der Casinos Austria; der ist aber kein Ausschussmitglied.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Schauen Sie, ich halte das schon für einen wesentlichen Punkt auch für die Glaubwürdigkeit oder Nichtglaubwürdigkeit eines Zeugen und möchte das noch einmal festgehalten haben:

Sie arbeiten für die Casinos Austria. Der Herr Grasser – von dem man halten kann, was man will – hat eine eindeutige Meinung zu Ihnen und die ist nicht sehr erfreulich.

Ich lese Ihnen das kurz vor, wenn sie es noch nicht kennen. Befragt zu Ihrer Person sagt Grasser:

Ich glaube, dass Erlacher heute auch für die Casinos oder Lotterien arbeitet. Das heißt, ich sage einmal, der war der große Bewahrer des Monopols und hatte genau nur dieses Interesse. Das heißt, jede Initiative, ob im Parlament oder im Ministerium, hätte

Erlacher ohnehin den Lotterien in irgendeiner Form zur Kenntnis gebracht, weil er nicht wollte, dass das Monopol geändert wird. – Zitatende.

Herr Erlacher, sinken in Ihrem Stuhl zurück, würde ich auch, denn das sind schon sehr schwere Vorwürfe eines ehemaligen Finanzministers gegen einen führenden Mitarbeiter im Finanzministerium.

Was sagen Sie zu diesen Aussagen des Herrn Grasser, der Sie in seiner Ministerzeit offensichtlich als großen Bewahrer des Monopols bewertet hat und dass Sie genau nur dieses Interesse, nämlich das Monopol für die Casinos zu erhalten, verfolgt hätten?

**Dr. Peter Erlacher:** Die Linie, das Glücksspielmonopol des Bundes nicht aufzuweichen und beim Alleinkonzessionärsystem der Lotterien zu bleiben, war bis zu diesem Abänderungsantrag die mir bekannte Linie des Hauses.

Es hat alle möglichen Anfragen und Stellungnahmen und Schriftsätze gegeben, die sind dann alle über das Ministerbüro gelaufen, auch parlamentarische Anfragen. Ich habe nie eine andere Weisung erhalten, ich habe keinen Auftrag gehabt, einen Entwurf vorzulegen, das Glücksspielmonopol aufzuweichen oder zu verändern, also habe ich es auch nicht getan. Wenn ich so einen Auftrag vom Herrn Bundesminister erhalten hätte, dann hätte ich ihn bestmöglich erfüllt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Meine Frage war aber eine andere. Meine Frage war, wie Sie diese Aussage des ehemaligen Finanzministers über einen ehemaligen Mitarbeiter, nämlich Sie, sehen? Hat Grasser da recht oder nicht? Haben Sie in Ihrer Zeit im Finanzministerium vordringlich persönlich das Interesse gehabt, das Monopol der Casinos zu wahren, so wie das Grasser behauptet, oder ist diese Aussage falsch?

Auffällig ist schon: Grasser sagt, dem Erlacher ist es immer nur darum gegangen, das Monopol zu wahren. Und genau dieser Erlacher, der nur das Monopol im Sinne der Casinos wahrt, wechselt dann zufälligerweise wohin? – Zu den Casinos.

Also frage ich Sie noch einmal: Ist das, was Grasser da sagt, korrekt oder nicht? Wenn es nach Ihnen gegangen wäre ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Entschuldigen Sie, die Frage ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ist sehr wohl zulässig! – Herr Erlacher, wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wären Sie beim Monopol geblieben oder ist Ihre Fachmeinung damals, 2006, gewesen: Änderung Glücksspielgesetz, Ausweitung, weitere Lizenzvergabe, ja? Oder wäre Ihre Fachmeinung gewesen, wenn man Sie danach gefragt hätte, nein, weil?

Sie waren für diesen Bereich zuständig. Sie waren Experte. Sie werden ja auch innerhalb des Finanzministeriums eine Meinung und eine gewisse Linie vertreten haben. Nach dieser frage ich Sie jetzt.

**Dr. Peter Erlacher:** Herr Abgeordneter, ich kann das gerne noch einmal beantworten. Ich habe diese Linie vertreten, die die Linie des Hauses war. Und zum konkreten Abänderungsantrag habe ich vorgeschlagen, dass man das nicht in einer derartigen Schnellschussinitiative macht, sondern ein Begutachtungsverfahren durchführt und Expertisen eingeholt. Diese Vorschläge sind aber nicht gehört worden und dann ist das Ganze sowieso nicht gekommen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** In Ihrer Zeugenaussage steht ja ganz etwas anderes drinnen. Da wird Ihre Haltung schon sehr eindeutig. Sie haben nämlich eine Casinos-Haltung, eine eindeutige Casinos-Haltung.

**Dr. Peter Erlacher:** Darf ich Sie fragen: in welcher Zeugenaussage?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich darf das nur aus Ihrer Zeugeneinvernahme zitieren. Das Erste, was Sie machen, ist, wir müssen gleich einmal die Casinos und die Österreichischen Lotterien um eine Stellungnahme bitten. Nebeneffekt, Sie wissen Bescheid, was passiert.

Erste Frage dazu. Die zentrale Frage ist ja: Woher wusste Leo Wallner im letzten Moment – das war ja ausschlaggebend; wenn der Leo Wallner das nicht ganz wenige Stunden zuvor erfahren hätte, dann wäre die Änderung wahrscheinlich durchgegangen –, dass da eine Änderung kommt? Das ist so. Es gibt zahlreiche Medienartikel, in denen sich Wallner brüstet: Wir haben das in letzter Sekunde erfahren und haben das noch abgedreht!

Herr Grasser hat ja gesagt:

Das heißt, jede Initiative, ob im Parlament oder im Ministerium, hätte Erlacher ohnehin den Lotterien in irgendeiner Form zur Kenntnis gebracht. – Zitatende.

Daher frage ich Sie: Waren Sie der Informant? – Laut Ihrer Zeugenaussage ist rund um den Finanzausschuss Quantschnigg zu Ihnen gekommen. Das heißt, der Herr Erlacher, der in Wirklichkeit das Casinos-Monopol vertritt, der später zu den Casinos wechselt, dieser Erlacher weiß um den 5. Juli herum, da ist etwas im Busch.

Dieser Erlacher wehrt sich intern heftig dagegen, beschwert sich in einer Zeugenaussage, dass er massive Bedenken gehabt hat, aber dass er nichts machen durfte, obwohl er ohnehin alles probiert hat.

Jetzt frage ich: Hat dieser Erlacher als letzte Konsequenz, nachdem er gesehen hat, er schafft es nicht, den Herrn Wallner informiert und ihm gesagt, pass auf, da kommt das und das? Oder haben Sie den Herrn Wallner nicht informiert? – Der Herr Grasser stellt das in den Raum. Ich habe es Ihnen vorgelesen.

**Dr. Peter Erlacher:** Ich habe niemanden informiert.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Mit wem aller haben Sie im Zusammenhang mit diesem Abänderungsantrag in diesen Tagen des Juli 2006 Gespräche geführt?

**Dr. Peter Erlacher:** Ausschließlich im Bundesministerium für Finanzen mit Peter Quantschnigg. Dann habe ich meinen vorgesetzten Sektionschef informiert, der gesagt hat, es kümmert sich ohnehin der Herr Generalsekretär darum. Und dann haben zwei bis drei – weiß ich nicht, vielleicht waren es auch vier – Besprechungen stattgefunden. Da haben zum Beispiel die Frau Mag. Billinger, die Frau Mag. Gierlinger ein- oder zweimal teilgenommen. Andere Personen habe ich nicht informiert.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für die Casinos jemals nachgeforscht, nachdem Sie auch schon beim BZÖ-Gutachten Ihre Stellungnahmen abgegeben haben, oder nachgefragt, woher denn damals die Casinos diese entscheidende, letztlich millionenschwere Information bekommen haben? Es muss von irgendjemandem intern gewesen sein.

Noch einmal – das ist schon mehrfach genannt worden –: höchste Geheimhaltung. Ist mehrfach drinnen. Es war nur ein kleiner Kreis eingeweiht und trotzdem erfährt der Wallner irgendwoher, dass da etwas in letzter Sekunde kommt. Und ich möchte wissen, woher er diese Information hatte.

**Dr. Peter Erlacher:** Nein, ich habe nicht nachgefragt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Vielleicht fragen Sie einmal nach, dann würden wir uns da ein bisschen leichter tun.

Sie sagen ja auch, kurz vor dem Plenum des Nationalrates wurde dieser Abänderungsantrag medial bekannt, dann ist die Gesetzesinitiative offenbar gescheitert und der Antrag wurde nie eingebracht.

Heißt das im Umkehrschluss, dass, wenn das nicht medial bekanntgeworden wäre, das Ganze so beschlossen worden wäre?

**Dr. Peter Erlacher:** Das kann ich nicht sagen. Ich habe in diesem Hohen Haus nicht Sitz und Stimme. Ich weiß das nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie können auf alle Fälle garantieren, dass dieser Entwurf zum Abänderungsantrag nicht aus den Fachabteilungen des Finanzministeriums gekommen ist?

**Dr. Peter Erlacher:** Er ist nicht aus der zuständigen Fachabteilung gekommen, die ich geleitet habe.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Können Sie ausschließen, dass er aus dem Kabinett des Finanzministers selber gekommen ist?

**Dr. Peter Erlacher:** Das kann ich natürlich nicht ausschließen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Frau Kartak ist eine Mitarbeiterin im BZÖ-Klub, sie ist ja dazu heute schon mehrfach zitiert worden und wurde dazu auch befragt. Da ist Folgendes passiert: Das ist alles am 12. Juli, also wirklich in letzter Sekunde, einen Tag vor der Sitzung. Da gibt es ein Mail der Frau Kartak an den Herrn Dr. Gerald Siebeneicher, am Mittwoch, den 12. Juli 2006, um 17.09 Uhr. Das sind schon die Abendstunden. Dazu befragt, gibt die Frau Kartak an, dass sie diesen Antrag vom Herrn Siebeneicher in die Hand gedrückt bekommen hat mit dem Auftrag, das abzuschreiben, damit er das weiter bearbeiten kann.

Damit steht einmal fest: Im BZÖ-Klub ist der Antrag nicht entstanden, sondern er ist irgendwann in den Abendstunden des 12. Juli ins BZÖ gekommen offensichtlich mit der Info, das wird morgen beschlossen, und dann ist dort der große Stress ausgebrochen.

Frau Kartak schreibt den Antrag ab, der uns in Papierform vorliegt, schickt das Ganze – das geht aus dem Mailverkehr hervor – um 17.09 Uhr an den Herrn Siebeneicher. Der Herr Siebeneicher nimmt Änderungen vor, nämlich das, was der Kollege Pilz schon angesprochen hat, er fügt den Punkt 3 ein.

Das war anscheinend damals wichtig. Es gab ja auch einen gewissen Sport-Staatssekretär Schweitzer. Der Punkt 3 beinhaltet ein klares Bekenntnis zur Absicherung der Sportförderung. Ein zentrales Argument der Casinos war damals, wenn wir das Monopol verlieren, ist die Sportförderung weg. Also diesen Punkt 3 führt der Siebeneicher noch ein und schickt den Antrag weiter an das Finanzministerium.

Jetzt frage ich Sie: Haben Sie zum Abend des 12. Juli 2006 irgendwelche Wahrnehmungen in Bezug auf die Verfassung und Abänderung dieses Antrages, den ich soeben skizziert habe? Das ist alles erst an diesem 12. Juli passiert, einen einzigen Tag, eine Nacht vor dem 13. Juli.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte die Frage!

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich habe ihn gefragt, ob er damals ... Er war ja Beamter im Ministerium, da war eine große Hektik. Da geht es darum, dass ein weitreichendes Gesetz beschlossen wird.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Ja, die Zeit ist nur abgelaufen, darum könnten Sie mit der Frage enden.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ja, ich frage ihn, weil er der zuständige Beamte war, ob er dazu irgendwelche Wahrnehmungen hat. Da haben ja am Abend im Finanzministerium noch die Lichter gebrannt.

**Dr. Peter Erlacher:** Also das wird so sein, dass am Abend im Finanzministerium die Lichter gebrannt haben, nur ohne meine Anwesenheit. Ich war da nicht so erwünscht, weil ich irgendwie Bedenken hatte. Ich kann Ihnen aber bestätigen, dass es meine Wahrnehmung ist, dass rund um diese kurze Diskussion, die sich da halt um den Abänderungsantrag entfaltet hat, die Sportförderung ein Thema war. Das kann ich bestätigen. Ob das am 12. Juli am Abend war oder am 11., Entschuldigung, das weiß ich leider nicht mehr.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Wir sind schon 2 Minuten über der Zeit! Ich habe Sie zu spät erinnert.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ja, gut, dann ziehen Sie es von der zweiten Runde ab, das gestehen Sie dem Herrn Kollegen Pilz auch zu.

Faktum ist – Sie haben Ihre Wahrnehmung geschildert –, am Abend des 12. Juli reklamiert das BZÖ noch in den Abendstunden die Sportförderung hinein, weil das für uns sehr wichtig war – Stichwort: Sportstaatssekretär Schweitzer –, das heißt, das BZÖ ist offensichtlich noch am Abend des 12. Juli fix davon ausgegangen, dass das am 13. Juli in der Früh so beschlossen wird.

Und da kommen wir dann wieder zur ÖVP – aber das werden wir dann den Herrn Grasser fragen.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Gut, Sie sind am Ende. Ich würde Sie nur ersuchen, auch im ureigensten Interesse, anwesende Auskunftspersonen, wie zum Beispiel den Herrn Dr. Erlacher, in Ihrer Befragung nicht als „**der Erlacher**“ zu bezeichnen.

Ich meine, wir sollen uns an die Verfahrensordnung halten und auch respektvoll mit den Auskunftspersonen umgehen.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Johann Hell (SPÖ):** Herr Dr. Erlacher, Sie haben uns zu Beginn Ihrer Ausführungen geschildert, dass Sie im Jahr 2006 für das Glücksspiel zuständig waren. Von wann bis wann haben Sie diese Tätigkeit ausgeführt?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, ich bin ins Finanzministerium gekommen im Zuge der Auflösung der österreichischen Glücksspielmonopolverwaltung und dann eben auch als Referent in die Abteilung, die für das Glücksspielmonopol zuständig war. Das war meiner Erinnerung nach am 1. April 1991. Das sollte so sein; das Datum kann ich nicht beschwören.

Ich bin dann im September/Oktobre 1999 Abteilungsleiter geworden, eben auch mit dieser Zuständigkeit; andere Zuständigkeiten haben sich ein bisschen verändert im Laufe der Zeit, das passiert.

Zuständig war ich bis einige Tage, vielleicht 14 Tage, nach dem Scheitern dieses Abänderungsantrages, denn dann wurde die Zuständigkeit für das Glücksspiel von Herrn Bundesminister Grasser verlagert. Der Rest der Abteilung ist geblieben.

**Abgeordneter Johann Hell (SPÖ):** Das heißt, sehen Sie einen Zusammenhang zwischen dem Scheitern dieser Gesetzwerdung und der Auflösung Ihrer Position?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, der Zusammenhang war offensichtlich gegeben. Ich wurde nämlich zu Matthias Winkler gerufen, der meiner Erinnerung nach damals der

Kabinettschef war, und der hat gesagt: Also bei dem, was jetzt im Parlament passiert ist, können Sie nicht für das Glückspiel zuständig sein. – Da habe ich ihn einmal gefragt, was er meint. – Na ja, dass das jetzt nicht gekommen ist. – Und dann ist es auch tatsächlich so gewesen, dass die Zuständigkeit in weiterer Folge verlagert wurde.

Ich habe mich natürlich reichlich geärgert, denn über so etwas ärgert man sich eben, man kann aber nichts machen, wenn man nachher immer noch Abteilungsleiter ist und an der dienstrechtlichen Stellung keine Änderung eintritt – man hat nun einmal keinen Rechtsanspruch auf eine gewisse Zuständigkeit, und die habe ich dann nicht mehr gehabt. Und dann bin ich eben in Überlegungen eingetreten, wie mein Berufsleben weitergehen sollte. – Na ja, das kennen Sie dann: Mit Jahresende habe ich mich verändert.

**Abgeordneter Johann Hell (SPÖ):** Es gibt eine parlamentarische Anfrage von Herrn Abgeordnetem Vilimsky aus dem Jahr 2007 zu Ihrer Person, wo darauf hingewiesen wird, das Sie eben mit 16. August 2006 aus Ihrer Verantwortung abgelöst worden sind, und dass Sie eine Karenzierung von fünf Jahren in Anspruch genommen haben.

Meine Frage: Sind Sie noch immer karenzierter Beamter oder sind Sie ...?

**Dr. Peter Erlacher:** Die fünfjährige Karenzierung ist am 29. Dezember des Vorjahres ausgelaufen und über meinen Antrag um weitere fünf Jahre verlängert worden.

**Abgeordneter Johann Hell (SPÖ):** Das heißt, Sie waren 2005 auch für das Glücksspiel verantwortlich.

Kennen Sie eigentlich den **Masterplan** der Firma Novomatic aus dem Jahr 2005?

**Dr. Peter Erlacher:** Aus Wahrnehmungen als Beamter kenne ich den nicht. – Ich habe die Medien beobachtet – aber zu meiner Zeit als Beamter habe ich nichts wahrgenommen.

**Abgeordneter Johann Hell (SPÖ):** Sie wissen daher wahrscheinlich auch nicht, dass Sie hier als Person genannt sind, und zwar als Stakeholder in der Gruppe 1 – das heißt: innerer Kreis, die, auf die man besonders achtgeben muss, oder – ich sage jetzt einmal – zu denen man Kontakte herstellen muss.

**Dr. Peter Erlacher:** Nein, das ehrt mich, aber vielleicht ist das zu ...

**Abgeordneter Johann Hell (SPÖ):** Die nächste Frage lautet: Hat man in den Jahren 2005 bis 2006 versucht, mit Ihnen Kontakt aufzunehmen vonseiten der Novomatic?

**Dr. Peter Erlacher:** Also vonseiten der Novomatic oder vonseiten dieser Personen, von denen ich aus den Medien höre, dass sie zum Herrn Hohegger gehören, hat man mit mir keinen Kontakt aufgenommen.

**Abgeordneter Johann Hell (SPÖ):** Das heißt, man hat weder vonseiten von Novomatic noch vonseiten der Telekom mit Ihnen Gespräche geführt im Vorfeld vor dem Sommer 2006? (*Dr. Erlacher: Nein!*)

Der Initiativantrag, der letztendlich dann abgestimmt worden ist, ist ja im Ministerium einmal behandelt worden. Ist der dort besprochen worden, sind da vonseiten des Ministeriums Ideen eingeflossen?

**Dr. Peter Erlacher:** Also, unter meiner Wahrnehmung ist er einmal besprochen worden von Peter Quantschnigg mit mir und dann zwei- bis drei- oder vielleicht auch viermal in dieser Runde Billinger, Gierlinger und so, und da sind keine substanziellen Änderungen eingeflossen.

**Abgeordneter Johann Hell (SPÖ):** Welche Stellung hat denn grundsätzlich das BMF betreffend Glücksspielliberalisierung gehabt – unabhängig von dem, was da dann passiert ist?

**Dr. Peter Erlacher:** Grundsätzlich wurde in allen Anfragen, die gestellt wurden, und in Schriftsätzen, wenn das notwendig war, an Höchstgerichte oder dergleichen, immer das System der eingeschränkten Konzessionäre, also der 12 Spielbank-Konzessionen und des Lotteriekonzessionärs, vertreten, auch vom Herrn Bundesminister Grasser – manche dieser Anfragen werden ja dann vom Minister unterfertigt, wenn sie beantwortet werden. Und das war während meiner gesamten Zuständigkeitsdauer die Linie des Finanzministeriums. Wenn es eine andere gegeben hätte, hätte man daran gearbeitet, aber es wurde mir nie eine kommuniziert.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Diese Winkler-Geschichte interessiert mich natürlich. Wissen Sie noch genau, wann das war? Wann sind Sie zum Kabinettschef Winkler gerufen worden?

**Dr. Peter Erlacher:** Darf ich fragen, wann das Plenum war? (*Abg. Dr. Pilz: Am 13. Juli 2006!*) – Na ja, und jetzt haben wir gerade bei der Frage des Abgeordneten gehört, dass, glaube ich, am 16. August die Zuständigkeit geändert wurde. Es muss aber einige Tage nach dem 13. Juli gewesen sein, denn nachher bin ich dann auf Urlaub gefahren. Und als dann der Urlaub vorbei war, war das sowieso schon über die Bühne.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie das möglichst genau schildern, wie das war? Wer hat Sie dort hinbestellt?

**Dr. Peter Erlacher:** Kabinettschef Winkler hat mich über sein Sekretariat gebeten, zu ihm zu kommen.

Dann bin ich dort hingekommen und habe mich eben dort hingesetzt und Winkler hat gesagt: Na ja, Sie wissen eh, was da passiert ist im Parlament? – Sage ich: Was meinen Sie? Und: Sie können jetzt die Zuständigkeit für das Glücksspiel nicht behalten, das muss jetzt geändert werden.

Ich habe mich dann auf nähere Diskussionen auch nicht allzu sehr eingelassen; es war zur damaligen Zeit auch nicht allzu sinnvoll, sich da auf Diskussionen einzulassen.

Mir ist nur noch eine Episode bekannt. In den Zeitungen ist gestanden, dass die Telekom mit der Novomatic eine Firma gründen möchte und dass der Herr Winkler einer der Geschäftsführer dieser Firma werden soll. Das war damals ein Medienbericht.

Und da habe ich ihn gefragt, ob das stimmt, und da hat er gesagt, das ist eine infame Unterstellung und im Übrigen ist das eine zufällige Namensgleichheit mit einem deutschen Telekom-Manager Namens Winkler. – Und dann habe ich gesagt: Ach so!, und ja ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Na ja, das stimmt ja. Die Firma Novomatic ist ja auch eine Namensgleichheit mit und so weiter.

Sagen Sie, wer hat dann diese Organisations... – na ja, es war ja keine Organisationsänderung, sondern eine Zuständigkeitsänderung.

**Dr. Peter Erlacher:** Eine Verschiebung der Zuständigkeit. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Na ja, das hat dann im Auftrag des Ministers ... Dazu bedarf es einer Unterschrift des Ministers, das haben eben Fachbeamte des Präsidiums vorbereitet. Die sind aber da ja nur Ausführende.



**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Zum Kabinett. Was war die sachliche Position der Frau Billinger aus dem Kabinett des Bundesministers zu diesem Abänderungsantrag?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, sie war einmal das zuständige Kabinettsmitglied für das Glücksspiel im Kabinett und sie hat mir dasselbe gesagt wie der Herr Dr. Quantschnigg: Nein, nein, da sollen keine Außengespräche geführt werden!, und sie ist meinen Anregungen nicht nähergetreten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist nämlich für mich ein wichtiger Punkt. Denn Quantschnigg, das ist noch Generalsekretariat, da kann man sagen: Okay, das hat sich der Generalsekretär selbst so überlegt, und den können wir nicht mehr befragen. Die Frau Billinger war aber Kabinett des Bundesministers und hat im Namen des **Bundesministers** gesprochen.

Ist es also richtig, dass auch Frau Billinger aus dem Kabinett von Bundesminister Grasser Ihnen untersagt hat, Dritte – unter anderem auch die Casinos und Lotterien – darüber zu informieren?

**Dr. Peter Erlacher:** Frau Billinger hat das diese Weisung von Quantschnigg bekräftigt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und hat Frau Billinger auch gesagt, dass sie diesen Abänderungsantrag befürwortet?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, so vielleicht nicht, in diesen Worten. Sie hat gesagt: Des kummt jetzt! – Das hat sie gesagt. (*Abg. Dr. Pilz: „Des kummt jetzt!“*) – Was aber ein Irrtum war.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißt, die Vertreterin des Ministers sagt: Wissen darf es niemand, nicht einmal die Casinos!, denen gegenüber wir ja eigentlich Eigentümervertreter sind, im Parlament weiß niemand, worum es geht, und die Vertreterin des Ministers sagt dem Abteilungsleiter, der inhaltliche Einwendungen erhebt: „Des kummt jetzt“?!

**Dr. Peter Erlacher:** So in etwa. Ich habe dann gesagt: Na, will es der Minister? – Da hat Sie gesagt: Na, der Minister überlässt das dem Parlament!, aber ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Na, das haben wir dann gesehen.

Sagen Sie: Hat es irgendwann direkte Besprechungen mit dem Minister dazu gegeben?

**Dr. Peter Erlacher:** Nein, ich hatte von diesem Zeitpunkt an, wo mir Quantschnigg das übergeben hat, bis zur Zuständigkeitsänderung überhaupt keinen Kontakt mehr mit dem Minister.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie eine Erklärung – das ist das letzte zum Abänderungsantrag –, wer diesen neuen Absatz, die ganze Sportförderungsgeschichte, dann den Novomatic-Entwurf hinzugefügt hat?

**Dr. Peter Erlacher:** Nein, habe ich nicht. Aber das ist an und für sich fachlich so, dass das ein jeder kann, ich meine, im Kabinett und im ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das ist auch eine ganz einfache Geschichte. Ich vermute ja, dass das der einzige Beitrag gewesen ist, der im Parlament selbst entstanden ist. – Aber das ist auch nicht wichtig.

Ich lege Ihnen jetzt noch kurz vor – und das kann ja nur kurz sein – das „beachtliche“ Orange-BZÖ-Gutachten „Online-Glücksspiel und Responsible Gaming; Analyse, Vergleich, Perspektiven“.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich möchte mit Ihnen nicht das Ganze durchgehen, denn das würde eine Spur länger als 5 Minuten dauern – aber nicht wesentlich mehr.

Sagen Sie: Ist das eine wesentliche neue Einsicht, gleich auf der ersten Seite, zweiter Absatz:

„Während bei privaten Unternehmungen in erster Linie die Steigerung der Rendite – die Erhöhung des Gewinns des Unternehmens – im Vordergrund steht, sieht der staatliche Anbieter den Unterhaltungsaspekt für die Gäste als zentrale Aufgabe.“

Sagen Sie: Sehen die Casinos den Unterhaltungsaspekt als zentrale Aufgabe, oder die Lotterien etwa bei den Video Lotterie Terminals? Wie darf ich mir den **Unterhaltungsaspekt** an Video Lotterie Terminals vorstellen?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, das ist insofern richtig, als die Unternehmensphilosophie der Casinos und der Österreichischen Lotterien ein verantwortungsbewusster Umgang mit diesem heiklen Produkt Glücksspiel ist, und dass auch die Konzipierung der Produkte und dergleichen mehr in Richtung Unterhaltung geht und nicht ausgesprochene Zockerprodukte in den Vordergrund gestellt werden.

Das ist auch in einem System, in dem es zahlenmäßig beschränkte Marktteilnehmer gibt, möglich. Je mehr Wettbewerb es gibt, desto weniger ist das wirtschaftlich möglich, und das war natürlich mit einer der Gründe, warum die Linie des Finanzministeriums immer war – solange mir das eben bekannt war –, wir bleiben bei diesem beschränkten Ange... oder wir vertreten weiter, dass es so bleiben soll. Ich meine, letztlich wird es im Parlament beschlossen, aber ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Damit man ich mir den Unterschied vorstellen kann: Das heißt, wenn ich an einem Automaten von Novomatic stehe, werde ich **abgezockt**, und wenn ich an einem Automaten der Casinos oder der Lotterien stehe, dann **unterhalte** ich mich prächtig – und am Ende habe ich in beiden Fällen kein Geld mehr. – Ist das ungefähr eine Zusammenfassung?

**Dr. Peter Erlacher:** Die Zusammenfassung ist die, dass Sie bei keinem der Glücksspielangebote auf die **Dauer** gewinnen werden. Das geht nicht, das hält ja kein Unternehmen aus. Und wenn Sie nicht gerade einen großen Jackpot gewinnen, werden Sie verlieren, aber die Limits, die es gibt – wie lange Sie spielen dürfen, wie groß der Höchsteinsatz ist, wie die Spielablauf-Geschwindigkeit ist –, das alles beeinflusst die Suchtkomponente, und wir versuchen eben – die beiden Konzessionäre des Bundes – ein möglichst verantwortungsvolles Angebot zu erstellen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das habe ich schon verstanden. – Das Letzte, was ich Sie dazu frage, betrifft einen völlig rätselhaften **Orange**-Satz. Seite 30, vierter Absatz. (Dr. Erlacher: 30?) – Ja, rechts oben steht: Seite 30. (Dr. Erlacher: Ach so! Ja, verstehe schon!) – Das ist die fortlaufende Zahl unserer Dokumente. Der vierte Absatz: Sagen Sie, verstehen Sie als Experte, was folgender Satz bedeutet?

„Als wesentliche Anbieter sind jedenfalls Anbieter zu betrachten, die einen erkennbaren Werbeauftritt in Österreich haben.“

**Dr. Peter Erlacher:** Nein, das ist mir nicht zugänglich, was das ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wissen Sie, was eine „Anbieter“ in der Glücksspiel-Terminologie ist?

**Dr. Peter Erlacher:** Da fehlt meiner Meinung nach das „r“, das ist ein Tippfehler.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ach so, okay. – Danke. Ich habe sonst keine weiteren Fragen.

\*\*\*\*\*

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich habe nur mehr eine kurze Frage. Da wir den Herrn Pilz ja jetzt schon so lange kennen, wie er befragt und wie er auf Antworten reagiert, habe ich nur eine Frage, Herr Dr. Erlacher: Wie haben Sie sich auf diesen Ausschuss, auf diese Befragung hier vorbereitet?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, ich habe mir das noch einmal ganz genau überlegt, und ich habe mir auch das Memo meiner Zeugenaussage durchgelesen, die ich im Jahr 2010, glaube ich, bei der Kriminalpolizei gemacht habe.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Haben Sie im Vorfeld mit einem Mitglied dieses Ausschusses gesprochen oder sich abgesprochen? (*Dr. Erlacher: Nein!*)

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir haben noch Fragen, und zwar: Wir haben Sie gefragt, ob Sie Vorbereitungen gehabt haben über Ihre Zeugenaussage – innerhalb der Casinos –, dann haben Sie laut „Standard“-Liveticker gesagt: „Ich habe aus juristischer Sicht Ratschläge gegeben, wie man sich verhalten soll.“ – Wem haben Sie denn Ratschläge gegeben?

**Dr. Peter Erlacher:** Es ist meine Aufgabe als Rechtsbereichsleiter, ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ja, das mag schon sein. Das weiß ich, aber ich frage Sie, *wem* Sie Ratschläge gegeben haben.

**Dr. Peter Erlacher:** Ich habe Friedrich Stickler ganz kurz gesagt, wie man sich verhalten muss, und vor der Besprechung, vor der Einvernahme auf der Polizei – es wurden dort ja auch einvernommen Herr Herbert Beck und Frau Vorstandsdirektor Bettina Glatz-Kremsner, die wurden auf dieser Antikorruptionsbehörde einvernommen, denen habe ich erklärt, wie man sich als Zeuge zu verhalten hat.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Bei der Frage, auf die Sie geantwortet haben, Sie haben „aus juristischer Sicht Ratschläge gegeben, wie man sich verhalten soll,“ ist es um die Befragungen hier im U-Ausschuss gegangen, nicht um irgendwelche behördlichen Befragungen. Also: Haben Sie im Zusammenhang ...

**Dr. Peter Erlacher:** Da habe ich lediglich ein kurzes Gespräch mit Friedrich Stickler gehabt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Können Sie uns den Inhalt dieses Gesprächs schildern?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, ich habe ihm gesagt, dass man hier entschlagungsrechtlich ... – Ich habe ihm eine rechtliche Aufklärung gegeben über Entschlagungsrechte, wenn man sich selbst belasten würde, dass man verpflichtet ist, die Wahrheit zu sagen, dass man auch verpflichtet ist, vollständig auszusagen, dass es nichts macht, wenn man sich nicht erinnern kann, dass man es sagt, dass man sich nicht erinnern kann – und betreffend meine eigene Aussage habe ich ihn darauf hingewiesen, dass ich diese natürlich machen werde, dass ich das aber nur hier tun kann, weil das eben hier die Amtsverschwiegenheit durchbricht, aber in der Firma kann ich das nicht machen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich bin ja gespannt, ob Sie der Herr Stickler oder der Herr Wallner noch heute anruft und fragt: Wie war es denn? – Aber gut, das werden wir vielleicht morgen klären.

Haben Sie noch Kontakte ins Finanzministerium?

**Dr. Peter Erlacher:** Ich habe einige ganz wenige private Kontakte und allenfalls und ab und zu dienstliche Kontakte.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Sie haben dienstliche Kontakte. Was sind das für dienstliche Kontakte, die Sie ins Finanzministerium haben?

**Dr. Peter Erlacher:** Na ja, es gibt eine Fachabteilung im Ministerium, und wenn Dinge zu besprechen sind, die die Fachabteilung eben besprechen möchte oder die wir der Fachabteilung gerne präsentieren würden, dann kommen wir dort um einen Termin ein, präsentieren eine Unterlage, und es findet eine Besprechung statt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ist es korrekt, dass Sie kareziert sind?

**Dr. Peter Erlacher:** Das ist korrekt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das wollte ich nur wissen. – Ich halte das schon für problematisch – das möchte ich festgehalten haben, denn es geht hier auch um die politische Aufklärung –, dass ein ranghoher Ministeriumsmitarbeiter, der für den Bereich Glücksspiel zuständig ist, sich karezieren lässt, dann zum Monopolisten Casinos Austria geht und im Rahmen seiner Tätigkeit für die Casinos Austria – Sie haben es ja gerade bestätigt – nach wie vor dienstlich, aber auch privat seine Kontakte ins Finanzministerium nützt, die er auf Basis seiner vorherigen Tätigkeit dorthin nach wie vor hat, und diese Kontakte dafür nützt, um – no na! – was zu machen, als Mitarbeiter der Casinos? – Als Mitarbeiter Casinos innerhalb des Finanzministeriums bei den entsprechenden Stellen die Interessen der Casinos Austria und der Österreichischen Lotterien zu vertreten. Und wenn das „Gerstel“ dann passt, dann heben wir die Kareizierung wieder auf und gehen zurück ins Ministerium – und die Lotterien freuen sich, weil sie dann einen Mann, den sie vorher bei ihnen sitzen gehabt haben, wieder im Ministerium sitzen haben.

Also ich halte das schon für problematisch, weil wir schon mehrmals in diesem Ausschuss festgestellt haben, dass es da auf Beamtenebene teilweise problematische freundschaftliche und inhaltlich fragwürdige Verbindungen zu Unternehmungen gibt, die von den Gesetzesinitiativen des jeweiligen Ministeriums in maßgeblichem Umfang abhängig sind. Das wollte ich nur noch ganz kurz festgestellt haben. (*Dr. Erlacher: Frau Vorsitzende, darf ich dazu ganz kurz etwas sagen?*)

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Haben Sie jetzt noch eine Frage, Herr Abgeordneter Petzner?

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Natürlich habe ich noch Fragen, aber wenn Sie mich unterbrechen ...

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Und dann können Sie (*in Richtung Auskunftsperson*) antworten und Stellung nehmen.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das wollte ich hier noch festgestellt haben.

Haben Sie Informationen, generelle Informationen darüber, wie die Beauftragung dieses 300 000-€-Gutachtens, das hier angesprochen wurde, zustande gekommen ist? Oder haben Sie dazu im Rahmen Ihrer jetzigen Tätigkeit für die Casinos vielleicht irgendwann einmal etwas gehört? Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen dazu, wer da wen beauftragt hat oder wie das gelaufen ist?

**Dr. Peter Erlacher:** Also aus eigener Wahrnehmung habe ich dazu gar keine Wahrnehmungen, weil ich noch nicht dort war. Abgeleitet aus meiner jetzigen Tätigkeit gehe ich davon aus, dass die Auftragserteilung durch Herrn Dr. Wallner erfolgt ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Und Herr Wallner hat mit wem diese Auftragserteilung besprochen? Wissen Sie das vielleicht?

**Dr. Peter Erlacher:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie auch nie mit ihm darüber geredet? (*Dr. Erlacher: Nein!*) – Wissen Sie, ob es jemals Gespräche gegeben hat – das kann nämlich niemand bestätigen, und Herr Pilz wünscht sich das so, daher frage ich Sie das, aber leider hat es bisher keiner bestätigt, auch in den Zeugenaussagen gibt es dazu nichts –, wissen Sie irgendetwas über persönliche Treffen zwischen Wallner und dem damaligen Landeshauptmann Jörg Haider im Zusammenhang mit dieser versuchten Änderung des Glücksspielgesetzes?

**Dr. Peter Erlacher:** Diesbezüglich ist mir nichts bekannt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut, da sind Sie sich einig mit allen anderen, da ist nämlich niemandem etwas bekannt – Pech für Herrn Pilz. – Danke.

**Dr. Peter Erlacher:** Frau Vorsitzende, ich wollte nur ganz kurz präzisieren: Ich habe gesagt, dass ich *dienstlich* bei Terminen im Finanzministerium war. Ich habe nicht gesagt, dass ich Kontakte aus meiner früheren Tätigkeit (*Abg. Petzner: Und private Kontakte!*) oder private Kontakte nütze (*Abg. Petzner: Ja, ja, das reicht schon!*), um meinem Unternehmen einen Vorteil zu verschaffen. Ich möchte das nur präzisieren, das ist nicht dasselbe!

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** dankt – da es keine weiteren Fragen gibt – der Auskunftsperson **Dr. Peter Erlacher**, verabschiedet diese und **unterbricht** die Sitzung.  
15.43

\*\*\*\*\*

(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 15.43 Uhr **unterbrochen** und um 16.11 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

\*\*\*\*\*

16.11

**Auskunftsperson Mag. Karl-Heinz Grasser**

**Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt** die unterbrochene Sitzung – um 16.11 Uhr – **wieder auf** und führt aus:

Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Mag. Karl-Heinz Grasser** als **Auskunftsperson**.

Ich erinnere die Damen und Herren Medienvertreter daran, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Grasser, danke für Ihr sehr pünktliches Erscheinen! Wir waren allerdings schon früher fertig.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Karl-Heinz Grasser**. Die weiteren Daten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt.

Auf die **Aussageverweigerungsgründe** nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

\*\*\*\*

Nun zu Ihrer **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name lautet: **Dr. Manfred Ainedter**. Auch Ihre Personaldaten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

\*\*\*\*\*

Nun ersuche ich die Vertreterinnen und Vertreter der Bildmedien, endgültig das Blickfeld freizugeben. Bitte, verlassen Sie den Sitzungssaal! Herr Mag. Grasser hat Ihnen im Vorfeld sowieso schon 10 Minuten Zeit für diverse Aufnahmen und Gespräche gegeben. Bitte, den Saal zu verlassen!

\*\*\*\*\*

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Ainedter als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Auch Sie, Herr Dr. Ainedter, kennen die Regeln. Ich habe auch Sie an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie

bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. – Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Sie wissen auch, erst wenn sich die Auskunftsperson an Sie wendet, können Sie die Auskunftsperson beraten; nicht von Ihrer Seite her offensiv die Auskunftsperson ansprechen.

Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden.

Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, falls er es für erforderlich hält, mich informieren.

\*\*\*\*\*

Herr Mag. Grasser, möchten Sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, vor Ihrer Befragung dem Ausschuss in Form einer 10-minütigen Erzählung Ihre Sicht der Dinge darzulegen? *(Die Auskunftsperson verzichtet. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Hornek das Wort.)*

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Mag. Grasser! Sie sind ja bereits zum wiederholten Male hier. In diesem Fall betrifft es das **Glücksspielgesetz** aus dem Jahre 2005 und das Ansinnen, das Monopol aufzuweichen und weiteren Anbietern die Möglichkeit zu bieten, am Markt teilzunehmen.

Ich denke, wir sind in diesem Saal d'accord, dass der Glücksspielbereich eine heikle Thematik ist und deshalb eine besonders überlegte und vorsichtige Vorgangsweise bei diesem Thema an den Tag zu legen ist. Deshalb verwundert es mich, dass es in dieser Causa zu einer sehr überraschenden oder unüblichen Vorgangsweise gekommen ist.

Was mich in diesem Zusammenhang irritiert, Herr Mag. Grasser, ist, dass Sie die Vorgangsweise gewählt haben, nicht eine **Regierungsvorlage** einzubringen, sondern auf indirektem Wege, zum damaligen Zeitpunkt über den **Finanzausschuss**, die Thematik abzuarbeiten – und dies mit dem Hinweis darauf, dass quasi beachtliche Geschäftsdimensionen aus dem Glücksspielbereich ins Ausland abfließen könnten und dass ein qualitativ hochwertiger Anbieter diesen Abfluss eindämmen könnte.

Jetzt stellt sich für mich die Frage, Herr Magister: Warum haben Sie diese Vorgangsweise gewählt, die so ja den Eindruck erweckt, man hätte den Versuch unternommen, es rasch durchzusetzen, um Hemmnissen entgegenzuwirken?

**Auskunftsperson Mag. Karl-Heinz Grasser:** Danke, Herr Abgeordneter, für die Frage, weil sie mir gleich zu Beginn die Gelegenheit gibt, aufzuklären. Wenn ich aus diesem Projekt der zwei Unternehmen Telekom und Novomatic eine Initiative des Finanzministeriums im Sinne einer Regierungsvorlage hätte machen wollen, dann hätte ich das gemacht. Offensichtlich habe ich das **nicht** gemacht. Das heißt, das, was ich medial öffentlich thematisiert gesehen habe, es hätte sich um ein Projekt, um eine Initiative des **Finanzministeriums** gehandelt, ist **definitiv falsch**.

Die Situation war die, dass Herr Fischer von der Telekom, Herr Wohlfahrt von der Novomatic um einen Termin gebeten haben. Ich habe diesen Termin eingeräumt. Und bei diesem Termin haben mir die beiden Herren erzählt, dass sie eine **zusätzliche Konzession** im Sinne des § 12a Glücksspielgesetz gerne erteilt hätten, sie würden da gerne ein Projekt, ein neues Unternehmen aufsetzen, und haben Argumente – wie Sie sie jetzt auch kurz angesprochen haben – wiedergegeben im Sinne von: Elektronisches Spiel macht vor den Grenzen Österreichs nicht halt. Die Einnahmenbasis für die Republik könnte erodieren, weil viele ausländische Spieler und Unternehmen, woher immer sie agieren – egal, ob in Gibraltar oder Zypern oder ich weiß nicht, wo sie ihre Headquarters haben –, sozusagen österreichischen Unternehmen Marktanteile wegnehmen.

Ich habe nichts anderes gemacht, als mir das anzuhören. Ich habe in dieser Diskussion mit Fischer, Wohlfahrt meine Überlegungen mitgeteilt, ich habe Ihnen sozusagen ein Feedback aus meiner Sicht gegeben.

Ich habe gesagt: Schaut, wenn ein Finanzminister so etwas unterstützen soll oder zumindest nicht dagegen sein soll, dann ist einmal klar, es muss einen Sinn machen für die **Republik**. Sinn machen tut es für einen Finanzminister im Regelfall dann, wenn man **zusätzliche Einnahmen** erzielen kann. Damit sind ja auch die beiden Protagonisten gekommen und haben gesagt, sie sind der Überzeugung, dass es über eine zusätzliche Konzession zusätzliche Einnahmen für die Republik geben kann.

Und dann gibt es natürlich ordnungspolitische Überlegungen, die man anzustellen hat. Damals waren sicherlich schon sozusagen die Entwicklungen auf europäischer Ebene, Glücksspielgesetz, Liberalisierungstendenzen, ich sage einmal, absehbar, aber noch nicht entschieden. Wenn ich richtig informiert bin, hat es im vorigen Jahr dann eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs gegeben oder im Jahr 2010, glaube ich, wo das Glücksspielmonopol von Seiten des Europäischen Gerichtshofs gekippt worden ist. Damals war das noch nicht der Fall, aber es waren sozusagen deutliche Diskussionen auf europäischer Ebene gegeben.

So ist das gelaufen: Ich habe mir das angehört, habe meine Kriterien, meine Ziele als Feedback den zwei Unternehmen mit auf den Weg gegeben und habe sie ins Parlament geschickt. Ich habe mir jetzt nicht die Mühe gemacht, zu recherchieren, aber mein Haus, das BMF, und Repräsentanten, also Beamte des Hauses, haben mir in den sieben Jahren, in denen ich Verantwortung getragen habe, immer gesagt, dass – wie Sie, Herr Abgeordneter, ausgeführt haben – Glücksspielangelegenheiten eine sensible Materie sind und im Regelfall alle Parteien, alle Parlamentsklubs damit konfrontiert werden: mit Überlegungen, mit Initiativen.

Ich habe damals – wissend, dass es eine sensible Materie ist – beiden Unternehmensrepräsentanten gesagt: Geht bitte ins Parlament und redet mit allen Klubs, Sozialdemokraten, Grünen, ÖVP, FPÖ/BZÖ! Zielsetzung sollte sein, einen All-Parteien-Konsens zustande zu bringen. Wenn ihr das schafft, wunderbar, dann werde ich dem nicht im Wege stehen.

Das war das Erstgespräch, da war noch kein Antrag auf dem Tisch, da waren die Details noch nicht klar. Das war auch mit mein Punkt, dass ich gesagt habe, man muss natürlich überlegen und berechnen, sich im Detail anschauen, ob es tatsächlich mehr Einnahmen gibt. Man muss sich auch die Auswirkungen auf den bisherigen Monopolisten, die Lotterien damals, ansehen. – So in etwa ist es gelaufen.

Das heißt, ich glaube, dass ich ein angemessenes Verhalten eines Finanzministers gezeigt habe, der sachlich auf ein Anliegen reagiert und gesagt hat: Führt die Gespräche bitte im Parlament, und wenn euch ein All-Parteien-Konsens gelingt, werde



ich dem nicht im Weg stehen, zumindest aber braucht ihr logischerweise eine Mehrheit!

Sie sehen ja auch, dass wir keinen Abänderungsantrag im Finanzministerium produziert haben oder sozusagen einen Initiativantrag auf Wunsch von Parlamentariern gestaltet haben. Das haben wir nicht getan.

Insofern ganz klar: Das, was hier dem Haus und mir persönlich unterstellt wird, ist einfach unrichtig! Wir waren nicht Herr des Verfahrens. Aus meiner Sicht waren das zwei Unternehmen, die mit Parlamentsklubs verhandelt haben und dann am Ende in ihrer Initiative gescheitert sind.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Aber, Herr Mag. Grasser, ist es nicht eine besonders interessante Situation, wenn gerade im Finanzausschuss ein gemeinsam vereinbarter Verhandlungspunkt, der auf der Tagesordnung steht, der auf das Ansinnen abzielt, dass es, gerade wegen der Risiken, die mit dem Glücksspiel verbunden sind, dass zum Beispiel jemand süchtig werden kann, Einschränkungen geben soll und Ähnliches, quasi dazu verwendet wird, um auf diesen Tagesordnungspunkt einen Abänderungsantrag draufzusetzen, der ganz andere Intentionen hat?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das würde ich jetzt gar nicht in Abrede stellen wollen, Herr Abgeordneter, nur: Die Tagesordnung im Parlament macht nicht der Finanzminister! Die Tagesordnung des Finanzausschusses macht nicht der Finanzminister! Was auf die Tagesordnung kommt, entscheidet nicht der Finanzminister. Ob ein Initiativantrag oder Abänderungsantrag auf die Tagesordnung kommt, entscheidet nicht der Finanzminister. Ein Abänderungs- und Initiativantrag hat, wenn ich mich richtig erinnere, klare Adressaten, meistens im Kopf des Antrages. Ich bilde mir ein – aber ich glaube nicht, dass ich diese Abänderungsanträge gesehen habe, ich weiß es nicht, ich kann mich nicht mehr erinnern –, es war zumindest medial die Rede von Anträgen Stummvoll, Neudeck. (*Abg. Hornek: Korrekt!*)

Das heißt, ich kann nur sagen, der Herr des Verfahrens in dieser Frage war das Parlament und waren die Klubs.

Ich habe vor unserer Sitzung heute nachgedacht, und ich erinnere mich, dass ich eingeladen worden bin in die Klubs, zumindest der Regierungsfractionen, um meine Meinung kundzutun. Ich erinnere mich nicht daran, aber Sie können ja die Kollegen Molterer und Stummvoll fragen, ob es so ein Gespräch mit mir gegeben hat. Ich glaube es nicht, ich kann mich definitiv nicht an ein solches erinnern.

Alle meine Recherchen haben ergeben, dass wir dann am Rande damit befasst waren. Ich kann Ihnen konkret sagen, auf meine Befragung – weil ich mich selbst nicht mehr erinnern konnte – hat mir meine zuständige Kabinettsmitarbeiterin, Frau Mag. Billinger, gesagt, sie glaubt, sich zu erinnern, dass das Finanzministerium den Antrag vom ÖVP-Parlamentsklub übermittelt bekommen hat. Es soll Herr Dr. Samonig gewesen sein, der diesen Antrag ins BMF mit dem Ersuchen um Stellungnahme übermittelt hat. Woher Herr Dr. Samonig ihn hat, weiß ich nicht – wenn das so war; ich mache jetzt nur Relata refero.

Sie haben Herrn Dr. Erlacher befragt, ich habe nur die Zeugenaussage des Herrn Dr. Erlacher gelesen, die er vor der Staatsanwaltschaft abgegeben hat, wo er gesagt hat, Quantschnigg hat ihm einen Abänderungsantrag gegeben, und Quantschnigg hat gesagt, er hätte diesen Abänderungsantrag aus dem Parlament gehabt.

Daher, um es kurz zu machen: Für mich war ganz klar das Parlament Herr des Verfahrens. Ich habe ja auch die Protagonisten ins Parlament geschickt, und ich habe sowohl Herrn Fischer als auch Herrn Wohlfahrt gesagt, das BMF wird keine

Regierungsvorlage dazu machen. Wir werden dieses Vorhaben nicht in die Regierung bringen, ich werde nicht eine Initiative des BMF daraus machen und dann versuchen, die Parlamentsklubs davon zu überzeugen. Wenn sie – die Unternehmen – das wollen, dann sollen sie diesen Schritt ins Parlament machen, und zwar genau deswegen, weil mir durchaus die Sensibilität des Anliegens bewusst war und weil ich in meinen Jahren im Finanzministerium gelernt habe, dass es eine Tradition geben würde, die heißt: Alle Parteien sollen eingebunden werden, wenn es um eine Reform des Glücksspielgesetzes geht.

So war das.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Mag. Grasser, lassen Sie uns gemeinsam einen Schritt zurückgehen, um zu hinterfragen, welche Interessen dem zugrunde liegen.

Sie haben vorhin von zwei Protagonisten gesprochen, in Ihrer Einvernahme am 8. September 2009 sprechen Sie von mehreren Terminen, zum Beispiel mit Casinos Austria, Lotterien, bwin und Novomatic. – Was wollten diese Firmen von Ihnen? War das im selben Konnex, oder gab es auch konträre Interessen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Nein, das war ein anderer Konnex.

In diesem Punkt der Einvernahme habe ich nichts anderes gemacht, als zu sagen: Für mich war das nicht ungewöhnlich, dass zwei Unternehmen kommen, Novomatic und Telekom, das einzig Ungewöhnliche war vielleicht die Kombination daraus. Die Novomatic war vorher auch schon einmal bei mir, genauso wie Casinos Austria mit anderen Anliegen bei mir waren, genauso wie bwin mit anderen Anliegen bei mir war. Jeder Marktteilnehmer hatte natürlich sozusagen ein gewisses Interesse, das Glücksspielgesetz und den gesetzlichen Rahmen in die eine oder andere Richtung zu verändern.

Ich habe in dieser Einvernahme nur darauf Bezug genommen, dass ich in sieben Jahren mit allen Marktteilnehmern oder mit mehreren Marktteilnehmern zu verschiedensten Themen gesprochen habe, und das war halt ein Termin davon.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Sie sagen vollkommen richtig, es gab mehrere Termine, auch einen mit den Lotterien. – Was war das konkrete Interesse der Lotterien in dieser Causa?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Wir reden von komplett verschiedenen Dingen. Die Lotterien waren sicher auch bei mir – im Regelfall hat das Leo Wallner gemacht, und es wird sicher auch Herr Stickler bei mir gewesen sein –, und das Interesse der Lotterien, soweit ich mich erinnern kann, war, denke ich, klar: Ein Monopolist will sein Monopol erhalten!

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Es gab nicht nur Monopolisten, sondern es gab auch Lobbyisten.

Lassen Sie mich Herrn Meischberger ansprechen! – Gab es im Jahr 2005/2006 Ihrerseits mit Herrn Meischberger nur private Kontakte oder gab es auch geschäftliche Beziehungen in diesem Zeitraum?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Logischerweise gab es keine geschäftlichen Beziehungen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, private Kontakte. (*Mag. Grasser: Ja!*)

Darf ich Sie zu Ihrem Verhältnis zu Herrn **Rudolf Fischer** fragen? – Wann haben Sie Herrn Fischer kennengelernt?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das habe ich damals in einer Einvernahme zu beantworten versucht. Ich weiß jetzt nicht mehr, wann ich Herrn Fischer kennengelernt habe, aber da ich im Februar 2000 Finanzminister wurde, glaube ich, dass ich ihn dann irgendwann kennengelernt haben werde. Ich kann mich nicht erinnern, dass ich ihn vorher kennengelernt habe. Als Finanzminister ist man Eigentümerversorger der ÖIAG, die Telekom war bekanntermaßen ein Beteiligungsunternehmen, und insofern war klar, dass ich dann Kontakt sowohl zu Sundt als auch zu Nemsic als auch zu Fischer hatte.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Ich darf nun zu der Besprechung von Anfang November 2006 kommen. An dieser Besprechung haben Herr Fischer, Herr Wohlfahrt teilgenommen.

Was wurde in diesem Zusammenhang im Zuge dieser Besprechung erörtert, besprochen? (*Mag. Grasser: War das die Auftragsbesprechung sozusagen, oder?*) – Anfang November 2006, ja.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Also der Präsentationstermin. (*Abg. Hornek: Ja!*) – Das habe ich gerade eingangs bei meinem Statement geschildert: dass die beiden gekommen sind und gesagt haben, sie würden gerne eine Initiative setzen, beide Unternehmen zusammen, im Sinne zweite Konzession nach § 12a Glücksspielgesetz.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Sie hatten bereits damals den Eindruck, dass sie gemeinsam eine Firma planten.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das haben die beiden gesagt, ja. Deswegen sind sie ja auch gemeinsam gekommen.

Das habe ich als das einzig Überraschende bezeichnet, weil ich nicht wirklich gedacht hätte, dass die Telekom mit der Novomatic im Glücksspielbereich tätig werden will.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie Herrn Wohlfahrt und Herrn Fischer gesagt: Gehen Sie in die Klubs und erörtern Sie Ihren Wunsch und transportieren Sie ihn dort!?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Mehr noch, um präzise zu sein. Ich habe gesagt:

Wenn Sie diese Initiative, dieses Projekt umsetzen wollen, dann wird das nur über die Zustimmung der Parlamentsklubs gehen. Zielsetzung ist, dass Sie einen All-Parteien-Konsens erreichen, daher reden Sie bitte mit allen Klubs, mit entsprechenden Repräsentanten der Klubs, und schauen Sie, welche Meinung die Klubs vertreten!

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Mag. Grasser, ich möchte gerne mit Ihnen über den Initiativantrag und den Abänderungsantrag sprechen. Sie sind der Meinung, dass der Initiativantrag die wesentlich klügere Vorgangsweise war – aufgrund Ihrer Aussagen, die Sie jetzt getätigt haben –, gerade dieser Initiativantrag ist aber das, was so hinterfragenswert ist.

Ist Ihnen bewusst, wer den Abänderungsantrag in diesem Zusammenhang erarbeitet hat, welche Person das gewesen ist?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich weiß nicht, wer den Initiativ- oder Abänderungsantrag erarbeitet hat. Aber ich habe früher nicht gesagt, es erschien mir sinnvoller, dass das sozusagen über einen Abänderungs- oder Initiativantrag gemacht wird, sondern ich habe gesagt, dass wir im Finanzministerium eine ganze Reihe von wichtigeren Themen hatten; das wollte ich Ihnen damit sagen. Das heißt, wir hatten unsere Prioritätensetzungen.

Wir haben Strukturreformen vorangetrieben. Wir haben versucht, Staatsausgaben zu senken. Wir haben die Steuerreform umgesetzt und die Steuern in unserem Land gesenkt, haben die Kaufkraft erhöht, haben versucht, den Standort attraktiver zu

machen, haben versucht, mit den anderen Ministerien Schwerpunkte zu setzen im Bereich Forschung und Entwicklung, Bildung, Infrastruktur und so weiter.

Das heißt, wir wollten unsere Zeit nicht mit einer Diskussion – Glücksspielgesetzveränderung, Ja oder Nein – vertun, weil wir bedeutendere, wichtigere andere Prioritätensetzungen hatten. Daher haben wir gesagt: Passt auf, okay, wenn das sozusagen am Ende des Tages eine Initiative ist, die zu deutlichen Mehreinnahmen führt, die für die Republik Sinn macht, die ordnungspolitisch vertretbar ist, werden wir dem nicht im Wege stehen; aber wenn ihr das wollt, dann geht ins Parlament! Wir beschäftigen uns mit dem Thema nicht, weil wir anderes, Besseres und Wichtigeres zu tun haben.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Ihrer Prioritätenreihung zufolge hatte dieser Initiativantrag nicht den Stellenwert, den dieser Ausschuss ihm zumisst. Es stellt sich für mich die Frage: Wenn das Ministerium gar nichts damit zu tun hatte, können Sie ausschließen, dass kein Kabinettsmitarbeiter, kein beamteter Mitarbeiter des Hauses diesen Initiativantrag verfasst hat?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Noch einmal: Ich weiß nicht, wer ihn verfasst hat. Meine Recherche hat ergeben, dass das Finanzministerium aus meiner Sicht rudimentär befasst war. Ja, es wurde uns die Initiative mitgeteilt. Ja, wir haben unsere Meinung – oder ich habe meine Meinung – dazu in einem Erstgespräch kundgetan.

Ich habe sozusagen die Protagonisten ins Parlament geschickt und gesagt: Wenn ihr das wollt, redet mit den Parlamentsklubs!, und dann ist offensichtlich irgendwann – ich habe früher gesagt: wahrscheinlich über Dr. Samonig von Ihrem Klub – ein Abänderungsantrag ins BMF geschickt worden. So sagt es mir Frau Mag. Billinger. Man hat uns um Stellungnahme gebeten, und dann war offensichtlich Quantschnigg in irgendeiner Form involviert, denn sonst hätte er nicht dieses Gespräch mit Erlacher führen können.

Aber noch einmal: Wenn wir einen Antrag geschrieben hätten, oder wenn ich einen Antrag beauftragt hätte, dann hätte ich entweder mit Frau Mag. Billinger geredet oder ich hätte mit Herrn Generalsekretär Quantschnigg geredet oder ich hätte direkt mit Herrn Erlacher gesprochen und hätte darum gebeten: Bereitet so etwas vor – Regierungsvorlage –, bringen wir es in die Regierung! Und wenn es in der Regierung Konsens gewesen wäre, hätten wir sozusagen die Regierungsvorlage ins Parlament gebracht; wie halt der übliche Weg ist.

Aber die Tatsache, dass wir das nicht gemacht haben, beweist ja, dass da im Wesentlichen zwei Unternehmen mit Parlamentsklubs verhandelt haben. Ich meine, ich habe dem Herrn Stummvoll nicht gesagt, dass er einen Antrag auf die Tagesordnung setzen soll.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Zurückkommend zu diesem Abänderungsantrag: Herr Mag. Grasser, wann haben Sie erstmalig und durch wen von diesem Abänderungsantrag erfahren?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das weiß ich beim besten Willen nicht, aber das muss wahrscheinlich irgendwann rund um die Finanzausschuss-Sitzung gewesen sein.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das heißt, Sie haben aufgrund eines Berichtes eines Ihrer Mitarbeiter aus dem Finanzausschuss erfahren, dass es diesen Abänderungsantrag gegeben hat, und vorher hatten Sie keine Kenntnisse über diesen Antrag.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich weiß es wirklich nicht; so wie ich Ihnen wahrheitsgetreu gesagt habe, ich weiß nicht, wer ihn geschrieben hat – ich weiß nicht, welchen Weg

dieser Abänderungsantrag gemacht hat. Ich kann Ihnen auch bis heute nicht im Wesentlichen sagen, was drinsteht, außer dass mir klar war, dass die Zielsetzung offensichtlich eine zweite Konzession nach § 12a gewesen sein muss.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Mag. Grasser, wer war in Ihrem Kabinett für das Glücksspiel zuständig?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das habe ich ausgeführt: Frau Mag. Christine Billinger.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Und von der Beamten-Seite?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Als Beamter war der zuständige Abteilungsleiter Herr Dr. Erlacher; wobei – Sie haben ja die Aussage vor der Staatsanwaltschaft liegen –: Wir haben im Kabinett die wesentlichen Kernkompetenzen besetzt, sozusagen mit kompetenten Persönlichkeiten, und Frau Mag. Billinger war für Steuerrecht zuständig und hat das Glücksspiel, wenn Sie so wollen, als völlige Randmaterie mit dabeigehabt. Ich möchte jetzt nicht sozusagen die Kompetenz von Frau Billinger schmälern, aber sie hat sich sicherlich nicht extensiv mit dem Glücksspiel beschäftigt und ums Glücksspiel gekümmert. Dort hat es eben die zuständige Abteilung gegeben. Herr Dr. Erlacher hat sie geführt.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Wenn Sie den Herrn Dr. Erlacher ansprechen: Aufgrund der vorliegenden Unterlagen, der Protokolle, die wir eingesehen haben, aber auch aufgrund der Aussagen hatte man eher den Eindruck, dass es ein angespanntes Verhältnis Grasser/Erlacher gegeben hat.

Können Sie uns zu diesem Spannungsfeld Näheres erzählen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich habe kein wirkliches Spannungsverhältnis gesehen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Aber die Aussagen waren doch eher leicht kritisch, würde ich meinen – höflich formuliert.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Also wenn ich ein Spannungsfeld gesehen hätte, dann hätte ich Herrn Dr. Erlacher abberufen und hätte einen anderen Abteilungsleiter bestellt – Jahre davor. Da ich das nicht gemacht habe, war offensichtlich das Spannungsfeld nicht groß genug; deswegen sage ich: Ich habe kein besonderes gesehen.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Na ja, das Taferl hat er ja behalten, aber der Inhalt wurde reduziert, nämlich genau um dieses Thema, das wir diskutieren, nämlich dass seine Kompetenzen in diesem Bereich auf null beschnitten wurden, so wie er uns das als Auskunftsperson vor einer halben oder Dreiviertelstunde erklärt hat.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ja, aber das war – wenn ich mich richtig erinnere – wahrscheinlich irgendwann im Jahr 2006. Helfen Sie mir! War das vielleicht 2006?

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Das war in dem Zeitraum um den Finanzausschuss herum oder 14 Tage nach ... – Es war dezidiert nach der Sitzung des Finanzausschusses, und Herr Erlacher hat so quasi gesagt, er habe sich darüber geärgert, dass man ihm die Fachkompetenz entzogen hat, aber er habe als Beamter keine Möglichkeit gehabt, dagegen vorzugehen, weil man ja seine Funktion belassen hat; man hat ihm nur die „Aufgabenstellung“ – unter Anführungszeichen – weggenommen.

Daher nehme ich an, dass es in diesem Zusammenhang ein Spannungsfeld gegeben hat.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich würde da nicht zu viel hineininterpretieren, Herr Abgeordneter! Was mir aus dem Haus, sozusagen von anderen federführenden

Beamten berichtet wurde – und den Eindruck hatte ich selbst auch –, war – ich habe das irgendwo an einer Stelle auch gesagt –: Erlacher war für mich die sieben Jahre, die ich Finanzminister war, Bewahrer des Monopols. Daher ist es ja kein besonderer Zufall, dass er bei den Casinos oder Lotterien – oder ich weiß nicht, wo – sitzt; also beim Monopol sitzt er auf alle Fälle. Es hat mich überhaupt nicht besonders überrascht, dass er dann um Karenzierung gebeten hat, um dort hinzugehen. In den sechs oder sieben Jahren, in denen ich Verantwortung getragen habe, war alles, was von Erlacher gekommen ist, sozusagen monopolbewahrend. Das kann man wollen oder nicht wollen.

Sie haben gesehen, ich habe in den sieben Jahren – meines Wissens – keine Initiative gesetzt, die das Glücksspielmonopol gebrochen hat. Ich habe keine Initiative gesetzt, die sozusagen aus dem Monopol ein Oligopol oder – was immer – einen freien Markt gemacht hat, weil – noch einmal – das Thema für mich kein prioritäres Thema war.

Das Thema war ein Thema, unter anderem zum Beispiel weil die verschiedenen Sportminister immer mehr Geld wollten und Sport ja sozusagen in gewisser Weise auch mit dem Glücksspiel kombiniert war. Und wenn man mehr Geld will, dann lässt sich mehr Geld natürlich leichter verteilen, wenn man mehr Einnahmen hat. Deswegen habe ich zum Beispiel diese Initiative – Novomatic/Telekom – im Sinne auch der potenziellen Mehreinnahmen als sachlich überlegenswert und durchaus sinnvoll gesehen.

Dass das Finanzministerium lange Zeit hier sehr restriktiv monopolbewahrend aufgetreten ist, ist die empirische Wahrheit; dass es dann auch durchaus Zeit war, über Liberalisierungen nachzudenken, hat ja schlussendlich der Europäische Gerichtshof im Oktober 2010 mit seiner Entscheidung, dass das Glücksspielmonopol europarechtswidrig ist, sehr deutlich unter Beweis gestellt, glaube ich.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Aber ich denke, das ist ja auch einer der Kernpunkte, nicht nur die Thematik, dass Spielende abhängig werden, sondern auch die Tatsache, wie Finanzströme sicher zu jenen kommen, die das Ziel sind; das politisch vorgegebene Ziel ist nämlich, dass es zu den Sportlern kommt.

Ich denke doch, das war auch einer der Diskussionspunkte, einer der massiven Diskussionspunkte, die es in diesem Zusammenhang vor dem Ausschuss und während des Ausschusses gegeben hat, weil es die Bedenken gab, dass man die Finanzströme mit dieser Maßnahme reduziert und nicht erweitert, so wie Sie das erhofft haben.

Haben Sie das bilanziert und analysiert, was das eine bedeutet und was das andere bedeutet? (*Mag. Grasser: Nein!*)

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Herr Mag. Grasser, Sie sind jetzt eh schon ein paar Runden in diesem Ausschuss, das heißt, Sie kennen das ja. Wir kommen daher nach der doch eher breiten Fragerunde der ÖVP ein bisschen zu konkreterem, zu Personen und Kenntnissen von Personen.

Die Herren Wohlfahrt, Wallner, möglicherweise andere von den betroffenen Firmen Novomatic und CASAG, also der Casinos Austria AG, kennen Sie nur dienstlich, kennen Sie Einzelne dieser eher höher gestellten Proponenten persönlich, gibt es Verhältnisse, Ähnliches? Wie schaut das aus?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Also ich kann Ihnen wirklich nicht sagen, wann ich die Damen und Herren – eigentlich Herren – genau kennengelernt habe. Soweit ich mich

erinnern kann, habe ich sowohl Wohlfahrt als auch Fischer erst in der Verantwortung als Bundesminister für Finanzen kennengelernt. Ich glaube, dass ich Leo Wallner bereits vorher, in meiner Zeit in der Kärntner Landesregierung, kennengelernt habe, Stickler wahrscheinlich erst in meiner Zeit als Finanzminister.

Ich werde sie wahrscheinlich immer wieder irgendwo bei Veranstaltungen, ob jetzt – weiß ich nicht – der Wirtschaftskammer oder Industriellenvereinigung oder sonstiger Wirtschaftsforen, gesehen haben, aber ich hatte zu all jenen, die ich jetzt angeführt habe, keinen privaten Kontakt. Der Einzige, mit dem ich auch privaten Kontakt hatte, wenn man das so bezeichnen kann, war Rudolf Fischer, mit dem ich ein paar Mal Golf gespielt habe oder er im gleichen Flight gespielt hat wie ich.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Von den Proponenten der Firmen zu den Verhältnissen in der Koalition: Es ist ja bekannt, dass Scheibner eher auf der Casino-Seite war, Westenthaler eher auf der Novomatic-Seite; Molterer hatte auch seinen Liebling.

Wie war in der Regierung selber, im Regierungsteam, die Aufteilung – wenn man so will –, zwischen Monopol, Casino, beziehungsweise Aufweichung, Novomatic?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ganz ehrlich, auch wenn Sie es mir nicht glauben, aber ich kann die Einstufung, die Sie jetzt vornehmen, nicht nachvollziehen. Ich weiß nicht, welcher Meinung da der Herr Scheibner oder der Herr Westenthaler war.

Mein Eindruck war immer – aus einer gewissen Historie heraus –, dass FPÖ beziehungsweise BZÖ für die Liberalisierung wären, weil sie einfach Vertreter der freien Marktwirtschaft sind und sozusagen immer gegen Monopol und für freien Wettbewerb eingetreten sind, auch aufgrund des Parteiprogrammes. Das war mein Eindruck.

Dass die ÖVP vielleicht gewissen Lobbying-Einflüssen ausgesetzt war – aus dem Raiffeisenbereich, in Richtung Casino, Monopolbewahrung –, ich meine, das ist kein Geheimnis; das ist eh klar.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Das heißt, das war Ihnen zu diesem Zeitpunkt bewusst.

Waren Sie, als diese ganzen Anträge kamen, bei den Vorbesprechungen für die Ausschüsse, bei beiden – ÖVP oder FPÖ, BZÖ –, selber dabei?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Sie meinen jetzt, konkret zu diesem Thema? (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Ja!*) – Ehrlich gesagt, ich kann mich daran nicht erinnern, ich glaube es aber nicht; aber ich kann es Ihnen nicht mit hundertprozentiger Sicherheit sagen.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** War es überhaupt üblich, dass Sie als Minister zu den Vorbesprechungen beziehungsweise Koordinationssitzungen gingen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Dort, wo es um strittige Materien gegangen ist, die besonders wichtig waren, zum Beispiel wenn wir – logischerweise – ein Budget ins Parlament gebracht haben und es Vorbesprechungen gegeben hat – klar war ich da in der Vorbesprechung mit dabei; Steuerreform, Ähnliches. Also wenn es um wirklich wichtige Materien gegangen ist, die Priorität hatten in der Regierungsmannschaft, dann war es klar, dass man dort war. Vielfach war man durch ein Kabinettsmitglied beziehungsweise Beamte vertreten.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Eine Konkretisierung noch zur Sportförderung: Sie haben ja – wie Sie zuerst ausgeführt haben – die Sportförderung eher aus der Sicht des Mehrumsatzes – also mehr Geld – gesehen.

Hatten Sie auch einmal Überlegungen dahin gehend: Wenn das Monopol fällt, könnte die Sportförderung als Ganzes möglicherweise fallen oder überhaupt auf neue FüÙe gestellt werden müssen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Mein Eindruck ist – aus Ihrer Fragestellung herleitend –, dass Sie sozusagen hier interpretieren, wir hätten uns deutlich stärker damit beschäftigt im Finanzministerium, als wir es tatsächlich getan haben.

Wir haben eine Situation vorgefunden, die hieß Monopol, mit einer gewissen Einnahmenhistorie, und wir haben diese Situation so belassen, weil wir uns nicht in ein politisch konfliktreiches Thema stürzen wollten, wo es am Ende des Tages wenig zu ernten gibt. Denn ob man dort jetzt sozusagen ein paar Mehreinnahmen erzielt oder ein paar Mindereinnahmen, hätte unsere Budgetsorgen nicht gelöst, und – noch einmal –: Daher hatten wir ganz andere Prioritäten.

Es war daher für uns ein Randthema, und auch deswegen, wie vorhin gesagt, habe ich keine Initiative im Sinne einer großen Regierungsvorlage, einer Initiative des Finanzministeriums gesetzt, sondern wir haben gesagt: Es bringt nichts, wenn man bei dem Thema aneckt, wenn man viel Zeit und Mühe aufwenden muss, um hier offensichtlich ein konfliktreiches Thema einzubringen und zu moderieren. Lassen wir es, wie es ist.

Das war eigentlich der Zugang im Finanzministerium: unsere Zeit effizienter, produktiver, besser für das Land mit anderen Prioritätensetzungen einsetzen zu können.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Wie war dann die Situation, als erkennbar war, dass das nicht nur irgendeine kleine Trägerrakete ist, sondern dass das Projekt als Ganzes – von der einen Seite groß initiiert –, von der anderen Seite betrachtet, umfällt? Der Einzige, der unter Anführungszeichen noch „profitieren“ können hätte, wäre Meischberger gewesen, weil er auf Erfolgshonorarbasis gearbeitet hat.

Hatten Sie da Kontakt mit ihm? Was war da ab dem Zeitpunkt Ihre Zielsetzung?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Erstens: Hatte ich Kontakt in Bezug auf sein Erfolgshonorar? – Nein, ich habe nicht einmal gewusst, sozusagen, dass er hier ... – Ich überlege gerade ... – Ich wusste, dass Meischberger und Hohegger sich mit dem Thema beschäftigt haben, aber ich hatte logischerweise keine Ahnung, welche Verträge sie dort hatten.

Ich glaube vielmehr – wenn Sie Meischberger schon ansprechen –: Es gibt ja sozusagen einige wenige in diesem Saal, die mir eine unredliche Zusammenarbeit mit Meischberger und vielleicht auch Hohegger unterstellen. Manche tun das meines Erachtens sogar wider besseres Wissen, aber lassen wir das einmal dahingestellt.

Ich betrachte gerade dieses Glücksspielthema als den besten Beweis dafür, dass diese Vorwürfe offensichtlich falsch sein müssen, denn wenn der Vorwurf richtig wäre – Herr Meischberger wäre mein super Freund gewesen und hätte meine Regierungsarbeit so leicht beeinflussen können, wie man das gerne vorsätzlich falsch darstellen will, parteipolitisch darstellen will –, dann hätte ich, bitte schön, in sieben Jahren irgendwann einmal eine Initiative gemacht. Wenn ich gewusst hätte, der Herr Meischberger arbeitet für die Novomatic, dann wäre die logische Konsequenz gewesen: da macht man irgendetwas in Richtung Liberalisierung.

Ich habe es **nicht** gemacht. Daher ist das das beste Beispiel dafür, dass – egal, von wem der Herr Meischberger wo wie bezahlt wurde, welche Berateraufträge er hatte;



offensichtlich ist der empirische Beweis geführt – das Finanzministerium – und ich in persona als Finanzminister – solchen Interessen **nicht** nachgekommen ist.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bekannt, welche Position der damalige Kanzler Schüssel hatte beziehungsweise was er bevorzugte oder dass er eben über die Raiffeisen-Schiene die CASAG bevorzugte?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ganz ehrlich, ich kann mich daran nicht mehr erinnern. Ich glaube nicht, dass sich der damalige Bundeskanzler um dieses Thema gekümmert hat. Ich kann es mir schwer vorstellen, weil die damalige Aufgabenteilung – wenn ich mich richtig erinnere – eher die gewesen wäre, dass Klubobmann Molterer sich mit dem Klubobmann Scheibner darüber auseinandergesetzt haben sollte. Das wäre mein Eindruck gewesen, und ich habe auch gedacht, dass das Thema dort aufgehoben ist. Und ich habe gedacht oder vermutet, nach meiner Empfehlung, dass Fischer und Wohlfahrt mit allen Klubobmännern oder mit Delegierten der Klubobmänner das Thema besprechen werden.

**Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ):** Zu einer ganz anderen Geschichte: Alles, was in einem Ministerium geschieht – egal, ob positiv oder negativ –, fällt ja irgendwie dann auch immer zum Teil auf den Minister zurück. Wir haben jetzt den Abteilungsleiter Erlacher gehört, der Know-how ansammelte und dann nahtlos zur CASAG übergang.

Hat es nie Überlegungen gegeben, eine Art Drehtürregelung oder Ähnliches zu machen, dass man nicht sofort aus einem Ministerium zu einer thematisch einschlägigen Firma gehen kann, sondern dass es entsprechende Pausen, Konkurrenzklauseln oder Ähnliches geben soll? War das nie in Diskussion?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das war so nicht in Diskussion. Noch einmal: Es war ein Randthema für uns, daher haben wir uns nicht besonders damit beschäftigt. Und ich wurde dann auch quasi im Vorübergehen davon informiert – irgendwann einmal, glaube ich; ich weiß es gar nicht, vielleicht war das auch nach meiner Zeit –, dass sich Erlacher karencieren lassen will. Ich glaube, mich erinnern zu können, dass ich gefragt habe, wohin er gehen will, und die Auskunft war Casinos/Lotterien. Da habe ich mir gedacht: Ja, das ist eigentlich schlüssig, sozusagen, dass er dorthin geht; okay.

Aber noch einmal: Er kann auch mit dem Know-how, das er im Finanzministerium angesammelt hat, dort vielleicht einen guten Job machen – das hoffe ich für ihn und für das Unternehmen –, aber er kann ja deswegen nicht die sozusagen exekutive Arbeitsweise des Finanzministeriums beeinflussen und schon gar nicht das Hohe Haus in seinen Gesetzesinitiativen. (*Abg. Dipl.-Ing. Deimek: Okay, danke!*)

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir legen Ihnen einmal zwei Dokumente vor.

(*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*)

Es sind diese besagten zwei von mehreren Versionen dieser Abänderungsanträge, die im Zuge der Nationalratssitzung am 13. Juli 2006 hätten eingebracht werden sollen. Oben auf dem Dokument steht es geschrieben:

**ON 1** ist faktisch die Endversion, die den Punkt 3 zusätzlich beinhaltet, der in der Version **ON 2** noch nicht enthalten ist. Der Punkt 3 beinhaltet eine Spezifizierung in Hinsicht auf die Sportförderung.

Jetzt frage ich Sie: Kennen Sie diese Anträge? Und seit wann kennen Sie diese Anträge, und von wem sind Ihnen diese Anträge bekannt gemacht worden?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Also erstens kann ich mich wirklich nicht erinnern, ob ich diese Abänderungsanträge gesehen habe oder nicht. Ich habe vorhin bereits ausgeführt, dass ich nicht weiß, wer diese Anträge verfasst hat, und habe auch meine Recherche wiedergegeben, dass mir sozusagen mitgeteilt wurde, dieser Antrag – oder diese Anträge, ich weiß ja nicht, mir wurde gesagt, **ein** Abänderungsantrag – wurde von Herrn Dr. Samonig mit der Bitte um Stellungnahme ins BMF geschickt. Und ich habe den Dialog zwischen Quantschnigg und Erlacher bereits dargestellt. Mehr kann ich Ihnen dazu wirklich nicht sagen. Das BMF hat ihn offensichtlich nicht geschrieben, sonst hätte ihn Erlacher ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ja, eben, das ist ein ganz entscheidender Punkt. Ich glaube auch, dass da die wichtigen Entscheidungen weniger bei Ihnen gefallen sind, sondern eher ein paar Häuser-Gassen weiter im ÖVP-Parlamentsklub.

Ist es normalerweise nicht üblich – Sie sehen auch, das ist ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Stummvoll, Neudeck; Stummvoll war Finanzsprecher der ÖVP, war Vorsitzender des Finanzausschusses –, dass ein ÖVP-Finanzsprecher und Vorsitzender des Finanzausschusses einen Abänderungsantrag, der derart weitgehend ist und der offensichtlich auf einer Initiative des ÖVP-Parlamentsklubs basiert, mit dem eigenen ÖVP-Finanzminister, damals Karl-Heinz Grasser, abstimmt und akkordiert?

Das wäre eher die übliche Vorgehensweise gewesen. Ich frage Sie in diesem Zusammenhang, weil da Stummvoll neben Neudeck als Antragseinbringer aufscheint: Hat Sie Herr Stummvoll jemals mit diesem Antrag konfrontiert?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich habe es vorhin gesagt: Es tut mir wirklich leid, aber ich weiß es wirklich nicht, bei welchen Sitzungen ich dort dabei war. Ich kann weder sagen, ich habe mit Stummvoll darüber gesprochen, noch kann ich ausschließen, mit ihm gesprochen zu haben. Wobei es schon insofern dann üblich war, denn wenn es diesen Abänderungsantrag im ÖVP-Klub gegeben hat – wie auch immer der dort hingekommen ist und wer ihn geschrieben hat –, dann hat man zumindest, laut Information meiner damaligen Mitarbeiterin, uns diesen Abänderungsantrag ins Finanzministerium geschickt und eine Stellungnahme erbeten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das ist schon ein ganz wichtiger Punkt. Den Informationen der Frau Billinger nach – so heißt sie, glaube ich – ist der Antrag von Herrn Samonig aus dem ÖVP-Parlamentsklub dem Finanzministerium übermittelt worden.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich habe sie gefragt, ob sie irgendeine Wahrnehmung dazu hat, ob sie dazu etwas weiß, woher dieser Antrag kommt. Und sie glaubte in dem Gespräch mit mir, sich daran zu erinnern, dass sie den Antrag von Dr. Samonig übermittelt bekommen hat. Ich weiß nicht, ob Sie es nicht ohnedies in Ihren Unterlagen haben. (*Abg. Petzner: Nein, in den Unterlagen ist das eben ...!*) Aber das müsste sich normalerweise recherchieren lassen, ob das richtig ist oder nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das ist die zentrale Frage: Wer hat was wann wohin geschickt?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Aber mir ist es einfach insofern wichtig, Herr Abgeordneter, weil alle möglichen Dinge falsch behauptet und unterstellt worden sind, bis hin zu Anzeigen, die von Herrn Abgeordnetem Pilz bei der Staatsanwaltschaft gegen mich gemacht worden sind, wo er nur gesagt hat: Der Grasser wollte, wollte, wollte! – Der Grasser wollte offensichtlich gar nichts. Denn wenn der Grasser etwas wollte, dann hätte er eine Regierungsvorlage gemacht, dann hätte er es in die Regierung gebracht, dann hätte er das danach sozusagen ins Parlament gebracht. Habe ich aber nicht, und

ich habe mich offensichtlich auch nicht besonders dafür eingesetzt, starkgemacht und auch keine ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Wir wissen jetzt, aus Ihrem Kabinett kommt er nicht, wir wissen, aus dem Finanzministerium, aus einer Fachabteilung kommt er nicht, und wir haben die Aussage von Frau Billinger, die sagt, es kommt aus dem ÖVP-Parlamentsklub. Ich halte das für sehr, sehr schlüssig, denn das deckt sich ja auch mit dem, was wir hier bisher herausarbeiten konnten.

Haben Sie gewusst – ich frage das nur noch einmal, damit wir das im Stenographischen Protokoll haben –, dass Herr Meischberger konkret für Novomatic und die Telekom gegen Entgelt in dieser Causa aktiv ist?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich kann es nicht ausschließen. Ich kann mich nicht mehr genau daran erinnern, aber ich schließe nicht aus, dass er mir gesagt hat, dass er für diese beiden Unternehmen tätig ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich möchte das kurz mit Ihnen chronologisch durchgehen. Da gibt es auch ein Schreiben des Herrn Mag. Krenn von Hochegger, am 3. Juli 2006, wo er dem Herrn Klubobmann Scheibner schreibt:

Wie mit Herrn Meischberger besprochen, darf ich Ihnen anbei einen Gesetzesänderungsvorschlag zur Novellierung des Glücksspielgesetzes übersenden. – Und so weiter. Das ist am 3. Juli 2006, also vor dem Finanzausschuss.

Dann geschieht aber in der Sitzung des Finanzausschusses am 5. Juli 2006 überhaupt nichts, sondern es wird eine Novelle beschlossen, die Detailänderungen bei der Exekutionsordnung beinhaltet hat, also eher etwas Untergeordnetes, und sonst war dort nichts in dieser Sitzung. Was es allerdings gibt, ist ein Protokoll wieder des Herrn Krenn, ein E-Mail an Schieszler und an Wohlfahrt, in dem er berichtet, dass es auf Basis von Informationen, Vorbesprechungen, Finanzausschuss vor der Wahl zu **keiner** entsprechenden Änderung des Glücksspielgesetzes mehr kommen wird, was eine weitere Konzession für Novomatic betrifft. – Damit ist das abgeschlossen.

Dann gibt es aber offensichtlich einen zweiten Anlauf, nachdem der erste gescheitert ist, der direkt in Richtung der Nationalratssitzung am 13. Juli 2006 gegangen ist, nämlich mit einem Abänderungsantrag.

Die Frage ist: Von wem ging dieser zweite Anlauf aus?

Ich glaube durchaus, dass das **nicht** von Ihnen ausgegangen ist, sondern vermute da eher diese Ecke da drüben (*in Richtung ÖVP blickend*), und das versuchen wir jetzt, herauszufinden.

Ich halte Ihnen daher auch eine Zeugenaussage von Herrn Stummvoll vor. Ich meine, es ist sehr interessant, der Herr Stummvoll sagt in seiner Zeugenvernehmung – auch das ist ja vielsagend –, dass die entsprechenden Entwürfe und so weiter im Parlamentsklub der ÖVP nicht mehr auffindbar sind. Das heißt, genau das, was für die Aufklärung des Sachverhaltes wichtig wäre, findet sich in der ÖVP nicht mehr – welch ein Zufall!

Dann sagt Herr Stummvoll bezüglich Ihrer Person:

Ungefähr zwei, drei Tage nach der damaligen Sitzung im Finanzausschuss am 5.7., wo ja nichts passiert ist –

und jetzt kommt's, jetzt kommen wir zum zweiten Anlauf –,

wurde vom Kabinett des Finanzministers an den Parlamentsklub des BZÖ ein Abänderungsantrag zum bisherigen Initiativantrag übermittelt.

Das heißt, Herr Stummvoll sagt es genau umgekehrt – und ich glaube, die Schwarzen wollen sich da ein bisschen abputzen –, er sagt nämlich:

Das Kabinett des Finanzministers hat uns das in den Parlamentsklub geschickt.

Sie, Herr Mag. Grasser, sagen: Die Frau Billinger hat gesagt, es war der Parlamentsklub, der den Antrag an das Finanzministerium geschickt hat.

Das ist ein entscheidender Unterschied hinsichtlich der Frage, von wem die Initiative ausgegangen ist.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Verzeihen Sie, nur damit ich es nicht vergesse: Dass die Initiative *nicht* eine Initiative des BMF gewesen sein kann, ist, glaube ich, eindeutig ablesbar, und zwar deshalb, weil Herr Erlacher sonst den Abänderungsantrag geschrieben hätte. Irgendwer müsste ihn ja geschrieben haben im Finanzministerium. Mir sagt Frau Billinger, Sie hat ihn nicht geschrieben – was völlig klar ist, denn sie hat überhaupt keine Abänderungsanträge geschrieben. Erlacher war der kompetente Mann, er hat ihn offensichtlich nicht geschrieben. Der Generalsekretär schreibt keinen Abänderungsantrag in Glücksspielangelegenheiten. Frau Gierlinger, die theoretisch noch in Frage kommen hätte können, wird ihn sicher auch nicht geschrieben haben. Ich habe keinen Auftrag dazu erteilt. Also mir ist es ein Anliegen, zu sagen, entgegen dem, was manche andere völlig fälschlich behauptet haben ...

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich sehe das ohnedies ausnahmsweise alles völlig gleich wie Sie. Dann bleibt ohnedies nur mehr einer übrig – und das wissen wir beide, wer übrig bleibt –, nämlich die damalige Kanzlerpartei.

Aber gehen wir dann weiter beim Herrn Stummvoll, der versucht, das auf Sie abzuschieben – also es sei von euch gekommen –, und dann sagt, das sei ja alles ein Wahnsinn und das sei so ein weitreichender Eingriff in das Glücksspielgesetz gewesen und überhaupt.

Herr Stummvoll sagt, dass er den Eindruck gehabt habe – Zitat –, „dass das Kabinett des BMF uns, den ÖVP-Klub, überrumpeln“ wollte mit diesem Gesetzentwurf; dementsprechend wäre es wohl auch unklug gewesen, diesen Entwurf schon einige Wochen vorher mit uns zu besprechen.

Gab es einen Überrumpelungsversuch seitens des Finanzministeriums gegenüber dem ÖVP-Klub? – Ich glaube nicht, denn es gab ja auch keinen entsprechenden Antrag des Finanzministeriums.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich habe mit Günter Stummvoll nie darüber gesprochen, aber, ganz ehrlich, ich habe mich beim Vorhalt, bei genau diesem Vorhalt durch den Staatsanwalt wirklich darüber geärgert, wenn er das so gesagt haben sollte, weil ich es einfach absolut lächerlich finde, dass mit einem Initiativ- oder Abänderungsantrag – der bekanntermaßen ein Instrument des Parlaments, der Abgeordneten, und nicht ein Instrument der Regierung ist – ein Kabinett, das diesen nicht einmal geschrieben hat, einen Parlamentsklub *überrumpeln* können soll. Das halte ich wirklich für ein lächerliches und vor allem falsches Argument.

Es ist klar nachvollziehbar, dass im Parlament – zumindest gehe ich davon aus – die Abgeordneten Herr des Verfahrens sind. Und ich habe ein bisschen Erfahrung in der ganzen Geschichte und kann Ihnen viele Beispiele geben, wo mir die Klubobleute gesagt haben: Das findet nicht statt! – selbst dort, wo wir Regierungsvorlagen gemacht hatten und wo wir halt werben mussten und überzeugen mussten, damit wir Regierungsvorlagen durchgebracht haben.

Ich meine, es gibt natürlich Abänderungsanträge – klar –, die auch das Finanzministerium schreibt. Warum? – Weil die Legislative dann das

Finanzministerium ersucht: Geh, macht uns einen Abänderungsantrag dazu! – Das ist zum Beispiel bei Budgetfragen, würde ich sagen, eher die Regel, dass wir dann mit einer Fülle von vorbereiteten Abänderungsanträgen ins Haus kommen.

Das gibt es auch bei Initiativanträgen – das ist völlig richtig –, aber dann gibt es sozusagen einen klaren Absender, dann gibt es einen klaren Experten, der das ausgearbeitet hat, und dann ist das sozusagen auch klar nachvollziehbar. – Das sehe ich hier nicht.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Gut. Ich will nur kurz zu den Ereignissen des 12. Juli 2006 und der Sitzung dann am 13. Juli 2006 kommen. Das war es dann für die erste Runde.

Also wir haben jetzt das mit dem 5. Juli abgehandelt. Der Meischberger-Entwurf, der dem Scheibner am 3. Juli geschickt worden ist, der kann nicht der entscheidende gewesen sein, weil am 12. Juli Folgendes passiert – dazu gibt es auch die Zeugenaussagen unter Wahrheitspflicht von der damaligen Sekretärin und den entsprechenden E-Mail-Verkehr –:

Am Abend des 12. Juli bricht im BZÖ-Klub die große Hektik aus, weil der BZÖ-Klub auf einmal einen Antrag übermittelt bekommt – einen Tag vor der Sitzung –, einen Abänderungsantrag über eine Änderung des Glücksspielgesetzes genau für Novomatic.

Am 17.09 Uhr schickt Frau Kartak, nachdem sie diesen in Papierform übergebenen Antrag abgetippt hat, diesen an den zuständigen Referenten. Der zuständige Referent arbeitet die Änderungswünsche des BZÖ ein. Da geht es eben vor allem um die Absicherung der Sportförderung. – Das heißt, man muss davon ausgehen, wenn der in einer Abendssession noch den Antrag mit den BZÖ-Wünschen ergänzt, dass das BZÖ am Abend des 12. Juli, vor der Sitzung am 13., noch fix davon ausgegangen ist – denn sonst würde er sich die Arbeit nicht antun –, dass die Änderung am nächsten Tag in Form eines Abänderungsantrages kommt, der auf eine Initiative des ÖVP-Parlamentsklubs zurückgeht, der mit dem BZÖ akkordiert wurde.

Sie haben richtig gesagt, das BZÖ war immer für die Abschaffung des Glücksspielmonopols und ist es bis heute. Und dann ist es aber am 13. Juli doch nicht gekommen und in letzter Sekunde zurückgezogen worden.

Da möchte ich Sie jetzt fragen, ob Sie als damals zuständiger Finanzminister Wahrnehmungen zum Abend dieses 12. Juli 2006 haben, über diese abendlichen, offensichtlich auf parlamentarischer Ebene akkordierten Änderungen und Umschreibungen dieses Antrages und die geplante Beschlussfassung in Form eines Abänderungsantrages im Parlament in der Sitzung vom 13. Juli.

Ich gehe davon aus, dass Ihre eigene Partei, die ÖVP damals, Sie in irgendeiner Form darüber informiert haben wird, dass die am 13. Juli offensichtlich noch eine Abänderung vorhatten?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Also ich kann mich daran wirklich nicht erinnern. Ich habe eine sehr vage Erinnerung an die ganze Geschichte, insofern als ich glaube, dass ich damals den Eindruck hatte, dass ÖVP und BZÖ eins waren, einer Meinung waren, dass das kommen soll. – Ich weiß auch nicht, wie die Position der Sozialdemokratie war. Ich glaube, irgendwer hat mir irgendwann gesagt, dass die Sozialdemokratie offen gewesen wäre, dieser Abänderung zuzustimmen.

Aber bei mir war dann eine Überraschung, dass es nicht geklappt hat. Ich kann nur um Verständnis bitten für mein in dieser Frage schlechtes Erinnerungsvermögen, das ich aber darauf zurückführen muss, dass es für mich einfach kein wichtiges Projekt war.

Es ist an uns vorbeigelaufen. Wir waren nicht der Herr des Verfahrens. Wir haben es nicht getrieben. Wir haben nicht die Gespräche geführt. Und wenn man das nicht tut, dann kriegt man halt am Rande mit, was passiert, und erinnert sich nicht mehr so gut.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Noch ganz kurz: Bei so einer großen, weitreichenden Änderung – 13. Juli, Nationalratssitzung, Abänderungsantrag –, da muss ich mich doch erinnern können, ob ich jemals davon informiert, damit konfrontiert wurde ...

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Wissen Sie, warum, jetzt aus meiner egoistischen Sicht als Finanzminister, diese Initiative in jedem Fall zu begrüßen gewesen wäre? – Weil ich persönlich der Überzeugung war, dass es zu Mehreinnahmen der Republik führen würde. (*Abg. Petzner: Das waren wir auch!*)

Zum anderen aber, so, wie ich mich an diese Texte oder an die Grundsatzdiskussion erinnern kann, steht in dem Antrag ja nicht drinnen – ich habe das jetzt hier noch einmal gelesen und glaube, dass meine Erinnerung richtig war –, der Bundesminister für Finanzen **muss** eine zweite Konzession vergeben (*Abg. Petzner: Na eh! Es ist nur die Möglichkeit!*), sondern es ist offensichtlich damals daran gedacht gewesen, dem Bundesminister für Finanzen die **Möglichkeit** einzuräumen (*Abg. Petzner: Genau!*), wenn das BMF der Meinung ist, dass das gescheit ist, das tun zu können.

Das ist, glaube ich, ein wichtiger Punkt für die Gesamtdiskussion, denn: Erstens wollen manche den Eindruck erwecken, dass hier etwas nicht korrekt wäre – das betrachte ich als falsch. Zweitens wollen manche den Eindruck erwecken, dass hier etwas irgendwie unbotmäßig Schlechtes für die Republik verhandelt wurde – das halte ich auch für falsch.

Ich glaube, wenn ich jetzt sehe, dass das Glücksspielgesetz, das Monopol aufgehoben wurde, dass das damals offensichtlich einige Jahre zuvor eine Überlegung ist, die jetzt sogar vom Europäischen Gerichtshof nachvollzogen wurde, wenn ich – ich weiß nicht, ob es stimmt – am Rande mitbekommen habe, dass das Finanzministerium jetzt Casino-Lizenzen und, und, und ausgeschrieben hat und dass es verschiedene Bewerber gibt, wird unter Umständen jetzt das Monopol auch in Österreich vielleicht in naher Zukunft fallen. Also insofern war man damals ja auf einem Weg, der durchaus eine europäische Tendenz hatte.

Wenn ein Finanzminister eine Möglichkeit eingeräumt bekommt, dann wird man sich als Finanzminister nicht groß dagegen wehren, sondern wird sein Haus fragen: Wie sieht ihr das?

Dann muss man sicherlich zum damaligen Zeitpunkt in einer Europäischen Union auch eine europaweite Ausschreibung machen. Das heißt – nur weil man aus heutiger Sicht so tut: die Novomatic und die Telekom –, es hätte ja aus meiner Sicht in jedem Fall, wenn dieser Antrag durchgegangen wäre und wenn man im Finanzministerium dann gesagt hätte, das wollen wir tun, eine europaweite Ausschreibung geben müssen. Und wer bei dieser Ausschreibung gewonnen hätte, ist ja auch überhaupt nicht absehbar. Es hätte ja gut sein können, dass die Initiatoren des Projektes, Novomatic und Telekom, nicht die Gewinner gewesen wären, sondern ein anderer eine zweite Konzession bekommen hätte.

Da sind wir jetzt sehr stark in der Spekulation drinnen. Aber ich wollte nur Ihre Frage beantworten: Warum habe ich mich da nicht mehr engagiert? – Na ja, wenn du dem Finanzminister zusätzliche Möglichkeiten für seine Entscheidungen einräumst, dann bin ich einmal im Grundsatz dafür.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Herr Mag. Grasser, ich möchte noch einmal auf Ihr Verhältnis zu Walter Meischberger zu sprechen kommen. Walter Meischberger war nach der heutigen Aussage von Herrn Hochegger sozusagen der Mastermind im Glücksspielbereich. Walter Meischberger war derjenige, der auch entsprechende Verträge hatte und dafür, für sein Lobbying, auch bezahlt wurde.

War Ihnen bekannt, dass Walter Meischberger über die Agentur **ZehnVierzig** einen Beratervertrag mit der Firma Novomatic besaß?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich glaube, mich erinnern zu können, dass mir bekannt war, dass Meischberger in einem Beratungsverhältnis zu Novomatic stand.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Hat Walter Meischberger in diesem Zusammenhang mit Ihnen jemals über die Lockerung des Glücksspielgesetzes gesprochen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen, weiß ich nicht. Aber ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich beruflich und privat sehr stark getrennt habe, und ich habe früher ja angeführt, dass für mich dieses Glücksspielthema der beste Beweis dafür ist, dass diese meine Feststellung richtig ist. Denn ansonsten, wenn der Einfluss Meischbergers wahrnehmbar gewesen wäre, hätte ich gesagt: Machen wir eine Regierungsvorlage! Machen wir etwas, das gut ist für unsere Republik! Setzen wir das um! Das bringt Mehreinnahmen, macht Sinn für das Land, ist ordnungspolitisch vertretbar. – Das habe ich aber offensichtlich nicht gemacht.

Sie können davon ausgehen, dass ich gerade im Bewusstsein dessen, dass Meischberger mit der Novomatic in irgendeiner Form zusammengearbeitet hat, mit besonderer Sensibilität an diese Thematik herangegangen bin.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich glaube, man muss davon ausgehen, dass Walter Meischberger im Grunde genommen kein Interesse hatte, dass es zu einer Regierungsvorlage mit einem Begutachtungsverfahren kommt, weil ein derartiger Vorschlag in der Öffentlichkeit aufgrund der Sensibilität der Materie sicherlich abgelehnt worden wäre.

Haben Sie gewusst, dass Walter Meischberger eine Erfolgsprovision bekommen hätte, wenn es zu dieser Änderung des Glücksspielgesetzes gekommen wäre? (*Mag. Grasser: Nein!*) – Sie haben bei einer Frage einer meiner Vorredner zu Ihrem Verhältnis zu Walter Meischberger gesagt, Sie hätten keine geschäftlichen Kontakte zu Walter Meischberger gehabt.

Haben Sie mit ihm regelmäßig auch Gespräche geführt?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Mit einem sehr guten Freund führt man regelmäßig Gespräche, ja.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Walter Meischberger war ja derjenige, der auch im Telekombereich bei den Aufträgen des Peter Hochegger sehr viele Gespräche sehr erfolgsorientiert geführt und dann enorme **Provisionen** kassiert hat. Man muss das mit aller Deutlichkeit sagen.

Auf unsere Fragen, die wir hier gestellt haben, ob er das für angemessen hält, wenn es mehrere Gespräche mit dem Finanzministerium und dem Finanzminister gibt, hat er geantwortet, er halte das für gerechtfertigt.

Meine konkrete Frage: Halten Sie die Art und Weise, wie Walter Meischberger sowohl in diesem Fall wie auch bei anderen Fällen Aufträge – von Peter Hochegger über die Telekom – bekommen hat, für sauber und für in Ordnung?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich kann das nicht beurteilen, weil ich seine Geschäftsgebarung nicht im Detail kenne. Ich möchte nicht auf eine veröffentlichte Meinung und auf Medienberichte jetzt mit einem persönlichen Urteil von mir antworten.

Aber auf der anderen Seite möchte ich Ihnen schon sagen – ich habe das einem Ihrer Kollegen auch gesagt –: Wissen Sie, wenn Karl Krammer, ehemals Kabinettsmitglied des Bundeskanzler Vranitzky, offensichtlich eine federführende Rolle dabei gespielt hat, dass 25 Prozent der Telekom Austria an die Telecom Italia verkauft worden sind, und dafür, so höre ich, eine sehr hohe Provision kassiert haben soll, dann, meine ich, sollte man im Grundsatz einmal sagen, dass es kein Berufsverbot für Ex-Politiker, Ex-Kabinettsmitglieder und so weiter geben sollte.

Die Damen und Herren, die in solch einer Branche tätig sind, müssen vor sich selbst und vor der Justiz entsprechend ihre Handlungen verantworten. Das sind nicht meine, und daher kann ich Ihnen dazu keine weiteren Auskünfte geben.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Nach den Wahlen 2006 sind Sie als Regierungsmitglied ausgeschieden und wurden Gesellschafter bei der **Valora Solutions GmbH**.

Warum wurden Sie dort Gesellschafter?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Weil mich der Herr Meischberger und der Herr Hochegger dazu eingeladen haben und gemeint haben, man könnte sozusagen ihre Kompetenz in Fragen Marketing, PR, Lobbying mit meinem Netzwerk verknüpfen und daraus ein gutes Geschäft machen, wenn Sie so wollen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Was halt auch sehr interessant ist, ist, dass die Firma **ZehnVierzig** Rechnungen an die **Valora Solutions GmbH** stellte, und zwar für einen Kunden, nämlich ein Tochterunternehmen der Novomatic AG, **Austrian Gaming Industries**.

War Ihnen das bekannt? (*Mag. Grasser: Nein!*) – Was war Ihre Tätigkeit als Gesellschafter bei der Valora Solutions GmbH?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Geschäftsführer waren meines Wissens Meischberger und Hochegger. Ich war dort, wie Sie korrekt ausgeführt haben, Drittel-Gesellschafter.

Dieses Unternehmen war, wenn ich es jetzt auf den Punkt bringe, eine Totgeburt insofern, als es sozusagen wirtschaftlich völlig erfolglos geblieben ist.

Ich bin, ich weiß jetzt nicht wie lange danach, aber Monate danach, für – meiner Erinnerung nach – 1 € wieder ausgeschieden aus diesem Unternehmen. Ich habe, und ich bin Ihnen dankbar für diese Frage, erst durch Vorhalt des Staatsanwaltes erfahren, dass Walter Meischberger offensichtlich von irgendeiner Novomatic-Tochter auf die Valora Solutions und von der Valora Solutions auf diese ZehnVierzig, ich weiß es nicht, sozusagen diese Rechnungen hat legen lassen.

Ich möchte betonen, dass ich **keine** Ausschüttung bekommen habe aus der Valora Solutions, dass ich mit **1 €** ausgeschieden bin, dass ich daher sozusagen **nicht** von diesen Verträgen profitiert habe. Ich habe die Verträge nicht gekannt. Ich habe nicht gewusst, dass Meischberger diese Rechnungen über die Valora Solutions fakturiert und bin erst bei Befragung durch den Staatsanwalt dort draufgekommen.

Das kann ich Ihnen dazu sagen.



**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Haben Sie sich als Gesellschafter von den beiden Geschäftsführern einmal den Vertrag vorlegen lassen, nämlich den Vertrag, der mit der Austrian Gaming Industries abgeschlossen wurde?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Nein, weil ich ja sozusagen lange **vor** meiner Kenntnis dieses Vertrages aus der Gesellschaft ausgeschieden bin – wie gesagt, für 1 € – und daher erst durch Befragung des Staatsanwalts draufgekommen bin, dass es diesen Vertrag oder diese Rechnungen gibt. Und nachdem ich weder zu Meischberger noch zu Hohegger Kontakt pflege, habe ich beide auch nicht darauf angesprochen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich möchte zu einem anderen Fragenkomplex kommen, nämlich zur Sitzung des Finanzausschusses vom 5. Juli 2006. Da gab es im Vorfeld eine gemeinsame Sitzung von ÖVP- und BZÖ-Nationalratsabgeordneten. Das war eine Klubsitzung, und darüber gibt es eben dieses E-Mail von Stefan Krenn.

Meine konkrete Frage: Haben Sie an dieser Sitzung auch teilgenommen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Habe ich bereits einem Ihrer vortragenden Abgeordneten beantwortet: Ich weiß es schlicht nicht! Ich glaube es nicht, aber ich weiß es wirklich nicht.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Hat ein Mitarbeiter Ihres Kabinetts daran teilgenommen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Weiß ich nicht. Ist leicht möglich, weil Mitarbeiter und Beamte im Regelfall an Vorbesprechungen teilgenommen haben, aber ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich sozusagen auch logischerweise keinen Stundenplan geführt habe, welcher Mitarbeiter von mir in welcher Sitzung ist.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Haben Sie vor der Sitzung des Finanzausschusses persönlich erfahren, dass es zu **keinem** Abänderungsantrag des Initiativantrages kommt?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Weiß ich nicht mehr,; ich kann mich daran wirklich nicht erinnern.

Ich habe ausgeführt, dass dieses Thema für mich ein Randthema war, dass ich mich nicht darum gekümmert habe, dass das Finanzministerium offensichtlich keine Initiativen dazu gemacht hat, im Unterschied zu vielen, vielen anderen Materien.

Insofern nochmals: Wir waren nicht Herr des Verfahrens; wir haben das Thema nicht getrieben. Dann, wenn wir zum Beispiel eine Steuerreform, ein Budget, was immer ins Parlament gebracht haben, haben wir natürlich versucht, diesen Prozess dann auch zu moderieren, um zu sehen, ob zumindest die Mehrheit der Damen und Herren Abgeordneten in den Klubs dafür ist oder nicht.

Das war bei dieser Materie anders, weil offensichtlich Abgeordnete von Parlamentsklubs diese Anträge vorangetrieben haben, Verhandlungen und Gespräche mit den Protagonisten geführt haben.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Von wem haben Sie eigentlich erfahren, dass die Sozialdemokratie ebenfalls für eine Lockerung des Glücksspielgesetzes eingetreten wäre?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich habe gesagt, mein Erinnerungsvermögen war sehr vage. Ich bin damals informiert worden, aber von wem kann ich Ihnen wirklich nicht mehr sagen, weil ich mich einfach nicht mehr daran erinnere. Aber ich glaube mich daran zu erinnern, dass mir gesagt wurde, dass es sozusagen einen Konsens gäbe der Regierungsfractionen, aber auch der Sozialdemokratie.

Aber das kann ich Ihnen nicht mehr mit aller Eindeutigkeit nachvollziehbar machen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Aus dem E-Mail von Stefan Krenn ist klar belegbar, dass es nie eine Zustimmung der Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt gegeben hat, und auch später hat es keine Festlegung gegeben, denn auch im Regierungsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP ab dem Jahr 2007 wurde keine entsprechende Festlegung getroffen.

Was mich noch interessieren täte ...

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Sie sehen, das Thema kann uns auch kein besonderes Anliegen gewesen sein in den Regierungsverhandlungen, weil dort haben wir bekanntermaßen fast alles, was uns wichtig war, durchgesetzt. Das Thema haben wir offensichtlich nicht auf die Tagesordnung der Regierungsverhandlungen gesetzt.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Herr Mag. Grasser, was mich noch interessieren würde, das ist immer Ihre Aussage, der Europäische Gerichtshof hätte das Monopol zu Fall gebracht, und zwar im Jahre 2010. Mir ist als Jurist keine diesbezügliche Entscheidung bekannt.

Bekannt ist mir hingegen, dass der Europäische Gerichtshof die **Ausschreibungsmodalitäten** für das Monopol in Österreich kritisiert und aufgehoben hat.

Ich möchte nur auch für die Medienvertreter festhalten: Bei einer europarechtskonformen Ausschreibung einer Monopolregelung wäre dies europarechtskonform und könnte in Österreich jederzeit auch wieder praktiziert werden. – Ich möchte das nur zur Klarstellung eben gesagt haben.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Nehme ich gerne zur Kenntnis. Mir hat ein anderer Jurist etwas anderes gesagt, aber das soll uns nicht trennen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Deswegen gab es dann auch die Novelle zum Glücksspielgesetz, um das nämlich sicherzustellen. – Was mich noch interessieren würde – teilweise wurde es bereits angesprochen –: Es interessiert uns wirklich alle, was nach dieser Sitzung des Finanzausschusses am 5. Juli passiert ist.

Hier geht es um zwei Fragen. Die eine Frage ist: War das Finanzministerium die Einrichtung, die einen Abänderungsantrag betrieben hat? – Hier gibt es die klare Aussage auch von Abgeordnetem Stummvoll, die steht im Raum.

Der Abgeordnete Stummvoll hat das auch beim Bundesamt zur Korruptionsbekämpfung dargelegt.

Wie erklären Sie sich diese Aussage?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich kann sie mir wirklich nicht erklären. Ich kenne Günter Stummvoll logischerweise gut. Ich unterstelle ihm daher nicht, dass er etwas sagt, das er nicht so gesehen hat. Aber offensichtlich haben wir hiezu eine ganz andere Meinung.

Ich habe meine Meinung, meine Erinnerung, meine Überzeugung bereits geschildert. Und ich glaube auch, dass schwarz auf weiß sozusagen die Fakten auf unserer Seite oder auf der Seite meiner Argumentation stehen.

Schauen Sie, die Regierungsvorlage ist das Instrument des Ministers beziehungsweise der Regierung – und der Initiativantrag, der Abänderungsantrag ist das Instrument der Legislative. Wir haben es hier mit Initiativ- und Abänderungsanträgen zu tun.

Nochmals: Ich bin nicht in Verhandlungen gesessen mit dem Willi Molterer oder dem Günter Stummvoll und dem Herbert Scheibner und anderen Damen und Herren

Abgeordneten, zumindest kann ich mich daran nicht erinnern. Wenn das unsere Initiative gewesen wäre, dann hätte das sicher anders ausgesehen.

Wir haben nicht einmal – meiner Recherche nach –, den Abänderungsantrag formuliert. Erlacher hat irgendwo in einer Vernehmung durch die Staatsanwaltschaft ausgesagt, er hat ihn, wenn ich das jetzt sinngemäß richtig wiedergebe, nur sozusagen ganz leicht redigiert auf Rechtschreibfehler; also quasi eher oberflächlich bearbeitet. Insofern ist doch völlig klar, dass hier im Parlament diese Gespräche und Verhandlungen geführt worden sind.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich möchte Sie einfach noch einmal konkret fragen: Sie schließen damit grundsätzlich aus, dass ein Mitarbeiter Ihres Kabinetts diesen Abänderungsantrag ins Parlament gebracht hat?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Im Sinne von er wäre im Finanzministerium erstellt worden oder von meinem Mitarbeiter erstellt worden?

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Von wem auch immer. Vielleicht mit einem Hinweis von Walter Meischberger.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das schließe ich aus!

Erstens schließe ich aus, dass ich einen Auftrag erteilt habe zur Erstellung dieses Abänderungsantrages.

Zweitens schließe ich bei allem, was ich in Erfahrung bringen konnte, aus, dass das Finanzministerium diesen Antrag gemacht hat.

Drittens schließe ich aus, aufgrund sozusagen wiederum der Gespräche, die ich geführt habe, dass dieser Antrag von einer Mitarbeiterin von mir, zum Beispiel Frau Billinger, nämlich als originärer Antrag ins Hohe Haus gebracht worden ist.

Also alles, was mir dazu gesagt worden ist, ist nicht so. (*Abg. Mag. Maier: Vorerst danke!*)

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Zuerst einmal zur **Valora Solutions**.

Sie waren ja ab Jänner 2007 nicht mehr Finanzminister, sind am 24. März 2007 als dritter Gesellschafter ins Firmenbuch eingetragen worden.

Sagen Sie: Haben Sie als Gesellschafter der Valora Solutions jemals aus der Gesellschaft Geld bekommen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich habe meiner Erinnerung nach 1 € bekommen beim Ausscheiden aus der Gesellschaft.

Ich habe vorhin ausgeführt, dass die Gesellschaft aus meiner Sicht eine **wirtschaftliche Totgeburt** war, weil mein Wissensstand damals war, dass wir dort kein Geschäft gemacht haben.

Ich habe meiner Erinnerung nach – ich kann Ihnen nicht mehr sagen, wie viele, mögen es zwei, drei gewesen sein – Vorträge gehalten, für die es ein sehr gutes Honorar gegeben hat. Die habe ich meiner Erinnerung nach in die Valora Solutions eingebracht. Und die Valora Solutions hat andererseits – ich bin dort teilweise auch gesessen – dann anteilig Bürokosten, Telefonkosten, Flugkosten übernommen.

Ich habe sozusagen nie gerechnet, was habe ich an Honoraren eingebracht und was habe ich an Spesen sozusagen bezahlt bekommen. Aber rein gefühlsmäßig würde ich sagen, dass ich eher ein **Verlustgeschäft** gemacht habe.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie als Gesellschafter eigentlich Leistungen von der Valora Solutions erhalten?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ob ich Leistungen erhalten habe? (*Abg. Dr. Pilz: Ja, Leistungen erhalten!*) – Es hat dort ein Büro gegeben. Ich hatte einen Schreibtisch, den ich teilweise benutzt habe. Und die anderen Leistungen habe ich Ihnen gesagt. Ich habe Taxirechnungen verrechnet, ich habe Telefon verrechnet, und ich habe, glaube ich, auch Flüge verrechnet, und auf der anderen Seite eben ein paar Honorare eingebracht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, Sie haben an Honoraren eingebracht: eines vom Börseabend KHG bei der Steiermärkischen Sparkasse und eines von einem Vortrag in St. Gallen.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Waren in Summe wahrscheinlich ... Wie viel?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, das ist alles überschaubar.

Im Auftrag der Staatsanwaltschaft ... (*Mag. Grasser: Wahrscheinlich 50 000, 60 000 €, oder?*) – 36 000 €. (*Mag. Grasser: Beide zusammen?*) – Ja, beide zusammen. Mehr war es den Veranstaltern offensichtlich nicht wert.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich gratuliere Ihnen, wenn Sie für einen Vortrag so viel bekommen, Herr Abgeordneter.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es kommt offensichtlich nicht immer auf den Inhalt des Vortrages an.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Aber dann müssen Sie das Land wechseln, und das wird es nicht geben, das Ihnen das zahlt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir kommen auf das, was die Valora Solutions für Sie an Leistungen erbracht hat.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Vielleicht in Hollywood.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das haben Polizei und Staatsanwaltschaft zusammengestellt.

Spesenabrechnung Graz, ist eine Kleinigkeit.

Zuordenbare Kosten: APA zu 100 Prozent, sind 6 417 €;

Drucksorten zu 15 Prozent, sind 528 €;

Flugkosten, Limousinenservice zu 100 Prozent, sind 4 480 €;

Spesenabrechnungen, Fahrtspesen, Taxi und so weiter zu 75 Prozent, sind 3 560 €;

Telefon zu 70 Prozent, sind 10 869 €;

und Fotos, Aufwand Eigenrepräsentation zu 70 Prozent, 1 274 €.

Das heißt, aus diesen Positionen rechnet Ihnen die Staatsanwaltschaft Leistungen aus der Valora Solutions in der Höhe von 28 402,85 € zu.

Dazu kommen 74 980 €, die das Gehalt von Frau Christine Kilzer ausgemacht haben.

Sagen Sie: Für wen hat die Frau Christine Kilzer im Namen von Valora Solutions gearbeitet?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Erstens, glaube ich, hat das mit dem Thema **Glücksspielgesetz** nichts zu tun.

Zweitens habe ich Ihnen gesagt, dass ich das Büro genutzt habe, und in dem Büro hat es eine entsprechende Mitarbeiterin gegeben. Ich kenne die Aufstellung, die Sie jetzt auch genannt haben, nicht. Ich möchte sie daher auch nicht wirklich kommentieren.

Aber ich glaube, dass damit eigentlich sehr klar bewiesen ist: Selbst wenn man relativ hohe anteilige Kosten mir zurechnen würde, bin ich der Meinung, dass ich mehr eingebracht habe als ich dort erhalten habe.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wenn 103 382 €, und das ist das, was ich Ihnen jetzt an Leistungen aus der Valora Solutions für Sie vorgehalten habe, weniger sind als die 31 000 €, die durch Ihre Honorare hereingekommen sind, dann ...

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Herr Pilz, dass Sie eine subjektive Rechnung darstellen, die offensichtlich so schlecht ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Mag. Grasser, unterbrechen Sie mich nicht!

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Herr Abgeordneter, Ich habe die Frau Kilzer ... (*Obfrau Dr. Moser: Bitte der Reihe nach!*) – Ich habe die Frau Kilzer nicht eingestellt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich halte Ihnen vor Dokumente und Unterlagen der Polizei, der Staatsanwaltschaft. Und ich halte Ihnen jetzt vor die Zeugenaussage von Frau Kilzer. Frau Kilzer hat ausgesagt:

Als ich in der Valora Solutions zu arbeiten begann, dies auf Werkvertragsbasis, erhielt ich die Aufträge hauptsächlich von Karl-Heinz Grasser, von Walter Meischberger eher selten. Meine Hauptaufgabe war das Erstellen, Vorbereiten von Reden und Repräsentationen sowie Recherchen zu diversen vorgegebenen Themen. Ich habe zum Beispiel Recherche-Ergebnisse in einem E-Mail verpackt und an Karl-Heinz Grasser weitergeleitet. – Zitatende.

Und so weiter.

Dann Thema **Energiebereich** – ich zitiere: –

Jedenfalls war das eine Rechercheleistung für Karl-Heinz Grasser. Infos zu meinen Recherchen wurden an Karl-Heinz Grasser hauptsächlich mündlich berichtet. Ich habe nie Schriftstücke zu den Projekten erstellt. – Zitatende.

Und so geht das Ganze dann weiter.

Frau Kilzer sagt also, eigentlich hat sie fast ausschließlich für Sie gearbeitet.

Meine Frage: Wissen Sie, was Frau Christine Kilzer beruflich getan hat, bevor sie zu Ihnen in die Valora Solutions gekommen ist?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Alleine die Aussage: bevor sie zu mir in die Valora Solutions gekommen ist – ist insofern falsch, als ich Frau Kilzer nicht eingestellt habe, Herr Abgeordneter.

Mit Verlaub, wenn man eine Bürogemeinschaft hat, in der man Drittelgesellschafter hat, und wenn man dort erstens die Büroinfrastruktur und zweitens eine Mitarbeiterin, die man nicht eingestellt hat, vorfindet, dann wäre es schade, wenn sie dasitzt und nichts zu tun hat.

Ich weiß nicht, Herr Abgeordneter, ob Ihnen das Thema der heutigen Sitzung bekannt ist. Das Thema ist nämlich eigentlich, Frau Vorsitzende, die Frage des **Glücksspieler**, wenn ich mich richtig erinnere. Ich weiß schon, dass Sie glauben, dass Sie der Reservestaatsanwalt sind, aber der wird sich mit der Frage offensichtlich ohnehin beschäftigen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich stelle Fragen – und Sie werden antworten! Sie können sich jederzeit an den Verfahrensanwalt oder an die Vorsitzende wenden, wenn Sie der Meinung sind, dass diese Fragen zu diesem Beweisthema nicht zulässig sind. Das sind laut Verfahrensordnung Ihre Rechte, und ich werde Ihnen jetzt erklären, warum ich Sie dazu befrage. (*Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Begründung!*)

Erstens, weil das genau in diesem Zusammenhang Teil der Erhebungen der Staatsanwaltschaft Wien ist und die Staatsanwaltschaft Wien uns diese Unterlagen auch genau zu diesem Beweisthema zur Verfügung gestellt hat.

Zweitens, weil es um Folgendes geht: Es geht um Gelder der Austrian Gaming Industries, es geht um Gelder von Novomatic und um Gelder der Valora. Ich gehe davon aus, dass Ihnen bewusst ist, dass die Firma Valora Solutions ihr Geld praktisch ausschließlich von Novomatic und Valora bezogen hat.

Da geht es um den Verdacht, dass Sie, ähnlich wie in der Causa Gorbach, nachdem Sie – und wir kommen dann noch zum Abänderungsantrag zurück – als Minister Leistungen für die Firma Novomatic erbracht haben, dafür im Nachhinein diese Leistungen erhalten haben. Deswegen besteht auch der Verdacht einer möglichen **nachträglichen Geschenkkannahme**, einer **möglichen Einflussnahme** auf Amtsgeschäfte und so weiter.

Ich warte nur die Ergebnisse dieser Befragungen ab, aber ich bin mir sicher, dass die Staatsanwaltschaft vollkommen zu Recht – ähnlich wie in der Causa Gorbach – auch in der Causa Grasser – Glücksspiel ermittelt und diese Unterlagen in diesem Zusammenhang auswertet.

Deswegen stelle ich in diesem Zusammenhang auch diese Fragen, weil für den Untersuchungsausschuss nicht unerheblich ist, ob ein Finanzminister, der zu diesem Zeitpunkt gerade nicht mehr Finanzminister ist, im **Nachhinein** Geld und geldwerte Leistungen für eine Manipulierung des Glücksspielgesetzes erhalten hat. – Das nur als Antwort auf Ihre berechtigte Frage, welchen Zusammenhang ich da sehe. Ich habe Ihnen das gerne erklärt und werde Sie jetzt weiter dazu befragen.

Sie haben gesagt, diese Firma war eine **Totgeburt**. – Nur zu Ihrer Information: In die Valora Solutions sind in dem Zeitraum, den wir untersuchen, geflossen: 378 958,85 € von der Valora AG und 600 000 € von der Austrian Gaming Industries, also de facto der Firma Novomatic. Das ist alles über den Herrn Wohlfahrt gelaufen, der Ihnen ja bekannt ist. Das heißt: eine knappe Million Euro.

Jetzt sagen Sie: Das ist eine Totgeburt. Sie haben dort ein Büro gehabt, der Meischberger hat dort ein Büro gehabt. Das wird in den Einvernahmen sehr gut geschildert. Das war der Kern der Valora Solutions, zumindest in räumlicher Hinsicht.

Jetzt meine Frage in diesem Zusammenhang – Sie haben schon den Begriff „Totgeburt“ verwendet –: Was waren die Leistungen der Valora Solutions, für die Novomatic beziehungsweise Austrian Gaming Industries 600 000 € bezahlt haben?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Herr Abgeordneter, ich weise Ihre Unterstellungen in aller Schärfe zurück! Es ist ja bekannt, dass Sie mich bei der Staatsanwaltschaft angezeigt haben, es ist bekannt, dass Sie hier das Parlament – aus meiner Sicht, in meiner persönlichen Überzeugung – für Ihre parteipolitischen Zwecke und als Ihre persönliche Bühne, die Sie offensichtlich suchen, missbrauchen. Ich glaube, Sie sollten sich einmal selbst den Spiegel vorhalten, so wie Sie pflegen, tatsächlich mit Steuergeld umzugehen, in einer Gemeindewohnung zu wohnen, für einen Pensionsvertrag zu optieren, bei dem man sich dann auch noch die alten Pensionsansprüche sichert und so weiter! (*Obfrau Dr. Moser: Ich glaube, das ist wirklich nicht Untersuchungsgegenstand!*)

Ich habe nur gedacht, wenn der Herr die Frage stellt, dann muss man ihn auch selbst beleuchten und ihm einmal den Spiegel vorhalten. (*Obfrau Dr. Moser: Schon, aber das ist nicht Gegenstand des Ausschusses!*) – Dann ist mir das zufällig ausgekommen, so wie das dem Herrn Pilz auch immer auskommt. (*Obfrau Dr. Moser: Sie können das alles im Anschluss den Medien erzählen!*)

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Frau Vorsitzende, ich habe kein Problem, wenn der Herr Mag. Grasser unsere Wohnverhältnisse vergleicht.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Trotzdem, es ist unsere gemeinsame **Zeit** und ich achte auf das Thema. Bitte zur Antwort!

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich darf Ihnen sehr klar sagen: Wenn Sie diese Unterstellungen, die Sie machen, machen wollen, dann habe ich Ihnen vorhin ausgeführt: Ich war nicht Geschäftsführer der Valora Solutions. – Punkt eins.

Ich habe nicht gewusst, dass Herr Meischberger irgendetwas an irgendeine Novomatic-Tochter verrechnet. Und Sie können den Herrn Meischberger gerne dazu befragen.

Ich bin für 1 € aus diesem Unternehmen ausgeschieden. Sie werden wahrscheinlich besser wissen, wann das war.

Ich darf dazu sagen: Wenn Sie jetzt so tun, als wären Abrechnungen einer Sekretärin, Lohn- und Gehaltsaufwendungen, Bürokosten und so weiter allesamt mir zuzuordnen, so dürfte Ihnen entgangen sein – wann bin ich in das Unternehmen eingestiegen: im März, glaube ich, haben Sie gesagt, stimmt das? (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) –, dass ich ab Juni, Juli oder August vielleicht ein eigenes Büro in der Annagasse hatte und dann das Büro der Valora Solutions auch nicht mehr genützt habe. Ich habe dann eine eigene Mitarbeiterin in der Annagasse gehabt und mich spätestens seit Juni 2007 um die Belange der Meinl International Power beziehungsweise der Meinl Power Management gekümmert.

Wenn Sie jetzt also glauben – in Ihrer subjektiven Art – und einfach immer das Mieseste annehmen – und wie ich heute auch online in einem „Presse“-Interview gelesen habe, offensichtlich die Sozialdemokratie als einen „**Gelegenheitskorruptionisten**“, die ÖVP mit **langer Korruptionsgeschichte** und die FPÖ und das BZÖ ohnehin auch in den **korrupten Bereich** einordnen –, dann disqualifizieren Sie sich wirklich.

Ich sage Ihnen daher: Ich weise Ihre Unterstellungen massiv zurück!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie sich noch an meine Frage erinnern?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Sie haben gerade die richtige Antwort auf die falsche Frage bekommen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, Sie werden sich die Fragen nicht aussuchen. Ich bin auch gerne bereit, die Frage zu wiederholen. Sie können das immer wieder wiederholen, wiederholen, wiederholen. Herr Mag. Grasser, es bringt nichts, es bleibt trotzdem bei den Fragen.

Also: Was waren die Leistungen der Valora Solutions für die Austrian Gaming Industries beziehungsweise Novomatic?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Herr Abgeordneter, ich habe ausgeführt, dass ich nicht einmal wusste, dass eine Rechnung von der Valora Solutions gelegt wurde, dass ich nicht Geschäftsführer der Valora Solutions war und dass ich erst durch die Befragung durch den Staatsanwalt draufgekommen bin, dass es eine solche Rechnung gegeben

hat. Ich kenne die Unterlagen, die Sie hier zitieren und die Sie richtig oder falsch interpretieren, nicht.

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe keinen Cent Ausschüttung aus der Valora Solutions bekommen. Ich habe Honorare eingebracht und ich habe dann beim Ausscheiden aus dem Unternehmen auch keine Rechnung vom Herrn Meischberger verlangt, die darstellt: Was habe ich eingebracht und was habe ich bekommen – sondern er hat mir gesagt, er hat sich das angeschaut und er meint, dass ein Ausscheiden mit 1 € fair und angemessen ist. Sie werden sicherlich wissen, wohin die Honorare der Novomatic-Tochter, wenn es sie gegeben haben soll, tatsächlich gegangen sind. Sicherlich **nicht** zu mir. Daher weise ich diese Unterstellungen zurück!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Welche Leistungen haben Sie persönlich im Rahmen von Valora Solutions für Austrian Gaming Industries beziehungsweise Novomatic erbracht? (*Mag. Grasser: Keine!*) – Welche Leistungen haben Sie im Rahmen von Valora Solutions für die Valora AG erbracht?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich wusste auch nicht, dass die Valora Solutions Rechnungen an die Valora AG gestellt haben soll. Ich habe Ihnen gesagt, welche Leistungen ich erbracht habe, und Sie haben es wahrscheinlich auch im Protokoll der Staatsanwaltschaft gelesen.

Erstens habe ich Vorträge, die ich akquiriert habe, in das Unternehmen eingebracht. Zum Zweiten erinnere ich mich an ein Gespräch von Hohegger mit einem Industrievertreter; das ist dann nichts geworden. Zum Dritten erinnere ich mich an eine Initiative, die Herr Meischberger im Rahmen einer Biodieselgeschichte gesetzt hat; da weiß ich nicht, ob daraus etwas geworden ist oder nicht.

Ich habe mich dann um ein komplett anderes Unternehmen, nämlich um die Meinl Power Management gekümmert und habe mit der Valora Solutions nichts mehr zu tun gehabt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay. Dann wiederhole ich meine Frage, Sie haben sie nicht beantwortet:

Welche Leistungen haben Sie im Rahmen von Valora Solutions für die Valora AG erbracht?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das habe ich gerade beantwortet.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, haben Sie nicht beantwortet.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Dann müssen Sie im Stenographischen Protokoll nachlesen; ich habe diese Frage gerade beantwortet – und ob Sie zufrieden sind mit meiner Antwort oder nicht, ist mir völlig einerlei.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie Leistungen für die Valora AG im Rahmen der Valora Solutions erbracht?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich habe Ihnen gesagt, dass ich nicht einmal **wusste**, dass es eine Rechnung gibt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also werden Sie wohl auch keine Leistungen erbracht haben.

Auffällig bei den Zahlungen von Novomatic an Valora Solutions ist Folgendes: Von 600 000 € gehen im allerbesten Fall für alle anderen Beteiligten 465 000 € an Walter Meischberger. Über 135 000 € gibt es keine Aufzeichnungen, gibt es keine Erklärungen. Bei 135 000 € Novomatic-Gelder gibt es keine Erklärung, wozu die verwendet worden sind. Zum Schluss waren sie jedenfalls offensichtlich nicht mehr da.



Wissen Sie etwas über den Verbleib dieser Gelder? Wofür diese Gelder verwendet worden sind? (Mag. **Grasser: Nein!**) – Wissen Sie nicht, gut.

Wir haben dann alles: Die Leistungen, die Sie aus der Firma erhalten, das, was Sie in die Firma eingebracht haben. Keine Leistungen für Novomatic. Keine bekannten Leistungen für die Valora AG.

Dann stelle ich meine Fragen zum Abänderungsantrag in der nächsten Runde. – Danke, und ich glaube, für eine Sachverhaltsdarstellung reicht das allemal.

\*\*\*\*\*

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** weist – nach Bemerkung der Vertrauensperson, dass die Auskunftsperson nur bis 18.30 Uhr Zeit hat – darauf hin, dass die Befragung möglicherweise zehn Minuten länger als vorgesehen dauern werde, „da auch mit 10 Minuten Verspätung begonnen wurde“.

Sodann erteilt die Obfrau Abg. Hornek als erstem Fragesteller in der zweiten Fragerunde das Wort.

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Herr Mag. Grasser, ich möchte noch einmal auf den möglichen Werdegang und Ablauf und Verlauf des Abänderungsantrages zurückkommen.

Sie haben wiederholt Herrn Dr. Samonig genannt. Mir liegt die Aussage von Frau Billinger vor, die mir als willensstarke Dame in Erinnerung ist, und die von Ihrer Meinung divergiert. Ich darf Ihnen diese wörtlich zu Gehör bringen – Zitat –:

Wenn mir ein Abänderungsantrag vorgelegt wird, so kann ich angeben, dass es sich meiner Erinnerung nach schon um den gegenständlichen Abänderungsantrag handelt. Ich kann mich nicht mehr genau daran erinnern, aber ich nehme an, dass gegenständlicher Abänderungsantrag seitens des Parlaments entweder von Dr. Samonig oder Dr. Siebeneicher mir per Mail zugeschickt wurde. Dazu möchte ich aber anführen, dass ich mich wirklich nicht daran erinnern kann, sondern dies wäre der übliche Lauf gewesen. – Zitatende.

Herr Bundesminister, der übliche Lauf bei Abänderungsanträgen ist doch – meiner Einschätzung nach, korrigieren Sie mich, wenn ich falsch liege –, dass 80 Prozent der Abänderungsanträge vom Bundesministerium, vom BMF erfolgen und 20 Prozent von Interessensgemeinschaften, gesetzlichen Interessensvertretungen wie Kammern und Ähnlichem, die ihre Intentionen und Wünsche einbringen. Meinem Wissensstand nach funktioniert das so, dass dieser Informationsfluss vom BMF erfolgt beziehungsweise von der Präsidialsektion. – Das ist in diesem Fall nicht so.

Verwunderlich ist für mich auch, dass es ja zwei Anträge gibt. Der eine ist dahin gehend gestaltet, dass er die Sportförderung nicht betrachtet und berücksichtigt und somit eher weniger qualifiziert scheint, weshalb in der Folge eine Optimierung vorgenommen wird.

Ich darf eine Anmerkung zitieren – ebenfalls aus einer Einvernahme –, und zwar von Frau Kartak – ich hoffe, ich spreche sie richtig aus. In Bezug auf Ihre Aufgabenstellungen sagt sie, sie sei als Schreiberkraft beim BZÖ im Parlamentsklub, vormals Freiheitlicher Parlamentsklub, beschäftigt gewesen. In dieser Eigenschaft habe sie aufgrund der Anweisungen der Klubreferenten Schreibearbeiten durchzuführen und auf Anfragen und so weiter zu antworten gehabt. Diesen Antrag habe sie im

Auftrag von Siebeneicher geschrieben und ihn dann per Mail übermittelt. – Das ist eine sehr unkonventionelle Vorgangsweise.

Fage: Können Sie das als Insider, der die BZÖ-Thematik, die FPÖ-Thematik, die Glücksspielthematik kennt, auseinanderhalten und mir diese Umstände erklären?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Leider nicht, Herr Abgeordneter.

Ich glaube Ihnen natürlich, was Sie hier ausgeführt haben und was Sie sagen. Ich habe deswegen – wenn Sie sich erinnern – bei meinem Eingangsstatement gesagt, ich weiß nicht, wer diesen Abänderungsantrag oder Initiativantrag gemacht hat und woher er kommt. Ich habe auch vorhin dazugesagt, dass ich informiert worden bin, dass ihn glaublich Dr. Samonig überliefert hat. Das heißt, wenn Frau Billinger dann beim Staatsanwalt das so gesagt hat, wie Sie es jetzt vorgelesen haben, dann wird das sicher die Wahrnehmung der Frau Mag. Billinger gewesen sein. Mir ist ja nur wichtig, dass ein Eindruck, der erzeugt wird, nämlich dass das BMF oder ich als Bundesminister für Finanzen hier ein Interesse gehabt hätte, eine Gesetzesveränderung zu erreichen, nicht der Fall war.

Dass war offensichtlich nicht der Weg ist, den man dann gehen würde. Sie haben korrekt beschrieben, wie Gesetzesänderungen in Österreich in der Praxis herbeigeführt werden. Auf die Prozentsätze lasse ich mich jetzt nicht ein, aber Faktum ist, dass ein guter Teil aus Interessensvereinigungen, Kammern, Gewerkschaften – woher auch immer – kommt, dass ein Großteil natürlich vom zuständigen Ressort kommt und dass es auch immer wieder Wünsche aus dem Hohen Haus gibt, wo Abgeordnete sagen: Diese Initiative hätten wir gerne, kannst du uns dafür nicht – wenn der politische Konsens besteht – von den Experten einen Antrag formulieren lassen.

Das ist die Praxis, die Sie völlig zu Recht beschrieben haben. Und ich verweise nur darauf, dass die Abläufe hier eben genau nicht dieser Praxis entsprochen haben, weil das BMF offensichtlich keinen Antrag geschrieben hat, weil das Kabinett, die zuständige Abteilung, die Sektion nicht federführend engagiert war, weil wir nicht federführend in die Gespräche eingebunden waren und es daher eine parlamentarische Initiative gewesen sein muss, logischerweise auf den Protagonisten selbst, nämlich Telekom und Novomatic, aufbauend.

**Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP):** Jetzt habe ich eine Schlussfrage, die Sie aufgrund Ihrer Letztaussage vermutlich nicht nach meinem Wunsche beantworten werden können. Der zuständige Legist war Herr Dr. Erlacher. Fachleute sagen mir, aufgrund der Formulierungen, dass er das nicht geschrieben hat, dass das nicht sein Stil war. Daher bleibt die offene Frage: Wer war es?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Und: Herr Erlacher hätte es Ihnen sicher gesagt, wenn er es gewesen wäre; keine Frage.

Nochmals: Ich weiß leider nicht, wer es war.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Nur noch ganz kurz: Sie müssen das ja als Finanzminister irgendwann erfahren haben, auch wenn es nicht vom Finanzministerium ausgegangen ist, auch wenn der Antrag nicht vom Finanzministerium verfasst wurde. Wann haben Sie erfahren, dass es diesen Versuch am 13. Juli in der Nationalratssitzung geben würde, via Abänderungsantrag dem Finanzminister die Möglichkeit einzuräumen, eine Konzession zu vergeben? Das müssen Sie ja irgendwann erfahren haben. Wann haben Sie das erfahren? Von wem haben Sie das erfahren? Ich will das jetzt genauer wissen. Und welche Informationen haben Sie darüber, warum das dann letztendlich gescheitert ist? – Der Finanzminister muss ja irgendwann einmal informiert worden sein.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das ist sicher richtig. Ich gehe davon aus, dass ich informiert worden bin. Ich kann es Ihnen aber wirklich nicht mehr genau sagen. Im Regelfall hat man mir das dann auf Kabinetts-ebene oder Beamten-ebene mitgeteilt. Aber der Regelfall war eben der, dass es eine Initiative des BMF war. Ob mich dann der Willi Molterer angerufen hat oder der Herbert Scheibner oder der Günter Stummvoll, ich weiß es wirklich nicht mehr.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Hat es im Zusammenhang mit dieser geplanten Änderung jemals Interventionen bei Ihnen gegeben? Zum Beispiel seitens des Raiffeisen-Konzerns oder seitens der Casinos? – Es gibt zahlreiche Unterlagen und auch Medienberichte, dass es heftige Interventionen gegeben haben soll.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Also seitens der Raiffeisen bei mir – meiner Erinnerung nach – nicht. Bei den Casinos kann ich es Ihnen nicht mehr sagen. Ich weiß es wirklich nicht mehr. Aber wenn die Casinos dann ja sozusagen offensichtlich darüber informiert waren, kann es leicht sein, dass jemand angerufen hat.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Haben Sie generell Wahrnehmungen zu Interventionen, von den Casinos möglicherweise? Verstehe ich das jetzt richtig oder nicht?

Was es auch gibt, ist ein Schreiben des Herrn Wallner vom 12. Juli, der davor warnt, dass das in dieser Form beschlossen wird. Es gibt also zumindest einen schriftlich dokumentierten Interventionsversuch. Daher frage ich Sie, ob bei Ihnen persönlich – Sie waren ja der zuständige Minister – auch interveniert, oder „interveniert“ ist vielleicht ein bisschen ein böses Wort, auch versucht wurde, Sie mit Argumenten oder was auch immer davon zu überzeugen, dass man das Monopol bei den Casinos belässt.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Nein. Das war im Grundsatz bei Besuchen der Casinos und der Lotterie immer der Fall. Speziell jetzt in diesem konkreten Punkt erinnere ich mich nicht an eine massive Intervention, an die ich mich sicherlich erinnern würde, oder von der ich glaube, dass ich mich daran erinnern würde, wenn es sie gegeben hätte.

Es überrascht mich aber auch nicht, weil, wie gesagt, der Herr des Verfahrens das Parlament hier war und Klubobleute oder Parlamentarier waren. Insofern war es sicherlich so, dass, wenn die Casinos oder Lotterien interveniert hätten, sie das – davon gehe ich aus – im Parlament getan hätten.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Das werden wir morgen noch herausfinden.

Eine zentrale Frage ist auch, wer den Casinos die entscheidende Information gegeben hat, dass hier eine Änderung zulasten der Casinos kommen soll. Sie sagen in Ihrer Beschuldigtenvernehmung in Bezug auf die Person Erlacher:

Jede Initiative, ob im Parlament oder im Ministerium – wichtig! –, hätte Erlacher ohnehin den Lotterien in irgendeiner Form zur Kenntnis gebracht, weil er nicht wollte, dass das Monopol geändert wird.

Wie sind Sie denn zu dieser Feststellung gekommen? – Die muss ja auf irgendeinem Sachverhalt basieren, oder auf einer Einschätzung des Herrn Erlacher, die nicht unbedingt positiv ist.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Das habe ich ohnedies vorhin ausgeführt.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Aber diesen Zusatzteil nicht, was die Informationsweitergabe betrifft.

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich kann niemandem unterstellen, dass er es weitergegeben hat, weil ich nicht weiß, wer die Information weitergegeben hat. Ich glaube, es gibt einige, die dafür theoretisch in Frage kommen. Einer könnte

Dr. Erlacher sein. Ein anderer – es ist ja auch bekannt, dass der Sohn von Leo Wallner damals meines Wissens Mitarbeiter der ÖVP war, er hätte es auch sein können. Wenn ich richtig informiert bin, ist die Gattin des Dr. Samonig, glaube ich, im Bereich der Casinos tätig.

Daher glaube ich – aber jetzt ganz realistisch –, wenn die Telekom und die Novomatic eine solche Initiative planen, Vier-Parteien-Gespräche führen, wenn sie sie geführt haben, dann zieht das so weite Kreise, dass es eigentlich nicht überraschend ist, dass es am Ende beim Monopolisten landet, sondern man musste eigentlich davon ausgehen, dass das der Fall ist.

**Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ):** Ich sehe das ja; zusammenfassend gesagt, ist damit für mich die Sachlage ohnehin klar.

Die Schlussfrage, die man jetzt noch stellen muss – weil es offensichtlich, wenn ich manche Zeitungen von morgen lese, einige noch nicht verstanden haben, die Conclusio zu ziehen –, die Conclusio muss natürlich sein, warum dann, wenn das BZÖ bis zum Schluss, nämlich auch noch in der Nacht des 12. beziehungsweise auch am 13. Juli 2006, **für** eine Änderung des Glücksspielmonopols war, wenn Herbert Scheibner noch am 13. Juli erklärt, wir sind weiter dafür, wir waren immer dafür und wir werden das nach der Wahl weiterverfolgen, warum dann die Casinos Austria dem BZÖ 300 000 € gezahlt haben sollen und warum man in diesem Zusammenhang – wie das die Frau Vorsitzende auch auf unzulässige Weise in den Medien getan hat – dem BZÖ damit einen Gesetzeskauf unterstellt. Es kann gar keinen gegeben haben, weil das BZÖ immer genau die Position vertreten hat, die **nicht** im Interesse der Casinos war!

Es war genau umgekehrt: Wir waren immer für die Aufweichung des Glücksspielmonopols. Das ist auch durch die Unterlagen, durch die Akten dokumentiert, und zuletzt auch durch zahlreiche Medien-Stellungnahmen. Da beißt sich also die Katze in den Schwanz. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen den 300 000 € und dem Gesetz! – Frau Vorsitzende, wenn auch Sie als neutrale Vorsitzende, die Sie eigentlich sein sollten, das bitte zur Kenntnis nehmen.

Das war es von meiner Seite.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Danke schön. – Nur zur Korrektur: Ich habe immer von einem **begründeten Verdacht** gesprochen. Ich habe von keiner Tatsache gesprochen. Das können Sie alles in der „Parlamentskorrespondenz“ nachlesen.

Herr Abgeordneter Pilz.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Vonseiten der SPÖ keine Fragen mehr?

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Entschuldigung! – Abgeordneter Maier. (*Abg. Dr. Pilz: Ich helf', wo's geht!*)

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Herr Mag. Grasser, einige Fragen noch: War Ihnen bekannt, dass von Hohegger|COM ein Masterplan Novomatic entwickelt wurde?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ich glaube, nein.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Dieser Masterplan für Novomatic – oder Masterplan Novomatic – sieht eine klare Definition von Stakeholdern vor, beschreibt die Ziele und auch die Strategie. In diesem Masterplan wird angekündigt, dass Änderungsvorschläge im Glücksspielgesetz ausformuliert übergeben werden sollen. Damit stehen wir vor der Frage: **Wem** wurden derartige Vorschläge übergeben?

Es gibt das Schreiben von Herrn Stefan Krenn an Herrn Klubobmann Scheibner, in dem er ihm unter anderem einen Gesetzesvorschlag übermittelt. Schließen Sie aus

oder können Sie ausschließen, dass das Finanzministerium, Mitarbeiter im BMF oder Ihr Kabinett diesen Abänderungsantrag von Klubobmann Scheibner erhalten haben?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ob ich ausschließen kann, dass Scheibner ihn sozusagen nach Übermittlung durch Krenn an das BMF weitergeschickt hat? (*Abg. Mag. Maier: Ja!*) – Nein, das kann ich natürlich nicht ausschließen. Denn genauso, wie eine Mitarbeiterin mir gesagt hat, es könnte so sein, dass Samonig ihn weitergeschickt hat, könnte ihn natürlich auch der BZÖ-Klub zu uns weitergeschickt haben.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Bei den Gesprächen, die Sie mit Fischer und Wohlfahrt geführt haben: Ist in diesem Zusammenhang jemals über einen Zeitplan diskutiert worden, wann es zu dieser Änderung des Glücksspielgesetzes kommen soll?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Zeitplan im Sinne von: da hätte man jetzt irgendeine Vereinbarung getroffen – sicher nicht. Ich schließe nicht aus, dass die zwei Firmen mir gesagt haben, an welchen Zeitplan sie denken. Das weiß ich jetzt schlicht nicht mehr.

Aber es wäre sozusagen nicht – unter Anführungszeichen – „unser“ Zeitplan gewesen, denn wie gesagt, ich glaube, die Firmen sind korrekt vorgegangen, indem sie dem zuständigen Minister ihr Vorhaben geschildert haben. Ich habe es mir angehört, habe Ihnen das Feedback gegeben und habe sie ins Parlament geschickt.

Für mich war daher der Zeitplan relativ klar nachvollziehbar: eine Reihe von Monaten, je nachdem, wie lange eben Gespräche im Parlament dauern können. So hätte ich es angenommen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Ich darf Ihnen den Zeitplan aus den Unterlagen von Hochegger|COM übermitteln. Da wird beschrieben, welche einzelnen Schritte von Jänner bis Juli 2006 getroffen werden sollen. Hier ist ausformuliert, wann der Antrag, nämlich der Initiativantrag, eingebracht werden soll, nämlich am 21. Juni.

Beschlussfassung im Finanzausschuss: am 5. Juli.

12. oder 13. Juli: Beschlussfassung im Nationalrat.

27. Juli: Beschluss im Bundesrat.

War Ihnen dieser Terminplan bekannt?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Nein, kenne ich nicht. Sehe ich jetzt meiner Erinnerung nach zum ersten Mal. Kann ich wirklich nichts dazu sagen.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Kann Ihre Mitarbeiterin im Kabinett, die für Glücksspielangelegenheiten zuständig war – Frau Billinger –, darüber Bescheid gewusst haben?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Weiß ich nicht. Ich kann es mir nicht vorstellen, denn dass dieser Zeitplan offensichtlich Protagonisten-getrieben war, das sieht man ja hier. Oder wenn Sie sehen, dass hier sozusagen aufs „NEWS“ reflektiert wird. Es wird das Lobbying angesprochen, welche persönlichen Gespräche geführt werden sollen. Marke AON Entertainment, steht hier, PK-Veranstaltung, Gründung neue Company. Das scheint ja so zu sein, als wenn das irgendein Ko-Produkt von, ich weiß nicht, Telekom und Novomatic sein müsste.

Ich würde da jetzt auch den Sinn in Bezug auf Ihre Frage nicht sehen. Eine Kabinettsmitarbeiterin von mir kann ja nicht und könnte ja nicht der Novomatic und der Telekom sagen, wann es die erste Lesung im Nationalrat geben soll, wann die Beschlussfassung im Finanzausschuss und wann die Beschlussfassung im Nationalrat.

Es scheint mir, entweder hat man hier einfach irgendetwas hingeschrieben vonseiten der Firmen. Beziehungsweise wenn das ein Hohegger-Papier ist – oder? Wenn das vielleicht ... – Sie merken, ich spekuliere. Also, ich habe keine Ahnung.

**Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ):** Die Termine stimmen. Wir haben sie in etwa nachkontrolliert und auch bei den Unterlagen gesehen, dass diese Terminangaben im Grunde genommen richtig waren. Zu diesem Abänderungsantrag oder zu dieser Neuregelung ist es ja dann nicht mehr gekommen.

Geplant war, wie Sie sicherlich wissen – das werden Ihnen Fischer und Wohlfahrt ja erklärt haben –, ein gemeinsames Unternehmen von Novomatic und Telekom. Haben Sie gewusst, dass der Anteil der Telekom Austria in der ersten Phase 51 Prozent betragen sollte und in der Phase drei nur noch 26 Prozent, der Anteil der Novomatic jedoch 60 Prozent?

Ich sage das deswegen, weil das Projekt vonseiten Hoheggers und der Novomatic so angelegt war. Man wollte die Telekom als Lokomotive gewinnen, um dieses Projekt allen schmackhaft zu machen. Daher meine konkrete Frage: War Ihnen bekannt, dass die Telekom Austria zuerst 51 Prozent der Anteile hatte, Novomatic 26 Prozent, dass letztendlich Novomatic 60 Prozent haben sollte und die Telekom Austria 26 Prozent?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Mir ist das jetzt nur bekannt, weil ich, glaube ich, Ihre Zeugenbefragung Fischer gelesen habe. Und ich glaube, bei Fischer war es auch eine Frage; ich weiß nicht, ob Sie sie gestellt haben. Aber ich kann mich nicht erinnern, dass das damals mein Wissensstand war. (*Abg. Mag. Maier: Danke!*)

\*\*\*\*\*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nur noch ergänzend zu Ihrer Darstellung zur Frau Christine Kilzer bei Valora Solutions: Sie hätte da einfach so ein Büro und für verschiedene Personen gearbeitet. – Das stimmt offensichtlich nicht. Ich lese Ihnen aus einer Zeugenvernehmung vom 15. 9. 2010 der Frau Kilzer vor:

Hohegger bot mir in Bezug auf die Tätigkeit bei der Valora Solution an, dass ich quasi die persönliche Referentin von KHG werden sollte. Er sagte, dass KHG an der Firma ebenfalls beteiligt sein werde und ich zum Beispiel Reden für ihn schreiben sollte beziehungsweise als persönliche Referentin von KHG tätig sein solle. Ich hatte beispielsweise bei meiner späteren Tätigkeit für die Valora Solution GmbH auch Visitenkarten, auf denen als Aufdruck ‚Büro Karl-Heinz Grasser‘ und anschließend erst der Aufdruck der Valora Solution GmbH vermerkt war. Alle Tätigkeiten bei der Valora Solution waren ausschließlich mit der Person KHG im Zusammenhang.

So viel dazu. Das widerspricht diametral Ihrer Darstellung vor diesem Untersuchungsausschuss, und das wird getrennt zu würdigen sein.

Jetzt zu dem Abänderungsantrag, zu dem Sie ja einige Abgeordnete befragt haben, da ist eines am heutigen Tag ziemlich klargeworden. Ein und derselbe Abänderungsantrag beginnt praktisch sein politisches Leben am 3. Juli 2006. Da kommt er über Herrn Mag. Krenn von Hohegger/Novomatic an den BZÖ-Klubobmann Scheibner, mit Bezug auf Herrn Meischberger, der das Ganze arrangiert habe für den Finanzausschuss am 5. 7. Dort funktioniert es aber nicht, und dort wird dieser Abänderungsantrag nicht beschlossen.

Dann taucht offensichtlich **derselbe** Abänderungsantrag kurz vor dem 12. 7. oder **am** 12. 7. – nach der Aussage von Dr. Erlacher – im Finanzministerium auf. Da geht Generalsekretär Quantschnigg her, gibt dem Dr. Erlacher genau diesen Abänderungsantrag und sagt, er wolle, dass der als Abänderungsantrag in den

Nationalrat komme. Erlacher weist Quantschnigg darauf hin, dass er offensichtlich nicht wirklich weiß, was da drinsteht, und das viel weiter geht, als alle vermuten. – Das ist aber jetzt nicht der Punkt.

Dann berichtet Erlacher auch hier im Ausschuss und bei seinen Zeugeneinvernahmen, dass Frau Billinger aus Ihrem Kabinett erklärt habe, dieser Antrag werde im Parlament eingebracht. Die Formulierung von Erlacher war:

Frau Billinger habe ihm gesagt, nachdem sie ihm den Abänderungsantrag übergeben habe: Er kommt so.

Wenn eine Mitarbeiterin des Kabinetts von Bundesminister Karl-Heinz Grasser zum zuständigen Abteilungsleiter, der sachlich mit dem Abänderungsantrag nicht einverstanden ist, hingehet und sagt: „Er kommt so“, dann ist das eine klare und unmissverständliche Feststellung.

Ich habe versucht, das mit Dr. Erlacher zu erörtern. Er hat mir gesagt: Nein, Quantschnigg hat so etwas nie auf eigene Rechnung gemacht, er war vollkommen loyal. Er geht davon aus, dass er dazu einen Auftrag des Ministers hatte. Bei Frau Billinger als Mitglied des Kabinetts scheint mir das noch eindeutiger zu sein. Deswegen frage ich Sie: Haben Sie über den Abänderungsantrag mit Frau Billinger in den Tagen vor dem 13. Juli 2006 gesprochen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Ob ich mit ihr gesprochen habe, weiß ich nicht mehr. Das habe ich heute bereits mehrfach ausgeführt.

Aber dass Frau Billinger Herrn Dr. Erlacher gesagt hat: „Er kommt so“, wundert mich nicht sehr. Denn offensichtlich waren wir am Rande eingebunden, und ich schließe nicht aus, dass Frau Mag. Billinger eine Information aus dem Parlament hatte, wo eben zumindest die beiden Regierungs-Parlamentsklubs wahrscheinlich gesagt haben werden: Ja, das werden wir dann so machen. Denn so war ja, sage ich einmal, die allgemeine Erwartungshaltung, dass dies durchgehen würde und zumindest von der Mehrheit im Parlament beschlossen werden würde. (*Abg. Dr. Pilz; Ja und jetzt!*)

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, und jetzt ...

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Der zweite Punkt, Herr Abgeordneter – wenn ich ausreden darf! –, auf den ich schon noch reflektieren möchte, ist, was Sie eingangs gesagt und ausgeführt haben.

Erstens war sozusagen das Büro KHG, das Sie angesprochen haben, natürlich in denselben Räumlichkeiten wie die Valora Solutions. Warum haben wir es dort Büro KHG genannt? – Weil wir gesagt haben, dass dann die Glaubwürdigkeit und die Reputation deutlich höher ist, als wenn man dort eine unbekannte Valora Solutions unterbringt und gründet.

Das war auch der Grund für Frau Mag. Kilzer, die mich darum gebeten hat, ob sie genau das so tun und darstellen kann, wie Sie es jetzt ausgeführt haben. Denn Frau Mag. Kilzer wollte – so war mein Eindruck – dort nicht unbedingt als Sekretärin tätig sein, sondern sie wollte natürlich lieber für den Ex-Finanzminister tätig sein, damit sie auch in ihrer Laufbahn und in ihrem Track Record entsprechend etwas darstellen kann.

Was ich noch einmal in Anlehnung an unseren ersten Diskurs ausführen möchte, ist – und das haben Sie jetzt ja bestätigt –: Offensichtlich hat **Hochegger** Frau Kilzer eingestellt – das haben Sie jetzt auch vorgelesen – und nicht ich.

Und: Wenn ich im März als Gesellschafter eingestiegen bin und mich, ich würde einmal sagen, spätestens ab Mai um die Belange der Meinl Power Management und der Meinl Power International in Gründung gekümmert habe, dann zeigt das, dass selbst dann,

wenn man mir anteilig Kosten der Frau Kilzer zurechnen wollte, dies eine sachliche und objektive Grundlage wohl nur dann hat, wenn man sagt: März anteilig, und April und Mai. Aber darüber hinaus sehe ich das nicht wirklich.

Aber dem Thema widmet sich ohnehin die Staatsanwaltschaft.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, ja, davon bin ich überzeugt. Der entscheidende Punkt ist – und da widerspricht Ihnen Frau Kilzer diametral –: Es handelt sich ausschließlich um Valora Solutions, und sie gibt an, zu hundert Prozent für Sie gearbeitet haben zu haben. Ich glaube nicht, dass es übermäßig überzeugend ist, die Tätigkeit einer ehemaligen stellvertretenden Kabinettschefin als einfache Sekretärin für Meischberger, für Sie, vielleicht für andere darzustellen. Es sind übrigens Tätigkeiten einer einfachen Sekretärin dann stundenweise, in der Gegend von etwa 40, 50 Stunden, extra noch auf Ihr Konto abgerechnet worden. Das habe ich da nicht dazugerechnet.

Kommen wir noch einmal zu dem Abänderungsantrag. Der Abänderungsantrag kommt offensichtlich aus dem Finanzministerium um 17.51 Uhr, nein, bis 17.51 Uhr – das genaue Datum des Eintreffens kennen wir im Ausschuss nicht –, also wahrscheinlich bis 17 Uhr in den BZÖ-Klub. Im BZÖ-Klub wird am Abend des 12. Juli noch daran gearbeitet. Es werden sieben Änderungen vorgenommen, und um 20.20 Uhr wird das mit der letzten Änderung abgeschlossen.

So, damit ist die Geschichte dieses Abänderungsantrags klar und auch die Rolle im Finanzministerium ziemlich klar, wo gegen den Protest des zuständigen Abteilungsleiters der Generalsekretär und die Mitarbeiterin des Kabinetts (*Vertrauensperson Dr. Ainedter: ... auch Fragen, Frau Vorsitzende?*) des Bundesministers dafür sorgen, dass das dann auch so ins Parlament kommt.

**Obfrau Dr. Gabriela Moser:** Bitte, die Frage, denn die Zeit ist abgelaufen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, deswegen komme ich auch jetzt zur Frage. Herr Dr. Erlacher sagt aus, dass er eigentlich wollte, dass die Casinos und die Lotterien um eine Stellungnahme ersucht werden. Sie haben ja selbst am Anfang bei Ihrer Einleitung erklärt – ich habe mir das aufgeschrieben –: Man muss sich die Auswirkungen auf den Monopolisten ansehen.

Warum ist dann im Finanzministerium sowohl von Frau Billinger als auch von Generalsekretär Quantschnigg dem Dr. Erlacher untersagt worden, die Casinos und die Lotterien um eine Stellungnahme zu ersuchen?

**Mag. Karl-Heinz Grasser:** Herr Abgeordneter! Wenn zwei Unternehmen in Gesprächen mit Parlamentsklubs eine Initiative vorantreiben, dann ist das eben nicht der Weg, dass ein Ministerium eine Regierungsvorlage erstellt und eine Begutachtung durchführt, sondern dann ist der Herr des Verfahrens das Parlament, zumindest die entsprechenden Verhandlungspartner der Unternehmen im Parlament. Daher haben wir uns nicht angemäht, uns in diesen Prozess so einzumischen, dass wir über ÖVP, FPÖ, BZÖ, vielleicht auch Sozialdemokratie hinweg einfach anfangen, Gespräche zu führen.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis: Wir haben keine Gespräche geführt. Wir haben keine Begutachtung gemacht. Wir waren nicht der Treiber dieses Verfahrens und dieses Projektes. Und daher glaube ich, dass es eine angemessene Beurteilung des Generalsekretärs Peter Quantschnigg war, der sagt: Das ist nicht unsere Initiative. Warum sollten **wir** jetzt anfangen, Gespräche zu führen, zum Beispiel auch dann nur noch mit Casino und Lotterien? **Wenn** man eine Begutachtung macht, dann hätte man eine umfassende Begutachtung machen und natürlich alle relevanten Unternehmen,



die im Glücksspielbereich ein Interesse haben, einbinden müssen. Dann hätte man die Interessensvertretungen anschreiben müssen.

Sie kennen den Prozess, wie Begutachtungen im Grundsatz vorgenommen werden. Offensichtlich wollten Parlamentsklubs den Weg eines Initiativantrages beziehungsweise Abänderungsantrages wählen. Das war dem Finanzministerium entzogen, und daher haben wir uns hier auch nicht weiter eingebracht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das erinnert mich ein bisschen an die BUWOG-Geschichte, wo eh alles nach Plan läuft, bis es nicht mehr nach Plan läuft und plötzlich der Finanzminister selbst und seine engsten Mitarbeiter eingreifen. Und genau dasselbe haben wir in dieser Geschichte. Bis kurz vor dem 5. Juli läuft alles nach Plan. Dann geht der Plan schief, und plötzlich taucht das Kabinett auf und beginnt, das Ganze gegen den zuständigen Beamten zu steuern und Maßnahmen zu setzen.

Welche Maßnahmen das genau waren, das haben Sie ja vollkommen recht, das können wir nur eruieren, indem wir die zuständigen Abgeordneten fragen, und insbesondere den Abgeordneten Westenthaler, den Abgeordneten Scheibner, den Abgeordneten Stummvoll und, nach dem Hinweis des Kollegen Petzner, auch den Ex-Abgeordneten Molterer.

\*\*\*\*

**Obfrau Dr. Gabriela Moser** dankt der **Auskunftsperson Mag. Grasser**, verabschiedet diese – und leitet über zum **nichtöffentlichen Teil** der Sitzung.

18.12

\*\*\*\*\*

*(Die **medienöffentliche Sitzung** wird um 18.12 Uhr **unterbrochen** und um 18.15 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit wieder aufgenommen**. – Fortsetzung 18.15 Uhr bis 18.19 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – **nichtöffentlich; gesonderte Auszugsweise Darstellung; „nichtöffentlicher Teil“**.)*

\*\*\*\*\*